

52. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 6. März 2002

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	3427	Frage 1059 (Arbeitskräfte für die geplante Chipfabrik in Frankfurt [Oder]) Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	3431
1. Fragestunde		Frage 1060 (Wald-Solar-Heim Eberswalde) Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler	3432
Drucksache 3/3957		Frage 1061 (Beschilderung der Autobahn zur Kreisstadt Prenzlau) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	3432
Drucksache 3/3902	3427	Frage 1062 (Finanzielle Risiken des Landes) Ministerin der Finanzen Ziegler	3433
Frage 1056 (Zuwanderungsgesetz) und Dringliche Anfrage 16 (Haltung des Landes Brandenburg zum Zuwanderungsgesetz) Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Speer	3428	Frage 1063 (Greencard für Ärzte?) Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	3434
Frage 1053 (Denkmalfonds) Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka	3428	Frage 1064 (Drogenprävention bei jungen Aus- siedlern) Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	3435
Frage 1054 (Arbeitslosenstatistik) Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	3429	Frage 1065 (Vergabeverfahren Flughafen Berlin Brandenburg International [BBI]) Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	3435
Frage 1055 (Ungleichbehandlung bei der ambu- lanten medizinischen Versorgung) Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	3429	Frage 1066 (Polizeiorchester) Minister des Innern Schönbohm	3436
Frage 1057 (Erhalt des Sperenberger Werkes der Deutschen Heraklith GmbH) Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	3430		
Frage 1058 (Verbesserung der Zahlungsmoral) Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter	3430		

	Seite		Seite
Frage 1067 (Planfeststellungsverfahren Schleusenausbau Kleinmachnow) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	3436	Bundratsinitiative zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes	
Frage 1068 (Kostenübernahme für Deichläufer) Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler	3437	Antrag der Fraktion der DVU	
Frage 1069 (Runder Tisch Bildung) Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche	3438	Drucksache 3/3899	3451
2. Aktuelle Stunde		Frau Hesselbarth (DVU)	3451
<u>Thema:</u> Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) als Schlüsselstrukturprojekt der Region Berlin-Brandenburg		Homeyer (CDU)	3452
Antrag der Fraktion der CDU	3439	Vietze (PDS)	3452
Dr. Ehler (CDU)	3439	Frau Hesselbarth (DVU)	3452
Frau Tack (PDS)	3442	Homeyer (CDU)	3453
Müller (SPD)	3444	5. Gesetz zur Regelung der Staatshaftung für Straftaten von Personen, die aufgrund gerichtlicher Entscheidung in einem staatlichen Aufsichts- oder Obhutsverhältnis stehen (BbgStHAOG)	
Schuldt (DVU)	3446	Gesetzentwurf der Fraktion der DVU	
Schulze (SPD)	3447	Drucksache 3/3901	
Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	3447	<u>1. Lesung</u>	3454
Dellmann (SPD)	3449	Schuldt (DVU)	3454
Ministerpräsident Dr. Stolpe	3449	Klein (SPD)	3455
3. Gesetz zur Ausführung des Bundesdisziplargesetzes im Land Brandenburg (BbgAGBDG)		Sarrach (PDS)	3456
Gesetzentwurf der Landesregierung		6. Struktur und Aufgaben der Landesgesellschaften	
Drucksache 3/3755		Bericht der Landesregierung	
Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses		Drucksache 3/3739	
Drucksache 3/3895		Entschließungsantrag der Fraktion der PDS	
<u>2. Lesung</u>	3450	Drucksache 3/3966	3457
4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz - BbgVerfSchG) vom 05.04.1993 (GVBl. I S. 78)		Ministerin der Finanzen Ziegler	3457
Gesetzentwurf der Fraktion der DVU		Frau Osten (PDS)	3460
Drucksache 3/3900		Bischoff (SPD)	3460
<u>1. Lesung</u>		Frau Hesselbarth (DVU)	3462
<u>in Verbindung damit:</u>		Lunacek (CDU)	3463
		Frau Tack (PDS)	3565
		Dellmann (SPD)	3466
		7. Berichterstattung der Landesregierung über den aktuellen Stand der Realisierung des Investitionsvorhabens Chipfabrik Frankfurt (Oder)	
		Antrag von 21 Abgeordneten	
		Drucksache 3/3948	3466

	Seite		Seite
Frau Osten (PDS)	3467	Frau Fechner (DVU)	3491
Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	3467	Senfleben (CDU)	3491
Müller (SPD)	3471	Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ..	3492
Frau Hesselbarth (DVU)	3472		
Bartsch (CDU)	3473	11. Erhaltungs- und Nutzungskonzept für die Stiftung "Stift Neuzelle"	
Christoffers (PDS)	3474	Antrag	
Bischoff (SPD)	3476	des Ausschusses für Wissenschaft,	
Vietze (PDS)	3476	Forschung und Kultur	
Homeyer (CDU)	3477		
8. Entwicklungstendenzen bei der Umsetzung des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg im kommunalen Raum - lokale Netzwerke und Initiativen		Drucksache 3/3894	3493
Bericht		Hammer (PDS)	3493
der Landesregierung		Frau Müller (Vorsitzende des Ausschusses	
		für Wissenschaft, Forschung und Kultur)	3493
Drucksache 3/3779	3479	Finneburg (DVU)	3494
Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ...	3479	Dr. Niekisch (CDU)	3495
Frau Kaiser-Nicht (PDS)	3481	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und	
Frau Redepenning (SPD)	3483	Kultur Prof. Dr. Wanka	3496
Schuldt (DVU)	3483		
Frau Hartfelder (CDU)	3484	12. Gemeinsames Land Preußen	
9. Marktchancen BBI		Antrag	
Große Anfrage 34		der Fraktion der DVU	
der Fraktion der PDS			
Drucksache 3/3370		Drucksache 3/3912	3496
Antwort		Schuldt (DVU)	3496
der Landesregierung		Klein (SPD)	3498
Drucksache 3/3786	3485	Vietze (PDS)	3499
Frau Tack (PDS)	3485	Schuldt (DVU)	3499
Dellmann (SPD)	3487	13. Bundesratsinitiative für eine verbesserte Arbeitsvermittlung	
Schuldt (DVU)	3488	Antrag	
Dr. Ehler (CDU)	3489	der Fraktion der DVU	
Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	3490	Drucksache 3/3913	3500
10. Förderung der Verantwortung bei der Nutzung des Internets in Schule und Jugendhilfe		Frau Fechner (DVU)	3500
Antrag		14. Bericht zur Umsetzung der Forstreform	
der Fraktion der SPD		Antrag	
der Fraktion der CDU		der Fraktion der PDS	
Drucksache 3/3306		Drucksache 3/3923	
Beschlussempfehlung und Bericht		Entschließungsantrag	
des Ausschusses für Bildung,		der Fraktion der SPD	
Jugend und Sport		der Fraktion der CDU	
Drucksache 3/3896	3490	Drucksache 3/3965	3502
Frau Große (PDS)	3490	Frau Wehlan (PDS)	3502
Frau Siebke (SPD)	3491	Dr. Woidke (SPD)	3503
		Claus (DVU)	3504
		Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und	
		Raumordnung Birthler	3504

	Seite		Seite
Anlagen		Korrektur des Protokolls der 50. Plenarsitzung des Landtages Brandenburg am 23. Januar 2002	3515
Gefasste Beschlüsse	3506		
Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 12 - Gemeinsames Land Preußen - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 3/3912	3507		
Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 6. März 2002	3508	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr**Präsident Dr. Knoblich:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 52. Sitzung des Landtages in seiner 3. Wahlperiode und heiße Sie herzlich willkommen zu der heutigen Sitzung. Mein ganz besonderer Gruß gilt unseren Gästen, unter ihnen Vertreter des Oberstufenzentrums in Teltow. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Neben denjenigen, die regelmäßig bei uns zu Gast sind und die die christlichen Kirchen vertreten, sitzt heute jemand, den ich ganz besonders herzlich begrüße. Es ist der Direktor a. D. bei der Bundestagsverwaltung, Herr Dr. Hans-Jürgen Hess.

(Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich, dass Sie heute hier sind und dem Landtag Ihre Reverenz erweisen.

Mit der Einladung ist Ihnen der Entwurf der Tagesordnung zugegangen. Gibt es von Ihrer Seite diesbezüglich Anmerkungen? - Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann möchte ich jetzt ein paar Mitteilungen machen.

Ich informiere Sie darüber, dass der Abgeordnete Stefan Ludwig, Mitglied der PDS-Fraktion, mit Ablauf des 4. März 2002 auf seine Mitgliedschaft im Landtag Brandenburg verzichtet hat.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Für den Fall, dass jemand das Wort wünscht, bin ich natürlich gern bereit, es zur Sache zu erteilen. - Danke sehr.

Der Landeswahlleiter hat mir mitgeteilt, dass Frau Petra Faderl mit Wirkung vom 5. März 2002 Mitglied des Landtags Brandenburg geworden ist. Sie rückt für den Abgeordneten Stefan Ludwig nach und gehört damit zur Fraktion der PDS.

Frau Faderl, als alte Bekannte - wobei die Betonung auf "bekannt" liegt und das andere eher ein bisschen lax ausgedrückt ist - darf ich Sie herzlich begrüßen. Wir alle kennen Sie aus früherer parlamentarischer Arbeit. Ich wünsche Ihnen für die Zeit, die vor Ihnen liegt, alles, alles Gute und viel Erfolg. Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei SPD und CDU)

Die CDU-Fraktion hat am 5. März 2002 Vorstandswahlen gemäß § 24 der Fraktionssatzung durchgeführt. Ich darf Ihnen mitteilen, dass Frau Abgeordnete Beate Blechinger als Fraktionsvorsitzende wieder gewählt worden ist.

(Beifall bei CDU sowie SPD und vereinzelt bei der PDS)

Als jeweils stellvertretender Fraktionsvorsitzender sind die Abgeordneten Dieter Helm und Thomas Lunacek wieder gewählt worden.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei SPD und PDS)

Die Fraktion hat auch den Geschäftsführer, Herrn Abgeordneten Dierek Homeyer, erneut in diese Funktion gewählt.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei SPD und PDS)

Herzlichen Glückwunsch und auch hier: Auf gute Zusammenarbeit!

Zum vorliegenden Entwurf der Tagesordnung noch folgende Bemerkung meinerseits:

Es wird vorgeschlagen, den Antrag zum Thema "Berichterstattung der Landesregierung über den aktuellen Stand der Realisierung des Investitionsvorhabens Chipfabrik Frankfurt (Oder)", Drucksache 3/3948, mit der Redezeitvariante 3, das heißt 15, 10 bzw. 5 Minuten, als neuen Punkt 7 zusätzlich auf die Tagesordnung zu setzen. Damit hätte sich der Antrag auf Durchführung einer Sondersitzung erledigt.

Gibt es von Ihrer Seite dazu Bemerkungen? - Wenn dies nicht der Fall ist, dann darf ich Sie um Ihr zustimmendes Handzeichen bitten, die Tagesordnung in der genannten Weise zu erweitern. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde

Drucksache 3/3957

Drucksache 3/3902

Gemäß Anlage 2 Nr. 2 der Geschäftsordnung des Landtages werden Dringliche Anfragen zu Beginn der Fragestunde aufgerufen. Liegen zum selben Fragenkreis bereits Fragen vor, werden diese ebenfalls vorgezogen und haben Vorrang vor der Dringlichen Anfrage.

Aus diesem Grunde bitte ich Herrn Abgeordneten Claus, seine **Frage 1056** (Zuwanderungsgesetz) und danach den Abgeordneten Vietze, seine **Dringliche Anfrage 16** (Haltung des Landes Brandenburg zum Zuwanderungsgesetz) zu stellen. - Bitte sehr, Herr Claus.

Claus (DVU):

Laut Pressemeldungen geht die rot-grüne Regierungskoalition in Berlin in der Zuwanderungsfrage erneut auf die Unionsparteien zu. Vor der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag soll es so geändert werden, dass es den Forderungen der großen Koalitionen von SPD und CDU in Brandenburg und Bremen entspricht. Wie wir wissen, hat sich der Bundestag schon dazu entschlossen. Das Gesetz ist verabschiedet worden und geht am 22. März 2002 in den Bundesrat.

Ich frage die Landesregierung, welche Position sie derzeit zum geänderten Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Zuwanderungsgesetz bezieht.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter Vietze, bitte.

Vietze (PDS):

Wie bereits gesagt worden ist, hat der Bundestag das Zuwanderungsgesetz am vergangenen Freitag verabschiedet. Im Zusammenhang mit diesem Gesetz hat es Meinungsäußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten in Richtung einer Nichtzustimmung zu diesem Gesetz im Bundesrat gegeben. Es gibt auch moderatere Stimmen anderer Politiker des Landes zum Umgang mit diesem Gesetz.

Ich möchte mich mit meiner Frage ausschließlich auf das Verhalten der Landesregierung im Bundesrat beziehen und bitte die Landesregierung um Mitteilung, wie sie beabsichtigt, den Meinungsbildungsprozess zu diesem Sachverhalt zu gestalten, und ihr Abstimmungsverhalten gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit in entsprechender Weise kundzutun.

Präsident Dr. Knoblich:

Zur Beantwortung der Frage erteile ich Staatssekretär Speer das Wort.

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Speer:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat den geänderten Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Kenntnis genommen. Sie wissen, dass der zuständige Bundestagsausschuss eine Fassung beschlossen hat, die auf 58 Seiten Änderungsanträgen beruht. Wir haben diese zur Kenntnis genommen und eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die diese Änderungsanträge bewerten soll, und zwar vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Position, die Brandenburg im Bundesrat am 20. Dezember des letzten Jahres erklärt hat.

Wir werden die Bewertung rechtzeitig vor der Bundesratssitzung abschließen und uns dazu innerhalb der Landesregierung eine entsprechende Meinung bilden. Heute kann ich Ihnen nur mitteilen, dass der Prozess der Meinungsbildung läuft und nicht abgeschlossen ist.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch eine Nachfrage. Bitte sehr.

Vietze (PDS):

Herr Präsident, ich melde mich zur Geschäftsordnung; denn ich möchte darauf verweisen, dass die Fragen, die in Anfragen an die Regierung gerichtet werden, durch die Mitglieder der Regierung beantwortet werden müssen. Nur für den Fall, dass ein Mitglied der Regierung nicht anwesend ist, kann mit Genehmigung des Parlaments ein anderer Minister oder Staatssekretär das Wort ergreifen. Da beide im Bundesrat vertretenen Minister anwesend sind, bitte ich um Auskunft durch diese Minister.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, dass wir uns im Präsidium darüber unterhalten haben und dass die Staatskanzlei als Ressort gilt. Das ist in früherer Zeit dadurch gebilligt worden, dass der

damalige Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei zum Minister ernannt worden ist. Insofern ist der Staatssekretär auch Mitglied der Landesregierung und in der Hierarchie nicht gewissermaßen einem Minister untergeordnet.

Wir kommen zur **Frage 1053** (Denkmalfonds), gestellt vom Abgeordneten Werner-Siegwart Schippel. Bitte schön.

Schippel (SPD):

Nach Beschluss des Landtages soll die Landesregierung bis zum 30.04.2002 einen Entwurf zur Denkmalschutznovelle vorlegen. Dieser Entwurf soll unter anderem einen Denkmalfonds beinhalten. Die dafür notwendigen Mittel sollen dem Vernehmen nach auf Wunsch der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur dem Gemeindefinanzierungsgesetz entnommen werden.

Daher frage ich die Landesregierung: In welcher Größenordnung sollen gegebenenfalls die ohnehin knapp bemessenen Mittel des Gemeindefinanzierungsgesetzes zugunsten des beabsichtigten Denkmalfonds gekürzt werden?

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin Wanka, Sie haben das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur**Prof. Dr. Wanka:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schippel, der Landtag hat in seiner Sitzung im September letzten Jahres die Landesregierung beauftragt, eine Novelle des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes vorzulegen und in dieser Novelle die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein Denkmalfonds zur Unterstützung der Bauherren eingerichtet wird. Ich halte das für eine sehr wichtige Grundsatzentscheidung des Landtags, denn vor Ort ist es immer wieder schwierig, über die Zumutbarkeit der Erhaltung von Denkmalen zu entscheiden, weil Geld fehlt. Deswegen brauchen wir gerade bei Bodendenkmalen und bei Grabungen die Möglichkeit, die zurzeit in meinem Haus nicht besteht, auch Private in dieser Situation zu unterstützen.

Die Gesetzesnovelle, die in meinem Haus jetzt fertig gestellt wurde, sichert den Fonds und die Zweckbindung. Darin ist festgelegt, was mit diesem Fonds zu leisten ist. Das ist die Aufgabe des Gesetzes. Ebenso ist fixiert, ab wann es diesen Fonds geben soll. Das wird der 1. Januar 2004 sein.

In diesem Gesetz steht nicht - es gehört auch nicht dort hin -, mit wie viel Geld dieser Fonds ausgestattet werden wird und woher dieses Geld kommen wird. Weder die Höhe noch die Quellen der Mittel können dort benannt sein. Das ist bis 2004 auszuhandeln. Der Denkmalschutz stellt eine Querschnittsaufgabe des Landes dar, sodass dafür verschiedene Quellen denkbar sind. Ich wünsche mir eine Menge, aber ich wünsche mir nicht, dass wir die Mittel des GFG kürzen. Eine solche Kürzung, um den Denkmalfonds zu speisen, wird es definitiv nicht geben.

In der Presse werden ab und zu Zahlen genannt, zum Beispiel 28,1 Millionen DM. Das ist die Summe, die im Jahr 1996 aus meinem Haus in das GFG geflossen ist. Daher wird dieser Be-

trag von Journalisten sozusagen als Rückoption angesehen. Das entspricht aber nicht der Haltung des Hauses.

Unabhängig davon muss ich Sie nicht daran erinnern, dass der Schutz und die Erhaltung von Denkmälern in Brandenburg Verfassungsrang haben und diese Aufgabe sowohl dem Land als auch den Gemeinden übertragen ist. Das ist auch in den entsprechenden Gemeinde- und Landkreisordnungen so festgelegt. Das heißt, die Gemeinden sind sehr daran interessiert, diese Probleme zu lösen. Also muss auch über die Finanzierung nachgedacht werden.

Ich halte es für legitim, darüber nachzudenken, ob zum Beispiel die Kommunen, wenn sie aus dem Fonds Geld bekommen, eventuell kleinere Beträge kofinanzieren oder Ähnliches. Solche Konstrukte muss man bedenken. Es darf an dieser Stelle auch nicht verboten sein, Herr Schippel, zumindest über Zweckbindung für Mittel des FFG nachzudenken. Das ist aber jetzt noch nicht der Sachstand und auch kein Wunsch, sondern ist dann gegebenenfalls zum entsprechenden Zeitpunkt zu verhandeln.

(Zuruf von der PDS: Immer nur nachdenken!)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir kommen zur **Frage 1054** (Arbeitslosenstatistik), gestellt von der Abgeordneten Richstein.

Frau Richstein (CDU):

Nach dem Bekanntwerden der Kritik des Bundesrechnungshofes an der Vermittlungsstatistik der Arbeitsämter wiesen diese die Kritik als zum großen Teil unrichtig zurück.

Ich frage die Landesregierung: Liegen ihr für das Land Brandenburg Statistiken vor, die sie als korrekt erstellt ansieht?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Ziel, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihre Frage, Frau Kollegin Richstein, kann ich mit Ja beantworten. Uns liegen solche Statistiken der Arbeitsverwaltung vor. Die Landesregierung hatte bislang keinen Anlass, deren Wahrheitsgehalt zu bezweifeln. Die Überprüfung der Vermittlungsstatistik im Arbeitsamt Frankfurt (Oder) ergab nun allerdings eine eindeutige Fehlerquote von 8,4 %. Das ist nach meinem Dafürhalten zu hoch. Ich aber sehe keinen Grund, unsere langjährige gute Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt und den regionalen Arbeitsämtern mit Misstrauen zu belasten. Wir schätzen die Arbeit der Arbeitsämter sehr. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir kommen zur **Frage 1055** (Ungleichbehandlung bei der ambulanten medizinischen Versorgung), gestellt von der Abgeordneten Birkholz.

Frau Birkholz (PDS):

In den vergangenen Wochen wurde über mehrere Fälle berichtet, in denen niedergelassene Ärzte Patienten der AOK und anderer so genannter Primärkassen die Vergabe von Behandlungsterminen verweigerten. Begründet wurde dies mit dem Hinweis auf eine Veränderung des Honorarverteilungsmaßstabs durch die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg. Danach könne nur noch ein bestimmter Anteil von Versicherten der Primärkassen behandelt werden.

Ich frage deshalb die Landesregierung: In welcher Form hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen als Aufsichtsbehörde auf diese Ungleichbehandlung von Versicherten reagiert?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Ziel, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich haben wir unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorwürfe reagiert, Frau Kollegin Birkholz. Wir dulden keine Ungleichbehandlung. Deshalb hat das MASGF als Aufsichtsbehörde der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Brandenburg mitgeteilt, dass ein derartiges Verhalten grob rechtswidrig ist und gegen die vertragsärztlichen Pflichten verstößt. Die KV Brandenburg wurde aufgefordert, nachhaltig auf ihre Mitglieder einzuwirken, die sich vertragswidrig verhalten. Gegebenenfalls seien Disziplinarmaßnahmen zu prüfen und anzuwenden.

Für uns hat die Sicherung der ambulanten medizinischen Versorgung Priorität, egal, bei welcher Kasse die Patienten versichert sind. Die Aufsichtsbehörde MASGF kann nicht auf den einzelnen Arzt einwirken; viele hier wissen das auch. Es gilt das Selbstverwaltungsprinzip. Daher haben wir dafür keine Kompetenz.

Inzwischen hat die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg versichert, dass sie den Vorwürfen und Beschwerden unverzüglich und energisch nachgeht. Die Sachverhalte im Hinblick auf die einzelnen Fälle sollen schnellstmöglich aufgeklärt werden. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir kommen damit zur **Frage 1057** (Erhalt des Sperenberger Werkes der Deutschen Heraklith GmbH), gestellt vom Abgeordneten Klaus Bochow.

Bochow (SPD):

Wie Presseberichten zu entnehmen ist, beabsichtigt die Deutsche Heraklith GmbH, ihr Werk in Sperenberg zum 31.12. dieses Jahres zu schließen. Dies wird mit unternehmenspolitischen Erwägungen begründet, ohne dass die Qualität der Arbeit der Sperenberger Beschäftigten je in Zweifel gezogen worden wäre. Die Landesregierung hat mit Schreiben des Ministerpräsidenten vom 19.02.2002 signalisiert, dass sie ein großes Interesse am Erhalt der Arbeitsplätze in diesem Werk hat.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Anstrengungen hat sie bisher für den Erhalt des Sperenberger Werkes der Deutschen Heraklith GmbH unternommen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bochow, die Deutsche Heraklith GmbH, die neben Sperenberg noch an drei anderen Standorten in Deutschland produziert, gehört zum österreichischen Industriekonzern RHI. Als wir vor drei Wochen von den Schließungsplänen für Sperenberg erfuhren, haben wir umgehend Kontakt zu RHI aufgenommen. Von dort wurde uns mitgeteilt, dass angesichts einer aktuellen Auslastung in den Werken von lediglich 30 bis 50 % deren Restrukturierung und die Einführung einer Mehrschichtplattenproduktion dringend erforderlich seien.

Selbstverständlich haben wir auf schriftlichem Wege, aber auch in Gesprächen mit dem Instrumentarium, das dem Land zur Verfügung steht, Hilfe angeboten und entsprechende Vorschläge unterbreitet. Trotzdem hat das Unternehmen am 28. Februar dem Betriebsrat mitgeteilt, dass das Werk zum 31.12.2002 geschlossen werden soll.

Ich füge hinzu, dass die Deutsche Heraklith GmbH für ihr Werk in Sperenberg Investitionszuschüsse erhalten hat. Da die fünfjährige Bindungsfrist für die Maschinen noch nicht abgelaufen ist und die Zusagen in Bezug auf die Arbeitsplätze noch gelten, müssen die Fördermittel bei einer Betriebsschließung vom Unternehmen gegebenenfalls zurückgezahlt werden. Dies haben wir dem Unternehmen mitgeteilt. Das Unternehmen hat zugesagt, diesen Aspekt bei seinen Entscheidungen zu berücksichtigen. Das zeigt deutlich, dass die dahinter stehende Konzeption langfristig angelegt und nicht mit dem Thema Fördermittel kombiniert ist. Wenn es zu einer Schließung kommen sollte, werden wir die Rechtsposition des Landes selbstverständlich wahren und entsprechend den in den Förderbescheiden festgelegten Spielregeln die Fördermittel zurückfordern.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Bitte sehr, Herr Bochow.

Bochow (SPD):

Herr Minister, die Rechtsposition des Landes ist die eine Seite des Problems, die 68 Arbeitsplätze sind die andere Seite. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie Ihre Bemühungen jetzt einstellen? Oder bemüht sich das Ministerium weiterhin um den Erhalt der Arbeitsplätze, möglicherweise auch unter einer anderen Fahne als der von Heraklith? Sollte dies der Fall sein, dann bitte ich Sie um eine möglichst zeitnahe Information über die Aktivitäten, da ich auf mein Schreiben vom 4. Februar aus Ihrem Haus keine Antwort erhalten habe.

Minister Dr. Fürniß:

Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass wir mit dem uns zur Verfügung stehenden Instrumentarium dabei sind, Vor-

schläge zu unterbreiten. Es gibt mehrere Wege, beispielsweise aus der Insolvenz heraus, um neue Strukturen zu schaffen. Selbstverständlich haben wir unser Instrumentarium angeboten und unsere Bemühungen noch nicht eingestellt. Ich werde Sie in jedem Fall informieren.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der **Frage 1058** (Verbesserung der Zahlungsmoral), gestellt vom Abgeordneten Detlef Karney.

Karney (CDU):

Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen "Rahmenbedingungen für Handwerk und Mittelstand im Land Brandenburg", der vom Landtag im November beschlossen wurde, sind konkrete Forderungen formuliert worden, die die Landesregierung in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Verbesserung der Zahlungsmoral" vertreten sollte.

Ich frage die Landesregierung: Welche Arbeitsergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe sind bisher festzustellen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schelter, Sie haben das Wort.

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Karney, die Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat auf Druck der Länder am 5. Dezember des vergangenen Jahres ihre Arbeit wieder aufgenommen. Im Mittelpunkt der ersten Beratungen standen Gesetzentwürfe von Thüringen und Sachsen. Darin sind Regelungen vorgesehen, die mit den im Beschluss des Landtages enthaltenen Anregungen zum Teil übereinstimmen.

Allerdings hat eine von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Anfang Februar dieses Jahres zu den Gesetzentwürfen durchgeführte Expertenanhörung gezeigt, dass es zu einigen der Vorschläge erhebliche rechtliche Einwände und Bedenken gibt. Dies gilt vor allem für die Einführung eines Voraburteils bei noch nicht entscheidungsreifen Bauprozessen, die Erweiterung der Bauhandwerkersicherungshypothek sowie die Schaffung eines gesetzlichen Pfandrechts der Bauhandwerker an den Forderungen von Bauträgern und Generalübernehmern.

Die Erörterung der Vorschläge hat gezeigt, dass sich Gewünschtes und zur Unterstützung des Bauhandwerks auch Gewolltes rechtlich nicht ohne Weiteres umsetzen lässt. Manches wäre für die Bauunternehmer sogar wirtschaftlich ungünstig. Letztlich würde es den Bauunternehmern auch nicht dienlich sein, wenn die immer stärkere Erweiterung der gesetzlichen Sicherungsrechte des Bauhandwerks zu einer Erschwerung der Finanzierbarkeit von Bauvorhaben führen würde.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe will sich daher mit der Mehrheit der Länder zunächst auf die Eckpunkte konzentrieren, die weitgehend unstrittig sind und sich gesetzgeberisch schnell verwirklichen lassen.

Erstens betrifft dies die bessere Absicherung der Bauhandwer-

ker gegen eine Insolvenz des Bauherrn oder Generalunternehmers durch eine Verstärkung der Sicherungsleistung des Bestellers.

Zweitens geht es um die Minderung des Vorleistungsrisikos des Bauhandwerkers durch einen erweiterten Anspruch auf Abschlagszahlungen und eine schnellere Erlangung von vollstreckbaren Titeln.

Drittes Ziel ist die Erweiterung der Durchgriffsfähigkeit im Verhältnis Bauträger - Generalunternehmer - Subunternehmer und die Verbesserung des Auskunftsrechts des Bauhandwerkers gegenüber dem Bauträger bzw. Generalunternehmer.

Diese Eckpunkte sind inzwischen auch Gegenstand eines Gesetzentwurfs des Landes Sachsen-Anhalt für eine bessere Absicherung der Vorleistungen von Bauhandwerkern. Dieser Gesetzentwurf soll in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorrangig behandelt werden.

Die vom Landtag vorgeschlagene Schaffung einer zentralen Schuldnerdatei für ganz Deutschland auf der Basis der Schuldnerverzeichnisse bei den Amtsgerichten bedarf noch der Klärung in den Ländern. Es muss geprüft werden, ob diese Aufgabe organisatorisch und personell geleistet werden kann und ob der dadurch erreichbare Nutzen den zusätzlichen Aufwand rechtfertigt.

Herr Abgeordneter Karney, ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung die berechtigten Anliegen des Bauhandwerks auch weiterhin mit Nachdruck unterstützen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 1059** (Arbeitskräfte für die geplante Chipfabrik in Frankfurt [Oder]), gestellt von Frau Dr. Schröder, PDS-Fraktion. Bitte schön.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Wie bekannt ist, sollen mit der geplanten Chipfabrik in Frankfurt (Oder) direkt 1 300 Arbeitsplätze und 200 Ausbildungsplätze geschaffen werden. Bisher haben sich mehr als 4 500 Menschen um diese Jobs beworben. Nach Darstellung der Betreiberfirma Communicant in der "Märkischen Oderzeitung" vom 04.10.2001 soll ab Frühjahr 2002 die einjährige Ausbildung der künftigen Chipfabrikmitarbeiter starten. Am 15.02.2002 erklärte jedoch ein Sprecher der Firma Intel gegenüber dem "Berliner Kurier": "Wir haben in Irland schon alle Leute ausgebildet - vom Arbeiter bis zum Ingenieur. Die warten nur auf ihren Einsatz."

In Sorge um die Hoffnungen vieler arbeitsloser Menschen in der Oderregion frage ich die Landesregierung: Wie lässt sich dieser offensichtliche Widerspruch auflösen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Dr. Fürniß, bitte sehr.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Schröder, nach verbindlicher Aussage von Intel-Sprecher Hans-Jürgen Werner hat dieser mit dem "Berliner Kurier" nicht in dem Zusammenhang gesprochen, der in dieser Zeitung unterstellt wurde. Daher sieht die Landesregierung keine Veranlassung, zu dieser Behauptung einer Zeitung Stellung zu nehmen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Verantwortung für die Einstellung, Ausbildung und Qualifizierung von Mitarbeitern für die geplante Halbleiterfabrik in Frankfurt (Oder) liegt ausschließlich bei der Firma Communicant. Nach Aussage von Communicant ist das Unternehmen in Kontakt mit dem Arbeitsamt Frankfurt (Oder), der Industrie- und Handelskammer und dem Brandenburger Bildungswerk, um zum einen die Vorbereitung für eine qualifizierte Ausbildung und zum anderen die Qualifikation der künftigen Mitarbeiter sicherzustellen. Dabei bleibt es auch.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt noch Klärungsbedarf. Frau Dr. Schröder, bitte.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass erstens trotz Nachfrage von Journalisten kein Dementi des Zitats vonseiten der Firma Intel vorliegt?

Zweitens: In welcher Art und Weise informiert sich die Landesregierung als mittelbarer Teilhaber an Communicant regelmäßig über das Unternehmen und seine Aktivitäten?

Drittens: Wie wichtig ist der Landesregierung die Ausbildung und Qualifikation von Menschen aus der Oderregion für diese Firma?

Minister Dr. Fürniß:

Was die letzte Frage angeht, so teilen wir sicherlich die Einschätzung, dass die Anwerbung und die Qualifikation von Mitarbeitern eine zentrale Aufgabe ist. Das ist auch eines der Motive, warum wir uns für dieses Projekt so stark engagieren. Wir teilen also die Einschätzung, dass das von überragender Bedeutung für die Menschen in der Region ist.

Zu Ihrer zweiten Frage: Wir informieren uns regelmäßig über die Entwicklung bei Communicant. Es wäre schlimm, wenn das nicht so wäre. Wir sind jedoch noch nicht mittelbar beteiligt.

Zu Ihrer ersten Frage nehme ich wie folgt Stellung: Ich habe keine Ahnung, was Journalisten wissen. Mir ist nur vom Intel-Sprecher bekannt, und zwar von diesem selbst, dass er mit dem "Berliner Kurier" nicht gesprochen hat.

(Frau Dr. Schröder [PDS]: Es gibt kein öffentliches Dementi!)

- Ich sage es doch hier im Landtag. Geht es noch öffentlicher?

(Frau Dr. Schröder [PDS]: Von Intel!)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 1060** (Wald-Solar-Heim Eberswalde), gestellt vom Abgeordneten Dellmann, SPD-Fraktion. Bitte schön.

Dellmann (SPD):

Seit 1997 ist die Waldschule Eberswalde als Umweltbildungszentrum tätig. Die große Nachfrage und Auslastung soll in das neue und erweiterte Projekt "Wald-Solar-Heim Eberswalde" münden. Dadurch kann die Nachfrage nach mehrtägigen Aufhalten befriedigt und die Angebotspalette erweitert werden.

Mit dem "Wald-Solar-Heim Eberswalde" soll ein transnationales Zentrum weiter verfolgt werden, welches naturverbundenen Menschen und umwelttechnisch Interessierten in enger Kooperation mit der Region Wissen über ökologische Zusammenhänge vermittelt. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Spezialisierung auf polnische und deutsche Jugendgruppen, auf Menschen mit Handicap und auf das Erlebbarmachen von erneuerbaren Energien mit der Einrichtung von Solaranlagen.

Durch das Projekt "Wald-Solar-Heim Eberswalde" kann der Tourismus sanft und umweltbewusst realisiert und mit den naturräumlichen, historischen und kulturellen Potenzialen der Region verbunden werden.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung: Wie bewertet sie das Projekt und den Projektvorbereitungsstand zum "Wald-Solar-Heim" in Eberswalde?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister BIRTHLER, Sie haben das Wort.

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung BIRTHLER:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Vorhaben "Wald-Solar-Heim Eberswalde" wird grundsätzlich positiv bewertet. Mit dem Träger des Vorhabens, dem Förderkreis Waldschule Eberswalde e. V., haben mehrere Gespräche stattgefunden. Bei der ersten Vorstellung des Projektes war ich selbst anwesend. Im Ergebnis wurde dem Förderkreis empfohlen, sich auf die ohnehin vorgesehene Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative "INTERREG IIIa" zu konzentrieren. Nach meinen Informationen haben im Nachgang auch Gespräche mit dem Landkreis Barnim und mit der Euroregion stattgefunden. Das MLUR hat eine Förderung des Vorhabens im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative "INTERREG IIIa" befürwortet.

Der Vorbereitungsstand des Projektes kann nach den vorliegenden Informationen im Hinblick auf die inhaltliche Konzeption als gut eingeschätzt werden. Im Zusammenhang mit eventuellen Antragstellungen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative bzw. in der Weiterentwicklung des Projekts können sich durchaus noch Präzisierungen ergeben.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir kommen nun zur **Frage 1061** (Beschilderung der Autobahn

zur Kreisstadt Prenzlau), die vom Abgeordneten von Arnim gestellt wird.

von Arnim (CDU):

In den Medien war zu verfolgen, dass mit der Eröffnung des Teilstückes der A 20 in der Uckermark die Beschilderung zur Kreisstadt Prenzlau geändert wurde. Die Wegweisung zur Kreisstadt Prenzlau erfolgt jetzt ausschließlich über die A 20. Die Möglichkeit, die Kreisstadt wie bisher über die B 198 zu erreichen, ist nicht mehr ausgeschildert. Auch fehlt an der Autobahnabfahrt Pflingstberg ein Hinweis auf die Stadt Templin.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, hier eine Änderung herbeizuführen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Meyer, Sie haben das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr von Arnim, bevor das Teilstück der A 20 eröffnet wurde, war die Beschilderung an der Anschlussstelle Gramzow mit allen Trägern öffentlicher Belange und insoweit mit der Stadt Prenzlau abgestimmt. Die nun geäußerten Bedenken der Gewerbetreibenden entlang der B 198 sind leider erst jetzt an mein Haus herangetragen worden. Der Bau der A 20 sollte wie alle Bundesstraßen- und Autobahnbauten auch Ortsdurchfahrten entlasten und die neuen Anschlussstellen sollten die Verkehrsverteilung verbessern. Es zeigte sich aber, dass die Aufnahmefähigkeit der L 25 an ihre Grenzen stößt. Hier liegen also neue Gesichtspunkte der Verkehrsverteilung vor. Daraus folgt automatisch eine Änderung der Wegweisung.

Demzufolge ist - jetzt schaue ich Ihnen ganz tief in die Augen - am 24. Februar dieses Jahres die Beschilderung geändert worden. Ich frage Sie: Wann waren Sie zum letzten Mal dort?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Verkehre werden also jetzt gesplittet. Aus Berlin kommend wird die Abfahrt Gramzow jetzt ausgeschildert. Von Stettin kommend sollen aber über das Autobahndreieck Uckermark Prenzlau-Nord und Prenzlau-Ost angefahren werden.

Ich habe angewiesen, dass Ihr zweiter Wunsch nach Ausweisung der Stadt Templin an der Autobahnabfahrt Pflingstberg in der Fachabteilung geprüft wird. - Schönen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt noch Klärungsbedarf. Bitte sehr, Herr von Arnim.

von Arnim (CDU):

Ich darf Sie davon in Kenntnis setzen, Herr Minister, dass ich nach dem 24. Februar durchaus in der Kreisstadt Prenzlau war. Ich habe sehr wohl gesehen, dass bestimmte Ausschilderungen ausgetauscht wurden. In der Presse wurde dort aber mitgeteilt,

dass das nur vorübergehend sei. Man wolle, wenn die anderen Straßenanbindungen wieder ...

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, eine Fragestunde bedeutet nicht, dass Sie die Fragen der Minister beantworten müssen.

(Heiterkeit)

Minister Meyer:

Herr Abgeordneter, lassen Sie uns gemeinsam weiterhin kritisch Pressemitteilungen lesen. - Danke schön.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind nun bei der **Frage 1062** (Finanzielle Risiken des Landes), die von der Abgeordneten Osten gestellt wird.

Frau Osten (PDS):

In Presseberichten sind seit Ende letzten Jahres - Sie alle werden sich daran erinnern - Aussagen der Finanzministerin zu Risiken des Landeshaushalts 2002/2003 zu lesen. Hierbei wurden verschiedene Themen wie die Chipfabrik, der Flughafen oder LEG-Projekte angesprochen.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Haushaltsrisiken werden in welcher Höhe von ihr prognostiziert?

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin Ziegler, Sie haben das Wort.

Ministerin der Finanzen Ziegler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Osten, Sie sprechen über die Risiken des Landeshaushalts 2002/2003 und nennen dafür Beispiele aus der Presse, etwa die Fortführung von LEG-Projekten, Flughafen, Chipfabrik, globale Minderausgaben und Personalmanagement. Diese Beispiele waren zum Teil in der so genannten Risikoliste des Finanzministeriums enthalten, allerdings nicht die Themen LEG und Chipfabrik. Diese Themen haben damals nur PDS-Abgeordnete als Risiken benannt.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Sie nicht?)

Außerdem gab es dazu Ausführungen im Haushaltsausschuss.

Unsere aus Verantwortung für die Landesfinanzen aufgestellte interne Liste möglicher Risiken enthält keine Tatbestände - das habe ich schon mehrfach ausgeführt -, die, haushaltstechnisch gesprochen, veranschlagungsfähig wären, sodass sie im Haushalt 2002/2003 berücksichtigt werden könnten. Ich kann Sie natürlich nicht daran hindern, die globale Minderausgabe in Höhe von 144 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2003 als Risiko anzusehen. Aber ich muss Sie daran erinnern, dass es sich hierbei um eine vom Landtag beschlossene Größenordnung handelt. Der Landtag hat konkrete Vorgaben für die Erwirtschaftung dieser globalen Minderausgabe gemacht, was Sie in den Erläuterungen nachlesen können. Im Übrigen hatten wir

auch im Haushalt 2001 globale Minderausgaben in Höhe von 275 Millionen DM, was 141 Millionen Euro entspricht und damit fast denselben Betrag wie für 2003 ausmacht. Diese Minderausgabe ist, wie Sie wissen, in voller Höhe erwirtschaftet worden.

Meine Damen und Herren, die Risikoliste hat das Kabinett am 5. Dezember 2001 zum Anlass genommen, alle künftig im Kabinett zu treffenden haushaltswirksamen Einzelentscheidungen vor dem Hintergrund der risikobehafteten Haushaltslage des Landes zu treffen. In dem Beschluss haben die Kabinettskollegen zugesagt, Haushaltsrisiken frühzeitig und vollständig mitzuteilen, damit bestehende Spielräume für haushaltswirtschaftliche Steuerungsmaßnahmen genutzt werden können. Auch daran sehen Sie, dass sich die Landesregierung sehr sorgfältig mit dieser Problematik auseinandersetzt.

Schon bei den abschließenden Beratungen zum Doppelhaushalt hatte ich deutlich gemacht, dass das im parlamentarischen Raum und in der Presse zirkulierende so genannte Risikopapier lediglich eine Zusammenstellung von Eventualrisiken ist, die weder für die mittelfristige Finanzplanung noch gar für den Haushalt veranschlagungsreif sind. Im Übrigen beobachten alle Finanzminister und Finanzministerinnen aktuelle politische Entwicklungen und stellen sich in vorsichtiger Vorausschau die Frage, ob daraus finanzielle Risiken für den Haushalt entstehen können.

Bei allen von Ihnen erwähnten Themen handelt es sich um solche Eventualrisiken, zu denen man heute noch keine qualifizierte Prognose im Sinne Ihrer Frage abgeben kann. Sie können oder wollen leider nicht zwischen Planung, Prognose, Befürchtung, Modellrechnung und Worst-case-Szenarien unterscheiden. Sie rühren sich aus Stichworten und Fragmenten eine unseriöse Gemengelage zurecht, die Sie dann der Öffentlichkeit als scheinbar qualifizierte Finanzpolitik der Opposition verkaufen wollen.

Zu Ihren Stichworten im Einzelnen, zunächst zur Fortführung der LEG-Projekte: Im Doppelhaushalt 2002/2003 wurden Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für die LEG mbH in Liquidation eingestellt, die der LEG nach Bedarf sukzessive zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus wurde bekanntermaßen ein Rahmen von 250 Millionen Euro für Patronatserklärungen im Haushaltsgesetz festgeschrieben. Damit kann die LEG mbH in Liquidation ihren laufenden Geschäftsbetrieb finanzieren, zu dem auch die Vollendung einzelner Projekte gehört.

Zum Flughafen Berlin-Brandenburg: Wie Sie aus der Presse wissen, sind die Bedingungen für eine Flughafenprivatisierung noch ganz und gar in der Schwebe. Es gibt ein Angebot, das die Gesellschafter nicht akzeptieren. Das Risiko aus der Flughafenprivatisierung in Höhe von circa 400 Millionen Euro über einen längeren Zeitraum war als das denkbar negativste Ergebnis der Privatisierungsverhandlungen durchaus im Gespräch. Wie ich schon sagte, rechnet eine Finanzministerin alles auch für den schlimmsten Fall durch. Ob er am Ende eintritt, ist eine ganz andere Frage. Dies müssen wir durch Gegensteuern auch verhindern.

Zur Chipfabrik: Sie wissen, dass eine Beteiligung des Landes in Höhe von 35 Millionen Euro im Gespräch ist. Es gibt einen Verhandlungsauftrag. Endgültig entschieden ist noch nichts. Die

Mittel dafür sind im Einzelplan des Wirtschaftsministers eingestellt. Wir arbeiten mit aller Kraft daran, dass dieses wichtige Projekt in seriös durchfinanzierter Form auch gelingt.

Zum Thema Personalmanagement kann ich Ihnen keine Auskunft geben. Ich weiß nicht, was von Ihnen in diesem Zusammenhang als Risiko verstanden wird.

Tatsache ist, dass im Zeitraum von 2001 bis 2005 die Personalausgaben trotz Vorsorge für Besoldungs- und Tarifverbesserungen konstant bleiben, das heißt real zurückgehen. Der Stellenabbau geht planmäßig weiter. Die Landesregierung nimmt die Vorgaben aus den Haushaltsstrukturgesetzen sehr ernst. Beim Thema Aufgabenkritik sind wir weiter als alle anderen Länder. Diese degressive Entwicklung von Stellen und Personalausgaben soll uns helfen, mittelfristig die Neuverschuldung auf null zu setzen.

Einen wichtigen Aspekt will ich auch noch anführen: Viele genannte Risiken sind durch unser Handeln direkt beeinflussbar, zum Beispiel die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe, andere aber nicht, nämlich die Einnahmesituation, die im Wesentlichen durch die Konjunktur bestimmt wird. Deshalb sind Risikoszenarien immer auch als eine Aufforderung zum richtigen und konsequenten Handeln insbesondere an die Regierung zu verstehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Wir beginnen mit Frau Osten als der Fragestellerin.

Frau Osten (PDS):

Ich habe drei kurze Nachfragen.

Erstens: Frau Finanzministerin, können Sie sich vorstellen, dass ich es als sehr unseriös empfinde, wenn im Rahmen einer Fragestunde Unterstellungen gemacht werden, gegen die man sich nicht wehren kann, weil man keine Redezeit dafür hat?

Zweitens: Können Sie sich vorstellen, dass vielleicht der Umgang mit dem Parlament in Gänze in haushaltstechnischen und politischen Fragen verbessert werden muss, damit die Abgeordneten ihre Informationen nicht aus der Zeitung beziehen müssen, sondern direkt von Ihnen bekommen?

Drittens: Schätzen Sie, dass die haushaltsrechtliche Vorsorge für die Fortführung von LEG-Projekten in dem Umfang, wie sie im Doppelhaushalt zu finden ist, für diese Problematik ausreichend ist?

(Beifall bei der PDS)

Ministerin Ziegler:

Zum Ersten: Nein.

Zum Zweiten: Sie haben erst letzte Woche eine Haushaltsausschusssitzung geleitet, verehrte Frau Abgeordnete. Dort steht Ihnen alle Zeit der Welt zur Verfügung, um Fragen zu stellen.

Zum Dritten: Die haushaltsmäßige Vorsorge, was die LEG betrifft, haben wir getroffen und sie reicht aus.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Tack, bitte.

Frau Tack (PDS):

Frau Ministerin, ich frage Sie: Welche Vorsorge haben Sie getroffen für eine Entschuldung der Flughafenholding, die sich zum größten Teil auf die Baufeld-Ost-Schulden bezieht? Wie wir alle wissen und der Landesrechnungshof noch einmal bestätigt hat, wird die Entschuldung niemals ein Investor übernehmen, sondern bleibt Sache der Gesellschafter.

Ministerin Ziegler:

Wir werden die Verhandlungen abzuwarten haben. Wenn es dazu kommt, dass mehr Geld, als bisher im Doppelhaushalt 2002/2003 veranschlagt ist, zur Verfügung stehen muss, wird es einen Nachtragshaushalt geben müssen. Auch - das wissen Sie - ist im Gespräch, dass wir durch andere Bedingungen, zum Beispiel durch die Mai-Steuerschätzung, möglicherweise gezwungen sind, noch in diesem Jahr einen Nachtragshaushalt vorzulegen. In diesem werden dann alle offenen Fragen geklärt werden. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 1063** (Greencard für Ärzte?), gestellt vom Abgeordneten Dr. Wagner.

Dr. Wagner (CDU):

Der "Märkischen Allgemeinen Zeitung" vom 25.02.2002 war zu entnehmen, dass im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen vor dem Hintergrund des vorhandenen und des demographisch zu erwartenden Ärztemangels in Brandenburg Überlegungen angestellt werden, eine Greencard für Ärzte aus den osteuropäischen Ländern einzuführen.

Vor dem Hintergrund dieser, falls sie zutreffen sollte, grotesken Überlegung frage ich die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, über ihre reine Aufsichtspflicht hinaus zu einer Entschärfung der sich anbahnenden prekären Situation beizutragen, etwa durch gezielte Sensibilisierung der Kommunen und Kreise?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Ziel, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch ist es nicht so weit, eine Greencard für Ärzte einführen zu müssen, Herr Kollege Wagner. Aber die Landesregierung betrachtet den drohenden Ärztemangel besonders im ländlichen Raum mit großer Sorge.

Bekanntlich hat die Kassenärztliche Vereinigung - KV - den Auftrag, die ambulante ärztliche Versorgung zu sichern. Gleichwohl muss sich auch die Politik diesem Problem stellen. Des-

halb werden wir am 10. April die dafür Verantwortlichen auf einer gemeinsamen Veranstaltung zusammenbringen. Dazu gehören die Kassenärztliche Vereinigung, die Landesärztekammer, die Krankenkassen, die Landeskrankengesellschaft, das Landesarbeitsamt, der Städte- und Gemeindebund und der Landkreis. Wir wollen die Ursachen für den Ärztemangel genauer ermitteln und gemeinsam probate Lösungen finden. Wichtig ist mir dabei vor allem, den Stand der ambulanten medizinischen Versorgung auch in den ländlichen Regionen zumindest zu halten. Wir meinen, dass es auf der Suche nach Lösungen nicht schon von vornherein Tabus geben sollte. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 1064** (Drogenprävention bei jungen Aussiedlern), gestellt von der Abgeordneten Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung erklärte kürzlich, dass der Anstieg von Drogentodesfällen unter jungen Aussiedlern besonders hoch sei. So nahm die Zahl der Todesfälle in dieser Bevölkerungsgruppe infolge von Drogenkonsum bundesweit von 36 im Jahr 1999 auf 162 im Jahr 2000 zu. Die Bundesregierung appellierte an die Länder, Kommunen und freien Träger, dieser Entwicklung durch eine verbesserte Integration Einhalt zu gebieten.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Integrationsmaßnahmen will sie ergreifen, um den Anstieg von Drogenmissbrauchsfällen bei jungen Aussiedlern zu stoppen bzw. zu verringern?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Ziel, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der bundesweite Anstieg bei Todesfällen unter jungen Aussiedlern infolge Drogenkonsums ist für Brandenburg nicht zutreffend. Trotzdem sehen wir Handlungsbedarf, die Angebote der Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe für bestimmte Zielgruppen zu stärken. Unser Landesprogramm gegen Sucht nennt als eine dieser Gruppen, die spezieller Angebote bedürfen, ausdrücklich auch die der jungen Aussiedlerinnen und Aussiedler.

In der Peitzer Aufnahmeeinrichtung werden Vorträge zur Suchtprävention in Deutsch und Russisch angeboten. Ambulante Suchtberatungsstellen stellen sich vor, bundesweit abgestimmte Maßnahmen sollen die Aufklärungs- und Präventionsarbeit weiter verbessern. Unter anderem wird eine Informationsbroschüre der Hauptstelle gegen Suchtgefahren in deutsch-russischer Version in den entsprechenden Einrichtungen breit gestreut. Sie klärt auf zur Suchtproblematik und erläutert das Hilfesystem.

In mehreren deutschen Städten laufen spezielle Fortbildungskurse für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sucht- und Migrationsberatungsstellen. Sie sollen dazu beitragen, Suchtproblemen frühzeitig begegnen zu können. Auch in Potsdam ist nach Konzepten der AWO und des Fachverbandes Drogen und

Rauschmittel eine solche Fortbildung geplant. Sie soll sich nicht nur mit den Suchtproblemen der Aussiedler, sondern auch mit denen anderer Zuwanderungsgruppen befassen. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 1065** (Vergabeverfahren Flughafen Berlin Brandenburg International [BBI]). Sie wird von der Abgeordneten Tack gestellt.

Frau Tack (PDS):

Im Vergabeverfahren für den Flughafen BBI haben die Gesellschafter der Flughafenholding BBF im Aufsichtsrat der Projektplanungsgesellschaft PPS am 15. Februar 2002 - entgegen der ursprünglichen Planung - keine Entscheidung über die Vergabe dieses Projektes an das IVG/Hochtief-Konsortium getroffen. Die Rechnungshofprüfberichte des Bundes, von Berlin und Brandenburg und externe Gutachten zum BBI bestärken die Zweifel Beteiligter und Beobachter des Verfahrens an der Seriosität des Angebotes von IVG und Hochtief.

In der Begründung für die am 15.02. ausgebliebene Entscheidung hieß es, dass das IVG/Hochtief-Konsortium Nachbesserungen zum vorliegenden Angebot offiziell abgelehnt habe. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat inzwischen ein kostensparendes Alternativkonzept zur BBF/BBI-Privatisierung vorgelegt. Außerdem erfordern die vom Obergericht Frankfurt (Oder) festgestellte Nichtigkeit und die verfassungsrechtlichen Bedenken hinsichtlich der Planungsgrundlagen für den BBI am Standort Schönefeld eine Reihe von Maßnahmen, die eine Überprüfung und Änderung der Planungsgrundlagen für dieses Projekt betreffen.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Position vertritt sie als Gesellschafterin der BBF zu einem baldigen Abbruch des Vergabeverfahrens unter diesen unzureichenden Voraussetzungen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Tack, der Aufsichtsrat der Projektplanungsgesellschaft Schönefeld (PPS) hat in seiner Sitzung am 15. Februar 2002 eine Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Bewerberkonsortium nicht treffen können.

Ursache hierfür waren zum einen die Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden der Hochtief AG, die einer Erklärung bedürften.

Zum Zweiten sollten die Erkenntnisse der Rechnungshöfe von Berlin und Brandenburg sowie des Bundes geprüft und in die Überlegungen einbezogen werden.

Zum Dritten liegt ein Finanzierungsvorschlag der Gewerkschaft ver.di vor, der ebenfalls zu dieser Sitzung noch nicht analysiert war und deswegen auch erst analysiert und in die Entscheidung einbezogen werden muss.

Es war also richtig und notwendig, am 15. Februar nicht zu entscheiden, sondern diese neuen Erkenntnisse aufzuarbeiten, um eine Entscheidung treffen zu können. Der Aufsichtsrat der PPS hat aber auch in dieser Sitzung noch einmal die Geschlossenheit aller Gesellschafter bekräftigt, den Bau des neuen Flughafens Berlin Brandenburg International am Standort Schönefeld wie geplant zu realisieren.

Ich gehe davon aus, dass die offenen Fragen, die ich eben angesprochen habe, bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates in diesem Monat geklärt sind und somit über den Fortgang des Verfahrens entschieden werden kann.

Wir sind mitten in einem Vergabeverfahren. Sie verstehen sicherlich, dass ich hier nicht einer Entscheidung des Aufsichtsrates vorgehen und damit das Vergabeverfahren beeinflussen kann.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Frau Tack, bitte.

Frau Tack (PDS):

Das alles verstehe ich, Herr Minister. Ich habe dennoch eine Frage. Gibt es von Ihrer Seite schon Einschätzungen zu der Risikoabschätzung bzw. zu den Hinweisen auf die Risiken seitens des Landesrechnungshofes?

Minister Dr. Fűrniß:

Die Landesregierung erarbeitet im Moment, was den Rechnungshof Brandenburg betrifft, ihre Stellungnahme dazu und ich möchte dieser Stellungnahme hier nicht vorgehen.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 1066** (Polizeiorchester) des Abgeordneten Werner.

Werner (CDU):

Ein Polizeiorchester ist nicht nur ein Aushängeschild der Polizei, sondern trägt auch zur Bereicherung des kulturellen Lebens bei. Nun hört man aus Berlin, dass nach Plänen der dortigen Koalition das Berliner Polizeiorchester vor dem Aus steht.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung, ob der Fortbestand des Brandenburger Polizeiorchesters gesichert ist.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schönbohm, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Werner, wir sparen mit Herz und Verstand. Das Polizeiorchester ist unserem Herzen sehr nahe; es bleibt bestehen. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich darf darauf hinweisen, dass die Dauer von zehn Sekunden für die Antwort bisher Rekord darstellt.

(Minister Schönbohm: Dann habe ich noch etwas gut!)

- Jawohl.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Wir sind bei der **Frage 1067** (Planfeststellungsverfahren Schleusenausbau Kleinmachnow), gestellt vom Herrn Abgeordneten Warnick.

Warnick (PDS):

Der Landtag hat in Reaktion auf einen diesbezüglichen Antrag der PDS in seiner Sitzung am 5. April 2001 die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes gebeten, "auf der Basis der Abschätzung des perspektivischen Aufkommens den Nachweis zur erforderlichen Länge der Schleusenkammer Kleinmachnow vorzulegen". Dieser Beschluss wurde mit den Stimmen aller Fraktionen hier im Hause gefasst.

Bis heute liegen aber keine schlüssigen Zahlen zum Transportaufkommen vor. Auch im zuständigen Ausschuss des Landtages konnten auf wiederholte Anfragen hin keine konkreten Daten zur Wirtschaftlichkeit vorgelegt werden.

Ich frage deshalb: Welche Gründe haben die Landesregierung bewogen, den Landtagsbeschluss zu ignorieren und dem Projekt die Zustimmung zu erteilen, ohne dass der Nachweis der Wirtschaftlichkeit erbracht worden ist?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Meyer, Sie haben das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Leider kann ich nicht so schnell die Antwort geben. Der Kanal wird 185 m lang.

Sehr geehrter Herr Warnick, entsprechend dem Beschluss des Landtages haben wir selbstverständlich den Bund gebeten, seine Abschätzung des perspektivischen Aufkommens als Nachweis zur erforderlichen Länge der Schleuse Kleinmachnow vorzulegen. Eine Antwort liegt bis heute leider noch nicht vor.

Das Landesumweltamt als zuständige Landesbehörde hat das Einvernehmen des Landes zum Planfeststellungsbeschluss in Sachen Wasserwirtschaft und Landeskultur mit Auflagen erteilt. Aber die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit einer vom Bund geplanten derartigen Maßnahme ist nicht Sache der Einvernehmensprüfung, deren Inhalt durch das Bundeswasserstraßengesetz bestimmt ist. Insofern kann vom Ignorieren eines Landtagsbeschlusses nicht die Rede sein.

Wie ich aber schon im Mai 2001 auf eine Frage von Frau Tack

geantwortet habe, bleibe ich darüber hinaus bei meiner Auffassung,

(Frau Tack [PDS]: Das ist ja das Problem, Herr Meyer, dass Sie immer bei Ihrer Auffassung bleiben!)

dass für ein Bauwerk mit einer Lebensdauer von mindestens 80 Jahren die traditionellen Methoden der Prognose allein nicht ausreichend sind. Der Teltowkanal, der vor mehr als 100 Jahren angelegt wurde, bedarf einer Ertüchtigung und Modernisierung, um seiner bedeutenden Rolle als Verkehrsträger Wasserstraße auch in der Perspektive entsprechen zu können. Hierbei müssen überregionale Verkehrsbeziehungen und deren wirtschaftliche Bedeutung gewährleistet bleiben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Warnick, bitte.

Warnick (PDS):

Liegen dem Herrn Minister Erkenntnisse vor, dass uns eventuell noch in diesem Jahrzehnt eine solche Wirtschaftlichkeitsprognose vorliegen wird?

Minister Meyer:

Mir liegen keine Erkenntnisse dahin gehend vor; aber im Vertrauen auf den Bund wird das so sein.

(Widerspruch bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 1068** (Kostenübernahme für Deichläufer), gestellt vom Abgeordneten Neumann.

Neumann (CDU):

Im Hochwasserfall müssen auf den Deichen Wachdienste eingerichtet und organisiert werden. Bisher gibt es in Brandenburg jedoch keine eindeutige Regelung, wer die Kosten für die Deichläufer übernimmt. Nach meinen Informationen konnten sich das Umwelt- und das Innenministerium bisher nicht darüber einigen, wer für die Finanzierung dieser Maßnahme zuständig ist.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist die Finanzierung der Kosten für die Deichwachen bei Hochwasser geregelt?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister BIRTHLER, Sie haben das Wort.

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung BIRTHLER:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Brandenburgischen Wassergesetz sind für den Hochwasserfall die Aufgaben der Behörden, der Kommunen und der einzelnen Einsatzkräfte

sowie etwaige Verpflichtungen zu Kostenerstattungen im Gegensatz zu der Frage eindeutig geregelt. Es gibt dazu auch zwischen meinem Ministerium und dem Innenministerium keine unterschiedlichen Auffassungen. Danach hat das Landesumweltamt die Aufgabe, die Deiche und andere Hochwasserschutzanlagen zu unterhalten und Gefahren für die Deiche abzuwehren. Dazu gehört unter anderem, die Deiche zur möglichst frühzeitigen Erkennung von Schadstellen zu beobachten.

Das Landesumweltamt hat alle Kosten zu tragen, die für die von ihm ergriffenen Maßnahmen zur Verteidigung der Deiche anfallen. Daneben sind nach § 113 des Brandenburgischen Wassergesetzes in Fällen, in denen über die Tätigkeit des Landesumweltamtes hinaus augenblickliche Vorkehrungen notwendig sind, auf Deutsch gesagt, im Katastrophenfall, die benachbarten Gemeinden verpflichtet, die erforderliche Hilfe zu leisten. Der Gesetzgeber hat damit auch an das alte Institut der so genannten Hand- und Spanndienste angeknüpft. Diese Regelung begründet keine kommunale Pflicht zur Hochwassergefahrenabwehr. Vielmehr besteht nur eine grundsätzliche Pflicht benachbarter Gemeinden zur Unterstützung des Landesumweltamtes.

Die Umsetzung dieser Unterstützungspflicht bedarf jeweils der gesonderten konkretisierten Anordnung der unteren Wasserbehörde gegenüber den Gemeinden. Die untere Wasserbehörde kann zum Beispiel von einer Gemeinde zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr nach § 113 Abs. 1 des Brandenburgischen Wassergesetzes die Errichtung eines Wachdienstes verlangen. Die Gemeinde kann die ihr durch die Erfüllung der Anordnung entstandenen Kosten nicht der Wasserbehörde oder dem Landesumweltamt in Rechnung stellen. Die von der Gemeinde zum Wachdienst herangezogenen Einwohner haben keinen Kostenerstattungsanspruch gegenüber der Wasserbehörde oder dem Landesumweltamt.

Darüber hinaus kann die Wasserbehörde nach § 113 Abs. 2 des Brandenburgischen Wassergesetzes auch direkt die Einwohner der bedrohten oder benachbarten Gebiete zur Hilfeleistung verpflichten. Sie kann auch gegenüber den Einwohnern anordnen, die erforderlichen Arbeitsgeräte, Beförderungsmittel oder Baustoffe zur Verfügung zu stellen. Die danach Verpflichteten haben, wie grundsätzlich bei Ordnungsverfügungen, der Anordnung ohne einen Kostenerstattungsanspruch gegenüber der anordnenden Wasserbehörde nachzukommen. Jedoch hat das Landesumweltamt den von den Wasserbehörden direkt in Anspruch genommenen Einwohnern nach § 113 Abs. 2 des Brandenburgischen Wassergesetzes auf deren Verlangen eine Entschädigung für den eingetretenen Vermögensschaden zu gewährleisten.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 1069** (Runder Tisch Bildung), gestellt von der Abgeordneten Große.

Frau Große (PDS):

Am 23.02.2002 traf sich in Schöneiche zum zweiten Mal der Runder Tisch Bildung, der sich im November 2001 konstituiert und zum Ziel gestellt hat, die Bildungspolitik des Landes kritisch zu begleiten.

Die 50 Teilnehmer des Runden Tisches artikulierten ihre Un-

zufriedenheit mit der gegenwärtigen Bildungspolitik des Landes. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Probleme der sinkenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren und der fehlenden Konzepte der Landesregierung, diese Entwicklung und die daraus resultierenden Probleme zu steuern und zu regulieren.

Daher wurde in einer Resolution gefordert, die von den Kreisen zu erarbeitenden Schulentwicklungsplanungen auszusetzen, bis die Landesregierung klare Vorgaben entwickelt hat, wie angesichts der sinkenden Schülerzahlen so viele Standorte wie möglich erhalten werden können.

Ich frage die Landesregierung: Wie verhält sie sich zu diesem Vorschlag?

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Minister Reiche. Bitte sehr.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Große, auch wenn man sich mit 50 Teilnehmern am Runden Tisch in Schöneiche gemeinsam sicher ist - die sinkenden Schülerzahlen haben nichts mit der gegenwärtigen Bildungspolitik zu tun. Aber - darin stimmen wir überein - Bildungspolitik muss heute darauf reagieren.

Sicherung und Verbesserung der Qualität schulischer Bildung stehen deshalb für mich ganz oben. Ich habe im Zusammenhang mit den Problemen sinkender Schülerzahlen in der Sekundarstufe I deshalb immer betont, dass für mich Sicherung und Verbesserung vor dem reinen Erhalt von Schulstandorten kommen und der Erhalt von Schulstandorten im Vergleich zur Sicherung der Qualität von Bildung nur an zweiter Stelle steht. Aber nur eine qualitativ hochwertige Schule sichert jungen Menschen Chancengleichheit, egal, ob sie im ländlichen Raum oder in dichter besiedelten Gebieten leben. Eben deshalb geht die Qualitätssicherung in der Schule vor der Standortsicherung.

Die Wunder-Kommission hat einzügige Schulen in der Sekundarstufe I abgelehnt. Ich tue das auch. Einzügige weiterführende Schulen gibt es in Deutschland derzeit aus nachvollziehbaren Gründen nur auf Hiddensee und Amrum. Ich lehne dies deshalb wie meine Kollegen in den anderen Bundesländern ab. Wir sind uns in dieser Frage einig. Wir brauchen die weiterführenden Schulen zweizügig.

Die Wunder-Kommission hat seinerzeit vorgeschlagen, in Grundzentren des äußeren Entwicklungsraumes, und zwar allenfalls dort, eine Absenkung der Mindestklassenfrequenz auf zweimal 15 Schüler zu ermöglichen. Schöneiche bei Berlin - übrigens auch einzige Gemeinde in Brandenburg mit einer Berliner Ortsvorwahl - liegt im engeren Verflechtungsraum und ist auch kein Grundzentrum, gehört also deshalb nicht zu der genannten Kategorie.

Von dem Vorschlag, die Arbeiten an der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Landkreise und kreisfreien Städte auszusetzen, halte ich nichts. Mehrere Landkreise und kreisfreie Städte haben ihre Schulentwicklungspläne schon fortgeschrieben, andere stehen kurz vor dem Abschluss.

Ich glaube, Frau Große, dass die Unzufriedenheit in Schöneiche wesentlich mehr damit zusammenhängt, dass man die Schulentwicklungsplanung dort nicht konsequent vorantreiben will. Ich kann und will dies nicht anstelle der Kommunen tun. Ein Aussetzen würde den mühevollen Abstimmungsprozess mit den Schulträgern zunichte machen und auch vollkommen falsche Hoffnungen wecken.

Die Wunder-Kommission hat eine Absenkung der Mindestklassenfrequenz nur für die Grundzentren im äußeren Entwicklungsraum vorgeschlagen und auch nur darum geht es bei den derzeitigen Überlegungen der Landesregierung. Es handelt sich vermutlich um über 30 Fälle, weil nur in neun der 41 Grundzentren im äußeren Entwicklungsraum eine Schule der Sekundarstufe I unter den derzeit geltenden Organisationsparametern, also zweimal 20 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang, gesichert werden kann. Die Landesregierung hat bisher keine Entscheidung getroffen, weil die Schülerzahlentwicklung vermutlich noch ungünstiger verlaufen wird, als damals von der Wunder-Kommission angenommen werden konnte.

Die Kommission ging auf der Basis des ihr zur Verfügung stehenden Datenmaterials vom Februar 1999 davon aus, dass mit der Umsetzung ihrer Empfehlung in nahezu allen Grundzentren des äußeren Entwicklungsraumes eine Schule der Sekundarstufe I erhalten werden könnte. Neuere statistische Daten vom Januar dieses Jahres zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall sein wird. Selbst bei einer Absenkung der Mindestklassen- und -schülerfrequenz auf zweimal 20 werden wir nur in 20 der 41 Grundzentren des äußeren Entwicklungsraumes eine Schule der Sekundarstufe I sichern können.

Insofern werden wir an diesem Vorschlag der Wunder-Kommission weiter arbeiten müssen. Wir werden deshalb das Wahlverhalten beim gerade anlaufenden Übergangsverfahren von der Grundschule in die weiterführenden Schulen analysieren und dann auf der Grundlage dieser Erhebung gemeinsam mit den Kreisen sowohl die Schulentwicklungsplanung als auch die Stellungnahmen der Landesregierung zu dem Bericht der Wunder-Kommission zeitnah erstellen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt natürlich noch Klärungsbedarf. Wir fangen mit der Wortmeldung von Frau Große an. Bitte.

Frau Große (PDS):

Herr Minister, ich frage nunmehr zum dritten Mal: Zu welchem Zeitpunkt wird mit einer Stellungnahme der Landesregierung zu dem Bericht der Wunder-Kommission zu rechnen sein?

Ich frage des Weiteren, inwiefern Sie von der Existenz des von der "Märkischen Allgemeinen Zeitung" so genannten Geheimpapieres Kenntnis haben, nach dem es schon einen Beschluss zu dieser 15+15-Lösung gibt.

Minister Reiche:

Dieses Geheimpapier, von dem die "MAZ" schreibt, kenne ich nicht. Entweder ist es nicht existent oder es ist ein altes Papier,

das sie dadurch, dass sie jetzt davon Kenntnis gewonnen hat, als Geheimpapier missverstanden hat.

Es ist ganz sicher so, dass wir noch in diesem Schuljahr die Auswertung des neuen Schülerwahlverhaltens für die neue Übergangssituation Ü 7 vornehmen und die Landesregierung noch in diesem Jahr - wenn es nach mir ginge, eher in diesem Schuljahr als am Ende dieses Kalenderjahres - eine Entscheidung über die Stellungnahme treffen kann. Aber Sie wissen - wir haben das im Ausschuss hinreichend besprochen -, dass wir nicht einzelne Probleme lösen können, denn dieses Problem steht in engstem Zusammenhang mit der Entscheidung darüber, wie wir die Lehrpersonalentwicklungsplanung der nächsten Jahre bzw. dieses Jahrzehnts in Angriff nehmen wollen. Zugleich steht es in engstem Zusammenhang damit, wie sich die Landesregierung hinsichtlich der PISA-Ergänzungsstudie verhalten will, das heißt, welche Schlussfolgerungen wir aus dem ziehen, was uns bei der PISA-Ergänzungsstudie für Brandenburg gesagt wird, und was wir zum Beispiel in den nächsten zwei bis drei Jahren zur Entwicklung der Ganztagschulen in Brandenburg tun wollen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Schippel, bitte.

Schippel (SPD):

Herr Minister, Sie haben die Misere in den äußeren Entwicklungsräumen beschrieben. Sind Sie der Auffassung, dass eine integrative Sekundarschule zur Minderung dieser Misere beitragen könnte?

Minister Reiche:

Herr Schippel, ich bin Ihnen dankbar für die Frage, weil sie mir die Möglichkeit gibt, noch einmal deutlich zu machen, dass die Bildung der integrativen Sekundarschule kein schülerschöpfender Vorgang ist. Es werden dadurch nicht mehr Schulen.

(Beifall der Abgeordneten Frau Hartfelder [CDU])

Aber - warten Sie ab, ob Sie dann immer noch klatschen - die Bildung der integrativen Sekundarschule würde uns in die gleiche Situation versetzen wie die anderen vier neuen Bundesländer, die das gleiche demographische Problem wie wir zu bewältigen haben, die allerdings, weil die Regierungen dort schon bessere Entscheidungen getroffen haben, dieses Problem leichter lösen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass dieser Landtag uns noch in dieser Legislaturperiode die Möglichkeit gibt, die Kommunen in Brandenburg mit den gleichen Instrumentarien, nämlich mit einer integrativen Sekundarschule wie in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, auszurüsten, um die Schulentwicklungsplanung gut und zum Besten der Schülerinnen und Schüler umsetzen zu können. Ich glaube dabei an die Vernunft aller Abgeordneten.

(Beifall bei SPD und PDS sowie vereinzelt bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Domres, wollen Sie die Frage noch stellen? - Das ist erledigt; ich bedanke mich.

Wir sind damit am Ende der Fragestunde und ich schließe Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde

Thema:

Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) als Schlüsselstrukturprojekt der Region Berlin-Brandenburg

Antrag
der Fraktion der CDU

Als Erster erhält der Vertreter der beantragenden Fraktion das Wort. Herr Dr. Ehler, bitte.

Dr. Ehler (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weltweit gelten Flughäfen als zukunftsorientierte Job- und Geldmaschinen. Nationale und internationale Großflughäfen und deren Umfeld verdeutlichen in eindrucksvoller Weise die positiven strukturellen Effekte für Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Ein internationales Luftdrehkreuz birgt nicht nur die Hoffnung auf wirtschaftlichen Erfolg einer Region, sondern ein solches Projekt steht auch für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region. Solche Projekte und airportnahe Dienstleistungsunternehmen sind in den jeweiligen Regionen die größten Arbeitgeber und Steuerzahler.

Für den Flughafen Berlin Brandenburg International wurden für das Jahr 2010 rund 20 Millionen Passagiere prognostiziert. Vorsichtige Prognosen gehen davon aus, dass pro 1 Million Passagiere etwa 1 000 direkte Arbeitsplätze entstehen und gesichert werden. Zusätzlich wird damit gerechnet, dass jeder direkte Arbeitsplatz zwei weitere indirekte in der Region nach sich zieht. Perspektivisch können durch den Flughafen also bis zu 60 000 Arbeitsplätze in der Region Berlin-Brandenburg geschaffen werden. Das ist nicht nur angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in unserer Region ein wichtiges Thema, sondern ist auch ein wichtiger Impuls für die strukturelle Entwicklung unseres Landes. Welches Projekt, welche Initiativen, welche Maßnahme versprechen ähnlich positive Effekte für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsstruktur?

“The german disease” - die deutsche Krankheit - übertitelt Anfang der 90er Jahre eine englischsprachige Zeitung einen Artikel über die Bundesrepublik Deutschland. Der wirtschaftliche Überflieger Deutschland - inzwischen übersättigt, überreguliert und zu Reformen entweder nicht mehr oder - angesichts zu ändernder Rahmenbedingungen - nicht mehr zeitgerecht in der Lage.

Gleichzeitig fiel die Entscheidung, in der Berlin-Brandenburger Region einen Flughafen für die Hauptstadtregion zu entwickeln, in einer Region, die trotz aller krisenhaften Umbrüche, einer

zusammengebrochenen Planwirtschaft und den wackeligen Subventionsstrukturen Westberlins viel Potenzial verhiß. Das Stichwort lautete damals: Hauptstadt Deutschlands - Tor zu den Wachstumsmärkten Osteuropas und Russlands, pulsierende Region, internationaler Schmelztiegel unterschiedlichster gesellschaftlicher und persönlicher Erfahrungen. Weltoffen? - Aber eben nicht offen für die Welt; denn die verkehrliche Realität sah und sieht anders aus.

Direkt flog man von Berlin gerade einmal in einige europäische Hauptstädte. Die Ferndestinationen beschränkten sich auf Exoten-Verbindungen in die Mongolei und auf die Schauplätze kollektiver deutscher Hautverbrennung auf den Balearen.

Meine Damen und Herren, im Kontext des internationalen Luftverkehrs waren und sind wir finsterste Provinz.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist wichtig, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass das Image, das das Projekt Berlin Brandenburg International gegenwärtig hat, der Bedeutung, welche dieses Projekt für die Region hat, nicht gerecht wird. Es droht gefährlich zu einem Synonym für Entschlusslosigkeit und Selbstkastration zu werden.

(Frau Tack [PDS]: Sie sagen es, Herr Ehler!)

- Das Stichwort musste kommen, Frau Tack; ich habe schon darauf gewartet. - Die Planung des Projektes auf der einen Seite und das Privatisierungsverfahren auf der anderen Seite standen und stehen im Kreuzfeuer der Kritik. Das ist in vielen Einzelfällen richtig, gibt aber die Problematik falsch wieder. Für dieses Projekt haben viele Beteiligte inhaltlich hoch professionelle Arbeit geleistet. Auch die OLG-Entscheidung war - bei aller messianischen Gerichtsgläubigkeit, die wir in Deutschland haben - für Fachleute in einigen Teilen erstaunlich.

Der Kern des Problems jedoch ist nicht der eigentliche Gehalt des Privatisierungsverfahrens, sondern liegt im ganzen Verfahren und dessen Umfeld: Geburtsfehler in der Gesellschafterstruktur, zu lange Entscheidungswege, die Vielzahl persönlicher wie politischer Befindlichkeiten, ein ewiges Hin und Her zwischen den Gesellschaftern, ein Konsensbeschluss, der keiner war oder zumindest völlig unterschiedliche Interpretationen fand, die absurde Überregulierung der rechtlichen Rahmenbedingungen eines solchen Verfahrens und als Folge unzählige gerichtliche Befassungen. Das Ganze hatte gelegentlich alle Züge einer deutschen Provinzposse.

In Wirklichkeit ist es noch schlimmer. Vor dem zeitlichen Horizont, vor dem dieses Projekt dahinkriecht, ist die Geschichte des Flughafens nämlich geradezu ein Synonym für die eingangs zitierte deutsche Krankheit. Es stellt sich die Frage: Gegeben, wir wollten in Deutschland in einer Region, in der wir leben, eine solche Anstrengung gemeinschaftlich unternehmen - wären wir überhaupt noch in der Lage, ein solches Projekt in vertretbarer Zeit zu realisieren?

Nun muss man nüchtern sagen: Es gilt, jetzt aus der Vergangenheit zu lernen. Wir konstatieren das in Untersuchungsausschüssen, in Zeitungsartikeln und Landesrechnungshofberichten. Aber was ist die Konsequenz? Nicht jeder, der sich jüngst in neuen Ämtern in Berlin an dieser Diskussion beteiligt, scheint

diesen Grundsatz verinnerlicht zu haben. Insbesondere die jüngeren Äußerungen aus der neu gewählten Berliner Senatsriege scheinen ein Einsehen in die Probleme der Vergangenheit, die Frau Tack wortreich formulieren kann, vollständig vermissen zu lassen. Hört man Gysis dialektische Spitzfindigkeiten zum Flughafen, scheint dies nur ein neuer Versuch der PDS zu sein, schlicht und einfach die Errichtung des BBI zu verhindern.

Berlin, Brandenburg und der Bund haben als Gesellschafter 1991 vor der Entscheidung gestanden: Kapazitätserweiterung oder Neubau? Diese Entscheidung wurde getroffen. Die Gesellschafter standen für den Fall, dass ein Neubau präferiert wird, vor der Entscheidung zwischen den Standorten Schönefeld, Sperenberg, Jüterbog sowie zwischen verschiedenen Ausbaustufen. Des Weiteren mussten Entscheidungen über die Privatisierung getroffen werden.

Nach Jahren der Diskussion fiel endlich die Entscheidung. Es war ein schwieriger und langwieriger Verhandlungsprozess. Brandenburg wollte Sperenberg, wenn man auch damals - das muss man realistischerweise sagen - nicht so recht wusste, wie man die 1,3 Millionen DM Aufwand für die Verkehrsinfrastruktur aufbringen sollte.

(Schulze [SPD]: Herr Dr. Ehler, das ist doch Schwachsinn, was Sie da erzählen!)

- Jedem sein Engagement für seinen Wahlkreis!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Entscheidung fiel gegen den Standort Sperenberg, für den sich das Land aus einer Reihe von guten Gründen eingesetzt hatte. Aber formulieren wir es deutlich: Berlin und der Bund wollten Sperenberg nicht. Nun mag man darüber in homerisches Klagen verfallen - Frau Tack und andere haben sich bis heute als Erinnyen-Chor der Warner und Mahner profiliert -, aber Fakt bleibt: *Tempi passati* - aus, Amen, wie man in Bayern sagt. Oder noch deutlicher: Das Thema ist tot.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Es wird Schönefeld oder es bleibt unsere kuschelige Innenstadt in Tegel. Wer nicht in der Lage ist, Fakten zu akzeptieren, wird sich weiter rückwärts gewandt in theoretischen Alternativen verspinnen und nicht in der Lage sein, ein Großprojekt zeitnah und erfolgreich durchzusetzen.

Wer heute über neue Standorte nachdenkt, belebt alte Konfliktlinien zwischen den Gesellschaftern. Wenn Herr Gysi den Standort Sperenberg favorisiert und den gegenteiligen Passus im Koalitionsvertrag zwischen PDS und SPD folgendermaßen begründet - ich zitiere -: "Wir hatten eben nicht die Kraft, alles rückgängig zu machen", dann kann man nur sagen: Gott sei Dank!

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Klein [SPD])

Der Versuch, alles rückgängig zu machen, kommt dem Versuch gleich, das Schlüsselprojekt Berlin Brandenburg International zu verhindern, und das wollen wir nicht, meine Damen und Herren von der PDS.

(Frau Tack [PDS]: Dann klären Sie doch endlich einmal etwas, Herr Ehler!)

Dies sind wir auch bereit, den bürgerlichen Westberliner Provinzmachiavellis ins Stammbuch zu schreiben,

(Heiterkeit bei CDU, SPD und PDS - Beifall bei CDU und SPD)

die hoffen, bei ihrer nostalgischen Zehlendorfer Klientel Punkte damit zu machen, dass sie das defizitäre Flughafenmuseum Tempelhof offen halten oder die begrenzten Kapazitäten Tegels weiterhin kostenträchtig ausbauen, mit dem unausgesprochenen Argument, dass man es bis dorthin doch nicht so weit hätte und man von dort schon vor der Wende so nett nach Mallorca geflogen sei.

(Vietze [PDS]: Ihre Rede ist vergnügungssteuerpflichtig!)

Meine Damen und Herren, die Spielräume der öffentlichen Hand haben sich nicht vergrößert. Das ist das Schlüsselprojekt für die Region. Wir müssen zu diesem Projekt gemeinsam stehen. Ein Zerreden führt zu nichts, außer dazu, dass wir uns lächerlich machen.

(Beifall bei der CDU - Frau Tack [PDS]: Dann handeln Sie doch endlich, Herr Ehler! Das ist doch eine Ohnmachtserklärung!)

Vor den turnerischen Leistungen von Herrn Gysi habe ich an dieser Stelle schon meine Verbeugung gemacht. Dass er aber jetzt in stiller Allianz mit den Zehlendorfer Nostalgikern das Projekt hintertreibt, ist eine Art des Zusammenwachsens von Ost und West in Berlin, die einem Brandenburger vor Überraschung die Tränen in die Augen treibt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir setzen auf die klare Aussage Berlins für den Flughafen Schönefeld.

Meine Damen und Herren, eine solche Diskussion, die so offensichtlich mit bestimmten Intentionen geführt wird, negiert nicht nur vollständig den schwierigen Stand der Verhandlungen, sondern auch den Zeitfaktor. Die BBF ist 1991 gegründet worden. Wären wir in der damaligen Zeitplanung, hätten wir sie eingehalten, würden wir heute in der Region nicht über den Flughafen reden, sondern wir hätten einen und wir hätten die arbeitsmarktpolitischen Effekte.

(Beifall bei der CDU)

Es ist wertvolle Zeit verstrichen. Die ungenutzte Zeit hat Arbeitsplätze gekostet und drängt uns in eine schwierige Wettbewerbssituation gegenüber unseren sächsischen Nachbarn, zu Projekten in Warschau und zu Plänen in Skandinavien. Dort hat man die Chance eines solchen Projektes erkannt. Wer die Diskussion jetzt neu aufmachen will - mit neuen Verhandlungen und Planfeststellungsverfahren, neuen Standorten, neuen Varianten -,

(Zuruf der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

der hat den Wettlauf der Standorte irgendwann verloren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der dritte Gesellschafter der BBF ist der Bund.

(Zuruf von der PDS)

Von dieser Seite hört man in letzter Zeit im Gegensatz zu den frühen 90er Jahren wenig. Allerdings wird gelegentlich darüber spekuliert, dass der Bund als Gesellschafter aus der BBF austreten möchte - ein gesellschaftsrechtlich interessantes Kunststück. Ein grundsätzliches Infragestellen des Projektes wäre eine Absage an den Aufbau Ost, nichts anderes. Das sollte ein Kanzler jeder Couleur in Berlin wissen.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Der Bund ist in der Pflicht - weit über rechtliche und moralische Erwägungen hinaus. Scheitert das Projekt Flughafen im Schaulfenster der Bundesrepublik, in der Bundeshauptstadt Berlin, ist der Imageschaden nicht nur für die Region, sondern auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland wesentlich größer, als er es zum Beispiel beim Ausstieg aus dem Transrapid-Projekt war.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Gäste einer "Mittelmacht Deutschland" - so nennen wir uns ja jetzt gern -, nach zweimaligem Umsteigen auf dem Provinzflughafen Tegel angelangt, könnten sich in der überfüllten Anflughalle

(Zuruf des Abgeordneten Homeyer [CDU])

Gedanken machen über Anspruch und Wirklichkeit dieses Gastgebers im Kanzleramt, wenn dann auch dessen Amtssitz, in der Wirklichkeit in pompöser Größe, bis zu einem gewissen Grade entschädigt.

Meine Damen und Herren, so überzeugt wir von der Bedeutung des Flughafenprojektes sind, so fordern wir auch entsprechend energisch einen professionellen Umgang mit der Materie.

(Zuruf von der PDS)

Es ist richtig, wenn wir sagen "Privatisierung nicht um jeden Preis",

(Frau Tack [PDS]: Aha!)

es ist volkswirtschaftlich vielleicht sogar sinnvoll. Doch diesen Preis müssen wir kennen. Die Forderung ist wohlfeil, meine Damen und Herren von der Opposition. Wir müssen in alternativen Szenarien denken: Was kostet eine Nichtrealisierung des Projektes? Darauf laufen die Intentionen der PDS hinaus.

(Frau Tack [PDS]: Es gibt aber keine alternativen Szenarien!)

Was kostet eine immer spätere Realisierung? Gibt es gegebenenfalls Möglichkeiten einer öffentlichen Vorfinanzierung und was kosten diese?

Zunächst gilt es aber, mit spitzem Bleistift in die Verhandlungen mit dem Käuferkonsortium zu gehen. Zu der Privatisierungsvariante gibt es ein Wertgutachten für das Projekt aus dem

Jahr 1999. Angesichts der Veränderungen der wirtschaftlichen Situation der BBF - "11. September" ist das Stichwort - erwarten wir ein neues Wertgutachten zeitnah zu Privatisierungsentscheidungen. Das weiß die Landesregierung, dazu braucht sie ausnahmsweise auch nicht den Landesrechnungshof.

Bei allem Interesse für die Position von Herrn Hilsberg, die man in der "Morgenpost" nachlesen konnte, dass der Bund empfehle, das Projekt abzulehnen,

(Frau Tack [PDS]: Na, Gott sei Dank!)

sind wir - der Bund, das Land Berlin - gut beraten, mit einem solchen Ausstiegsszenarium sorgfältig umzugehen. Die Haftungsrisiken sind nicht zu unterschätzen. Wir sollten die Verhandlungen auch nicht von vornherein mit Ausstiegsdrohungen belasten.

IVG und Hochtief haben sich in der Vergangenheit nicht mit Ruhm bekleckert. Der verständliche, aber durchschaubare Versuch, die nicht vorhandene Wettbewerbssituation für sich in ein günstiges Kaufangebot umzuwandeln, scheint vorhanden, scheint aber auch einer vernünftigeren Haltung zu weichen. Das ist klug für zwei Großunternehmen, die dabei sind, eines der prestigeträchtigsten Projekte in Europa zu akquirieren, die im Fokus der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit stehen.

Meine Damen und Herren, ich komme zurück zum Anfangsthema. Der Flughafen hat eine entscheidende Bedeutung für unsere Region. Er ist eine Chance für Tausende von Arbeitsplätzen. Wir müssen das Privatisierungsverfahren rasch abschließen oder uns, ohne zu zögern, Gedanken über eine öffentliche Vorfinanzierung machen. Aber - bei allem Schlachtentümmel um Wege und Ziele -

(Zuruf von der PDS)

lassen Sie uns nicht vergessen, dass es um wesentlich mehr geht. Wenn eine Bundeshauptstadt, wenn eine potenzielle Wachstumsregion wie Berlin-Brandenburg im Herzen eines sich erweiternden Europas nicht mehr in der Lage ist, ein Ziel wie den Flughafen zu definieren, innerhalb einer gewissen Zeit einen Konsens herzustellen und das Projekt umzusetzen, dann steht viel mehr auf dem Spiel als dieses Projekt. Dann ist die deutsche Krankheit kein launiges Zeitungszitat, sondern wir sollten uns überlegen, ob wir ihre Symptome nicht längst an unserem Körper spüren und nicht bald in ein gesellschaftliches Koma verfallen, aus dem wir bestenfalls mit einem bösen Erwachen wieder hervorgehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dr. Ehler und gebe das Wort an die Fraktion der PDS. Frau Abgeordnete Tack, bitte.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben wirklich Mut, meine Damen und Herren von der CDU, insbesondere Herr Ehler, dass ausgerechnet Sie das Thema

Flughafen BBI als Schlüsselstrukturprojekt, als bedeutendes Infrastrukturprojekt der Region auf die Tagesordnung setzen.

(Frau Blechinger [CDU]: Das meinen wir auch so!)

- Warum, Frau Blechinger, so frage ich Sie, wird es dann von der CDU so unprofessionell behandelt?

Die Privatisierung ist vor dem Gericht gescheitert - eine Blamage nach der anderen, Missmanagement, Fehlentscheidungen. Sie lassen sich von einem Gerichtsurteil zum anderen treiben. Nun warnt zum wiederholten Mal der Landesrechnungshof, ob der unendlichen finanziellen Risiken die Finger endlich vom Großprojekt zu lassen. Weder der CDU-Bundesverkehrsminister Wissmann noch der Regierende Bürgermeister Diepgen (CDU),

(Zuruf des Abgeordneten Homeyer [CDU])

noch der Brandenburger Wirtschaftsminister Dr. Fürniß (CDU) haben diesem Projekt bisher zum Erfolg verholfen.

(Beifall bei der PDS - Frau Blechinger [CDU]: Da wechseln Sie die Zeitschiene, Frau Tack!)

- Bisher, Frau Blechinger. Mit Verlaub gesagt, Herr Ehler, auch Ihre heutige Rede war nicht voller Vorschläge, wie dieses Projekt oder ein anderes Projekt erfolgreich gestaltet werden könnte. - Insbesondere Minister Fürniß - das ist unsere Meinung -, der nach dem Scheitern der Privatisierung mit Hochtief neu in das Flughafengeschäft einstieg, hätte die Chance zu einem realitätsbezogenen Umsteuern wahrnehmen müssen.

Im Allgemeinen sagt man der CDU Wirtschaftskompetenz nach.

(Zuruf von der CDU: Zu Recht!)

Die Beweisführung Ihrerseits sind Sie, zumindest was das Projekt BBI betrifft, seit zwölf Jahren schuldig geblieben.

(Beifall bei der PDS)

Der Flughafen Berlin Brandenburg International, mal als internationales Luftdrehkreuz, mal als Großflughafen gewünscht, gehört zu den Luftschlössern dieser Landesregierung, einer Landesregierung, die vom Schlüsselstrukturprojekt spricht wie einst die DDR-Regierung von den Schlüsseltechnologien. Wie diese Regierung endete, ist Ihnen sicherlich noch in Erinnerung.

(Heiterkeit bei der PDS - Lachen bei SPD und CDU)

Seit Jahren kriegen Sie keine brauchbare Entscheidung mit Ihren Partnern in Berlin und im Bund zustande und nun müssen wir heute von Ihnen erneut hören, wie wichtig dieses Projekt ist. Das ist schon bemerkenswert. Deshalb unsere Aufforderung: Handeln Sie endlich; denn es gibt wirklich die Notwendigkeit zum Handeln, Arbeitsplätze zu schaffen und strukturpolitische Entscheidungen zu treffen.

An erster Stelle steht dabei Ihre unbewiesene Behauptung von der Jobmaschine und - das haben Sie heute hinzugefügt - von der Geldmaschine Flughafen. Mindestens seit Ihrem Konsensbeschluss im Jahr 1996 haben Sie in den über 20 Flughafen-

Anliegergemeinden jegliche Ansiedlung und Entwicklung untersagt. Damit haben Sie seit Jahren die Schaffung von Arbeitsplätzen in dieser Region verhindert.

Die Vertreter der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wissen, wovon sie sprechen, wenn sie den BBI einen Jobkiller nennen. Die künftige Konzentration von Kapazitäten und Personal auf einen Standort setzt natürlich Arbeitskräfte von den jetzt 12 000 Arbeitsplätzen an den drei Flughäfen frei. Im Aviation-Bereich wird mit überflüssigem Personal von über 1 000 Personen gerechnet und im Non-Aviation-Bereich ist mit einer ähnlichen Größenordnung beim Personalabbau zu rechnen. Denn alles, was bisher an den drei Flughäfen Tegel, Tempelhof und Schönefeld doppelt und dreifach existiert - ich zähle hier nur auf: Reinigungskräfte, Sicherheitspersonal, Feuerwehren, Abfertigungskapazitäten bis hin zu Parkplätzen, Wechselstuben, Autovermietungen, Zeitungskiosken, Reisebüros, Hotels, Restaurants usw. -, wird dann an dem einen Standort natürlich nur noch einmal gebraucht. Dieser Arbeitsplatzabbau, meine Damen und Herren, muss erst einmal durch neue Arbeitsplätze kompensiert werden.

Aber auch die inzwischen durchgeführten empirischen Untersuchungen kommen zu einem überraschenden Ergebnis:

“Das Vorhandensein eines internationalen Großflughafens ist keine Bedingung für eine positive Beschäftigten-Entwicklung der Region. Es gilt für alle Infrastruktureinrichtungen: Je besser die Erreichbarkeit, desto größer das Einzugsgebiet und umso geringer die Auswirkungen auf den Mikro-Standort.”

Was ist damit gemeint? Am Beispiel des Flughafens Frankfurt am Main wird es erläutert; ich zitiere ein zweites Mal:

“Der Anstieg der versicherungspflichtigen Beschäftigten in Frankfurt am Main, im Flughafen-Umland und in Südhessen liegt unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Von einem positiven Beschäftigungsmultiplikator für das Flughafen-Umland ist in der amtlichen Statistik nichts zu erkennen, im Gegenteil: Je weiter man sich vom Frankfurter Flughafen entfernt, desto besser wird die Beschäftigten-Entwicklung.”

Das ist nachzulesen in dem Buch Bernd Hausmanns “Der Frankfurter Flughafen und die Entwicklung der Arbeitsplätze in der Region” von 1999.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

- Ich will einfach nur, Herr Klein, dass Sie auch diese Argumente bedenken.

Zudem kritisieren die Gewerkschaften seit Jahren die extrem schlechten Arbeitsbedingungen für Beschäftigte. Insbesondere geht es hierbei um prekäre Arbeitsverhältnisse vor allem in Dienstleistungsunternehmen an großen deutschen Flughäfen.

(Zuruf von der PDS: Ihr hättet es doch schon realisieren können! - Gegenruf von der CDU: Wenn Ihr nicht wärt! - Weitere Zurufe)

- Das war die richtige Antwort.

Vizepräsident Habermann:

Meine Damen und Herren, ich kann mich nicht erinnern, jemand anderem als der Abgeordneten Tack das Wort erteilt zu haben.

Frau Tack (PDS):

Ich bedanke mich, Herr Präsident. - Die PDS fordert die Landesregierung daher auf, sich gemeinsam mit der Dienstleistungsgewerkschaft und den anderen BBF-Gesellschaftern dafür einzusetzen, dass die Arbeitsbedingungen an den BBF-Flughäfen für die genannten Beschäftigten verbessert und Konzepte für Alternativarbeitsplätze für diejenigen Menschen entwickelt werden, die bei Konzentration von Kapazitäten und Personal auf einen Single-Flughafen-Standort ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Allein das Beispiel der Arbeitsplätze zeigt, wie oberflächlich und wenig ernsthaft Sie sich bisher mit dem BBI-Projekt, seinen Voraussetzungen und Auswirkungen befasst haben. Wenn Sie dieses Projekt in den zurückliegenden Jahren nur einmal so wichtig genommen hätten, wie Sie immer behaupten, dann wären Ihnen neben Ihren falschen Arbeitsplatzversprechen vielleicht auch nicht jene kapitalen Fehler unterlaufen, die das Projekt heute mehr denn je infrage stellen. Dazu gehören erstens das Schuldenmachen am Bauhof Ost im Umfang von 350 Millionen Euro und einer jährlichen Zinsbelastung von 15 Millionen Euro, zweitens die Missachtung des Raumordnungsverfahrens durch einen Konsensbeschluss zum Standort Schönefeld, der auf total wackligen Planungsgrundlagen basiert, und drittens das Scheitern der Privatisierung mit Hochtief vor dem Oberlandesgericht Frankfurt (Oder), das inzwischen millionenschwere Gerichtsprozesse und weitere Kosten in Höhe einer halben Milliarde Euro nach sich zog.

Worüber - das frage ich Sie, Herr Ehler - wollen Sie heute mit uns reden? Darüber, wie man ein “Schlüsselstrukturprojekt” erfolgreich verhindert, oder darüber, wie man aus den begangenen Fehlern lernt?

(Zuruf von der CDU: Wie man es verhindert, lernen wir gerade von Ihnen!)

- Ich denke eher, dass Sie daran beteiligt waren.

(Zuruf von der PDS: Das denke ich auch!)

Folgende Tatsachen sind auch von Ihnen nicht zu übersehen:

Erstens: Das BBI-Projekt hat keine verfassungsrechtlichen Planungsgrundlagen. Eine zweite Entscheidung in diesem Sinne steht offensichtlich am 20. März vor dem Oberverwaltungsgericht in Frankfurt (Oder) an. Das BBI-Projekt wird planungsrechtlich nicht durchsetzbar sein. Ein Abbruch des Planfeststellungsverfahrens wird daher immer wahrscheinlicher.

Die PDS bezeichnet jeden Euro, den Sie unter diesen falschen Voraussetzungen weiterhin in dieses Projekt stecken, als spekulative Verschwendung von Steuergeldern.

(Beifall bei der PDS)

Dafür tragen Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, die Verantwortung. Sie tragen sie angesichts einer wachsenden Verschuldung des Landes.

(Homeyer [CDU]: Das, was Sie sagen, hören wir richtig gern! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Da brauchen Sie überhaupt nicht nach Berlin zu sehen; vielmehr wächst die Verschuldung hier im Land Brandenburg, wie wir zur Kenntnis nehmen mussten.

Zweitens: Das BBI-Projekt ist so risikobehaftet, dass künftig jahrelang mit Hunderten Millionen Euro Haushaltsbelastung zu rechnen wäre, die am Ende ins Unermessliche wachsen können, weil heute niemand steigende Baupreise, steigende Kosten für die Verkehrsanbindung, explodierende Kosten für Flächenerwerb nach Ablauf der Bindungsfristen, Altlasten und notwendige Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ausschließen kann. Woher will das Land Brandenburg bei steigender Verschuldung dieses Geld nehmen?

Drittens hat der Landesrechnungshof deutlich gesagt, dass die Entschuldung der BBF durch ihre Gesellschafter erfolgen muss, weil kein privater Investor dies übernehmen würde. Ich frage Sie, Frau Ministerin Ziegler: Wo haben Sie im Haushalt 2002/2003 Vorsorge für die Entschuldung der BBF durch ihre Gesellschafter getroffen? Warum wird diese Entschuldung der BBF von Jahr zu Jahr verschleppt? Diese Verschleppung hat den Steuerzahler inzwischen mehr gekostet als die Schulden selbst.

Viertens: Nach dem vorliegenden Bieterangebot von IVG und Hochtief zeichnet sich zudem erneut ab, dass weder eine hundertprozentige noch eine überwiegende Privatfinanzierung eines Flughafens am Standort Schönefeld, so wie die Ausschreibung für den BBI lautet, möglich sein wird. Es gibt nach wie vor eine Finanzierungslücke von mehr als 60 % der Gesamtinvestitionssumme von über 5 Milliarden Euro. Das sind reine Tatsachen, im Hinblick auf die es eine Entscheidung zu treffen gilt.

Deshalb, meine Damen und Herren, fordert die PDS Sie auf - das ist eine mit der Berliner PDS abgestimmte Position -, gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern Schritte einzuleiten, damit das Vergabeverfahren für den BBI rechtssicher abgebrochen werden kann. Das wird zugegebenermaßen schwierig, weil Sie auch dafür überhaupt keine rechtliche Vorsorge getroffen haben.

Wir fordern in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung der Bedarfsbegründung für einen Single-Flughafen anhand der bis jetzt nachvollziehbaren Prognosezahlen und unter Beachtung der anstehenden bundes- und europapolitischen Entscheidungen - ich erinnere hier nur an notwendige und angekündigte Entscheidungen zum Lärmschutz - sowie der weltweit rückläufigen bzw. stagnierenden Entwicklung im Luftverkehr. Auch diese Forderung hat der Landesrechnungshof erhoben. Das werden Sie zur Kenntnis genommen haben.

Die PDS fordert Sie auf: Prüfen Sie endlich die vorliegenden Alternativkonzepte, sowohl das Konzept der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wie auch mehrere Integrationskonzepte zum Flughafen in Schönefeld. Diese sparen Geld, senken Risiken und schonen Menschen und Umwelt.

Die PDS plädiert für eine ressourcenschonende und damit für eine wirtschaftlich, finanziell und rechtlich tragbare Flughafenlösung in der Region Berlin-Brandenburg.

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich wiederhole mich in diesem Fall gern: Einen Fehler einzugestehen ist keine Schande, ihn aber wider besseres Wissen fortzusetzen ist unseres Erachtens verantwortungslos. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Danke, Frau Abgeordnete Tack. - Das Wort geht an die Fraktion der SPD. Herr Abgeordneter Müller, bitte.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Tack, Ihre Rede hat ein Stück weit das Problem von BBI deutlich gemacht. Dazu will ich einige Punkte in Erinnerung rufen. Sie benutzen nämlich Halbwahrheiten und zum Teil Unwahrheiten.

(Widerspruch bei der PDS)

Das ist genau das Problem der öffentlichen Diskussion: Wir sind immer wieder damit konfrontiert, dass die Leute durch solche Äußerungen durcheinander gebracht werden.

(Beifall bei der CDU)

Sie führen an, der Landesrechnungshof habe gesagt, Finger weg vom Großprojekt. Ich kann nicht erkennen, dass die Stellungnahme des Landesrechnungshofes eine solche Aufforderung enthält. Vielmehr wird kritisch hinterfragt; das ist völlig richtig und das ist die Aufgabe des Landesrechnungshofes. Es wird auf Risiken hingewiesen. Dort wird aber gerade nicht gesagt: Finger weg vom Großprojekt.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

Insbesondere das Wort Großprojekt ist ohnehin etwas fragwürdig.

(Frau Tack [PDS]: Allerdings, ja!)

Wir reden hier über einen Single-Flughafen. Es steht weder infrage, dass man ihn realisieren kann, noch, dass wir ihn brauchen.

Genauso versuchen Sie hier deutlich zu machen, dass es keine Arbeitsplatzeffekte geben wird.

(Frau Tack [PDS]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Sie stellen es zumindest sehr deutlich infrage und verunsichern damit wiederum all diejenigen, die an dem Entscheidungsprozess beteiligt sind; Sie versuchen es zumindest.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Sie stellen in den Raum, dass es zunächst Arbeitsplatzabbau-effekte geben wird.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Vietze, schonen Sie sich.

(Vietze [PDS]: Das muss doch mal gesagt werden! Das wird man doch wohl mal sagen dürfen!)

Herr Abgeordneter Müller hat das Wort.

Müller (SPD):

Seien Sie doch nicht so aufgeregte.

(Vietze [PDS]: Ich finde das nur so unfair!)

Sie reden von Arbeitsplatzabbau und vergessen dabei zu sagen, dass dann, wenn Sperenberg realisiert würde, was Sie immer zu unterstützen behaupten, genau derselbe Effekt eintreten müsste. Ich sage: Was unsere drei Flughäfen so ineffektiv und im Prinzip auf Dauer nicht lebensfähig macht, würde korrigiert werden, wenn man nicht alles dreimal, sondern am Single-Flughafen nur einmal vorzuhalten brauchte. Das ist kein negativer, sondern ein positiver Effekt, der zur Erhöhung der Attraktivität des Flughafens beiträgt. Wenn eine gesunde Flughafenstruktur vorhanden ist, dann tritt auch die Frage nach den Arbeitsplätzen, die entstehen werden, in den Vordergrund. Die neu entstehenden Arbeitsplätze müssen auch von Ihrer Seite als positiver Aspekt gewürdigt werden.

Es trifft zu, dass sich gegen den Flughafen ein deutlich spürbarer Gegenwind entwickelt hat. Ebenso hat es handwerkliche Fehler gegeben. Das bestreitet niemand. Die Erfahrungen, die daraus gewonnen wurden, müssen bei künftigen Projekten berücksichtigt werden.

Eines darf man jedoch nicht vergessen: Bei einem solchen Projekt wird jeder Schritt beobachtet und, wenn es irgendwie möglich ist, beklagt. Der Ausbau des Schönefelder Flughafens ist nicht mit der Ansiedlung irgendeines kleinen oder mittelständischen Unternehmens zu vergleichen, worum sich kaum jemand wirklich kümmert. Was den Ausbau des Flughafens angeht, wird jeder Schritt zur Verzögerung oder Verhinderung des Projektes benutzt. Dadurch entsteht ein hoher Aufwand, der allerdings auch getragen werden muss.

Man sollte nicht den Eindruck erwecken, als sei das bei anderen Flughafengroßprojekten wie in München oder in Frankfurt bei der Startbahn West nicht der Fall gewesen. Dort gab es dieselben Probleme. Auch dort wurde versucht, alles und jedes zu verhindern. Die Fertigstellung des neuen Münchner Flughafens hat fast 30 Jahre gedauert.

Dies ist auch verständlich. Die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland ermöglicht und unterstützt das Vortragen von Einwänden. Dies kann nicht als negativ in den Raum gestellt werden, sondern wir leisten uns in Deutschland nun einmal solche Einspruchsmöglichkeiten.

Bevor man auf die Arbeitsplätze zu sprechen kommt, ist zunächst die Frage nach der Höhe der Passagierzahlen zu stellen. Derzeit sind es 12,6 Millionen. Aus allen Prognosen, sowohl den pessimistischen als auch den optimistischen, wissen wir, dass die Zahl der Passagiere steigen wird. Die Ereignisse des 11. September werden nur einen vergleichsweise kurzfristigen Einfluss darauf haben. Die eingetretene negative Entwicklung wird sich von selbst wieder korrigieren. Die Zahl der Passagiere wird sich also wieder erhöhen. Die Prognosen sagen für 2004 16,8 Millionen und für 2010 22,7 Millionen Passagiere voraus. Die gegenwärtige Maximalkapazität auf allen drei Flughäfen liegt bei 15,5 Millionen Passagieren. Deswegen muss die Entscheidung für den Flughafen nicht nur im Interesse der Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern auch im Sinne der Erhöhung von Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Region Berlin-Brandenburg fallen. Da hilft es nicht, wenn die PDS - jetzt auch noch mit Unterstützung eines ihrer Minister - versucht das Projekt hinauszuzögern und zu verhindern. Dadurch richten Sie von der PDS großen Schaden für die Region an.

(Beifall bei SPD und CDU)

Was die Arbeitsplätze angeht, so sind verschiedene Kategorien zu berücksichtigen, die aus meiner Sicht eine wesentliche Rolle spielen. Natürlich wird der Bau selbst eine hohe Anzahl von Arbeitsplätzen bedingen. Die Arbeitskräfte werden sowohl aus der Region als auch aus dem übrigen Deutschland und aus Europa kommen. Dieser Punkt ist wichtig.

Noch wichtiger sind die Dienstleistungen, die mit dem Flugbetrieb zusammenhängen. In diesem Bereich werden nicht nur in großer Zahl neue Arbeitsplätze entstehen, sondern auch die Löhne werden über dem normalen Niveau liegen. Es werden also keine Billigarbeitsplätze entstehen.

Noch viel wichtiger ist in meinen Augen aber das Umfeld. Dabei geht es um flugorientierte Leistungen sowohl im gewerblichen als auch im Dienstleistungsbereich sowie in davon völlig unabhängigen Bereichen. Dies ist die große Chance für unsere Region, unabhängig von dem Gesamtregionaleffekt, den wir hier zu verzeichnen haben.

Deswegen ist die Umfeldentwicklungsgesellschaft so wichtig, denn es muss eine Koordinierung erfolgen. In dieser Region darf es zu keinem Wildwuchs kommen. Die Strukturen, die dort entstehen, müssen auch zusammenpassen.

Wir brauchen eine Koordinierung, die sich auf die Ansiedlung, die Clusterbildung bezieht. Wir müssen versuchen, Unternehmen zusammenzuführen, die in ihrer Produktions- und Dienstleistungsausrichtung zusammenpassen.

Wir müssen sicherstellen, dass die Unternehmen, die sich dort ansiedeln, auch Wachstumsmöglichkeiten haben. Zum großen Teil werden es junge Unternehmen sein. Es darf nicht die Situation eintreten, dass sie nach fünf Jahren feststellen: Wir müssen uns vergrößern, aber dafür fehlt der Platz. Deswegen müssen wir eine Koordinierung erreichen.

Das Koordinierungserfordernis bezieht sich auch auf den Verkehr. Die Ansiedlungen am Flughafen werden Verkehr erzeugen, der auch dorthin kommen muss, wohin er gehört, nämlich

zu den Unternehmen, damit die Produkte und Dienstleistungen transportiert werden können. Eine solche Koordination ist auch möglich, wenn sie von allen Akteuren gewollt wird.

Genau das ist das Problem. Zurzeit sind folgende Akteure aktiv: die Landesregierung Brandenburg, die Landesregierung von Berlin und die Bundesregierung. Wenn man sich die Historie ansieht, dann stellt man fest, dass die Ansprechpartner permanent gewechselt haben. Die Koalitionen haben sich nämlich verändert. Das ist, genau genommen, ein Projekt, das von der CDU, die hier in Brandenburg beteiligt ist, von der SPD ohnehin, von den Grünen und von der PDS getragen werden muss. Daran wird die Schwierigkeit in der politischen Diskussion deutlich.

Deswegen lautet unsere Aufforderung: Wir sollten die politische Diskussion in den Hintergrund stellen. Es geht nicht darum, welche Partei sich am besten profiliert, sondern darum, dass wir möglichst bald einen leistungsfähigen Flughafen haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Insofern bitte ich Sie, sich mit Ihren Äußerungen zurückzuhalten, auch was die gemeinsame Strategie der PDS in Brandenburg und in Berlin angeht, und nicht so zu tun, als ob man eine Verlagerung nach Sperenberg erreichen könnte. Dies wird nicht so einfach möglich sein. Wir müssen das, was jetzt auf den Weg gebracht worden ist, weiterführen. Dazu brauchen wir dummerweise Ihre Unterstützung, die Unterstützung durch Wirtschaftsminister Gysi. Aber ich hoffe, dass bei ihm die Einsicht in die Notwendigkeit des Vorhabens seine rhetorischen Fähigkeiten irgendwann überwiegen wird und er deswegen so handelt, wie es die Bürgerinnen und Bürger von ihm erwarten, nämlich den Flugplatz unterstützt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Abgeordneten Müller. - Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Schuldt für die DVU-Fraktion.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Land braucht Arbeitsplätze. Die Errichtung des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) als Großflughafen am Standort Schönefeld und seine Entwicklung zum Luftdrehkreuz sind für die strukturelle und die wirtschaftliche Entwicklung der Region das Schlüsselprojekt überhaupt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, hier nochmals die wesentlichen Vorteile herauszustreichen - im Übrigen nach wie vor in der Hoffnung, dass diese Fakten auch in die Sozialistenköpfe der PDS-Fraktion Eingang finden, namentlich in den Kopf der Kollegin Tack.

(Beifall bei der DVU)

Übrigens sind auch mir keine ablehnenden Äußerungen des Landesrechnungshofes bekannt, Kollegin Tack.

Die Verwirklichung des Flughafenprojektes BBI hat in jeder Hinsicht herausragende Bedeutung für die Region Berlin-Brandenburg.

Erstens: Für die Bürgerinnen und Bürger steht natürlich - wie sollte es in unserem von der Geißel der Arbeitslosigkeit geplagten Bundesland auch anders sein? - die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Vordergrund. Alle uns vorliegenden Prognosen aus der Wirtschaft gehen davon aus, dass sowohl direkt - im Zusammenhang mit dem Flugbetrieb - als auch indirekt - im Umfeld des Flughafens - eine Vielzahl von Arbeitsplätzen entstehen wird. In seriösen Quellen ist die Rede von rund 17 500 direkten Arbeitsplätzen und rund 32 500 indirekten Arbeitsplätzen bis zur Eröffnung im Jahr 2007. Die Fortentwicklung zum Luftdrehkreuz dürfte hiernach bis zum Jahr 2010 sogar zu insgesamt rund 60 000 indirekten Arbeitsplätzen führen.

Zweitens: Zugleich wird der Flughafen - eine solche Vielzahl neuer Arbeitsplätze fällt bekanntlich nicht vom Himmel - zu einer erheblichen Ausdehnung selbstständiger wirtschaftlicher Existenzen führen, sei es durch Betriebsneugründungen, sei es durch Betriebsweiterbildungen. Die Bürgerinnen und Bürger, die durch den Flughafen die Möglichkeit erhalten, unternehmerisch tätig zu werden, können wir bei wirtschaftlicher Betrachtung der Zahl der von mir unter 1 genannten neuen Arbeitsplätze getrost hinzurechnen.

Drittens: Zugleich wird durch den Flughafen BBI die Wirtschaftskraft der bestehenden und neu zu gründenden Unternehmen nachhaltig gestärkt. Gerade in diesem Zusammenhang ist es von herausragender Bedeutung, dass wir den Flughafen BBI als Luftdrehkreuz planen und entwickeln. Tun wir das nicht, werden wir diesen Effekt nur in abgeschwächter Form erleben. Durch die Konzeption und Entwicklung des Flughafens als Luftdrehkreuz erhält unsere Wirtschaft nicht nur interregional, sondern zugleich international gravierend bessere Marktverbindungen. Das ist ein ganz erheblicher Standortfaktor für unsere mittelständische Wirtschaft, die ansonsten über solche Anbindungen mit solchen Marktchancen strukturell nicht verfügt.

Viertens: Die Vorteile für unser Land Brandenburg und seine Wirtschaftskraft insgesamt liegen auf der Hand: Wo mehr wächst, kann auch mehr geerntet werden. Vielleicht begreift das endlich auch die PDS-Fraktion. Der Flughafen führt zu mehr Gewerbesteuer-, Umsatzsteuer- und Einkommensteueraufkommen bei im Übrigen gleichzeitig geringeren sozialen Lasten infolge der dann niedrigeren Arbeitslosigkeit.

Mit anderen Worten: Die Verwirklichung des BBI als Luftdrehkreuz ist für unser Land Brandenburg unerlässlich, um von den exorbitant hohen Staatsschulden herunterzukommen und die politische Handlungsfähigkeit, die gegenwärtig eingeschränkt ist, wieder herzustellen. Deshalb ist es richtig und wichtig, heute auf Antrag der CDU über die Notwendigkeit des BBI zu diskutieren.

Nach alledem habe ich im Namen unserer gesamten DVU-Fraktion eine herzliche Bitte an die Landesregierung und an alle Mitglieder dieses Hauses: Lassen Sie uns alle Anstrengungen unternehmen, damit dieses Flughafenprojekt im Interesse Brandenburgs und seiner Menschen zügig verwirklicht wird. Wir haben die Chance, hiermit ein Zeichen gegen Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit zu setzen. Lassen Sie uns diese Chance nutzen! Wer dies nicht beherzigt, meine Damen und Herren von der PDS, versündigt sich an unserem Land. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Schuldt und erteile jetzt Herrn Christoph Schulze das Wort. Er spricht außerhalb des Redeolumens seiner Fraktion als Einzelabgeordneter. Seine Redezeit beträgt drei Minuten.

Schulze (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle eines voran: Alle, die mich kennen, wissen, dass ich der Auffassung bin, dass Luftverkehr eine Wachstumsbranche und die infrastrukturelle Voraussetzung für weiteren wirtschaftlichen Erfolg ist. Die entscheidende Frage ist für mich also nicht, ob man einen Flughafen baut; diese Frage ist ganz klar mit Ja zu beantworten. Die Frage lautet vielmehr, wo man ihn baut, wer ihn baut und wie man ihn baut. Wenn man ihn auf Treibsand baut, muss man sich nicht wundern, dass man da landet, wo man jetzt ist.

Die CDU-Fraktion hat den Flughafen Schönefeld als Schlüsselprojekt für die Infrastruktur bezeichnet. Sie hat damit einen bildhaften Vergleich, eine Metapher, die des Schlüssels, gewählt, die ich aufgreife. Man muss immer einen Schlüssel und eine Tür haben. Hat man die Tür, muss man den passenden Schlüssel finden. Hat man den Schlüssel, muss man die richtige Tür dafür finden.

1991 hielten wir im Vorschaltgesetz zum Landesplanungsgesetz fest, dass wir einen Flughafen wollen. Danach bekamen wir nach einem bestimmten Verfahren drei Türen, um bei der Metapher des Schlüssels und der Tür zu bleiben: Jüterbog, Sperenberg und Schönefeld. Die handelnden Figuren wählten die Tür Schönefeld. Der Schlüssel wurde ins Schloss gesteckt, aber er passte nicht. Dann kam es zu einer gewissen Gewaltanwendung, weil man meinte, der Schlüssel müsse doch passen, das müsse doch gehen, getreu dem Motto: "weil nicht sein kann, was nicht sein darf". Dummerweise ist der im Schloss steckende Schlüssel dabei abgebrochen. Das aber wollen einige nicht zur Kenntnis nehmen. Nun kann man vor der Tür stehen und an die Tür dremmeln. Dadurch geht die Tür allerdings auch nicht auf.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie zur Kenntnis: Es ist vorbei, Sie haben die falsche Tür gewählt, diese Tür bleibt zu. Die Wahl der Tür war ein tragischer Irrtum, weil der Schlüsselinhaber bereits vorher wusste bzw. hätte wissen können - ich verweise auf das Raumordnungsverfahren -, dass seine Entscheidung im Hinblick auf die Tür falsch war. Um bei der Metapher des Schlüssels zu bleiben: Wenn man einen Schlüssel betrachtet, kann man schon an der Form des Bartes sehen, ob er ins Schloss passen wird. Dies ist übrigens keine Frage des Glaubens oder des Instinktes.

An dieser Stelle zitiere ich einen Kalenderblattspruch, der mir letzstens aufgefallen ist und sehr gut auf die Situation passt:

"Der Irrtum hat drei Stufen. Die erste Stufe ist, dass man ihn begeht; das ist menschlich. Die zweite Stufe ist, dass man ihn nicht wahrhaben will; auch das ist noch menschlich, wird aber bereits tragisch. Die dritte Stufe ist, dass man den Irrtum nicht rückgängig machen kann oder will oder jedenfalls glaubt, ihn nicht rückgängig machen zu können; das ist töricht."

Meine Damen und Herren, zu jedem Schlüssel gibt es in der Regel ein Duplikat. Deswegen bitte ich Sie, einen zweiten Versuch zu starten. Zwei Türen bleiben Ihnen ja noch.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter, da Sie gerade über den Irrtum sprachen, nehme ich an, dass Sie dem Irrtum erliegen, noch Redezeit zu haben.

Schulze (SPD):

Herr Präsident, eben blinkte gerade noch die gelbe Lampe, das heißt, ich habe noch eine Minute Zeit.

Wählen Sie besser, wählen Sie klug! Zwei Türen bleiben Ihnen noch, nachdem Sie hinter der ersten Tür nichts gefunden haben.

Im Übrigen lege ich den Kollegen, die hier einige Unwahrheiten verbreitet haben, nahe, bestimmte Protokolle aus den Untersuchungsausschüssen - ich verweise auf die Anhörung von Dr. Köllen, Geschäftsführer der IVG - nachzulesen. Der stärkste Tobak, den ich heute hier gehört habe, kam von Herrn Ehler.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Schulze, ich habe Sie sehr freundlich auf das Ende Ihrer Redezeit hingewiesen.

Schulze (SPD):

Lassen Sie mich noch den Irrtum von Herrn Ehler richtig stellen, den er hier öffentlich verbreitet hat. Er sprach von 1,4 Milliarden DM Mehrkosten für die Verkehrsanbindung in Sperenberg.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Schulze, klären Sie das bitte im persönlichen Gespräch.

Schulze (SPD):

Sie wissen, dass das ein tumbes Märchen ist. - Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Das Wort geht jetzt an die Landesregierung. Herr Minister Fürniß.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem ich vor zwei Jahren begann, mich mit diesem Projekt zu beschäftigen, habe ich drei Dinge relativ schnell gelernt. Erstens ist dieses Projekt - diese Einschätzung gilt heute noch; hier gibt es, wenn ich es richtig verstanden habe, keine großen Unterschiede - für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in dieser Region nicht nur notwendig, sondern unverzichtbar.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das Zweite, was ich gelernt habe: Es ist ein sehr schwieriges Projekt, weil es nicht immer ganz einfach ist, die unterschiedlichen Interessenlagen zusammenzubringen. Das gilt für die Interessenlagen der Gesellschafter genauso wie für die Interessenlagen der an den Konsortien beteiligten Unternehmen und letztlich auch für die politischen Interessenlagen. Die Erfahrung dieser zwei Jahre hat aber gezeigt, dass die Gesellschafter zusammenstehen und den Ausbau von Schönefeld zu einem internationalen Drehkreuz gemeinsam wollen. An dieser Haltung der Gesellschafter gibt es keinen Zweifel.

Das Dritte, was ich gelernt habe: Diesem Projekt ist nur zum Erfolg zu verhelfen, wenn wir uns von der Auffassung verabschieden, wir könnten eine politische Lösung für dieses Projekt finden. Für dieses Projekt gibt es keine politische, sondern nur eine wirtschaftlich vernünftige Lösung.

(Zurufe von der PDS - Gegenruf von der SPD: Halbschwanger geht nicht!)

Eine wirtschaftliche Lösung bedeutet, in einer vorgegebenen Zeit zu Ergebnissen zu kommen. Dies bedeutet für uns als Gesellschafter, dass die Interessen der öffentlichen Hand gewahrt sein müssen. Wir müssen uns um die Interessen der Menschen in dieser Region bemühen, um Handlungsfähigkeit herzustellen. Das heißt, wir müssen in der zur Verfügung stehenden Zeit Ergebnisse erzielen. Außerdem müssen wir - hier gebe ich Ihnen Recht, Frau Tack - auch in Alternativen denken.

(Frau Tack [PDS]: Sie sagen es!)

- Ich komme darauf gleich noch zurück. - Die Botschaft an unsere Verhandlungspartner lautet: Wir sind den Weg der Privatisierung gegangen und wir wollen die Privatisierung zu einem Erfolg bringen. Aber wir sind auch in der Lage, dieses Projekt auf einem anderen Wege zu realisieren; wir sind nicht erpressbar.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Das heißt aber auch, wenn das richtig ist, was ich sage, dass wir nur dann herausfinden können, wie ein Verhandlungsergebnis aussieht, wenn wir verhandeln. Nur dann, wenn wir mit dem Konsortium in Verhandlungen eintreten, können wir feststellen, wie weit die Bereitschaft gegeben ist, zu einem wirtschaftlich vertretbaren Ergebnis zu kommen. Für alle, die in dem Aufsichtsrat von PPS bzw. BBF sitzen gibt es nur eine Messlatte, nämlich die, ob es möglich ist, ein wirtschaftlich vertretbares Ergebnis zu erzielen. Alle anderen Kriterien haben dahinter zurückzutreten.

Dann müssen wir diese Verhandlungen schnell abschließen, um wiederum möglichst schnell, wenn das denn notwendig sein sollte, auf Alternativen umsteigen zu können, um diese dann voranzutreiben. Das tun wir. Sie dürfen nicht glauben, dass wir nicht auch in Strukturen und Strategien denken dahin gehend, was ist, wenn wir in den Verhandlungen nicht zu dem Ergebnis kommen, das wir wollen. Aber unser klares Ziel ist zunächst einmal, in den Verhandlungen zu einer Privatisierung zu kommen, dies allerdings zu wirtschaftlich vertretbaren Ergebnissen für das Land.

Ich möchte jetzt gern Sie, Frau Tack, auf etwas ansprechen, was

Sie hier erwähnt haben. Sie haben gesagt, wir ließen uns von Gerichtsurteilen treiben. Mein Verständnis von Rechtsstaat ist anders, nämlich so, dass es gut und richtig ist, dass jeder, der das Gefühl hat, seine Interessen vor Gericht wahren zu sollen, dies auch wirklich tun kann. Dass das für uns manchmal schwierig ist, ist gar keine Frage. Aber ich würde das nicht als "treiben lassen", sondern als eine notwendige Begleitung in einem Rechtsstaat bezeichnen. So sollten wir es auch belassen.

Der Vergleich der DDR-Regierung mit den seit der Wende frei gewählten Bundesregierungen auf der Basis des Begriffs Schlüsseltechnologie ist eine Verharmlosung, die nicht nur nicht zulässig ist, sondern die der Sache auch nicht gerecht wird.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD - Zurufe von der PDS)

Meine Damen und Herren, klar ist - erstes Argument -, dass wir einen Flughafen in dieser Region brauchen, weil die Kapazitäten der jetzigen Flughafensysteme nicht ausreichen. Jetzt gibt es eine Aufteilung in drei Standorte mit insgesamt sechs Start- und Landebahnen, die weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll ist. Die Gesamtbilanz, bezogen auf Flächenverbrauch, Anlagebewirtschaftung, Lärm- und Verkehrsbelastung, fällt bei der Konzentration des Luftverkehrs auf einen Flughafen deutlich günstiger aus.

Zweites Argument: Mit der Entscheidung für den Ausbau des Flughafens Schönefeld können wir auf vorhandene Strukturen aufbauen.

Drittes Argument: Wir können bei der Entwicklung zu einem Luftdrehkreuz, die notwendig und möglich ist, die Lage dieses Flughafens in der Hauptstadtregion, aber auch bei der geostrategischen Betrachtung der Märkte in Skandinavien und Osteuropa als großen Vorteil für uns betrachten.

Natürlich ist es keine Frage, dass es dann, wenn drei Flughäfen zusammengelegt werden, auch Synergieeffekte bei den Arbeitsplätzen gibt. Das ist nicht zu bestreiten; das wird so sein. Klar ist aber auch - das wissen wir von den Flughäfen, die weltweit betrieben werden -, dass man erstens dabei Geld verdienen kann und dass zweitens das meiste Geld im Flughafenumfeld verdient wird. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in Brandenburg das Flughafenumfeld entwickeln. 60 % des Umsatzes werden nicht auf dem Flughafen, sondern im Flughafenumfeld gemacht.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige Flughäfen als Beispiele anführen. Flughafen Detroit: 70 000 Arbeitsplätze bei 40 Millionen Passagieren. Flughafen Madrid: 155 000 Beschäftigte bei 50 Millionen Passagieren. Amsterdam: 1999 51 000 Beschäftigte. Das sind 45 % mehr als 1989. München: Derzeit 18 000 Beschäftigte, und zwar mit einer klaren Prognose auf 30 000 im Jahre 2010. Frankfurt - trotz allem, was Sie zitiert haben -: Tatsache ist, dass auf dem Flughafen Frankfurt am Main und um diesen Flughafen herum 60 000 Menschen beschäftigt sind. Das ist die größte nationale Arbeitsstätte mit einer Lohn- und Gehaltssumme von jährlich fast 2 Milliarden DM.

Sie können also nicht ernsthaft bestreiten, dass im Flughafen und um den Flughafen herum zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Wirklichkeit kann man auch in einem Parlament nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die Wirklichkeit ist, dass dieses Projekt für unser Land, für die Hauptstadtregion Arbeitsplätze schaffen, die Region attraktiver machen und uns an die internationalen Strukturen anbinden wird.

(Homeyer [CDU] - an die PDS gewandt -: Genau das wollen die doch nicht!)

Deswegen ist dieses Projekt für uns nicht nur wünschenswert, sondern unverzichtbar. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Fürniß und gebe das Wort noch einmal an die Fraktion der SPD. Herr Abgeordneter Dellmann, bitte.

Dellmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen, dass die SPD-Fraktion das Projekt BBI für Berlin und Brandenburg realisieren will und realisieren wird. Wir wollen einen zukunftsfähigen Flughafen für die Region Berlin-Brandenburg am Standort Schönefeld. Wir wollen nicht, dass dieser Flughafen in Leipzig oder in Stendal entsteht. Wir wollen, dass dieser Flughafen eine Zukunft für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in unserer Region bedeutet.

(Beifall bei SPD und CDU)

Angesichts der Kritik vonseiten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Rechnungshöfe an dem aktuellen Verfahrensstand - ich nenne als Beispiel hier nur den Landesrechnungshof Brandenburg, der das Gesamtrisiko der Privatisierung auf bis zu 1,3 Milliarden Euro schätzt - ist aber zu fragen, was wir zugunsten des Projekts jetzt tun müssen.

(Zurufe von der PDS)

Meine Damen und Herren, mit uns wird es keine Privatisierung zu jedem oder um jeden Preis geben.

Gibt es Alternativen? - Es gibt etliche Alternativen; allerdings muss über eine Einigkeit herrschen: Bei Alternativen bedarf es der Änderung von Parametern des Verfahrens. Gelten müsste: Zuerst die Planung, dann der gegebenenfalls privat finanzierte Bau des BBI.

Erste Priorität ist, dass das Planfeststellungsverfahren vorangetrieben und zu einem erfolgreichen Abschluss geführt wird. Hierbei ist ausdrücklich zu begrüßen, dass sich das MLUR der Landesplanung Schönefeld angenommen hat - aus meiner Sicht eine längst überfällige Maßnahme - mit der erneuten Auslegung der Planungsunterlagen, Begründung der Standortauswahl SXF und der Anhörung der betroffenen Gemeinden.

Die SPD-Fraktion begrüßt in diesem Zusammenhang des Weiteren, wie verlässlich die Zusagen zu den Umsiedlungen Diepensee und Selchow von den BBF-Gesellschaftern, insbesondere von der Landesregierung Brandenburg, aktuell umgesetzt werden.

Nach Vorliegen eines gerichtsfesten Planfeststellungsbeschlusses könnte der Flughafen zum Bau und Betrieb ausgeschrieben werden. Dann bestünden keine rechtlichen Risiken mehr für die öffentliche Hand, die in Verträge übernommen werden müssten. Vielmehr ergäbe sich die Möglichkeit, einen höheren Verkaufspreis zu erzielen, und zwar ohne rechtliche Risiken gegenüber den Erbauern und den Betreibern des Flughafens.

Ein Flughafen mit erfolgreicher Planfeststellung und Baurecht wäre sicherlich wertvoller, zumal davon auszugehen ist, dass sich bis zum Zeitpunkt einer erneuten Ausschreibung auch die internationale Luftfahrtbranche noch weiter erholen wird. Auch aus diesem Grunde haben wir hinsichtlich der Privatisierung der BBF auch gar keinen Grund, nervös zu werden.

Da der von einigen ursprünglich befürchtete Abfertigungsnotstand der Berliner Flughafensysteme außer Sicht ist, muss zudem über die Beschleunigung des Schließungsverfahrens in Berlin-Tempelhof nachgedacht werden. Wenn wir dies forcieren, dann brauchte die BBF die 10 Millionen Euro Verlust aus dem Tempelhof-Betrieb nicht mehr zu tragen und hätte eine solidere Basis.

Ich fasse zusammen: Auch wenn das Privatisierungsverfahren jetzt ohne Zuschlagserteilung beendet werden sollte, so muss das keine Auswirkungen auf den ursprünglichen Zeitplan für Bau und Inbetriebnahme haben; denn das Planfeststellungsverfahren läuft unabhängig von der Privatisierung. Die öffentliche Hand als Eigentümer der BBF kann nur dann gewinnen, wenn sie jetzt genau prüft, ob nun mit den Vergabeverhandlungen begonnen werden soll bzw. wie weit diese Vergabeverhandlungen geführt werden sollen oder ob der erneute Privatisierungsanlauf erst dann unternommen wird, wenn konkretes Baurecht für das Projekt vorliegt.

Lassen Sie mich abschließend betonen: Für die SPD-Fraktion bleibt der Flughafen Berlin Brandenburg International in Schönefeld das Schlüsselprojekt der brandenburgischen Landespolitik. - Danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dellmann. - Das Wort geht noch einmal an die Landesregierung. Herr Ministerpräsident Dr. Stolpe, bitte.

Ministerpräsident Dr. Stolpe:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Tack, ich möchte mich ausdrücklich bedanken für den Vergleich mit der DDR; denn ich vermute, dass das ein Kompliment Ihrerseits gewesen ist.

(Zurufe von der PDS)

Ich möchte hier allerdings vorsorglich sagen, dass die es damals natürlich leichter gehabt haben. Die brauchten sich nicht um unabhängige Gerichte zu kümmern. - Aber wir nehmen das sehr ernst.

(Beifall bei SPD und CDU)

Am Ende wird die Frage nicht auf politischer Ebene oder durch Aktionen ausdiskutiert, sondern am Ende werden die Gerichte darüber zu befinden haben, und das werden wir mit großem Ernst weiterhin im Auge behalten.

(Zurufe von der PDS)

Da das hier auch infrage gestellt worden ist, möchte ich sicherheitshalber auf Folgendes hinweisen: Die drei Partner, um die es hier geht, wissen, was sie wollen, auch wenn die Diskussionen gelegentlich ein bisschen hin und her gehen. Sie wollen nämlich das, was sie müssen. Die drei Partner Bund, Berlin und Brandenburg müssen dafür sorgen, dass es ein leistungsfähiges Flughafensystem gibt.

Denn es ist jetzt schon erkennbar, auch nach den September-Ereignissen von New York, dass das Passagieraufkommen weiter wachsen wird und dass wir in wenigen Jahren an der Leistungsgrenze sein werden. Wir müssen Vorsorge betreiben. Das ist gar keine Frage. Alle, die jetzt sagen, wir müssten das nicht tun, wir müssten dieses Projekt nicht weiter verfolgen, vielleicht gebe es Alternativen, die müssen bitte auch auf die Frage antworten: Was dann, wenn wir uns nicht mit allem Nachdruck für Schönefeld einsetzen?

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich will hier noch einmal betonen: Das Planungsrecht wird inzwischen von zwei Ministerien und vielen Fachleuten mit großer Sorgfalt betrieben. Es hat bisher selbst in München und in Frankfurt in diesem Bereich keine solch intensive Arbeit gegeben. Kollege Bretschneider, Ihnen sage ich ganz persönlichen Dank für Ihren Einsatz in dieser Frage. Sie haben sich, glaube ich, mit 100 000 Vorgängen befasst und das mit großer Sorgfalt und viel Geduld durchgeführt.

Es wird in Sachen Privatisierung ernsthafte Bemühungen geben müssen - das ist schon deutlich gesagt worden, auch vom Wirtschaftsminister -, aber es wird keine Privatisierung um jeden Preis geben. Wir werden die Planungen entschlossen voranbringen. Kollege Dellmann hat es gerade gesagt. Das Verfahren im Planungsrecht läuft. Das muss sowieso sauber durchgeführt werden, bevor wir richtig in die Arbeit hineingehen können. Insofern müssen wir uns nicht hetzen lassen. Wir werden ganz sicher auch die nötigen finanziellen Konsequenzen durchzusetzen haben.

Nach allem, was ich auch in Gesprächen mitbekommen habe, brauchen wir keine Sorge zu haben, dass uns irgendeiner wegläuft. Das Interesse, sich in diesem Bereich zu beteiligen, wächst. Wir werden ganz hart verhandeln, um die günstigsten Möglichkeiten für das Land herauszuholen. Wir haben interessante Stellschrauben dabei. Wir müssen nicht unbedingt eine 100%ige Privatisierung durchsetzen. Wir können bei der Frage der Anbindung noch jonglieren. Wir können nach meiner Überzeugung auch beim Baufeld Ost noch ganz anders operieren, als jetzt gelegentlich dargestellt wird.

Ich will nur noch eines sagen: Wer Regierungsverantwortung in Brandenburg trägt, der hat keine Alternative dazu, dieses Pro-

jekt entschlossen voranzubringen. Wenn ich nicht ein so überzeugter Anhänger der Koalition von SPD und CDU wäre, liebe Frau Tack, dann würde ich Sie eigentlich gerne in der Regierung erleben. Mal sehen, was Sie dann zu diesem Vorgang sagen würden!

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich würde übrigens an Ihrer Stelle nicht so sehr stark gemeinsam mit den Berliner PDS-Freunden operieren. Ich weiß nicht, ob es hier im Raum jemanden gibt, der Gregor Gysi länger kennt als ich. Ich schätze ihn. Ich schätze auch seine Verlässlichkeit. Wenn es darauf ankommt, steht er zu seinem Wort. Ich bin ganz sicher, er wird auch zum Flughafen Berlin Brandenburg International in Schönefeld stehen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Ministerpräsidenten Stolpe. - Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zum Tagesordnungspunkt 2 angekommen. Ich schließe die Aktuelle Stunde und rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetz zur Ausführung des Bundesdisziplinargesetzes im Land Brandenburg (BbgAGBDG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 3/3755

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses

Drucksache 3/3895

2. Lesung

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vereinbart, keine Debatte zu führen, sodass ich sofort zur Abstimmung über die genannte Beschlussempfehlung kommen kann. Wer der Drucksache 3/3895 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Gesetz zur Ausführung des Bundesdisziplinargesetzes einstimmig angenommen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 3 und unterbreche die Sitzung des Landtages bis 13 Uhr zu einer Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.14 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.00 Uhr)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir beginnen mit dem Nachmittagsteil der 52. Sitzung des Landtages Brandenburg in seiner 3. Wahlperiode.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz - BbgVerfSchG) vom 05.04.1993 (GVBl. I S. 78)

Gesetzentwurf
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3900

1. Lesung

in Verbindung damit:

Bundratsinitiative zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3899

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der einbringenden Fraktion. Frau Abgeordnete Hesselbarth, Sie haben das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Die Verfassung muss man schützen gegen die, die oben sitzen!" Dieser Ausspruch des Schriftstellers Gerhard Hermann Mostar ist heute aktueller denn je. Die Enttarnung mehrerer so genannter V-Leute verschiedener Landesämter sowie des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Rahmen des NPD-Verbotsverfahrens hat gezeigt, dass solche Personen in Führungspositionen politisch missliebiger Parteien und Organisationen eingeschleust werden, um dort als Agents provocateurs bewusst verfassungsfeindliche bzw. verfassungswidrige Taten zu begehen, um die entsprechenden Parteien und Organisationen in den Geruch der Verfassungswidrigkeit zu bringen.

Selbst das Bundesverfassungsgericht sollte über den Einsatz solcher Personen getäuscht werden. Als das Bundesinnenministerium nach der Enttarnung von Frenz noch von einer Panne sprach, waren nach Angaben der Zeitschrift "Focus" 7/2002 vom 11. Februar dieses Jahres bereits mindestens sechs Verfassungsschutzspitzel, deren Aussagen als Beweismittel beim Bundesverfassungsgericht angeführt waren, enttarnt. Bei fast allen handelt es sich um hohe und höchste Funktionäre.

Nach Informationen des "Handelsblatts" vom 27. Februar dieses Jahres wurden von den Verfassungsschutzämtern von Bund und Ländern dem Bundesverfassungsgericht weitere vier so genannte V-Leute genannt, deren Aussagen in den Verbotsanträgen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat enthalten sind.

In Brandenburg wurde insbesondere der Fall des Verfassungsschutzagenten "Piato" alias Carsten Szczepanski bekannt, dessen Aussagen als Beweis für die Verfassungswidrigkeit der NPD in Karlsruhe angeführt werden. Dieser V-Mann Ihres Ministeriums, Herr Minister Schönbohm, der Mitte letzten Jahres aufflog, versuchte bekanntlich im Jahr 1995 einen nige-

rianischen Asylbewerber im Scharmützelsee grausam zu Tode zu bringen. Er wurde dafür zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, welche er jedoch nur zum Teil absitzen musste.

Inzwischen erklärte der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft von Baden-Württemberg, Dieter Berberich, in einem Interview mit der "Heilbronner Stimme", welches bundesweit veröffentlicht wurde: Ein großer Teil der beanstandeten NPD-Reden sei nach Informationen der Deutschen Polizeigewerkschaft von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes geschrieben worden. Herr Berberich erklärte wörtlich:

"Es gab NPD-Kundgebungen, da soll die Hälfte der Teilnehmer aus V-Leuten bestanden haben. Sie haben angeblich auch verfassungsfeindliche Symbole in Umlauf gebracht, um sie anschließend wieder einzusammeln und als Beweise zu verwenden."

Der Polizeigewerkschaftsvorsitzende beklagte sich bei dieser Landesregierung darüber, mit welcher zweifelhaften Methoden die so genannten Verfassungsschutzbehörden bundesweit arbeiteten.

Doch damit nicht genug, meine Damen und Herren: Beim Einsatz von so genannten V-Leuten ist der deutsche Verfassungsschutz offenbar sogar dazu bereit, auch eine Verstrickung der von ihnen geführten und bezahlten "Quellen" in Straftaten zu akzeptieren. Dies geht jedenfalls aus einem internen Vorschlagspapier der Verfassungsschutzbehörden an die Innenministerkonferenz hervor. Es handelt sich dabei um den rechtsstaatlich brisantesten Aspekt eines umfangreichen Maßnahmenpakets, das die Verfassungsschutzchefs nach dem Terroranschlag auf die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Innenministern zur Verbesserung der Bekämpfung von Extremismus empfohlen haben. Zur Aufklärung gefährlicher konspirativer Tätergruppierungen müsse eine Teilnahme an Straftaten durch V-Leute - so wörtlich - "in Kauf genommen werden, um solche Strukturen effizient aufklären zu können".

Dies heißt doch nichts anderes, meine Damen und Herren, als dass mit Steuergeldern bezahlte Mitarbeiter der so genannten Verfassungsschutzämter regelrecht zu Straftaten schwerster Art angestiftet werden, wobei ihnen neben ihrer Belohnung auch noch Straffreiheit zugesichert wird. Und genau das, meine Damen und Herren, ist für unsere Fraktion nicht nur die endgültige Bankrotterklärung des Rechtsstaates, sondern die Umkehrung sämtlicher rechtsstaatlicher Prinzipien der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen in ihr totalitäres Gegenteil.

(Beifall bei der DVU)

Die V-Mann-Skandale und die damit verbundene eklatante Missachtung des Bundesverfassungsgerichts durch hohe politische Instanzen haben dem Ansehen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates bereits heute schwersten Schaden zugefügt. Der Geheimdienst, der den hochtrabenden Titel "Verfassungsschutz" trägt, wird in den Augen vieler Bürger mehr und mehr zu einem Synonym für Verfassungsbruch.

Die DVU-Fraktion erneuert daher mit ihren vorliegenden Anträgen ihre Forderungen:

- Streichung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg und Auflösung der Abteilung V (Ver-

fassungsschutz) des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg,

- eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes des Bundes mit dem Wegfall der Verpflichtung der einzelnen Bundesländer, eigene Verfassungsschutzbehörden zu unterhalten und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zusammenzuarbeiten,
- schließlich die Auflösung des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form.

Dies ist im Sinne der Erhaltung von Demokratie und Rechtsstaat im Land Brandenburg dringend geboten und wäre darüber hinaus ein Signal auch an andere Bundesländer, Gleiches zu tun. Auch sollten kriminelle Delikte, die von Agenten der V-Ämter verübt worden sind, endlich konsequent strafrechtlich geahndet werden, wobei in die Ermittlungsverfahren ebenfalls die Hintermänner in den V-Ämtern einbezogen werden müssten. Denn eine freiheitliche Demokratie braucht keine Schnüffelbehörde namens Verfassungsschutz. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhalten die Koalitionsfraktionen. Für sie spricht der Abgeordnete Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die antragstellende Fraktion möchte "im Sinne der Erhaltung von Demokratie und Rechtsstaat" den Verfassungsschutz abschaffen.

Ich glaube weniger, dass es dem Antragsteller hier um unseren Rechtsstaat geht, sondern ihm geht es vielmehr um die Beobachtung der eigenen Aktivitäten durch den Verfassungsschutz.

(Schippel [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Dieses Ansinnen ist allerdings leicht durchschaubar und wird selbstverständlich von uns nicht mitgetragen; denn die Beobachtung der DVU erfolgt aus gutem Grunde. Gerade die jüngsten Terroranschläge und auch die Reaktion deutscher Rechtsextremisten auf diese zeigen die Notwendigkeit unserer Verfassungsschutzbehörden im Land und im Bund. Sie sind - Ihre Rede, meine Damen und Herren von der DVU, die wir gerade hören mussten, belegt dies deutlich - für die wehrhafte Demokratie unverzichtbar. Worauf wir allerdings verzichten können, sind Anträge von der DVU, Redebeiträge von der DVU und letztlich die DVU in Gänze. Wir lehnen den Antrag ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die PDS-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Vietze.

Vietze (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einbindung von Aussagen und Äußerungen von V-Leuten in die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht durch Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat ist wahrlich kein besonders glückliches Verfahren im Umgang mit einem so schwerwiegenden Ansinnen wie dem Verbot der NPD. In einem solchen Zusammenhang ist es schon berechtigt, die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Verfassungsschutzes und der Verwendung solcher Aussagen aufzuwerfen.

Andererseits aber: Wenn es des Einsatzes eines demokratisch kontrollierten Verfassungsschutzes bedarf, dann vor allen Dingen deshalb, um die Verfassung zu schützen vor jenen, die mit menschlichen Werten, mit dem, was zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung an Vorstellung und demokratischem Verständnis in dieser Gesellschaft gehört, nicht umgehen können. Das Beste zum Schutz der Verfassung ist natürlich der souveräne Bürger. Wenn aber der souveräne Bürger sich dieses Instruments noch bedient, hat es vor allen Dingen die Aufgabe, die Gesellschaft vor Rechtsradikalismus in Inhalt und Form zu schützen. Dazu gehört neben der NPD noch so mancher, der sich dem rechten Flügel dieser Partei zugehörig fühlt.

Demzufolge ist es notwendig, dass der Antrag der DVU abgelehnt wird und sich der Landesverfassungsschutz mit dieser Partei auch weiterhin beschäftigt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält nun die Landesregierung. - Sie verzichtet. Dann erhält erneut die DVU-Fraktion das Wort. Frau Abgeordnete Hesselbarth, bitte.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Homeyer, sind Sie auch V-Mann-geschädigt? Nach Angaben von Geheimdienstexperten verbringen nämlich V-Leute circa 95 % ihrer Zeit mit der Bespitzelung freiheitlich denkender Politiker und nur 5 % mit wirklich sachlicher Arbeit.

Mittlerweile beschäftigt dieses Thema bundesweit die Parlamente. Auch Ihre Parteifreunde, Herr Homeyer, im Düsseldorfer Landtag hatten die V-Mann-Skandale zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht. Und Ihre Genossinnen und Genossen in Sachsen-Anhalt, meine Damen und Herren von der PDS, haben das Thema im dortigen Landtag ausführlich debattiert, einschließlich eines Berichts des Innenministers. Hier in Brandenburg bleibt das Thema der DVU-Fraktion vorbehalten. Denn alle anderen Fraktionen scheinen offensichtlich die Thematisierung zu scheuen. Haben Sie keinen Mut?

Dabei ist das, was heute im Bereich des so genannten Verfassungsschutzes bundesweit abläuft, ein noch nie da gewesener, die Grundfesten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aushebelnder Politikskandal. Der Chefredakteur der "Süddeutschen Zeitung" schreibt:

“Der Staat geht mit V-Leuten, Hunderte sind es in der rechtsextremistischen Szene, Tausende wohl insgesamt, so um, als handele es sich bei ihnen um ehrbare Kaufleute, mit denen man Geschäfte machen kann: Sie liefern Ware und bekommen dafür Geld. Der V-Mann als Erkenntnis-mittel wird mittlerweile so exzessiv eingesetzt, dass der Staat dabei ist, sich gemein zu machen mit dem, was er mit seinen geheimdienstlichen Ermittlungsmethoden bekämpfen will.”

“Offensichtlich leiden”

- so Prantl weiter -

“weite Teile der Geheimdienste und ihrer Aufsichtsbehörden an einem Verlust des rechtsstaatlichen Sensoriums.”

Es handele sich um eine “deformation professionelle”, ein Leiden, bei dem es irgendwann zu Verengungen und Einseitigkeiten im Wirklichkeitsbild kommt, verursacht durch gefährliche Fixierungen im Beruf.

Und da wir gerade auch vom Geld gesprochen haben: Das Land Brandenburg könnte in den Jahren 2002 und 2003 nur bei den Sachausgaben für den Verfassungsschutz sage und schreibe mehr als 2,4 Millionen Euro und bei den zusätzlichen Stellen 750 000 Euro einsparen. Die regulären Personalkosten können bekanntlich nicht ermittelt werden. Meine Schätzung beläuft sich auf circa 1 bis 1,5 Millionen Euro - eine Menge Geld, für unsere Kinder und Jugendlichen bestimmt besser angelegt.

Meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen und auch Sie von der PDS, wenn die Maßnahmen der Geheimdienste gerechtfertigt wären, dann bräuchte man sie ja nicht geheim zu halten. Wie heißt es doch immer? Wer nichts zu verbergen hat, braucht Überwachung, Kontrolle und letztlich die Öffentlichkeit nicht zu scheuen. In einer Demokratie ist die letzte Instanz der Kontrolle immer die Öffentlichkeit, die diese Funktion aber naturgemäß nur dann wahrnehmen kann, wenn sie wahrheitsgemäß und umfassend informiert wird.

Doch im freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat, handelt der entscheidende Teil der staatlichen Behörden, nämlich der Sicherheitsapparat, zum Teil unter absolutem Ausschluss der Öffentlichkeit. Er stellt sich also außerhalb des offiziell propagierten Rechtsstaates und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und damit außerhalb der Gesellschaft. Die stattdessen geltenden Regeln - dies, meine Damen und Herren, haben die jüngsten Verfassungsschutzskandale eindeutig bewiesen - sind einfacher Natur: das Recht des Stärkeren und das mit einem solchen Recht des Stärkeren verbundene Willkür- und Gewaltssystem. Die Geheimdienstler umschreiben dieses Willkürsystem mit dem Wort “Opportunitätsprinzip”. Und opportun ist einzig das, was demjenigen nützt, der über durchzuführende Maßnahmen in letzter Instanz entscheidet. In einem in einzelne Zellen aufgeteilten und konspirativ arbeitenden System, wie es die Geheimdienste sind, findet keine Kontrolle statt, auch nicht durch die Öffentlichkeit, die ja nicht informiert wird.

Das Ergebnis ist: Der Geheimdienst mit dem schönen Namen “Verfassungsschutz” bildet einen Staat im Staat, der von niemandem kontrolliert wird und sich selbstständig in die politi-

sche Entwicklung einschaltet. Genau dies widerspricht der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowohl unseres Grundgesetzes wie auch unserer Landesverfassung. Daher gehört der Verfassungsschutz ersatzlos abgeschafft.

Um dies zunächst auf Landesebene zu erreichen, wurden unser hier vorliegender Gesetzentwurf sowie die Bundesratsinitiative konzipiert. Wir bitten Sie daher um Zustimmung zu diesen beiden Vorlagen. Alternativ beantragen wir die Überweisung an den Hauptausschuss - federführend - sowie an den Innenausschuss - mitberatend -. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter Homeyer hat noch etwas vergessen. Er erhält noch einmal das Wort.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier im Namen des Parlamentes die schweren Anwürfe, die Frau Hesselbarth gegenüber Mitarbeitern des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg erhoben hat, deutlich zurückweisen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Mitarbeiter unseres Verfassungsschutzes arbeiten auf der Grundlage der Gesetze und der Verfassung des Landes Brandenburg. Sie sind keine Kriminellen, sondern sie schützen unseren Rechtsstaat. Sie schützen den Rechtsstaat vor Extremisten. Und dies, meine Damen und Herren, darf seitens der DVU nicht in solch einer Art und Weise diskreditiert werden. Das dürfen wir nicht hinnehmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter Homeyer, es gibt eine Wortmeldung. Frau Hesselbarth, bitte.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Homeyer, können Sie bitte noch einmal formulieren, wie Sie das bezüglich der Äußerung, die ich gemacht haben soll, eben gemeint haben? Ich bin mir nicht bewusst, dass ich es gesagt habe.

Homeyer (CDU):

Das können Sie im Protokoll nachlesen, Frau Hesselbarth. - Danke schön.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Die DVU-Fraktion beantragt die Überweisung des Gesetzentwurfes in der Drucksache 3/3900 an den Hauptausschuss, der federführend sein soll, sowie an den Innenausschuss. Wer diesem Überweisungsansinnen folgen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegen-

stimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer den Gesetzentwurf annehmen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Gesetzentwurf in 1. Lesung abgelehnt worden und erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung des Antrages der DVU-Fraktion auf Überweisung der Drucksache 3/3899 an den Hauptausschuss, der auch hierbei federführend sein soll, sowie an den Innenausschuss. Wer diesem Überweisungsansinnen folgen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt worden.

Nun kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag in der Sache folgen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag auch in der Sache abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 4 und rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Gesetz zur Regelung der Staatshaftung für Straftaten von Personen, die aufgrund gerichtlicher Entscheidung in einem staatlichen Aufsichts- oder Obhutsverhältnis stehen (BbgStHAOG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3901

1. Lesung

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der einbringenden Fraktion. Herr Abgeordneter Schuldt, bitte.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Suppe, die sich der Staat einbrockt, muss er auch selbst auslöffeln. Begeht ein Strafgefangener, der sich mit offizieller Erlaubnis außerhalb einer Justizvollzugsanstalt aufhält, erneut ein schweres Gewaltverbrechen, erregt dies meist großes Aufsehen. Ein solches Vorkommnis wird von vielen Seiten beleuchtet: Presse und Stammtische schäumen. Der Justizminister sieht sich einer Rücktrittsforderung ausgesetzt. Der Anstaltsleiter muss damit rechnen, versetzt zu werden. Der Staatsanwalt ermittelt gegen Staatsbedienstete, die mit ihrer Unterschrift das Verlassen des Anstaltsgeländes ermöglicht haben.

Wenig Beachtung fanden bislang aber Schadensersatzansprüche des Opfers der neuen Straftat bzw. dessen Angehörigen gegen den Staat. Diese wurden in der Regel abgewiesen.

Der mit den Schmökel-Missbrauchsfällen befasste Richter mahnte in der "MOZ" vom 27. Februar zum wiederholten Male an:

"So müssen die Schädigungen der Opfer stärker berücksichtigt werden. Allerdings wird meines Erachtens oftmals ein Geständnis übermäßig zugunsten des Täters berück-

sichtigt und die Schädigung der Opfer nicht angemessen gewürdigt."

Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat am 26.09.2001 eine Wende vollzogen. Die Entscheidung ist - bezogen auf den Einzelfall - folgerichtig. Sie könnte aber das Bedingungsgefüge eines sensiblen Bereichs der Strafrechtspflege aus dem Gleichgewicht bringen, meine Damen und Herren.

Die Qualität der Freiheitsentziehung wird wesentlich bestimmt durch den Spielraum für Lockerungen nach außen, aber auch durch Bewegungsmöglichkeiten im Inneren der Gefängnisse. Der § 2 des Strafvollzugsgesetzes gibt allen Bediensteten im Strafvollzug, vor allem aber den Anstaltsleitern, zwei wesentliche Aufgaben vor: Sie sollen die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten schützen, gleichzeitig aber Strafgefangene und Sicherungsverwahrte befähigen, ein Leben ohne Straftaten zu führen - § 156 Abs. 2.

Die Gewährung von Vollzugslockerungen soll diesem Befähigungsprozess dienen. Bei der Anordnung einer Lockerungsmaßnahme muss die Vollzugsbehörde stets eine Verhaltensprognose erstellen. Das fordert die Einschätzung der aktuellen Persönlichkeit eines Menschen unter den Bedingungen, denen er in der Zukunft ausgesetzt sein wird. Naturgemäß birgt dies das Risiko von Irrtümern. Viele Jahre war man sich dieser Zusammenhänge bewusst. Die Akzeptanz der Gewährung von Lockerungen und Hafturlaub nimmt in der Bevölkerung aber kontinuierlich ab.

Bestrebungen, das bislang einzigartige baden-württembergische Straftäter-Unterbringungsgesetz, das verfassungsrechtlich höchst umstritten ist, in anderen Ländern zu kopieren, sind im Gange.

Das OLG Karlsruhe hat nun erstmals einem Opfer der Gewaltstraftat eines Strafgefangenen im gelockerten Vollzug die Eigenschaft eines Dritten im Sinne des § 839 Abs. 1 BGB zuerkannt. Bislang wurde der Kreis der Anspruchsberechtigten unter Berufung auf das Tatbestandsmerkmal "einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht" sehr eng gefasst und insbesondere eine besondere Beziehung zwischen Opfer, Täter und Amtspflicht gefordert. Dem hat das Oberlandesgericht nun richtigerweise entschieden widersprochen.

Selbstverständlich bezweckt die genannte Amtspflicht auch den Schutz des Einzelnen vor Straftaten des Gefangenen. Auch in der modernen Grundrechtsdogmatik ist die Pflicht des Staates zum Schutz von Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger anerkannt. Ihre Berücksichtigung im Rahmen der Auslegung bestehender Gesetze ist nicht nur zulässig, sondern geboten.

Die aktuelle Rechtsprechung reicht jedoch aus folgenden Gründen nicht aus, Opfern von in staatlicher Aufsicht und Obhut befindlichen Personen Genüge zu tun; denn was ist zum Beispiel mit an ihrem Vermögen geschädigten Opfern? Das OLG Karlsruhe hat lediglich auf die staatliche Pflicht zum Schutz von Leben, körperlicher Unversehrtheit wie auch sexueller Selbstbestimmung abgestellt. Ausschließlich diese Rechtsgüter waren im streitgegenständlichen Verfahren tangiert. Eine Einschränkung des Personenkreises der Dritten in Form des Ausschlusses von lediglich am Vermögen Geschädigten lässt sich dogmatisch aber nicht begründen. Die weniger ausgeprägte Schutzpflicht bezogen auf das Eigentum wird bei den Maßstäben für die Amtspflichtwidrigkeit zu berücksichtigen sein.

Die andere Seite der Medaille ist, dass sich der in Anspruch genommene Staat zumeist entlasten können wird. Das heißt, er wird zumeist irgendwie darlegen können, dass ihn ein Verschulden bei Straftaten während Lockerungs- und Vergünstigungsmaßnahmen nicht trifft.

Es ist ja schön und gut, wenn sich das Landesjustizministerium eine Vollzugskonferenz unter Einbeziehung aller Personen, deren Kenntnisse über Gefangene die Lockerungsentscheidung fördern können, leistet. Uns als Fraktion der DVU erscheint der Gedanke jedoch äußerst suspekt, Herr Minister, mit einem formalisierten Leitfaden per Checkliste die notwendigen Vorbereitungsarbeiten für eine Lockerungsentscheidung abzudecken. Eine lückenlose Entscheidung aber, Herr Minister Schelter, wird wohl nie erreicht werden. Der Faktor Mensch ist seiner Natur nach nicht einfach zu kategorisieren und in seiner Komplexität zu erfassen. Sie sprechen in Ihren Erläuterungen zum Leitfaden von der Ermittlung aller Faktoren, die im konkreten Einzelfall für die prognostische Beurteilung von Gefahren relevant sind. Ich frage Sie, Herr Minister Schelter: Wer soll das leisten?

Daher sehen wir als Fraktion der DVU - so gut die Formalisierung der Vollzugskonferenz auch gemeint sein mag - die große Gefahr, dass der so genannte Leitfaden mit der abgehakten Checkliste letztlich nur dazu dient, vor Gericht sauber dazustehen. Für den Staat ist die Sache damit abgetan. Das unschuldige Opfer bleibt auf der Strecke.

Nach geltendem Recht wird der Vollzugskonferenz bei der Lockerungsentscheidung ein Beurteilungsspielraum zugestanden. Der Staat ist mit der Vorlage der Checkliste aus der Haftung.

Auch in einem dritten Punkt geht die Rechtsprechung des OLG Karlsruhe nicht weit genug. Was soll mit Schadensersatzansprüchen aufgrund von Schäden geschehen, die durch Personen verursacht werden, welche sich aufgrund sonstiger gerichtlicher Entscheidung außerhalb der Strafhaft in staatlicher Obhut befinden?

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Komplexität dieser Problematik erfordert eine Antwort des Gesetzgebers. Diese Antwort muss nach Überzeugung unserer Fraktion so aussehen, dass der Staat wenn auch nicht einer voll umfänglichen, so doch einer erleichterten Gefährdungshaftung unterworfen sein muss. Insbesondere muss eine Beweislastverteilung zugunsten von Bürgerinnen und Bürgern ins Gesetz aufgenommen werden, die es ihnen ermöglicht, den Staat leichter in Anspruch zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beweisen Sie heute endlich einmal Judiz und nötiges Problembewusstsein! Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu!

Alternativ beantragen wir die Überweisung an den Rechtsausschuss - federführend - sowie - mitberatend - an den Innenausschuss. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Bevor ich dem Abgeordneten Klein für die beiden Koalitions-

fraktionen das Wort erteile, darf ich herzlich junge Gäste aus der Realschule in Schwanebeck begrüßen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Abgeordneter Klein, bitte sehr.

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie so oft bei Gesetzentwürfen erspart einem die Lektüre der Begründung die Auseinandersetzung mit dem Gesetzestext. Was sich hier unter dem Mäntelchen des Opferschutzes zu verstecken versucht, ist nichts weiter als der plumpe Versuch, Ängste in der brandenburgischen Bevölkerung zu schüren.

(Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

Die Behauptung, der Leitfaden des brandenburgischen Justizvollzugs für Entscheidungen über Vollzugslockerungen führe zu Formalisierungen und sei nicht geeignet, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, wird offensichtlich wider besseres Wissen aufgestellt.

Im Rechtsausschuss des Landtages ist dieser Katalog, der die Prognosearbeit ergänzen und nicht erleichtern soll, ausführlich erörtert worden. Ich gehe davon aus, Damen und Herren der DVU-Fraktion, dass Ihr Vertreter in dieser Sitzung aufmerksam gewesen war, den Erörterungen des Ministeriums zu folgen.

(Schuldt [DVU]: Das bin ich selbst; daher weiß ich das!)

Dann müssten Sie allerdings auch wissen, dass das MdJE in halbjährlichem Abstand sämtliche Lockerungsentscheidungen von Sexualstraftätern und sonstigen Gewaltstraftätern überprüft, und zwar ohne Anlass. Durch diese Maßnahmen wird ein höchstmögliches Maß an Sicherheit für die Menschen in Brandenburg gewährleistet - nicht jedoch durch Ihren Gesetzentwurf.

Auch die Unterstellung, dass durch den Leitfaden eine effektive Spezialprävention ausgeschlossen wird, entbehrt jeder Grundlage; denn schließlich heißt es ja im § 129 Strafvollzugsgesetz:

“Der Sicherungsverwahrte wird zum Schutz der Allgemeinheit sicher untergebracht.”

(Schuldt [DVU]: Warum lassen Sie nicht Ihren rechtspolitischen Sprecher antworten?)

Dies kann der Leitfaden eines Ministeriums nicht ändern, aber vor allem: Wer will es ändern? - Niemand. Aber solche systematischen Erläuterungen sind ganz offenbar nicht Sache der DVU; denn neben dem als Landesrecht in Brandenburg fortgeltenden Staatshaftungsgesetz der DDR noch ein Gesetz zur Regelung der Staatshaftung für Straftaten von Personen, die aufgrund gerichtlicher Entscheidungen in einem staatlichen Aufsichts- oder Obhutsverhältnis stehen, etablieren zu wollen, lässt keine Vorliebe für Systematik erkennen, sondern eher eine Vorliebe für lange Gesetzestexte. Vor allem aber deutet dies auf etwas viel Abscheulicheres hin: dass sich die DVU mittlerweile nicht einmal mehr zu schade dafür ist, das langsam wieder wachsende Vertrauen der Bevölkerung in den Maßregelvollzug

vorsätzlich zerstören zu wollen, und nicht etwa, wie Sie behaupten, ein Mehr an Rechtssicherheit und Rechtsklarheit schaffen zu wollen, sondern ein Klima der Verunsicherung unter den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, ein Klima, das die DVU als Nährboden für ihre populistische Politik zu betrachten scheint.

Wir werden diesen Antrag selbstverständlich ablehnen, übrigens in der Reihenfolge Ablehnung der Überweisung und anschließend in der Sache selbst. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die PDS-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Sarrach.

Sarrach (PDS):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Gesetzgebungslehre bin ich Anhänger der Meinung, dass der Gesetzgeber mehr als nur das Gesetz schuldet. Weshalb ich das im Zusammenhang mit dem vorliegenden Entwurf der DVU-Fraktion für ein Gesetz zur Regelung der Staatshaftung für Straftaten von Personen, die aufgrund gerichtlicher Entscheidung in einem staatlichen Aufsichts- oder Obhutsverhältnis stehen, einleitend erwähne, liegt auf der Hand.

Auch in unserer Landtagsbibliothek finden Sie die lesenswerte Monographie von Burghart "Die Pflicht zum guten Gesetz". Überhaupt sollten Sie von der DVU Ihre Gesetzentwürfe nicht aus der Motivation heraus schreiben, dass die im Rechtsausschuss von Ihnen aufgeschnappten Fetzen aktueller Rechtsprechung - hier das Urteil des 7. Zivilsenats des OLG Karlsruhe - mit Handlungsbedarf gleichzusetzen seien. Da irren Sie sich nämlich, Sie können es aber auch nicht besser wissen. Sie sind aufgrund Ihres politischen Hintergrundes überdies weder glaubwürdiger Anwalt der Opfer eines Strafgefangenen in Vollzugslockerung - dazu schaut Ihnen der Populismus zu deutlich aus allen Knopflöchern -, noch konnten Sie hier einen handwerklich ordentlichen Gesetzentwurf vorlegen.

(Zuruf des Abgeordneten Schuld [DVU])

Ich empfehle Ihnen noch einmal Burgharts Schrift von der "Pflicht zum guten Gesetz". Ein gutes Gesetz muss angesichts der Übernormierung unserer Zeit notwendig sein, ein gutes Gesetz muss verständlich, vollständig, systemverträglich, funktionsgerecht und zielsicher sein.

Doch sehen wir uns Ihren Gesetzentwurf an. Was soll eigentlich die Buchstabenaneinanderreihung "BbgStHAOG" bedeuten? Bestandteile der Überschrift eines Gesetzes sind die Bezeichnung, die Kurzbezeichnung und die Abkürzung. Ist wie hier die Bezeichnung zu lang und eignet sich nicht als Zitiernamen, soll eine unmissverständliche Kurzbezeichnung bestimmt werden, was Sie nicht taten, wobei schließlich die Abkürzung genügend Ähnlichkeit mit dem ausgeschriebenen Zitiernamen haben sollte. Nun gut, dann haben Sie eben ein "Brandenburgisches Staatshaftungs-, Aufsichts- und Obhutsverhältnis-Gesetz" vorgelegt, das in weiten Teilen vom Staatshaftungsgesetz der DDR als dem nach dem Einigungsvertrag fortgeltenden Landesrecht

abgeschrieben wurde. Das erklärt, weshalb Sie anachronistisch noch immer von "staatlichen Organen" und "staatlichen Stellen" sprechen.

Allerdings muss ich Sie fragen, welchen Sinn es macht, den Spezialfall einer etwaigen Staatshaftung, nämlich die Haftung für Straftaten von Personen, die aufgrund gerichtlicher Entscheidungen in einem Sonderstatusverhältnis stehen, zu kodifizieren, wenn bereits ein unter systematischen Gesichtspunkten kaum zu ordnendes Dickicht von Anspruchsinstituten des Staatshaftungsrechts vorhanden ist. Es ist doch kein Mehr an Rechtsklarheit, wenn diesem unübersichtlichen Rechtsgebiet der Staatshaftung in Brandenburg noch weitere - wie ich meine, auch überflüssige - Normen hinzugefügt werden.

In Ihrer Gesetzesbegründung verweisen Sie doch selbst auf das Urteil - es ist möglicherweise sogar bahnbrechend - des OLG Karlsruhe bezüglich der "zufälligen" Opfer einer Gewaltstraftat. Danach kann die fehlerhafte Gewährung der Vollzugslockerung als Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht Amtshaftungsansprüche nach Artikel 34 GG und § 839 BGB auslösen.

Wenn das OLG zu diesem konkreten Lebenssachverhalt ausführt, dass die verletzte Amtspflicht nicht nur generell den Schutz der Allgemeinheit bezweckt habe, sondern auch dem grundrechtlich geschützten Anspruch des Einzelnen gegen den Staat auf Achtung seiner Würde und auf Leben und körperliche Unversehrtheit als subjektiv öffentliche Rechtsposition diene, dann heißt das nicht, dass auf das Eigentum und das Vermögen von Bürgern bezogene Schutzpflichten ausgespart werden. Ich frage mich, wie Sie zu dieser Schlussfolgerung kommen. Bitte, nehmen Sie von der DVU zur Kenntnis, dass die Garantie körperlicher Integrität und privaten Eigentums als zentrale Grundrechte der staatshaftungsrechtliche Ausgangspunkt im Verhältnis zwischen Bürger und Staat ist.

Die Anerkennung der einforderbaren Verpflichtungen der Staatsgewalt gegenüber den Staatsbürgern bildet die Basis von Regeln der Staatshaftung. Der Betroffene hat also - freilich nur bei Vorliegen eines Verschuldens - aus Amtshaftung einen Ersatzanspruch, soweit ihm ein Vermögensschaden entstanden ist. Der Vermögensschaden muss dabei auch nicht auf einer Verletzung der in § 823 Abs. 1 BGB aufgezählten Rechtsgüter basieren. Folgerichtig verurteilte das OLG auch den Täter zum Ersatz des künftigen Unterhaltsschadens.

Wenn Sie von der DVU nun eine verschuldensunabhängige Staatshaftung ohne spezielle Haftungsbegrenzungen wollen, so bringen Sie mir erstens den Nachweis, dass dieser Spezialfall nicht vom geltenden Staatshaftungsgesetz der DDR abgedeckt wird, und bringen Sie zweitens eine Novelle zum Staatshaftungsgesetz ein, bevor Sie mit dem vorgelegten Gesetzentwurf am Staatshaftungsrecht herumstümpfern. Denn es bedarf beispielsweise keiner Regelung - wie in Ihrem § 2 Abs. 1 - hinsichtlich der Unterscheidung von Schäden an Körper, Eigentum oder Vermögen. Das in § 1 des Staatshaftungsgesetzes der DDR geschützte Rechtsgut "Vermögen" umfasst nach Auslegung bereits das gesamte Vermögen, also auch Eigentum im Sinne des Artikels 14 des Grundgesetzes, nicht nur Eigentum an Sachen, sondern auch Forderungen und Rechte sonstiger Art.

Drittens wäre einfach die Entwicklung der Rechtsprechung abzuwarten; denn Handlungsbedarf in Ihrem Sinne bestünde

erst wieder, wenn weitere Gerichte im Bereich der Vollzugslockerung keine drittbezogene Amtspflicht anerkennen sollten. Das sehe ich derzeit nicht. Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf und dessen Überweisung deshalb ab.

(Beifall bei der PDS und des Abgeordneten Muschalla [SPD])

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der Landesregierung, die Verzicht signalisiert, womit wir die Rednerliste abgearbeitet hätten.

Wir kommen zur Abstimmung. Die DVU beantragt die Überweisung ihrer Drucksache 3/3901 an den Rechtsausschuss. Wer diesem Überweisungsansinnen folgen will, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Gesetzentwurf in 1. Lesung folgen möchte, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt worden und damit erledigt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Struktur und Aufgaben der Landesgesellschaften

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 3/3739

Weiterhin liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 3/3966 vor.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung. Frau Ministerin der Finanzen, Sie haben das Wort.

Ministerin der Finanzen Ziegler:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, ihm über Maßnahmen der Effizienzsteigerung sowie der Verbesserung von Transparenz und Kontrolle bei den Landesgesellschaften zu berichten.

Der am 18.12.2001 von der Landesregierung beschlossene Bericht liegt Ihnen vor. Er enthält das Konzept für eine nachhaltige Optimierung der Beteiligungspolitik. Neben der konsequenten Reduzierung und Optimierung des Beteiligungsportfolios sollen die organisatorischen Strukturen und Kompetenzen so gestaltet werden, dass Zielverfehlungen und unwirtschaftliches Handeln möglichst frühzeitig erkannt und wirkungsvoll bekämpft werden können. Außerdem soll die Kontrolle des Regierungshandelns durch das Parlament noch besser gewährleistet werden.

Richtschnur der künftigen Beteiligungspolitik der Landesregierung werden die im Bericht aufgeführten Leitlinien sein.

Erstens: Das bisher aufgebaute Beteiligungsportfolio wird grundsätzlich nicht weiter vergrößert. - "Grundsätzlich" heißt:

Es gibt natürlich auch Erweiterungsmöglichkeiten. - Die Landesregierung prüft die Reduzierung der Beteiligungen auf die im Interesse des Landes unbedingt notwendige Zahl.

Zweitens: Sollte eine Aufgabenerledigung in privatrechtlicher Form besser und wirtschaftlicher sein, ist zunächst zu prüfen, ob auf vorhandene Landesgesellschaften zurückgegriffen werden kann, bevor eine neue Beteiligung eingegangen wird. Dabei ist aber die Landeshaushaltsordnung restriktiv anzuwenden.

Drittens: Angestrebt wird ein optimiertes Zielportfolio, in dem der Fokus des Interesses auf den derzeit fünf Schlüsselbeteiligungen liegt, zu denen ich im Folgenden noch weitere Ausführungen machen werde.

Viertens: Abgesehen von den Schlüsselbeteiligungen werden zum Zielportfolio zunächst neun Gesellschaften gehören, an denen das Land mit weiteren Mitgesellschaftern beteiligt ist. Es handelt sich um Bund-Länder- oder Länderunternehmen, bei denen das Land keine alleinige Entscheidungskompetenz hat, zum Beispiel um den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Fünftens: Bei weiteren elf Unternehmen - es handelt sich immerhin um gut ein Drittel der bestehenden Beteiligungen - wird geprüft, ob von den vertraglich angeordneten Möglichkeiten zu einer Beendigung des Beteiligungsengagements Gebrauch gemacht werden soll oder ob wegen sonstiger Änderungen der Sachlage ein Fortbestand der Beteiligung infrage gestellt wird.

Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Wochen eine sehr intensive und gute Diskussion zum Komplex Landesgesellschaften geführt. Dabei wurden viele kritische und schwierige Fragen, insbesondere zu Risiken, zur zentralen oder dezentralen Führung sowie zur Fortführung von LEG-Projekten, aufgeworfen.

Ohne das Ergebnis der kritischen Überprüfung vorwegzunehmen, kann ich mir vorstellen, dass sich das aus den derzeit 33 unmittelbaren Beteiligungen bestehende Zielportfolio künftig auf ungefähr 20 verringern lässt. Das Land Brandenburg würde damit in Zukunft über ein überschaubares, transparentes und effizientes Beteiligungsportfolio verfügen und damit würde in vollem Umfang das in der Landeshaushaltsordnung festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt. Der Staat soll sich danach an Unternehmen eben nur dann beteiligen, wenn er so seine Aufgaben am besten und am wirtschaftlichsten erledigen kann.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat bereits mit folgenden Straffungsmaßnahmen begonnen:

Erstens wird die Abwicklung von sieben Unternehmen forciert. Dabei wiegt die Liquidation der Landesentwicklungsgesellschaft natürlich am schwersten.

Zweitens hält die Landesregierung gemeinsam mit dem Bund und Berlin allen Widrigkeiten zum Trotz daran fest, die BBF zu privatisieren.

Drittens werden im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums drei Unternehmen fusioniert und unter dem Dach der Zukunftsagentur Brandenburg mit der ILB verzahnt.

Viertens ist die Veräußerung der Landesbeteiligungen an den Ruppiner Kliniken eingeleitet worden.

Diese Maßnahmen bewirken bereits eine erhebliche Reduzierung der Beteiligungen des Landes und tragen entscheidend zur angestrebten Steigerung von Effizienz und Transparenz im Beteiligungsbereich bei. Wir sind dabei aber nicht stehen geblieben. Das Ministerium der Finanzen hat in Abstimmung mit dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtags eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, ein Gutachten zur Risikobewertung von Landesgesellschaften und zu möglichen Synergieeffekten zu erstellen. In das Gutachten wurden die fünf bestehenden Schlüsselbeteiligungen sowie die beiden in Liquidation befindlichen Gesellschaften Brandenburgische Landgesellschaft und Landesentwicklungsgesellschaft einbezogen.

Unter Schlüsselbeteiligungen verstehen wir Gesellschaften, die besondere Chancen, zum Teil aber auch Risiken in sich bergen. Bei diesen Unternehmen können sich Risiken aufgrund der Höhe des Landesanteils und der Größe des Unternehmens besonders nachteilig auswirken. Zu den Schlüsselbeteiligungen gehört neben der Investitionsbank des Landes, der Zukunfts-Agentur Brandenburg, der Land Brandenburg Lotto GmbH und der Landesagentur für Struktur und Arbeit auch die Brandenburgische Bodengesellschaft. Letztgenannte Gesellschaft bleibt hinsichtlich ihres bisherigen Aufgabenbestandes unverändert und muss den im WGT-Gesetz enthaltenen Auftrag abarbeiten.

Ich komme nun zu den zwei wesentlichen Ergebnissen des Gutachtens. Ein Vorschlag sieht eine weitgehende Bündelung und Optimierung der Angebote von ILB, ZAB und LASA vor, die sich insbesondere durch die Einbeziehung der LASA in den Kooperationsverbund ZukunftsAgentur Brandenburg erreichen ließen. Dies wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer zentralen Anlaufstelle für Investoren in unserem Land.

Ebenso wird vorgeschlagen, Ansatzpunkte für mögliche Synergien zwischen der ZAB und den auf dem Liegenschaftssektor tätigen Gesellschaften BBG, BLG i. L. und LEG i. L. zu nutzen. Durch eine enge Zusammenarbeit könnten über die ZAB zusätzliche Käuferpotenziale erschlossen werden, während die ZAB gleichzeitig Investoren Informationen über geeignete Grundstücke und Standorte geben könnte.

Diese Vorschläge begrüße ich ausdrücklich. Sie führen zu der von der Landesregierung gewünschten verstärkten Kooperation der Landesgesellschaften und eben zu einer zentralen Anlaufstelle für Investoren.

Das Gutachten hat aber auch aufgezeigt, dass die Spielräume für Bündelungen tatsächlich eher gering sind. Unser Beteiligungsportfolio entspricht dem Durchschnitt der übrigen Länder. Mit den von mir angestrebten lediglich rund zwanzig Beteiligungen könnten wir im Ländervergleich sogar zum Vorreiter für eine schlanke Beteiligungsstruktur werden.

Meine Damen und Herren, die zweite große Aufgabe ist die Schaffung von optimalen organisatorischen Strukturen. Diese stellen wir durch Einführung eines zielorientierten Beteiligungscontrollings sowie durch eine optimierte zentrale Beteiligungsverwaltung und Beteiligungssteuerung sicher.

Zunächst zum Beteiligungscontrolling: Controlling bedeutet,

verkürzt gesagt, Steuerung durch Planung und Kontrolle. Beteiligungscontrolling ist auf die Ziele des Fachressorts ausgerichtet. Schließlich wurde auf dessen Initiative die Beteiligung eingegangen. Controlling setzt also Zielvorgaben der Fachressorts zwingend voraus. Eben deshalb wird im Bericht ein Zielsystem und ein Einstieg in ein Beteiligungscontrolling vorgeschlagen.

Für die wichtigen Beteiligungen, auf die das Land maßgeblichen Einfluss hat, wird ein Zielsystem etabliert, bei dem so genannte Zielbilder als Steuerungs- und Kontrollinstrumente eingesetzt werden. Hierzu muss das Fachressort über die Festbeschreibung des Geschäftszwecks in den Satzungen der Unternehmen hinaus konkrete fachliche Vorgaben entwickeln. Diese werden dann Grundlage für die mittelfristigen Planungen der Unternehmen und die Aufstellung der jährlichen Wirtschaftspläne sein.

Die Aufgabenerfüllung des Unternehmens basiert auf dieser Planung und orientiert sich an den Vorgaben. Die Zielvorgaben sind damit Maßstab für die tägliche Arbeit der Unternehmen und für deren Kontrolle.

Eine Schlüsselfunktion kommt dabei den Aufsichtsräten zu. Die Landeshaushaltsordnung sieht ausdrücklich vor, dass der Einfluss des Landes auf Unternehmen über die Aufsichtsräte geltend zu machen ist. Den Aufsichtsräten landesbeteiligter Unternehmen gehört daher stets ein Vertreter des Fachressorts an, um zu gewährleisten, dass die Geschäftspolitik mit den vom Land verfolgten Zielen übereinstimmt. Den Aufsichtsräten kommt also eine zentrale Rolle als Bindeglied zwischen den Gesellschaften und dem jeweiligen Fachressort zu.

(Zuruf von der PDS)

Wir haben im Bericht auch dargelegt, wie wir die Gesellschafterstellung des Landes künftig stärken und ein gemeinsames und zwischen Fachressorts und Ministerium der Finanzen abgestimmtes Handeln sichern wollen. Dazu sind Koordinierungsinstrumente vorgesehen, die erstens eine Festlegung von klaren Verantwortlichkeiten in den Fachressorts, zweitens regelmäßige Abstimmungen zwischen Fachressort und Aufsichtsratsmitglied sowie drittens zwischen Beteiligungsverwaltung und Fachressort bewirken.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang betone ich, dass die LEG-Krise nicht den Blick darauf verstellen darf, dass bei der überwiegenden Zahl der Landesgesellschaften gute Arbeit geleistet wird und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Fachressort und Beteiligungsverwaltung vernünftig funktioniert. Auch die LEG-Mitarbeiter sind davon nicht ausgenommen. Ich danke ausdrücklich all denjenigen, die als Mitglieder von Aufsichtsräten immer auf die Berücksichtigung der Interessen des Landes geachtet haben und auch weiterhin achten werden.

Meine Damen und Herren, bei den Projekten im Landesinteresse sind künftig Risiken offen und transparent darzulegen und vorher über den Haushalt ordnungsgemäß abzusichern. Letzteres ist der entscheidende Punkt. Das verstehe ich darunter, wenn der Ruf laut wird, dass Landesgesellschaften nicht auf eigenes Risiko wirtschaftlich tätig sein sollen. Wir alle wollen doch vorher genau wissen, welche Kosten auf den Landeshaushalt

zukommen können. Wir wollen nicht wieder im Nachhinein zur Kasse gebeten werden. Sicherlich kann sich ein einzelnes Geschäft kritisch gestalten, aber bei einer soliden Finanzierungsgrundlage und einem ordentlichen Risikomanagement kann damit auch umgegangen werden. Kritisch wird es nur dann, wenn keine solide Basis vorhanden ist und im Wesentlichen von der Erwartung gelebt wird, dass sich von vornherein defizitäre Projekte durch andere, vermeintlich gewinnträchtige Projekte ausgleichen lassen könnten.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Ministerin Ziegler:

Nein, danke. - Es ist eine bittere Erfahrung, dass wir angesichts der harten Verteilungskämpfe um die wenigen freien Mittel im Landeshaushalt - das wissen Sie alle - gerade jetzt die Rechnung für Geschäfte der LEG in den zurückliegenden zehn Jahren bezahlen müssen. Dies möchte keiner in dieser Form wiederholt sehen.

Wie sieht es mit Risiken bei den anderen wichtigen Landesbeteiligungen aus? Das bereits erwähnte Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat ein Stück weit Klarheit in die Diskussion gebracht. Die Risiken der übrigen Gesellschaften erscheinen demgemäß steuer- und kontrollierbar. Der im Gesetz zur Kontrolle und Transparenz der Unternehmen eingeführten Pflicht zur Schaffung von Risikomanagementsystemen kommt daher besondere Bedeutung zu. Die Anforderungen an die Kapitalgesellschaften in Bezug auf das interne Risikomanagement und die Offenlegung von Risiken sind deutlich erhöht worden. Damit werden die Aufsichtsräte noch stärker als bisher zur ersten Kontrollinstanz. Die Beteiligungsverwaltung kann damit im bestehenden Kontrollsystem künftig für ihre eigene Arbeit auf eine verbesserte Informationsbasis zurückgreifen, diese Informationen verstärkt unter Risikogesichtspunkten auswerten und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Damit wird ein wirksames Frühwarnsystem geschaffen, das wir unbedingt stärken müssen.

Meine Damen und Herren, die Diskussion der Frage, ob eine zentrale oder eine dezentrale Beteiligungssteuerung besser dafür geeignet ist, Risiken in den Griff zu bekommen, hat ein für mich klares und überzeugendes Ergebnis gebracht. Einige dachten zunächst, dass das bestehende System der zentralen Beteiligungsverwaltung nicht weitergeführt werden sollte. Der Ruf nach der dezentralen Beteiligungsverwaltung wurde sehr laut. In diesem Zusammenhang möchte ich gar nicht näher auf die für mich zum Teil nicht nachvollziehbare Argumentation des Landesrechnungshofes eingehen. Entscheidend ist vielmehr, dass bisher niemand wirklich begründen konnte, was bei den Unternehmenskrisen der Brandenburgischen Landgesellschaft 1996 und der Landesentwicklungsgesellschaft im vergangenen Jahr mit einer dezentralen Beteiligungsverwaltung besser gemacht worden wäre. Der entscheidende Vorteil einer zentralen Beteiligungsverwaltung liegt im Vieraugenprinzip, das es überhaupt erst ermöglicht, Fehlentwicklungen zu erkennen und zu bewältigen. Unabhängig von der Frage zentral oder dezentral werden uns das bereits vorgestellte Beteiligungscontrolling und die Risikominimierung künftig helfen, Schäden vom Landeshaushalt fern zu halten.

Zu dem Ruf nach einer neuen Strukturgesellschaft ist aus meiner Sicht nur Folgendes zu sagen:

Erstens: Es müsste ein Bedarf an so vielen landespolitisch bedeutsamen Projekten bestehen, der es rechtfertigen würde, dafür eine Gesellschaft vorzuhalten.

Zweitens: Es müssten vom jeweils bestellenden Fachressort genügend Mittel bereitgestellt werden, und zwar vor Projektbeginn.

Drittens: Die Mittelbereitstellung müsste rechtlich, insbesondere EU-rechtlich, unbedenklich sein.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Zur nachhaltigen Optimierung der Beteiligungspolitik werden wir das Beteiligungsportfolio reduzieren und das Risikopotenzial im Beteiligungsportfolio minimieren. Wir werden keine Projekte auf eigenes Risiko von Landesgesellschaften initiieren, das heißt nur bei Absicherung im Landeshaushalt.

Notwendige Projekte und ihre etwaigen Risiken müssen transparent dargestellt werden. Die zentrale Beteiligungsverwaltung wird durch ein optimiertes Beteiligungscontrolling zur Senkung des Risikopotenzials beitragen. Das ermöglicht ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln von Fachressort und Ministerium der Finanzen.

Über die bestehende Verpflichtung aus der Landeshaushaltsordnung hinaus möchten wir den Ausschuss für Haushalt und Finanzen bei künftigen Beteiligungsengagements intensiv einbeziehen. Ich freue mich, dass sich das Parlament gerade in diesem Bereich mit großem Interesse engagiert. Mit dieser Informationspflicht schaffen wir ein weiteres Regulativ, das den Haushaltsgesetzgeber zu einem frühen Zeitpunkt einbindet. Letztlich werden wir die Zahl unserer Mitarbeiter auf diesem wichtigen Gebiet weiter erhöhen und die Mitarbeiter qualifizieren.

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass wir durch dieses Bündel von Maßnahmen den Beteiligungsbereich künftig fest im Griff haben werden.

(Frau Tack [PDS]: Ich nicht, Frau Ministerin!)

Daher, Frau Tack, muss ich jegliche nicht substanziierte Kritik zurückweisen und auch auf die zum Teil widersprüchlichen Diskussionsbeiträge im parlamentarischen Raum hinweisen. Es ist wichtig, dass wir nun zur eigentlichen Arbeit, der Sacharbeit, übergehen. Eine wirksame Beteiligungspolitik ist unter anderem auf Kontinuität angewiesen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beteiligungsgesellschaften haben darauf ein Anrecht.

Wir müssen mit dem, was in den letzten Jahren aufgebaut wurde, vernünftig umgehen und das neue Konzept umsetzen. Das gesamte System muss eben nicht auf den Kopf gestellt werden, nur damit man es auf den Kopf stellt. Das wäre ein wenig zu populistisch. Aber wir werden künftig das Instrument landesbeteiligter Gesellschaften restriktiver einsetzen. Nachdem die Landesregierung wirksame Konsequenzen aus den Fehlentwicklungen gezogen hat, bitte ich Sie alle herzlich, den eingeschlagenen Weg zu einer nachhaltigen Optimierung der Beteiligungspolitik mit Ihren Kräften zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin, stehen Sie noch für eine Frage zur Verfügung?
- Das ist nicht der Fall.

Wir sind bei der PDS-Fraktion. Frau Abgeordnete Osten, Sie haben das Wort.

Frau Osten (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Finanzministerin, ich habe Sie überschätzt. Ich hatte erwartet, dass Sie uns innerhalb eines vollen Jahres mit dem Wissen um Parlamentsdebatten, die bereits in den Jahren 1996, 1999 und 2001 geführt wurden, auf der Grundlage von zwei Berichten des Rechnungshofes und vor allen Dingen aufgrund der Erfahrungen mit einer LEG-Pleite ein Konzept vorlegen, das dem Auftrag und den Erwartungen des Parlaments, so wie hier beschlossen, in Bezug auf Effizienzsteigerung, Transparenz und Kontrolle entspricht.

Weit gefehlt! Ich muss feststellen: Ein halbes Jahr nach dem Ende der Landesentwicklungsgesellschaft gibt es noch kein Konzept für den künftigen Umgang mit Landesgesellschaften.

(Beifall bei der PDS)

Frau Finanzministerin, ich habe das Gefühl, dass Sie überfordert sind; denn Ihre so genannten Leitlinien, die, wie wir hörten, auch im Kabinett keine Zustimmung fanden und wohl auch hier unter der Kategorie "erste Überlegungen" laufen, sind nichts anderes als eine K.o.-Erklärung.

Spätestens seit gestern wissen wir, dass die so genannten Leitlinien wohl auch nicht allzu ernst zu nehmen sind; denn der Grundsatz - keine neuen Beteiligungen, sondern Nutzung vorhandener Gesellschaften - ist mit dem im Kabinett einstimmig beschlossenen Verhandlungsauftrag, die Chipfabrik betreffend, wohl vom Tisch.

Wenn Sie von Ihren Zielen sprechen und meinen, es könnten ungefähr 20 direkte Beteiligungen sein, dann wissen wir, dass dies eine sehr unbestimmte Zielstellung ist. Deshalb haben wir Verständnis dafür, dass dies hier so unverbindlich abläuft.

Frau Ministerin, das Thema Landesbeteiligungen bleibt für die PDS äußerst wichtig. Es können wichtige Impulse für die Landesentwicklung organisiert werden. Ebenso ist es möglich, dass finanzielle Belastungen erwachsen. In beiden Fällen haben wir Erfahrungen gesammelt. Diese zwingen uns zu ernsthafter Arbeit.

Es reicht nicht aus, dass man Teile eines Gutachtens, eines alten Berichts und vage Vorstellungen von dem, was sein könnte und noch zu prüfen wäre, zusammenfügt. Dieser Bericht verfehlt sein Ziel, den Nachweis von wichtigen Landesinteressen zu erbringen sowie Transparenz und Kontrolle der Landesgesellschaften nachhaltig zu verbessern. So stellt es im Übrigen auch der Landesrechnungshof in seinem Prüfbericht fest.

Wir unterstützen ausdrücklich die Feststellung in diesem Bericht, dass ein grundsätzliches Umdenken im Verhältnis des Landes zu seinen selbstständigen Unternehmen notwendig ist, um auf diese Weise die finanziellen Risiken für das Land so gering wie möglich zu halten.

Wir fordern Sie deshalb auf, diese Drucksache zurückzunehmen und ein wirkliches Konzept zu erstellen.

(Beifall bei der PDS)

Dabei sollten die Analyse und die Empfehlungen des Landesrechnungshofes unbedingt berücksichtigt werden. Herausgehobene Punkte davon sind für uns die dezentrale Beteiligungsverwaltung, die Einführung eines Controllings sowie die inhaltliche und die politische Zielstellung im Zusammenhang mit den Wirtschaftlichkeitszielen der Landestöchter.

Auf meine für die morgige Fragestunde vorgesehene mündliche Anfrage bezüglich der Kosten des Berichtes der Landesregierung habe ich von der Finanzministerin schon eine Antwort erhalten. Dafür bedanke ich mich. Ich möchte nur erwähnen: Das Honorar für diesen Bericht beträgt 53 327,34 Euro. Das hat mich überrascht; denn ich meine, dass das Ergebnis diesen finanziellen Aufwand nicht rechtfertigt. Wenn ich darüber entscheiden könnte, dann würde ich diese finanziellen Mittel für den Erhalt des Entwicklungspolitischen Instituts einsetzen und hätte den eigenen Mitarbeitern und den Geschäftsführern der Unternehmen eine ordentliche Arbeit abverlangt.

Frau Finanzministerin, die Darstellung, Sie hätten gemeinsam mit dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Wirtschaftsprüfer beauftragt, ist falsch. Vonseiten des Ausschusses wurde Ihnen ein halbes Jahr eingeräumt, um Ihre Absicht, die Durchsetzung der externen Prüfung, zu verwirklichen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Es folgt nun der Bericht der SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter Bischoff, Sie haben das Wort.

Bischoff (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Osten, was die Frage angeht, wer überfordert ist, die Ministerin oder gar Sie selbst, will ich darauf aufmerksam machen, dass Sie in Ihrem Entschließungsantrag unter Punkt 2 b) einen Bericht fordern, der im Ausschuss für Haushaltskontrolle längst Beschlusslage ist. Bitte informieren Sie sich, bevor Sie uns solche Papiere auf den Tisch legen!

Da setzt am Donnerstag der "geschäftspolitische Sprecher" der PDS-Fraktion im Lichte des Oberbürgermeisterwahlkampfes eine Sondersitzung des Landtages zur Chipfabrik an. Von dem medialen Feuerwerk vom letzten Donnerstag ist heute unter Tagesordnungspunkt 7 ein Knallfrosch übrig geblieben.

Dieser Theaterdonner in der vergangenen Woche erinnert mich mit Befremden an die Sitzung im Dezember. Die PDS bestellte den Ministerpräsidenten zur Klärung der Frage möglicher Haushaltsrisiken persönlich ins Parlament ein. Die Sitzung wurde gar unterbrochen. Nach diesem Show-down - die Kameras waren aus, die Journalisten verschwunden - löste sich das akute Interesse plötzlich in Luft auf.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Bischoff (SPD):

Im Moment nicht, danke. - Im Haushalts- und Finanzausschuss wurde keine einzige diesbezügliche Frage gestellt, weder in der Sitzung des Haushaltsausschusses im Januar noch in der Sitzung im Februar. Kaum laufen die Kameras wieder - wie heute Morgen -, folgt eine mündliche Anfrage zu den Risiken im Landesetat. Das verwundert. Ist das die "Opposition neuen Typs", wie das "Neue Deutschland" neuerdings sogar selbst zitzelt? Oder was ist eigentlich los? Falls es zum Totalausfall der Opposition kommen sollte - na ja, das bisschen Opposition machen wir dann auch noch mit.

Zur Sacharbeit: Bericht der Landesregierung über Struktur und Aufgaben der Landesgesellschaften. 31 Gesellschaften und Beteiligungen arbeiten problemlos, nach jetzigem Stand manche ausgeglichen, andere sogar mit Gewinn. Zwei Gesellschaften, die BLG und die LEG, werden liquidiert. BLG und LEG belasten den laufenden und die künftigen Haushalte mit über 200 Millionen Euro.

(Frau Tack [PDS]: Wem machen Sie denn daraus einen Vorwurf? Doch nur sich selbst!)

- Eine Zäsur der eigenen Beteiligungspolitik, Frau Kollegin Tack, war überfällig und richtig. Wir müssen analysieren und in der Konsequenz auch zu Schlussfolgerungen kommen.

Erstens: Wir wollen weniger Landesgesellschaften.

Zweitens: Grundsätzlich streben wir nicht die Bildung neuer Gesellschaften an.

Drittens verlangen wir eine effizientere Kontrolle.

Das sind Leitlinien künftiger Beteiligungspolitik, die wir ausdrücklich wollen und auch im Bericht der Landesregierung unterstreichen.

Der Koalitionsantrag stellt auch angesichts der sich schon im Januar 2001 abzeichnenden LEG-Probleme zwei zentrale Fragen. Die erste Frage lautet: Wie lassen sich Transparenz und Kontrolle verbessern? In der öffentlichen Debatte um den vorliegenden Bericht konzentrieren sich viele - auch der Landesrechnungshof - auf die bessere Kontrolle von Gesellschaften, die Aufsichtsräte, die Gesellschafterrolle und die Beteiligungsverwaltung. Richtigerweise spricht sich der Landesrechnungshof für ein effektiveres Beteiligungscontrolling aus. Ersetzt dies aber die Grundsatzentscheidung, ob Gesellschaften auch weiterhin auf eigenes Risiko wirtschaftlich tätig sein können? Neben dieser Frage müssen alle Einzelheiten besprochen werden.

Wenngleich 70 % aller Bundesländer genauso wie Brandenburg erfolgreich mit einem Korrektiv im Finanzressort, mit dem Vieraugenprinzip und der so genannten zentralen Beteiligungsverwaltung agieren - es geht also nicht so sehr um die Frage, ob das Hamburger Modell oder die dezentrale Beteiligungsverwaltung besser ist, bei der die Gesellschafterfunktion beim Fachminister angesiedelt ist -, stelle ich ganz deutlich die Frage, ob eine Gesellschafterrolle im MSWV das LEG-Desaster früher erkennbar gemacht hätte oder gar hätte verhindern können. Überzeugt bin ich davon bislang nicht.

Die zentrale Beteiligungsverwaltung wird laut Bericht verbessert - Verantwortung wird eindeutiger zugeordnet -, sie ist bei allen zugestandenen Problemen der vernünftigste Weg. Selbstverständlich werden Verantwortlichkeiten neu zu bestimmen sein. Selbstverständlich werden Aufsichtsräte verkleinert. Selbstverständlich werden künftig verstärkt externe Mitglieder in Aufsichtsräten sitzen. Selbstverständlich werden im Einzelfall auch Regierungsmitglieder diese Aufsichtsräte leiten können. All dies sind richtige Konsequenzen, die in dem Bericht als konkrete Nahziele formuliert wurden und zeitnah gezogen werden.

Die zweite Frage in unserem Antrag vom letzten Jahr lautet schlicht und ergreifend: Lassen sich die Ziele der Landesgesellschaften nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen? Für uns als SPD-Fraktion ist ganz eindeutig dies die zentrale Frage. Die LEG war - neben der BLG - eine von zwei Gesellschaften, die mit unserer politischen Rückendeckung am freien Markt wirtschaftlich auf eigenes Risiko tätig waren. Beide sind pleite, beide verschlingen bis heute dreistellige Millionensummen. Es sind 2 von 33 Gesellschaften. 31 Landesgesellschaften und Beteiligungen agieren also bis heute problemlos. Bemerkenswert ist, dass keine dieser 31 Landesgesellschaften wirtschaftlich auf eigenes Risiko am Markt agiert. Das taten nur die beiden genannten Gesellschaften BLG und LEG. Beide sind pleite.

Die LEG war keine strategische Gesellschaft mit klaren Zielen, sondern ein bunter, wenn auch gut gemeinter Bauchladen. Sie ist die Summe von einzelnen Projekten - übrigens überwiegend Verlustprojekten - vornehmlich auf dem Immobilienmarkt. Dabei hat es Warnsignale wie den Zusammenbruch der BLG gegeben. Die sich massiv ändernde Marktlage wurde bemerkt, aber trotzig ignoriert. Der Landesrechnungshof dagegen sieht nicht hier, sondern beim Festhalten an der zentralen Beteiligungsverwaltung folgendes Problem: "für das Land zwangsläufig nicht kalkulierbare und überschaubare finanzielle Risiken".

Nein, hier trägt kein Aufsichtsrat und kein einzelner Gesellschaftervertreter die allererste Verantwortung. Jeder tat das, was politisch gewünscht, ja, gewollt war. Für mich stellt sich daher die zentrale Frage in diesem Parlament wie folgt: Sollen neue Landesgesellschaften am freien Markt wirtschaftlich und auf eigenes Risiko agieren können, Ja oder Nein? Das jahrelange Management by Kangaroo, mit leerem Beutel große Sprünge zu machen, ist gründlich gescheitert. Diese Kernfrage wird aus Sicht der SPD-Fraktion mit einem Nein beantwortet. Nach dem Motto "Die LEG ist tot, es lebe die LEG!" Gras darüber wachsen zu lassen ist nicht unsere Sache und mit uns nicht zu machen, unabhängig von Problemen mit EU-Beihilferecht oder einem Betriebsübergang nach § 613 a BGB.

Eine neue Gesellschaft verursacht dauerhafte Fixkosten und wird sich über kurz oder lang selbst wieder neue Aufgabefelder suchen, um ihre Existenz zu rechtfertigen. Finanzielle Spielräume für weitere Experimente sind im Landesetat, wie wir alle wissen, nicht vorhanden. Noch immer sind Rechnungen über 100 Millionen Euro der in Liquidation befindlichen LEG offen. Nur hier, keineswegs bei der Anzahl der Aufsichtsratsposten oder gar der zentralen Beteiligungsverwaltung, sehen wir das Kernproblem unserer Beteiligungspolitik.

Unsere Gesellschaften - die Ministerin der Finanzen ist vorhin darauf eingegangen - unterscheiden sich in Aufgaben und Risiko gewaltig voneinander:

Erstens: LASA, ZAB und ILB verwalten schlichtweg Förderprogramme. Sie tun dies unspektakulär und weitestgehend ohne Risiko für den Landesetat.

Zweitens: Zu den Landesgesellschaften mit einem außerordentlich hohen Risiko für den Landesetat gehören ohne Zweifel die LEG und die BLG. Sie verwalten und verwerten Grundstücke am freien Markt. Dies gilt zum Beispiel auch für die BBG, die sofort nach Erfüllung ihrer Aufgabe abgewickelt wird.

Wir brauchen künftig keine feststehende Gesellschaft mehr, die sich Aufgaben sucht und dauerhaft Fixkosten verursacht,

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

sondern wir brauchen eine flexible Handlungsoption für den Einzelfall, zum Beispiel in Frankfurt. Das ermöglicht eine Kosten-Leistungs-Rechnung. Das ermöglicht auch, alle Einzelkosten konkret zu benennen und Risiken klarer zu begrenzen. Private Dienstleister erfüllen im Einzelfall nach Haushaltssicherung ohne Probleme diese Aufträge - klar begrenzt und mit Gewährleistungsansprüchen. Für die Vergabe, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedarf es keiner eigenen Landesentwicklungsgesellschaft, für die Kontrolle keines Hamburger Modells. Hamburg übrigens hat gar keine eigene LEG. Besteller und Bezahler müssen auch zeitlich dichter zusammenrücken.

Die SPD-Fraktion hat sich positioniert. Unausweichlich wird der Zeitpunkt eintreten, an dem diese zentrale Frage von uns allen beantwortet werden muss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Brandenburgs Milliardengräber" wäre ein weit besserer Titel für den vorliegenden Bericht. Eine Waldstadt, in der niemand wohnen will, eine Rennstrecke, deren Tribünen meist leer sind, eine Werfthalle, aus der kein Luftschiff fliegt, verwaiste Textilfabriken, Äcker, auf denen nie ein Flugzeug landen wird - das ist Brandenburg im Jahr 2002. Investitionsruinen, wohin man schaut,

(Homeyer [CDU]: Eine DVU, die niemand mehr wählen will!)

geplant von Nieten in Nadelstreifen, mit unserem Steuergeld bezahlt.

(Beifall bei der DVU)

Es werden Milliarden für Standorte verplempert, die nicht zu halten sind, chancenlose Prestigeobjekte in Randregionen ge-

baut und unkalkulierbare Risiken mit Landesgarantie finanziert. Lausitzring, Waldstadt Wünsdorf, Bauheld Ost oder das Trauerspiel um den Standort Premnitz sind beredte Beispiele der Strukturpolitik dieser Landesregierung. Verluste alles in allem: fast 1 Milliarde Euro.

Sieht man sich dagegen den vorliegenden Beteiligungsbericht an, der immerhin mit fast einem Jahr Verspätung hier im Plenum behandelt wird, so fallen einem zwei Dinge auf:

Erstens: Alles wird nach dem Motto "Friede, Freude, Eierkuchen!" schöneredet.

Zweitens: Im Übrigen ist der gesamte Bericht das Papier nicht wert, auf das er geschrieben wurde, da er faktisch nichts aussagt. Wenn überhaupt, besteht das einzig Aussagekräftige in diesem Bericht in seinen Anlagen mit der Aufzählung der unmittelbaren und mittelbaren Landesbeteiligungen.

Dass sich die LEG in Liquidation befindet, wodurch dem Land nicht nur die 100 Millionen DM Eigenkapital verloren gehen, sondern ihm darüber hinaus schätzungsweise 500 Millionen DM an zusätzlichen Kosten entstehen, wissen wir. Wie viel Geld vom Beteiligungskapital des Landes bei den übrigen in Liquidation oder Insolvenz befindlichen Unternehmen verloren gehen wird und wie viel das Land zusätzlich zuschießen muss, sagt uns Ihr famoser Bericht, werte Frau Finanzministerin, leider nicht.

Nach der heutigen Debatte in der Aktuellen Stunde haben wir nur die Hoffnung, dass Ihr frommer Wunsch nach einer Privatisierung der Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH mit immerhin mehr als 56 Millionen Euro Landesbeteiligung in Erfüllung geht.

Besonders spaßig wird es, wenn Sie den von Ihnen in Aussicht genommenen Verkauf von Minibeteiligungen an den verschiedensten Gesellschaften mit einem Gesamtvolumen von lächerlichen 887 100 DM als - so wörtlich - Optimierung des Beteiligungsportfolios verkaufen. Das ist wohl ein verspäteter Fachingsscherz.

Darüber hinaus besteht der ganze Bericht nur aus Banalitäten und Selbstverständlichkeiten; denn niemand in diesem Hause hat etwas gegen eine zentrale Beteiligungsverwaltung oder die Errichtung von Aufsichtsräten.

Dass ein nur alle zwei Jahre seitens des Finanzministeriums zu erstattender Beteiligungsbericht und die jährliche Zurverfügungstellung der Geschäftsberichte über die Schlüsselbeteiligungen des Landes an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen eine effektive parlamentarische Kontrolle gewährleisten sollen, können Sie allerdings erzählen, wem Sie wollen, nicht jedoch unserer Fraktion.

Aus diesen Gründen kann ich zu dem vorliegenden Papier nur bemerken: Gewogen und für zu leicht befunden! - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Lunacek.

Lunacek (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor etwas mehr als einem Jahr, am 25. Januar 2001, fasste der Landtag den Beschluss, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, bis Juni 2001 über drei wesentliche Bereiche zu Struktur und Aufgaben der Landesgesellschaften zu berichten. Erstens sollte sie über Maßnahmen der Effizienzsteigerung einschließlich der Bündelung von Aufgaben bei Landesgesellschaften berichten. Zweitens sollte für alle Landesgesellschaften festgestellt werden, ob ein wichtiges Landesinteresse noch vorliegt. Drittens wurde die Landesregierung gebeten darzustellen, wie Transparenz und Kontrolle verbessert werden können. Darin sollte insbesondere eine Berichterstattung über die kapitalmäßige Beteiligung des Landes, die Aufsicht durch das Land und die Zusammensetzung der Aufsichtsräte eingeschlossen werden.

Der Grund für den Bericht, den wir seinerzeit anforderten, waren die Vorgänge um die LEG. Die Probleme der LEG stehen seit 1999 in Rede. Ab Herbst 2000 überschlugen sich dann die Ereignisse. Inzwischen ist beschlossen worden, die LEG zu liquidieren. Wir haben im letzten Landeshaushalt 100 Millionen Euro für die LEG aufgewendet, um Verluste zu decken und Verbindlichkeiten abzulösen, und wir sind für die LEG Bürgschaften in Höhe von mehr als 300 Millionen DM eingegangen.

Der angeforderte Bericht liegt nun vor. Dazu ist Folgendes festzustellen. Erstens: Die Verzögerung der Vorlage des Berichts um ein halbes Jahr wird von uns ausdrücklich akzeptiert. Wir haben dies auch im Ausschuss für Haushalt und Finanzen so besprochen; denn für uns war klar, dass man in einer Situation, in der die Dinge, die zu dem geführt haben, worüber wir einen Bericht haben wollten, zunächst einmal aufgearbeitet werden müssen, Zeit braucht. Für uns ist bei diesem Thema ganz klar, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht.

Zweitens: Die Landesregierung legt mit dem Bericht erste Überlegungen vor. Auch das ist in Ordnung. Die CDU-Fraktion erwartet aber, dass nach der Diskussion hier im Landtag in einer Reihe von Punkten nachgebessert und konkretisiert wird; denn der Bericht erfüllt nur in einigen Teilen unsere Erwartungen an eine Neuausrichtung der Beteiligungspolitik Brandenburgs. In weiten Teilen erfüllt der Bericht diese Erwartungen nicht. Wir können mit Recht erwarten, dass nach den gravierenden Problemen mit der LEG, das heißt nach den Verlusten in der genannten Höhe - auch die BLG ist in diese Reihe einzuordnen -, im Bereich der Beteiligungspolitik wirklich umgesteuert wird. Wir wollen nicht, dass man hier auf halbem Wege stehen bleibt. Darauf werde ich noch konkret zu sprechen kommen.

Damit komme ich zu dem Bericht im Einzelnen. Er ist in verschiedene Bereiche eingeteilt. Ich beginne mit dem Bereich A, Leitlinien. Bei den Leitlinien können wir den Punkt 3 akzeptieren. Wir sind ausdrücklich damit einverstanden, dass es ein kleines, optimiertes Zielformat geben soll. Auch die verstärkte Kooperation von Landesunternehmen ist ein grundsätzliches Ziel, auch wenn das hier kaum konkretisiert wird. In Ordnung und notwendig sind darüber hinaus auch klare Zielvorgaben als Steuerungs- und Kontrollinstrument - Punkt 6 -, ein effizientes Zusammenwirken von Fachressorts und Beteiligungsverwaltung - Punkt 7 -, in welcher Struktur auch immer, und Transparenz über Aufgaben, Ziele und Unternehmenspolitik, Punkt 8.

Zu zwei zentralen Teilen der Leitlinien möchte ich unsere Vorstellungen in etwas veränderter Form darlegen. Die Landesregierung sagt erstens "Reduzierung der Beteiligungen auf die geringstmögliche Anzahl" und zweitens "Grundsätzlich keine neuen Beteiligungen, sondern Nutzung vorhandener Gesellschaften". Wir sind mit einem kleinen, optimierten Zielformat einverstanden, wie es Punkt 3 der Leitlinien beschreibt, aber wir sollten das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es heißt "Reduzierung der Beteiligungen auf die geringstmögliche Anzahl", dann wäre das konsequenterweise eine Reduzierung auf null und dies wollen wir ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Beteiligungen sind nämlich ein legitimes Mittel des Landes zur Erfüllung bestimmter Aufgaben. Das ist auch gesetzlich geregelt. In § 65 der Landeshaushaltsordnung heißt es:

"Das Land soll sich ... an der Gründung eines Unternehmens ... des privaten Rechts oder an einem bestehenden Unternehmen in einer solchen Rechtsform nur beteiligen, wenn ... ein wichtiges Interesse des Landes vorliegt und sich der vom Land angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt."

Im Umkehrschluss heißt das auch, dass das Land eine Beteiligung dann auch eingehen kann und soll. Das ist ein legitimes Mittel der Politik. Nur vernünftig gesteuert und kontrolliert müssen die Gesellschaften sein. Das ist die zentrale Forderung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der PDS)

Brandenburg ist noch immer ein Land im Aufbau, unsere Infrastruktur ist noch weit schlechter als die der alten Bundesländer und wir haben weit mehr Ansiedlungsprojekte zu begleiten, als dies in den alten Bundesländern der Fall ist. Deshalb sollten wir uns davor hüten zu sagen, wir könnten bei der Entwicklung für alle Zeiten auf Landesbeteiligungen verzichten. Wir wollen eine Prüfung möglicher Vorhaben und wollen dann zu einem späteren Zeitpunkt endgültig entscheiden, ob eine Beteiligung im Zusammenhang mit der Landesentwicklung notwendig und sinnvoll ist oder auch nicht. Das ist unsere Forderung.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang zurück zur LEG. Hier gibt es einen ganz klaren Dissens mit unserem Koalitionspartner. Das Problem der LEG war nicht ihre Existenz als solche, sondern die mangelhafte Steuerung und eine de facto fehlende Kontrolle der Gesellschaft. Das war das zentrale Problem.

(Beifall bei der CDU)

Ein großer Teil der Bundesländer hat nun einmal Entwicklungsgesellschaften, und zwar unter anderem fast alle neuen Bundesländer. Das hat auch seinen Grund. Die Entwicklungsgesellschaften der anderen Länder sind allerdings in der Regel wesentlich kleiner und werden besser gesteuert und kontrolliert. Sollte die Landesregierung künftig Beteiligungen planen, so sollten der Haushaltsausschuss und der entsprechende Fachausschuss unbedingt an der Entscheidung beteiligt werden.

Damit komme ich zu dem zweiten zentralen Problem, das die Leitlinien im Punkt 5 beschreiben, nämlich zur Struktur der Beteiligungsverwaltung. Sicherlich unstrittig ist, dass die bestehende Beteiligungsverwaltung die bei zwei Landesgesellschaften innerhalb von nur wenigen Jahren heraufziehenden Probleme und drohenden Verluste nicht erkannt oder nicht rechtzeitig die Bremse gezogen hat. Auch wurde rechtlichen Verpflichtungen zumindest im Falle der LEG nicht nachgekommen. Obwohl es dazu im Handelsrecht, im Handelsgesetzbuch klare Regelungen gibt, wurde zum Beispiel verabsäumt, eine konsolidierte Konzernbilanz bei der LEG einzufordern. Über dieses Problem haben wir hier bereits mehrfach diskutiert.

Ob man allerdings so weit gehen muss wie der Landesrechnungshof in seinem Beratungsbericht an den Landtag, indem man gleich eine dezentral strukturierte Beteiligungsverwaltung als Lösung unserer Probleme fordert, ist zumindest umstritten. Der Landesrechnungshof Brandenburg ist mit dieser Forderung gegenüber den Rechnungshöfen der anderen Länder im Übrigen isoliert. Mir ist jedenfalls kein weiterer Rechnungshof bekannt, der dies zu einer zentralen Forderung erhebt; im Gegenteil: Wir haben mit mehreren Rechnungshöfen Kontakt aufgenommen und mir sind inzwischen mehrere Berichte bekannt, in denen ausdrücklich die Beibehaltung der zentralen Beteiligungsverwaltung gefordert wird. In Baden-Württemberg soll dies sogar noch verschärft werden.

Nach meiner tiefen Überzeugung ist die Frage, ob es eine zentrale oder eine dezentrale Beteiligungsverwaltung geben sollte, gar nicht das eigentliche Problem; denn die Gesellschafterversammlung - darum geht es bei der Frage, ob zentrale oder dezentrale Beteiligungsverwaltung, wer den Platz in der Gesellschafterversammlung einnimmt, im Kern - ist für eine kontinuierliche Kontrolle - genau daran hat es gemangelt - ohnehin nicht der richtige Ort, sondern das ist der Aufsichtsrat. Darauf werde ich später noch eingehen.

Nach unserer Auffassung muss das Finanzministerium nachvollziehbare Maßnahmen dafür aufzeigen, wie die Beteiligungsverwaltung nachhaltig verbessert werden soll. Dies erwarten wir, wenn es bei der Struktur der Beteiligungsverwaltung, so wie sie sich jetzt darstellt, bleiben soll.

Zum Punkt B) des Berichtes, Optimierung des Beteiligungsportfolios: Die Darstellung der laufenden Maßnahmen ist im Grunde genommen in Ordnung, obwohl wir erhebliche Vorbehalte bei der beschriebenen möglichen Einbeziehung der LASA in den Kooperationsverbund der ZAB haben. Diese beiden Gesellschaften haben nun wahrlich grundsätzlich verschiedene Aufgaben. Wie man das zusammenführen soll, muss noch einmal diskutiert werden.

Zur weiteren Optimierung des Beteiligungsportfolios ist klar festzustellen: Der Auftrag des Parlaments wurde nicht umgesetzt. Ich bin, das sage ich unumwunden, an diesem Punkt enttäuscht. Denn der Landtag hatte im Januar 2001 gefordert:

“Für alle Landesgesellschaften ist festzustellen, ob ein wichtiges Interesse des Landes noch vorliegt und sich der vom Land angestrebte Zweck nicht besser oder wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt.”

Der Bericht stellt dazu fest - das kann man auf Seite 17 des Antrages nachlesen -:

“Bei folgenden Beteiligungen wird die Landesregierung ... den Fortbestand der Beteiligung ab 2002 prüfen.”

Ein Jahr ist also verstrichen und ab 2002 soll geprüft werden, ob die Beendigung einiger Beteiligungen sinnvoll ist oder nicht. Das Ende ist offen. Das kann also theoretisch auch bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag dauern.

Meine Damen und Herren, bei allem guten Willen, den eine regierungstragende Fraktion so aufbringt - das ist inakzeptabel.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir erwarten, dass die Prüfung in diesem Jahr abgeschlossen wird und der Landtag bis Ende des Jahres dem vom Januar letzten Jahres eingeforderten Bericht in dieser Sache nachkommt. Ich weise darauf hin, dass dies geltende Beschlusslage des Landtages ist. Die MEAB und die SBB sollten in die Liste der zu prüfenden Gesellschaften aufgenommen werden. Wenn in den betreffenden Ressorts jemand ernsthaft an der Weiterexistenz dieser Gesellschaften interessiert ist, kann er gegen eine Prüfung im Grunde genommen nichts haben. Im Gegenteil!

(Beifall des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss Ihres Beitrages!

Lunacek (CDU):

Ich beeile mich, Herr Präsident. - Einige weitere Anmerkungen zum Abschnitt C), Effizienzsteigerung: Meine Damen und Herren, die Landesregierung führt auf den Seiten 30 und 31 des Berichtes aus:

“In den Aufsichtsräten wichtiger landesbeteiligter Unternehmen sind auch ausgewiesene externe Fachleute vertreten. Die Landesregierung strebt eine stärkere Berufung von Persönlichkeiten insbesondere aus der Wirtschaft an ...”

Da frage ich einmal ganz spöttisch: So wie bei der LASA? Dort gibt es nicht einen Externen. Es sind nur ministeriale Mitarbeiter im Aufsichtsrat.

Zur Optimierung der Aufsichtsratsarbeit wird gesagt, dass ferner in Fortsetzung der bisherigen Praxis eine Reduzierung der Aufsichtsratsmandate erfolgen soll.

Meine Damen und Herren, das ist Wischiwaschi, nichts Konkretes. Unsere Forderung ist klar.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss Ihres Beitrages!

Lunacek (CDU):

Ich beeile mich, Herr Präsident.

Präsident Dr. Knoblich:

Es geht nicht darum, dass Sie sich beeilen, sondern ich meine, dass Sie zum Schluss kommen sollen. Sie sind erheblich über der vereinbarten Zeit.

Lunacek (CDU):

Der Aufsichtsrat ist nach Gesetz und Recht Kontrollorgan für die Gesellschaft. Nur hier können die Projekte im Einzelnen laufend kontrolliert, das Risiko und die Durchfinanzierung bewertet werden usw. Wir wollen eine Stärkung der Aufsichtsräte. Wir wollen maximal sechs Personen in den Aufsichtsräten und dass dort Tacheles geredet wird. Mehr externe Persönlichkeiten mit Erfahrung und mit wirtschaftlichem Sachverstand müssen hinein.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine der zentralen Forderungen, meine Damen und Herren.

Wir erbitten und erwarten von der Landesregierung, dass sie in der weiteren Diskussion die angesprochenen Probleme diskutiert, ernst nimmt, aufnimmt und die Beteiligungspolitik des Landes nachhaltig verändert. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht erneut an die PDS-Fraktion, die mit einer verbleibenden Zeit von sechs Minuten ihre zweite Runde beginnt. Bitte sehr.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bischoff, das war schon ziemlich starker Tobak, was Sie uns hier präsentiert haben. Sie sind sicherlich bereit, noch einmal in Punkt 2 unseres Entschließungsantrages hineinzusehen, in dem steht: "... unter Berücksichtigung der Prüfberichte ...". Man kann sich ja einmal irren, aber man kann es auch korrigieren.

(Bischoff [SPD]: Ich kann lesen!)

- Sie können lesen.

Ein Zweites in dieser Debatte zur Beteiligungspolitik hat uns überrascht: Es gibt in den Auffassungen auch jähe Wendungen oder zumindest Nachdenkenswertes. Was ich gerade von Ihnen, Herr Lunacek, gehört habe, hat uns in vielen Passagen geholfen, uns in unseren Ausführungen zu beschränken, weil wir vieles, was Sie zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Bericht gesagt haben, sehr unterstreichen.

Wir wollen aber heute noch einmal eindeutig feststellen: Es gibt eine ernste Situation in diesem Land. Die Beteiligungspolitik ist gescheitert. Das haben wir festgestellt, weswegen wir am 25. Januar 2001 gemeinsam den Beschluss gefasst haben. Zur Änderung der Situation gehört die Reform der Beteiligungspolitik auf den Tisch des Parlaments.

Sehr geehrte Frau Ziegler, der Bericht, den Sie trotz aller Schwierigkeiten und Zeitverzögerungen vorgelegt haben, trägt nicht in aller Konsequenz dazu bei, deutlich zu machen, wie und mit welcher Zielrichtung die Reform der Beteiligungspolitik hier im Land durchgeführt werden soll. Sie befinden sich - das habe ich Ihren Ausführungen entnommen - in einer Sackgasse. Auch das Kabinett konnte sich nicht einigen, uns einen gemeinsamen Bericht, mit einem Beschluss sanktioniert, vorzulegen, sondern nur erste Überlegungen. Es ist möglicherweise in einer großen Koalition schwierig, zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen, aber es ist notwendig.

Ich komme noch einmal auf Herrn Lunacek zurück. Er hat eben deutlich gemacht, dass wir erwarten, dass die Regierung ihren Reformbericht zur Beteiligungspolitik umgehend vorlegt. Deshalb haben wir heute den Entschließungsantrag eingebracht. Für uns bedeutet "umgehend" spätestens bis zum 30.06. dieses Jahres. Bis dahin soll der Bericht vorgelegt werden und die bisher ausgesparten Analysepunkte und Schlussfolgerungen sollen aufgearbeitet sein.

Ich kann mir in meinen Ausführungen vieles schenken, weil Herr Lunacek bereits darauf eingegangen ist. Ich will nur daran erinnern, dass wir seit 1996 in diesem Parlament davon reden und dazu Vorschläge unterbreitet haben, welches Controlling-System und welche Maßnahmen zur Transparenz von Landesbeteiligungen eingeführt werden sollen, damit es nicht zur Krisensituation kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

- 1996, Herr Schippel.

Ich will noch kurz etwas zu zwei Punkten sagen, zur LEG und zur Flughafenholding. In Bezug auf die LEG waren wir uns lange Zeit fraktionsübergreifend darin einig, dass dieses Land eine Strukturgesellschaft braucht, die einen landespolitischen Auftrag erhält und die, bevor sie Aufgaben übernimmt, in die Risikoabschätzung geht, sowie darin, dass im Haushalt eindeutig fixiert wird, in welchen finanziellen Größenordnungen diese Projekte bewältigt werden. Das war lange Zeit gemeinsamer Nenner aller drei Fraktionen. Herr Bischoff hat uns heute etwas anderes erzählt. Offensichtlich ist die SPD dabei, einen anderen Weg zu gehen.

(Bischoff [SPD]: Wir bleiben einfach bei der Wahrheit!)

Ich will in dem Zusammenhang daran erinnern: Die PDS bleibt dabei, dass wir es nach wie vor für notwendig erachten, eine strukturpolitische Gesellschaft, die im Landesinteresse arbeitet, auf Landesebene zu haben. Wenn ich Frau Ziegler richtig verstanden habe, so hat sie den zuständigen Fachminister, Herrn Meyer, heute aufgefordert - und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr sollte sich daran beteiligen -, genau zu begründen, für welche Projekte in den Städten und Regionen eine Landesentwicklungsgesellschaft gebraucht wird. Diese Aufgabe wird leistbar sein. Ich denke, der Minister wird die Vorschläge gemeinsam mit den Fraktionen beraten und in den zuständigen Ausschuss einbringen. Das ist ein echter Auftrag, den wir heute mit nach Hause nehmen, zu dem wir uns positionieren können.

Ein Zweites zur BBF: Folgendes hat mich schon überrascht,

Frau Ziegler. Sie haben dem Parlament Ihre ersten Überlegungen vom Dezember 2001 dargelegt. Es gibt von Anfang Februar einen Bericht des Landesrechnungshofes, der sich mit der Situation bezüglich der Privatisierung der Flughafenholding und der privaten Realisierung des Großflughafens befasst. Sie wissen heute schon eindeutig, dass Sie die BBF privatisieren wollen. Heute früh habe ich auf Anfrage von Herrn Fürniß gehört, dass das Kabinett dabei ist, die Vorschläge und Empfehlungen sowie die Positionen zum Risiko und zur Privatisierung der BBF genau zu prüfen. Sie wussten aber schon im Dezember, dass die Prüfung abgeschlossen ist, indem Sie gesagt haben, dass es für Sie nur den einen Weg gibt: Privatisierung der BBF.

(Ministerin Ziegler: Das Ziel!)

Das sind zwei Punkte, über die wir noch einmal nachdenken müssten. Es geht darum, zu ergründen, ob das der Weg ist, den wir gemeinsam wollen, um Beteiligungspolitik in diesem Land zu realisieren.

Ich werbe bei Ihnen dafür, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen. Ich habe Ihren Reden entnommen, dass Sie insofern mitgehen können, die Regierung aufzufordern, bis zum 30.06. dieses Jahres einen neuen Bericht vorzulegen, der auch den Landtagsbeschluss vom Januar 2001 in die Tat umsetzt, eine Konzeption zu erstellen, die den Reformanspruch der Beteiligungspolitik wirklich deutlich macht. - Schönen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Tack, und erteile das Wort noch einmal der Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Dellmann.

Dellmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Landesbeteiligungen sind kein Selbstzweck. Die SPD unterstützt ausdrücklich die Bemühungen der Landesregierung und insbesondere der Finanzministerin zur Evaluierung der Beteiligungen des Landes Brandenburg. Wir brauchen eine deutliche Konzentration auf Kernaufgaben, wir brauchen Transparenz und vor allen Dingen eine strikte Kontrolle der Landesbeteiligungen. Vor allem aber ist es notwendig, das finanzielle Risiko des Landes bei Landesbeteiligungen zu minimieren und nach Möglichkeit auszuschließen. Ich möchte an dieser Stelle aber auch deutlich sagen, dass ein hundertprozentiges Ausschließen von Risiken wohl in keinem Fall möglich sein wird, sondern nur einen Wunsch darstellt.

Meine Damen und Herren, wir brauchen allerdings auch, wenn wir uns auf Kernaufgaben konzentrieren wollen, eine Diskussion über die Frage: Was ist für eine Strukturentwicklung in Brandenburg notwendig? Denn egal ob ländlicher Raum oder regionale Entwicklungszentren, sie alle brauchen die Unterstützung des Landes. Mit der Liquidation der LEG und der beabsichtigten Auflösung des WGT-Sondervermögens, wie es jetzt durch die Landesregierung vorgesehen ist, ist zwingend erforderlich zu prüfen, welche Aufgaben der Strukturentwicklung zu lösen sind.

Ich möchte von dieser Stelle aus noch einmal deutlich sagen: Ich bin sehr gespannt, welche Vorschläge uns die Landesregierung Mitte dieses Jahres vorlegen wird, wie denn mit dem Sondervermögen zukünftig umgegangen werden soll. Es kann dabei nicht nur darum gehen zu sagen, dass diese Aufgabe abgewickelt wird, sondern die Gemeinden und Städte fragen nicht umsonst besorgt, wie die Aufgaben der Strukturentwicklung und auch die Aufgaben, die momentan über das Sondervermögen und die BBG wahrgenommen werden, zukünftig gelöst werden.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion steht ausdrücklich zu einer aktiven Strukturpolitik im Land Brandenburg. Ich glaube, die Diskussion, die wir heute noch zur Chipfabrik haben werden, und unser Engagement zeigen, wie wir dafür einstehen.

In den nächsten Monaten gilt es zu prüfen, welche Aufgaben der Strukturentwicklung durch das Land mittel- und langfristig wahrgenommen werden müssen; ich betone "müssen", nicht "wollen". Gleichzeitig gilt es dann festzulegen, wie und in welcher Form dies erfolgen wird. Ob es sich hierbei um eine rein finanzielle oder um eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung handelt, sollte heute nicht entschieden werden.

Auch und gerade für die Strukturentwicklung gilt wie für die gesamte Beteiligungspolitik des Landes: Das Primat - Herr Bischoff, ich betone: das Primat - auch bei Strukturentwicklungen müssen Transparenz, Effizienz und Risikominimierung haben. Landesbeteiligungen haben einen Zweck und dieser Zweck kann nur unter diesem Primat gesehen werden. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dellmann und beende die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich stelle gleichzeitig fest, dass Sie den Bericht der Landesregierung, Drucksache 3/3739, zur Kenntnis genommen haben.

Ich rufe zur Abstimmung innerhalb dieses Tagesordnungspunktes den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 3/3966, auf. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6 und rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Berichterstattung der Landesregierung über den aktuellen Stand der Realisierung des Investitionsvorhabens Chipfabrik Frankfurt (Oder)

Antrag
von 21 Abgeordneten

Drucksache 3/3948

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Für den Antragsteller quasi zur Begründung des Antrages hat Frau Abgeordnete Osten von der Fraktion der PDS das Wort.

Frau Osten (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Chipfabrik Frankfurt (Oder) wird seit einem Jahr in der Öffentlichkeit thematisiert. Mit der Ankündigung dieser Großinvestition verbinden sich Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger der Region um und in Frankfurt (Oder) auf neue Arbeitsplätze. Erwartet wird ein Impuls, der die rückläufige Entwicklung der Einwohnerzahl von Frankfurt (Oder) - die Stadt verlor in den letzten zehn Jahren immerhin 17 000 Einwohner - aufhält, damit das Wort Stabilität wieder Bedeutung erhält. Die PDS-Fraktion steht zu dieser Chance und erwartet von der Regierung eine solidere Arbeit, damit das Projekt nicht gefährdet wird.

Seit einem Jahr gibt es im parlamentarischen und im öffentlichen Raum verschiedene Informationen, die eines gemeinsam haben. Sie sind unverbindlich und schnell überholt. Diese Erfahrung konnte ich jedenfalls als Mitglied im Ausschuss für Haushalt und Finanzen machen, wo es bereits sechs Berichterstattungen durch Ministerinnen und Minister zum Stand der Dinge um die Chipfabrik gab. Mittlerweile waren die Fraktionen der PDS, der SPD und der CDU vor Ort in Frankfurt (Oder). Das Bemühen des Parlaments, diesem Projekt zum Erfolg zu verhelfen, ist unübersehbar.

Es war deshalb nicht ungewöhnlich, dass ich als Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen der Bitte des Wirtschaftsministers, noch im Februar aktuell berichten zu wollen, sofort entsprach. Dies sollte am 28. Februar 2002 geschehen. Der Minister war anwesend. Die Abgeordneten der SPD- und der CDU-Fraktion strichen jedoch per Mehrheitsbeschluss diesen Tagesordnungspunkt mit der Begründung der notwendigen weiteren Befassung im Kabinett. Diesen unmittelbaren Zusammenhang sah ich nicht, aber natürlich muss sich das Kabinett mit diesem Vorhaben auch künftig befassen. Auch eine Beschlussfassung über ein Eigenkapital ersetzendes Darlehen oder eine indirekte Beteiligung des Landes in Höhe von wohl 35 Millionen Euro löst nicht das Problem, im Gegenteil, es stellt allenfalls den Beginn ernsthafter Arbeit dar.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, Sie füllen im Augenblick die Zeitungen mit Nachrichten wie "unentschlossen bis zerstritten", "noch Prüfbedarf", "unverbindliche Absprachen", "vorbereitende Gespräche" und "Bauftragungen". Sie schaden damit dem Projekt, weil Sie Ihrem Auftrag der sachlichen Prüfung und der souveränen Entscheidung nicht nachkommen bzw. noch nicht nachgekommen sind.

Meine Damen und Herren der Koalition, Sie tun sich keinen Gefallen, wenn Sie Kontrollpflichten gegenüber der Landesregierung vernachlässigen und nur noch versuchen, den Deckel auf den brodelnden Kabinettschtopf zu drücken. Sie verbrennen sich damit allenfalls die Finger, aber Sie lösen keine Probleme, schon gar nicht das Problem, wie der technologische Zeitvorsprung gesichert werden kann, um die Produkte dieser Chipfabrik wirklich weltmarktfähig und damit verkaufbar zu machen. Denn es reicht nicht, eine schöne, gute bauliche Hülle, moderne Ausrüstungen oder gut ausgebildete und motivierte Menschen zu haben; das Produkt muss etwas wirklich Neues auf dieser Welt darstellen. Technologischer Fortschritt muss hart erarbeitet werden; er ist aber sehr, sehr schnell auch verloren.

Die Verbindlichkeit unserer Absprachen hier im Parlament

muss deshalb zunehmen und darf nicht abnehmen. Ich habe aus diesem Grunde dem Wirtschaftsminister in Vorbereitung der Ausschusssitzung am 28. Februar fünf Fragenkomplexe mitgeteilt, die sozusagen die Kernpunkte der bisherigen Diskussion enthalten, mit der Bitte, sie in seine Berichterstattung einzubeziehen. Es geht dabei um das Gesamtfinanzierungskonzept, um die konkreten finanzpolitischen Konsequenzen für das Land Brandenburg, um das Konzept der Landesregierung, wie dieses Vorhaben realisiert werden kann, um die Bewertung und den Vorbereitungsstand des Notifizierungsverfahrens bei der Europäischen Kommission und um die umfassende Bewertung von Risiken.

Dabei möchte ich die Frage einbeziehen: Wie weiter mit dem IHP? Welche Chance hat dieses Institut in Zukunft? Diese Fragen sind nicht neu, sie werden von den Abgeordneten der PDS seit fast einem Jahr gestellt. Die Antworten drängen, weil das Boot, in dem wir noch gemeinsam sitzen, anderenfalls auf Grund läuft.

Herr Ministerpräsident, um einmal mit Ihren Worten zu sprechen: Mit Sorgfalt sollten Sie sich mit Ihrem Kabinett der Angelegenheit bereits ein ganzes Jahr widmen. Es geht zwar jetzt nicht um Eile, aber zügiges Handeln ist angesagt, um Verträge und um Erfolge zu sichern. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Osten. - Das Wort erhält die Landesregierung. Herr Minister Fürniß, bitte.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Warum ist dieses Projekt der Firma Communicant in Frankfurt (Oder) so wichtig und warum glauben wir daran? Nicht deshalb, weil wir Halbleiterexperten sind, sondern deshalb, weil wir von unabhängigen Experten aus verschiedenen Richtungen, beauftragt von der Europäischen Kommission, von der Europäischen Investitionsbank, von Unternehmen, unabhängig voneinander eine Einschätzung bekommen haben, die eindeutig ist. Die Einschätzung lautet: Das Produkt und die Marktchancen sind so gut, dass es das Risiko lohnt. Produkt und Marktchancen sind deswegen gut, weil mit der Technologie des IHP in Verbindung mit der erprobten Technologie von Intel - Intel hat damit immerhin eine Weltmarktführerschaft mit einem Anteil von 84 % erreicht - diese beiden Technologien derzeit weltweit allein auf dem Markt so verfügbar sind, aber nur für ein bestimmtes Zeitfenster allein. Deswegen ist es ganz wichtig, an dieses Projekt zu glauben und es in einem bestimmten Zeitrahmen zu realisieren, sodass der Technologievorsprung in Produktion und damit auch in Wertschöpfung umgesetzt werden kann. Es ist eine der zentralen Herausforderungen, dass wir auf dieser Zeitachse die Realisierung erreichen.

Wir glauben an dieses Projekt, weil wir auch die Sicherheit von Intel haben. Intel hat vom Sommer 2000 bis zum Februar 2001 über Monate hinweg die Technologie des IHP geprüft, ist mit ganzen Gruppen im IHP gewesen, hat eigene Labortests durchgeführt und nach einem halben Jahr gesagt "Dieses ist eine Technologie, an die wir glauben und auf die wir setzen", übr-

gens mit der Konsequenz, meine Damen und Herren, dass Intel zwei weitere Engagements in diesem Bereich in Israel und in Asien nicht realisiert und sich ganz auf Frankfurt (Oder) konzentriert hat.

Wir glauben an dieses Projekt, weil unsere Finanzpartner genauso an dieses Projekt glauben und bereit sind - Intel wie Dubai -, jetzt vor der Notifizierung bei der Europäischen Union und bevor sie das nach den Verträgen müssten, auch finanziell ins Risiko zu gehen.

Dies, Frau Osten, ist nicht das Ergebnis nicht ernsthafter Arbeit im letzten Jahr, sondern es ist das Ergebnis intensiver Arbeit in Kooperation mit den Investoren auf der einen Seite und intensiver Arbeit im Unternehmen und mit dem Unternehmen auf der anderen Seite. Sie dürfen bitte nicht vergessen, dass erst seit dem 7. Februar 2001, seitdem der Vertrag zwischen Communicant und Intel abgeschlossen worden ist, damit begonnen werden konnte - es ist im März 2001 begonnen worden -, die Technologie des IHP und die Technologie von Intel miteinander zu verknüpfen. Es dauert einige Monate, bis das geschehen ist. In dieser Zeit sind die Planungen für die Fabrik, für das Unternehmen vorangetrieben worden. In dieser Zeit sind die Vorbereitungen für das Gewerbegebiet vorangetrieben worden. In dieser Zeit sind die Unterlagen für die Notifizierung bei der Europäischen Union, für die Genehmigung der Bund-Länder-Bürgschaft und für die Drittmittel vorbereitet worden. Die Zeit seit Februar 2001 ist also nicht ungenutzt verstrichen, sondern sie ist intensiv genutzt worden, um all die Vorbereitungsarbeiten zu erledigen, die in diesem Zusammenhang notwendig sind.

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister?

Minister Dr. Fűrniß:

Wenn ich den Satz noch zu Ende führen darf, dann gern.

Vizepräsident Habermann:

Bitte.

Minister Dr. Fűrniß:

Richtig ist, dass seit dem ursprünglichen Zeitplan von Communicant vom Februar 2001 ein, wenn Sie so wollen, Verzug von zwei Monaten - Stand heute - zu verzeichnen ist.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Kolbe.

Kolbe (SPD):

Herr Minister, wie hoch schätzen Sie das wirtschaftliche Risiko von Intel ein, wenn das Land eine Bürgschaft in Höhe von 500 Millionen Euro übernimmt?

Minister Dr. Fűrniß:

Ich komme gleich noch auf die Bürgschaften zu sprechen. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Was Intel tut, ist zum einen,

seine Technologien zum ersten Mal außerhalb des eigenen Unternehmens zu lizenzieren. Zum Zweiten gehen sie in eine finanzielle Verpflichtung von 40 Millionen US-Dollar, wie Sie wissen, und zum Dritten sind sie bereit, in dieses Projekt nicht nur die Technologie einzubringen, sondern auch als Unternehmen tätig zu sein. Sie sind bereit, einen Teil der Produktion zu übernehmen oder dafür Lizenzgebühren zu bezahlen, wenn sie es nicht tun. Dahinter verbirgt sich also schon wirtschaftliches Risiko. Ich komme gleich noch einmal auf die Risikobewertung zu sprechen.

Meine Damen und Herren, es gibt also nach wie vor gute Gründe, an dieses Projekt und an seine Chancen uneingeschränkt zu glauben.

Ich habe schon auf die Ausgangslage vom 7. Februar hingewiesen. Die Pressekonferenz - das sage ich hier noch einmal - hat stattgefunden, weil die Firma Intel nach amerikanischem Börsenrecht gesagt hat: Wenn wir einen solchen Vertrag eingehen, dann müssen wir das in dem Land, in dem wir das tun, öffentlich sagen. Das war die Initialzündung auf dieser Pressekonferenz. Damit verbunden war die Ankündigung von Dubai, in dieses Projekt ebenfalls viel Geld zu investieren.

Wir haben also keine Zeit verloren, sondern wir haben die Zeit bis heute intensiv genutzt. Die Rolle der Politik, die dabei auch immer in der Öffentlichkeit diskutiert wird, ist völlig klar. Wir haben eine einmalige Chance, meine Damen und Herren, technologisches Wissen, Technologie, die im IHP auf wissenschaftlicher Basis entwickelt worden bzw. entstanden ist, mit Wertschöpfung und Produkten zu verknüpfen, und das noch dazu in der Region. Was Sie immer fordern, dass wir Wirtschaft und Wissenschaft miteinander verknüpfen, ist hier geradezu idealtypisch realisiert worden. Darauf sollten wir stolz sein und das sollten wir nicht schlechtreden.

Die zweite Aufgabe von Politik ist, für die Investoren eine ausgewogene Förderung sicherzustellen. Ich sage deswegen ausgewogen, meine Damen und Herren, weil durch ein solches Projekt die Förderung kleiner Unternehmen nicht über Gebühr eingeschränkt werden darf. Es ist wichtig, dass dieses Gleichgewicht bzw. diese Ausgewogenheit erhalten bleibt.

(Kolbe [SPD]: Das schafft nur die PDS!)

Auf der anderen Seite haben kleine Unternehmen nur eine Chance, wenn es große Zentren gibt. Zu diskutieren nach dem Motto "Entweder werden die berühmten Leuchttürme oder kleine Unternehmen geschaffen" ist falsch. Wir brauchen beides miteinander. Frankfurt wird auch dafür ein Beispiel sein, weil wir dort sehen werden, dass nicht nur Arbeitsplätze im Unternehmen, sondern gerade auch im Umfeld des Unternehmens entstehen. Deswegen ist ja das Gewerbegebiet in Frankfurt (Oder) nicht nur ein Gewerbegebiet für Communicant, sondern es ist weit darüber hinaus ein Gewerbegebiet. Sonst hätten wir es gar nicht fördern können.

Der Zusammenhang zwischen Arbeitsplätzen im Unternehmen und im Umfeld von Unternehmen sollte also nicht vernachlässigt werden. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

Hier noch einmal zu unterstreichen, zu betonen und zu argumentieren, dass es um Arbeitsplätze im Land geht, ist, glaube

ich, so überflüssig wie nur irgendetwas. Arbeitsplätze sind eine unserer zentralen Aufgaben. Dieser Aufgabe müssen wir nachkommen.

Die Landesregierung hat deshalb gestern einstimmig eine Grundsatzentscheidung getroffen. Wir sind bereit, eine mittelbare Beteiligung an Communicant bis zu 35 Millionen US-Dollar einzugehen. Wir haben dazu der ILB einen Verhandlungsauftrag erteilt und diesen Verhandlungsauftrag mit Konditionen verbunden, die das Interesse des Landes entsprechend unterstreichen. Ich komme auf diese Konditionen gleich noch zu sprechen.

Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass die Landesregierung diese Entscheidung nach sorgfältiger und intensiver Prüfung der zur Klärung anstehenden Fragen - EU-Recht, Wettbewerbsrecht, Kartellrecht, Vergaberecht, Landeshaushaltsrecht - getroffen hat. Diese Fragen konnten erst nach dem 29. Januar 2002 geprüft werden, weil erst zu diesem Datum zwischen Communicant und Dubai die Vertragsgrundlagen endgültig ausgehandelt waren. Erst dann konnte die Landesregierung mit der Prüfung einsetzen. Ich glaube, wir haben ein gutes Recht zu sagen: Fünf Wochen Prüfungszeit, wenn wir uns an solchen Unternehmen beteiligen sollen, sind eine angemessene Zeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Communicant hatte, um auf das Finanzierungskonzept zu kommen - das ist einer der von Ihnen neben der Risikoverteilung angemahnten Punkte -, ursprünglich einen Business-Plan, ein Finanzierungskonzept von 1,5 Milliarden US-Dollar. Aufgrund der Entwicklung auf dem Chipmarkt und des 11. September des letzten Jahres hat sich die Marktlage so verändert, dass in den Verhandlungen mit den Zulieferern für Maschinen, insbesondere für den Reinraum, die Preise erheblich reduziert werden konnten.

Darüber hinaus hat die Firma den Technologie-Mix umorientiert und beabsichtigt, die Gesamtproduktion stärker auf die neue Technologie auszurichten. Vorher sollte es ein Mix sein zwischen der alten C-MOS-Technologie und der neuen Technologie. Jetzt hat man einen 90/10-Mix in die Produktion und damit in den Business-Plan eingebaut, was dazu führt, dass man nicht nur weniger Maschinen braucht, sondern dass man diese Maschinen auf dem Markt auch noch günstiger erhalten kann. Dadurch konnten die Gesamtkosten für das Projekt um 200 Millionen US-Dollar gesenkt werden.

Das heißt, dass die Gesamtfinanzierung - ohne dass ich hier interne Unternehmensdaten nenne - auf drei Säulen beruht. Die erste ist das Eigenkapital - geplant mit 325 Millionen US-Dollar -, die zweite sind Darlehen in Höhe von insgesamt 670 Millionen US-Dollar - 500 Millionen davon durch Bund-Länder-Bürgerschaft abgesichert - und die dritte sind Fördermittel, Investitionszulage und GA, deren Höhe nicht zu kalkulieren ist, bevor wir nicht wissen, welchen Prozentsatz die Wettbewerbskommission für dieses Projekt festlegt.

Communicant hat im Herbst 2001 Anträge auf Darlehen bzw. Bund-Länder-Bürgerschaften sowie Ende November des vergangenen Jahres die Notifizierungsunterlagen bei der Europäischen Kommission eingereicht. Lassen Sie mich im Hinblick auf die Bürgerschaft Folgendes sagen:

Eine Bund-Länder-Bürgerschaft ist nicht etwas, was für Communicant in der Bundesrepublik Deutschland erfunden worden wäre. Bund-Länder-Bürgerschaften haben bisher sehr viele große Unternehmen in diesem Lande - in den alten wie in den neuen Ländern - in Anspruch genommen. Sie sind ein ständiges Mittel der Finanzierung und nicht etwa etwas, was wir jetzt erfinden

(Fritsch [SPD]: Nichts Unanständiges!)

oder was ungewöhnlich oder gar unanständig wäre. In der Regel werden bis zu 80 % durch eine solche Bund-Länder-Bürgerschaft finanziert, die anderen 20 % müssen durch das Unternehmen abgesichert werden. Das gilt selbstverständlich auch für Communicant, deshalb die 500 Millionen US-Dollar.

Was das Notifizierungsverfahren - ein weiterer Punkt, den Sie angemahnt haben - anbetrifft: Am 25. November 2001 hat das Unternehmen die Notifizierungsunterlagen bei der Europäischen Kommission eingereicht. Die Kommission hat diese Unterlagen geprüft und auf der Grundlage dieser Prüfung am 6. Januar 2002 zu einem Notifizierungsgespräch nach Brüssel eingeladen. An dem Notifizierungsgespräch haben das Unternehmen, die Investitionsbank des Landes Brandenburg, die Landesregierung - vertreten durch das Wirtschaftsministerium - und die Bundesregierung - vertreten durch das Bundesfinanzministerium - teilgenommen.

Ein großer Teil der Fragen konnte in diesem Gespräch abgearbeitet werden, drei Punkte sind offen geblieben. Der erste Punkt ist, dass wir gebeten wurden, die unabhängigen Gutachten, die ich vorhin genannt habe, zu einer Marktstudie zusammenzufassen. Das ist geschehen.

Der zweite Punkt ist der Nachweis der indirekten Arbeitsplätze. Das ist nur zu einem Teil möglich; denn wir können keine Arbeitsplätze nachweisen, die möglicherweise in den Jahren 2003 oder 2004 entstehen. Das ist also zum Teil durch Absichtserklärungen nachzuweisen; ein anderer Teil muss offen bleiben und der Entwicklung überlassen werden.

Der dritte Punkt ist, zum Thema relevanter Markt - also zu den Marktchancen - eine Zusammenfassung zu erstellen.

Diese Punkte sind abgearbeitet worden. Ich gehe davon aus, dass die Unterlagen bis Ende März fertig gestellt sind und die Kommission im April mit dem offiziellen Notifizierungsverfahren, das acht Wochen dauert, beginnen kann.

Alle Institutionen - die EU-Kommission, die EIB sowie die Bundesregierung - haben in den Gesprächen, die wir bisher geführt haben, positive Signale in Bezug auf diese Prüfung abgegeben.

Bis Ende März 2002 sollen verbindliche Verträge zwischen Dubai, Intel und Communicant über die Einzahlung von Eigenkapital in Höhe von 250 Millionen bzw. 40 Millionen US-Dollar, also insgesamt 290 Millionen US-Dollar, abgeschlossen werden. Hinzu kommt, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind, die mittelbare Beteiligung des Landes in Höhe von bis zu 35 Millionen US-Dollar.

Es ist zu diesem Punkt wichtig darauf hinzuweisen, dass in den nächsten zwölf Monaten für den Bau der Fabrik weitgehend die Eigenkapitalmittel der Investoren und nicht die Fördermittel

verwendet werden. Die Fördermittel greifen erst danach. Ich weise darauf hin, damit klar wird, dass die Investoren durchaus ins Risiko gehen. Trotzdem müssen wir uns absichern, wenn wir eine Landesbeteiligung eingehen. Deswegen haben wir in den Bedingungen erstens klargestellt, dass über die mittelbare Beteiligung des Landes in Höhe von bis zu 35 Millionen US-Dollar keine weitere bzw. höhere Beteiligung an dem Unternehmen eingegangen wird. Dies wird vertraglich festgehalten.

Zweitens wird ausdrücklich festgehalten, dass die anderen Anteilseigner keine höheren als die jetzt in Aussicht genommenen Beteiligungen erwarten können und dass - drittens - die zeitgleiche Zahlung gewährleistet wird, sodass alle drei Gesellschafter die Zahlungen im Gleichschritt vornehmen.

Dubai hat sich im Zuge seiner Technologieaktivitäten nicht nur entschlossen, die Chipfabrik zu unterstützen, sondern in Dubai selbst eine zweite Chipfabrik zu errichten. Dafür wird Hochtechnologie auch in Dubai gebraucht. Deshalb war es wichtig, im Kabinettsbeschluss noch einmal festzuhalten, dass es keine Beteiligung des IHP an der Fabrik in Dubai und darüber hinaus auch keine gesellschaftsrechtlichen Verknüpfungen geben darf, was weitere Schritte des IHP anbetrifft, um sicherzustellen, dass die Technologie in unserem Land verfügbar bleibt.

Meine Damen und Herren, die Mittel, die Brandenburg durch diese Aktivitäten im Bereich des Technologietransfers bereitstellt, werden auf 2 Millionen Euro jährlich geschätzt. Dieser Betrag darf nicht überschritten werden; die weiteren Mittel müssen von Dubai aufgebracht werden.

Bei den Haushaltsauswirkungen gibt es zwei Themen: die Absicherung der Beteiligung und die Investitionsförderung. Im Ergebnis einer intensiven Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts ist nunmehr die finanzielle Absicherung des Engagements des Landes möglich, und zwar in Form des Erwerbs einer mittelbaren Beteiligung an Communicant in Höhe von bis zu 38 Millionen Euro aus dem Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft. Die Details werde ich in den Sitzungen der Ausschüsse für Haushalt und Finanzen sowie für Wirtschaft vorstellen und um Herstellung des Einvernehmens darüber bitten. Der Erwerb der Beteiligung an Communicant in der angegebenen Höhe soll zunächst von der Investitionsbank des Landes Brandenburg vorfinanziert und durch eine Verlustdeckungszusage des Landes aus dem Einzelplan 08 abgesichert werden.

Ich gehe davon aus, dass bis zum Herbst des Jahres das Notifizierungsverfahren bei der EU sowie die Abstimmung mit dem Bund bezüglich der erforderlichen Bundes- und Landesbürgerschaft und der Förderung aus GA-Mitteln abgeschlossen sind. Liegen diese Voraussetzungen vor - ich gehe davon aus, dass dies gelingt -, ist das Risiko des Verlustes des Beteiligungskapitals als nahezu Null zu bezeichnen, sodass es vertretbar erscheint, eine eventuelle Zahlungsverpflichtung des Landes aus der Verlustdeckungszusage in die Zukunft zu verschieben.

Sollte das Projekt nicht zustande kommen - ich sehe das nicht so; darauf weise ich ausdrücklich hin; das ist auch nicht meine Risikobewertung -, könnte dies zur Folge haben, dass je nach Stand der vorbereitenden Investitionen am Standort das Beteiligungskapital ganz oder teilweise verloren wäre. Deswegen ist eine entsprechende Sperre im Haushalt des Wirtschaftsministeriums zur Absicherung angebracht.

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, ich würde mich freuen, wenn Sie zum Ende kämen.

Minister Dr. Fürniß:

Ich gebe mir Mühe.

Vizepräsident Habermann:

Da ich Sie schon unterbrochen habe, möchte ich fragen, ob Sie eine Frage beantworten würden.

Minister Dr. Fürniß:

Wenn Sie mir dies nicht auf meine Redezeit anrechnen.

Vizepräsident Habermann:

Fragen werden grundsätzlich nicht auf die Redezeiten angerechnet. - Bitte schön, Frau Dr. Schröder.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Wirtschaftsminister, ich habe eine Verständnisfrage. Sie sprechen immer von einer ersten mittelbaren Beteiligung, die jetzt ansteht, die jetzt geprüft werden soll. In der Anlage 2 zum Bericht der Landesregierung zu den Beteiligungen, den wir eben diskutiert haben, ist aber bereits eine mittelbare Beteiligung des Landes an Communicant über das IHP in Höhe von 50 000 Euro ausgewiesen. Sie haben dies heute Morgen auf meine Nachfrage hin jedoch ausdrücklich bestritten.

Vizepräsident Habermann:

Ich bitte Sie, eine Frage zu formulieren.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Deswegen frage ich jetzt noch einmal: Ist das Land über das IHP nun bereits mit 50 000 Euro an Communicant beteiligt oder nicht?

Minister Dr. Fürniß:

Ja, das ist es.

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, das Ziel bleibt, die Wirtschaftskraft in Brandenburg zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und in der Region Ostbrandenburg einen Leuchtturm zu errichten.

(Beifall bei CDU und SPD sowie vereinzelt bei der PDS)

Dies ist in vielfacher Hinsicht ein ungewöhnliches Projekt. Das gilt zum einen hinsichtlich der Partner. Dass arabische, amerikanische und deutsche Partner in dieser Zeit gemeinsam ein solches Projekt realisieren, gibt es sicherlich ganz selten.

Es ist zum anderen von der Technologie und der Marktsituation her ungewöhnlich, weil es ein Alleinstellungsmerkmal auf dem Weltmarkt hat.

Es ist auch deshalb ungewöhnlich, weil ein Start-up-Unternehmen ein solches Investitionsvolumen stemmen soll, was auch nicht leicht ist.

Das Finanzierungskonzept hat zugegebenermaßen eine starke öffentliche Komponente. Dies ist mir sehr wohl bewusst, aber es sind auch sehr große Chancen damit verbunden.

Im Business-Plan, den das Unternehmen der Europäischen Kommission vorgelegt hat, ist vorgesehen, die Darlehen, die mit der Bund-Länder-Bürgschaft abgesichert sind, in einem Zeitraum von vier Jahren vollständig zurückzuzahlen.

Es ist ein ungewöhnliches Projekt auch deswegen, weil es im Spannungsverhältnis zwischen Vertraulichkeit auf der einen Seite und öffentlichem Informationsinteresse auf der anderen Seite immer wieder ein schwieriges Projekt bleiben wird. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich diesbezüglich nicht immer jeden wie gewünscht zufrieden stellen konnte, aber am Ende, meine Damen und Herren, zählt der Erfolg. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Dr. Fűrniß und möchte die Fraktionen darauf hinweisen, dass der Minister seine Redezeit überzogen hat. Selbstverständlich gebe ich den Fraktionen den entsprechenden Bonus.

Das Wort geht an die Fraktion der SPD. Herr Abgeordneter Müller, bitte sehr.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Chipfabrik - wie weiter?" ist sicherlich eine spannende Frage, weil hier Politik und Wirtschaft in einem stärkeren Maße aufeinander prallen oder, um es anders zu formulieren, zusammenarbeiten müssen, als das üblicherweise der Fall ist. Wie weit muss, soll, darf sich ein Land eigentlich aus dem Fenster lehnen, um Wirtschaft zum Laufen zu bekommen? Das ist die Frage, die man sich hier stellen muss. Was können wir machen, was ist verantwortbar? Das ist sicherlich unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, wie die Gesamtsituation ist, welche Chancen wir derzeit haben mit-zuhelfen, Arbeitsplätze in Brandenburg auf den Weg zu bringen.

Wir wissen, dass landesweit eine Arbeitslosigkeit von 18 % zu verzeichnen ist. Wenn man sich die Regionen ansieht, ist es noch wesentlich schlimmer. Wir wissen, inwieweit wir es in der Vergangenheit geschafft haben, dort Unternehmen anzusiedeln, gerade auch in der Region Frankfurt (Oder). Das ist ein Thema, das uns seit vielen Jahren begleitet.

(Homeyer [CDU]: Allerdings!)

Also, die Frage ist: Wie weit kann man sich aus dem Fenster lehnen, wie weit darf man sich aus dem Fenster lehnen, wie weit dürfen wir uns engagieren?

Insofern ist die Frage, die Frau Osten aufgeworfen hat, ob die Landesregierung eine solide Arbeit abgeliefert hat, in diesem Gesamtkontext zu sehen. Wenn ich mir anschau, was die Lan-

desregierung seit einem Jahr macht, dann sage ich: Das ist völlig überdurchschnittlich; das ist nicht das, was normalerweise gemacht wird, wenn sich ein Unternehmen ansiedelt. Die Landesregierung hat sehr viel mehr zu vertreten gehabt, offensichtlich auch in den Verhandlungen, als die Politik bei der Ansiedlung von Arbeitsplätzen eigentlich zu leisten hat. Das Ganze wird jetzt in einer Weiterentwicklung deutlich, die ich vor zwei Monaten auch nicht erwartet habe, nämlich darin, dass wir uns als Land Brandenburg auf einmal über eine - wenn auch indirekte - Beteiligung in der Gesellschafterrolle wieder finden.

Aber zurück zu der Frage: Was können wir machen, was brauchen wir? Vorhin ist vom Minister bereits das Wechselverhältnis von Leuchttürmen auf der einen Seite - offensichtlich soll die Chipfabrik ein Leuchtturm sein - und den mittelständischen Ansiedlungen auf der anderen Seite angesprochen worden. Deswegen will ich einmal auf einige der Leuchttürme eingehen, um auch deutlich zu machen, dass das Argument "Leuchttürme dürfen wir uns nicht leisten" eigentlich völlig falsch ist.

Gerade was den Erhalt von industriellen Kernen angeht, haben wir, glaube ich, eine ganze Menge Erfolge zu verzeichnen. Auch in anderen Bundesländern wird es ähnlich gehandhabt. Deswegen will ich mit einem Beispiel beginnen, das mit der Chipfabrik vergleichbar ist: Infineon in Dresden. Dort wurde seit 1994 eine 200-Millimeter-Fertigung mit 1,5 Milliarden Euro aufgebaut. Es ist also eine vergleichbare Summe, die sich dahinter verbirgt. Der Stand im Jahr 2000 waren 2 800 Arbeitsplätze, die dort auf den Weg gebracht worden sind.

Das Ganze ist jetzt in eine neue Phase eingetreten. Seit dem Jahr 2000 wird eine Weiterentwicklung vorgenommen. Weitere 1 100 Arbeitsplätze sollen mit einer Investitionssumme von 1,1 Milliarden Euro auf den Weg gebracht werden. Was vielleicht auch noch interessant ist und was viele nicht wissen: Auch das Land Sachsen ist hier eine Beteiligung eingegangen. Das heißt, auch in Sachsen wurde der Weg einer Beteiligung gewählt, um Arbeitsplätze in das Land zu holen und damit einen Kristallisationskern zu erzeugen, über dessen Ausstrahlung erreicht wird, dass im Umfeld viele weitere Arbeitsplätze entstehen können.

Aber auch in Brandenburg gibt es natürlich diese Leuchttürme. Ich denke zum Beispiel an MTU mit 440 Arbeitsplätzen. Das Ziel ist, bis zum Jahr 2010 dort 1 000 Arbeitsplätze zu erreichen. Es gibt dort ein neues Entwicklungszentrum mit 70 Ingenieuren. Also auch der Bereich Forschung und Entwicklung hat dort einen wesentlichen Standort gefunden.

Bei DaimlerChrysler stehen 1 250 Arbeitsplätze in Rede; 1 Milliarde DM ist dort investiert worden. Wenn der Vaneo so funktioniert, wie wir das gemeinsam hoffen, werden dort, wie ich glaube, zukünftig 50 000 Fahrzeuge im Jahr gebaut werden. Das ist doch tatsächlich ein Erfolg für das Land Brandenburg, den wir erreichen konnten,

(Beifall des Abgeordneten Vogelsänger [SPD])

und zwar ohne große politische Diskussionen.

PCK Schwedt, der gesamte Standort Schwedt, auch mit der Papierindustrie, ist ein Beispiel dafür, wie es durch erhebliches Engagement der Landesregierung gelungen ist, industrielle

Kerne zu stabilisieren. Ich meine, auch das sollten wir nicht vergessen.

BASF Schwarzheide ist das nächste Beispiel. Dort konnte mit einer Investitionssumme von 2 Milliarden seit 1990 ein Potenzial mit 2 254 Mitarbeitern - im Übrigen sind 200 Azubis dabei - erhalten und weiterentwickelt werden. Das ist ein ganz moderner Standort geworden. Auch dort war das Land mit den Möglichkeiten, die die Landesregierung und das Wirtschaftsministerium haben, natürlich vertreten.

Nicht die Frage "Leuchtturm oder Mittelstand?" sollte hier diskutiert werden. Aber wir sollten die Diskussion zu der Frage führen: Wie weiter mit den Fördermitteln, die wir noch zur Verfügung haben? Ich denke insbesondere an die GA-Mittel. Diesbezüglich ist im Land der Eindruck entstanden, dass sich das Land Brandenburg nur noch um die Leuchttürme kümmert. Dieser Eindruck ist erst einmal falsch, er darf auch nicht so stehen bleiben; wir müssen ihm deutlich entgegenwirken. Er entsteht nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung aufgrund der Presseberichterstattung. Vielmehr stelle ich auch in den vielen Gesprächen, die ich führe, immer wieder fest, dass viele Unternehmen den Eindruck haben, sie würden langsam vergessen, weil sie zu klein seien. Das darf nicht sein, weil nämlich 90 bis 95 % der Unternehmen klein sind.

Insofern werden wir zukünftig auch darüber nachdenken müssen, was wir mit den GA-Mitteln, die zur Verfügung stehen, machen. Es kann und darf nicht passieren, dass wir, weil erfolgreich Großprojekte angesiedelt werden, kein Geld mehr für den Mittelstand haben. Wenn das zum Schluss herauskommt, haben wir etwas falsch gemacht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Deswegen werden wir im Land Brandenburg über Prioritäten nachdenken müssen. Für mich ist die Priorität relativ klar: Wir müssen die kleinen und mittleren Unternehmen so stark fördern, wie es verantwortbar und denkbar ist. Denn wenn es wirklich bezüglich der Großprojekte so erfolgreich läuft, wie wir es vielleicht gemeinsam hoffen, dann gibt es für uns eine Chance, dies außerhalb der GA zu realisieren, und zwar über § 9 des Haushaltsgesetzes. Dieser Paragraph steht seit Jahren in diesem Gesetz, ist aber nie angewandt worden. Für ein strukturbestimmendes Projekt - wir reden hier über strukturbestimmende Projekte - muss es damit möglich sein, eine Förderung auch außerhalb des GA-Rahmens zu realisieren. Das sollten wir wirklich prüfen; denn wir können es uns vermutlich auch nicht erlauben, dass im Land Brandenburg solche Leuchttürme nicht zustande kommen. Wir werden Wege finden müssen, auch diese strukturbestimmenden Projekte im Land Brandenburg zu ermöglichen.

Jetzt noch einmal zurück zur Chipfabrik. Was wird dort für uns außerhalb der jetzt geführten Diskussion wichtig sein? Wir werden eine Gleichbehandlung nach außen deutlich machen müssen. Wir müssen deutlich machen, dass auch ein solches Projekt gegenüber den anderen Projekten, die wir im Land haben, gleich behandelt wird. Denn ein bisschen besteht die Gefahr, einen Schneidereffekt zu bekommen nach dem Motto: Man muss nur groß genug sein, dann wird man auf Teufel komm raus unterstützt; wenn man kleiner ist, wird man nicht mehr wahrgenommen.

Dieser Eindruck darf nicht entstehen, deswegen Gleichbehandlung. Deswegen werden wir bestimmte Dinge, die wir bei anderen als Maßstab anlegen, auch in diesem Fall als Maßstab anzulegen haben, wenn es um die Entscheidung geht. Die Entscheidung steht noch nicht heute an. Jetzt ist ein Verhandlungsauftrag an die ILB vergeben worden. Aber die ILB wird mit einem Verhandlungsergebnis kommen und dann wird die Entscheidung darüber anstehen, wie man mit diesem Ergebnis umgeht. Dann wird zum Beispiel auch die Frage der Wahrscheinlichkeit der Abnahme der Produkte eine Rolle spielen müssen.

Darüber hinaus gibt es zwei Eckpunkte, die ich noch erwähnen möchte. Es muss natürlich für das IHP förderunschädlich sein. Das IHP muss mit seiner Struktur erhalten bleiben und darf nicht gefährdet werden. Wir müssen als Land auch sicher sein, dass wir nicht in Nachschussverpflichtungen geraten, denn diese könnten bei einer solch großen Investition im Prinzip sehr schnell nicht mehr handelbar sein. Wir müssen also klare Rahmenbedingungen haben, wie weit es geht. Weiter geht es dann nicht. Was wir jetzt möglich gemacht haben, ist schon außerordentlich weit gehend.

Insofern will ich in aller Deutlichkeit sagen, dass die SPD-Fraktion die vom Kabinett verabschiedeten Kriterien für eine Beteiligung insgesamt und ausdrücklich unterstützt. Wir halten sie für absolut notwendig und halten es für sachgerecht,

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

in den Verhandlungen seitens der ILB abzusichern, was an Forderungskatalogen formuliert worden ist. Wir kennen sie nicht alle, aber wir kennen die wesentlichen Eckpfeiler. Diese konnten Sie auch schon der Presse entnehmen. Offensichtlich kursieren diese Papiere auch ein Stück weit.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Dr. Enkelmann [PDS])

Aber ich glaube, es ist wichtig, dass auch die Landesregierung - und damit die ILB - weiß, dass die Politik hinter diesen Rahmenbedingungen steht, die mit den Kriterien aufgestellt worden sind.

So weit aus der Sicht der SPD-Fraktion das, was meinen Teil angeht. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Abgeordneten Müller. - Bevor ich Frau Hesselbarth für die Fraktion der DVU das Wort erteile, möchte ich wieder Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Gäste von der BBZ Wittenberge. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön, Frau Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihr Wort in Gottes Ohr, Herr Müller, aber es war bisher so: Man kann für das Land

lebensnotwendige Projekte auch totreden. Man kann sie so schlechtreden, dass zum Schluss nichts mehr von ihnen übrig bleibt. Diesen Vorwurf müssen Sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU und auch von der PDS, sich einfach gefallen lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Bartsch [CDU])

Manchmal ist Reden eben Silber und Schweigen Gold.

(Frau Osten [PDS]: Dann schweigen Sie doch! - Heiterkeit)

- Nein, das ist nicht in meinem Sinne, Frau Tack.

(Lachen bei der PDS)

Scheitert das Projekt, gibt es noch mehr enttäuschte Menschen und eine weitere Investruine.

Zunächst zur Koalition. Es war schon ein starkes Stück, was sich Herr Kollege Bischoff am Donnerstag letzter Woche im Finanzausschuss geleistet hat. Hier geben wir der PDS-Fraktion ausnahmsweise durchaus Recht.

(Zuruf von der PDS: Nein, bitte nicht!)

Obwohl Herr Minister Dr. Fürniß mit einem großen Stab seines Hauses zur Finanzausschusssitzung erschienen war, beantragte Herr Kollege Bischoff in seiner bekannten Aussitzer- und Abwieglamentalität im Namen der Koalitionsfraktionen die Absetzung des Berichtes von der Tagesordnung. Dies, meine Damen und Herren von SPD und CDU, war nicht nur ein Affront gegenüber den gewählten Abgeordneten dieses Parlaments, sondern auch äußerst kontraproduktiv im Hinblick auf das Projekt Chipfabrik.

(Zuruf von der SPD: Demokratisch abgestimmt!)

Noch kontraproduktiver war allerdings das von Ihnen, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, aufgeführte Theater hinsichtlich der beantragten Sondersitzung. Wir können nur froh sein, dass es keine Sondersendung gibt.

Im Übrigen stimmt auch die Darstellung Ihres Leib- und Magenblattes "Neues Deutschland" vom 01.03.2002

(Zuruf von der PDS)

mit der Behauptung, die Berichterstattung der Landesregierung zur Chipfabrik im Haushalts- und Finanzausschuss sei bereits sechsmal verschoben worden, hinten und vorne nicht. Der Minister berichtete während der vorletzten Ausschusssitzung am 31. Januar zu diesem Thema. Frau Osten hat dies eben bestätigt.

Wenn man sich also dieses ganze Gezerre um die Chipfabrik einschließlich der Verzögerungstaktik von Teilen der SPD-Fraktion im Hinblick auf die Umwandlung der Landesbürgerschaft von 38 Millionen Euro in eine Beteiligung des Landes an diesem Gesamtprojekt ansieht, könnte einem wirklich angst und bange werden.

Meine Damen und Herren, die Zeit drängt. Am 9. März sollen

die Verträge mit dem Hauptinvestor Dubai in Potsdam unterschrieben werden. Die Voraussetzungen hierfür kennen wir. Ein Verhandlungsauftrag an die ILB, wie er gestern erteilt wurde, reicht nicht aus; vielmehr muss das Geld endlich fließen.

Ist Ihnen, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, nicht geläufig, dass die anderen Anteilseigner ihre Anteile nur zeitgleich mit dem Land einzahlen werden? Wie lange wollen Sie eigentlich noch warten?

(Zuruf von der SPD: Das ist eine ganz neue Diskussion!)

Als Vertreterin der DVU-Fraktion fordere ich Sie, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und von den Koalitionsfraktionen, auf: Handeln Sie endlich, bevor die Privatinvestoren abspringen.

Der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft verlangte in einer Pressemitteilung vom 23.02.2002 eine klare und eindeutige Entscheidung für die Chipfabrik in Frankfurt (Oder). Sein Hauptgeschäftsführer Dieter Kapell erklärte wörtlich:

"Die ständigen Verschiebungen von Entscheidungen sind die Mitglieder leid. Die immer wieder zu vernehmenden Querschüsse sind Schläge in das Gesicht derjenigen, die noch Optimismus besitzen und eine Aufbruchstimmung in der Region Frankfurt (Oder) mit der Großinvestition erwarten. Wir verlangen jetzt Führungsstärke und Entscheidungskraft für Brandenburg und für die Chipfabrik."

Dem haben wir als DVU-Fraktion nichts hinzuzufügen. Also handeln Sie endlich. Lassen Sie vor allem die Träume der Brandenburger wahr werden, dass Arbeitsplätze entstehen. Aber passen Sie beim Wohnungsabriss auf, denn die Wohnungen für die Menschen werden wahrscheinlich noch gebraucht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU - Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hesselbarth. - Ich erteile Herrn Abgeordneten Bartsch für die Fraktion der CDU das Wort.

Bartsch (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Projekt Chipfabrik waren seit Anbeginn große Hoffnungen in ganz Brandenburg verbunden. Bei meinen vielen Gesprächen mit den Menschen, ob im Barnim, in der Prignitz, in der Uckermark oder in der Lausitz, habe ich den Eindruck gewonnen, dass all ihre Blicke hoffnungsvoll nach Frankfurt (Oder) gerichtet sind. Dieses Projekt ist der Leuchtturm, auf den in Frankfurt (Oder) seit Jahren so sehnsüchtig gewartet wird.

Ich kann mich an die Demonstrationen der Frankfurter hier vor dem Landtag noch genau erinnern, an die Hoffnungen und an die Versprechen. Ich kann mich noch an die Diskussion im Wirtschaftsausschuss erinnern. Hier sei nur das Stichwort Tong-Wei-Gruppe genannt. Dann gab es wieder bittere Enttäuschung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle stehen in der

Pflicht für die Frankfurter, diese Chance, die sich durch Minister Fürniß aufgetan hat, zu nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Minister Fürniß ist es gelungen, internationale Investoren für den Standort Frankfurt (Oder) zu gewinnen, Investoren wie Intel, die Weltklasse besitzen. Das Interesse, das bei der Veranstaltung in Frankfurt (Oder) bekundet wurde, hat uns gezeigt, dass der typische Brandenburger Pessimismus verfliegen ist,

(Vereinzelt Widerspruch bei der PDS)

dass sich eine Region im Aufbruch befindet. Ich freue mich daher über die Entscheidung, die gestern im Kabinett gefallen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie machen wir hier in Brandenburg unsere Hausaufgaben? Sagen wir "Herzlich willkommen"? Ebnen wir alle steinigten Wege? Sind wir ehrlich der Meinung, dass dieses Projekt ohne Risiken, ohne Probleme zu lösen ist?

Bei einer Werksbesichtigung bei BMW in München hat mich ein Spruch tief beeindruckt, der in der ersten Werkshalle in großen Lettern an der Wand stand:

"Wir sind nicht dafür da, über Ihre Probleme zu reden, sondern wir lösen Ihre Probleme."

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Hier wollen Weltkonzerne in Brandenburg in eine Spitzentechnologie investieren und wir reden ernsthaft darüber, ob diese Chance wirklich eine Chance ist. Da werden in der Presse Details aus Kabinettsitzungen durchgestochen, da wird hinter vorgehaltener Hand darüber spekuliert, ob dieses Projekt in den richtigen Händen liegt usw. Des Weiteren wird in der Presse und insbesondere beim ORB kaum positiv, sondern überwiegend negativ berichtet, ähnlich wie wir es auch schon bei der Bewerbung für die BMW-Ansiedlung erlebten. Da wurde nicht die Aufbruchstimmung in der Region eingefangen, sondern eine Hand voll Pessimisten kam zu Wort. "Wir brauchen keinen, der Brandenburg schlechtredet; das tun wir selbst." Unter diesem Motto findet die Außendarstellung Brandenburgs durch die Medien und durch uns selbst oftmals statt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es Fehlentwicklungen gibt, soll darüber berichtet werden. Das hebe ich deutlich hervor. Gerade wenn internationale Investoren so wie gegenwärtig auf Brandenburg schauen, kommt den Journalisten eine hervorgehobene Aufgabe zu. Es wäre doch eine echte Aufgabe, etwas positiver zu berichten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir in Brandenburg müssen lernen, uns besser zu verkaufen und unsere Chancen zu nutzen. Der Kreativabteilung des Wirtschaftsministeriums kommt dabei eine Schlüsselposition zu. Dies gilt es zu unterstützen. Kreativität ist ein Standortvorteil, der zukünftig stärker genutzt werden muss. Die Staatsregierung Sachsens hat uns

gezeigt, wie es geht. Nicht alle rechtlichen Auslegungen der sächsischen Regierung haben sich letztendlich bei der EU durchgesetzt; jedoch sind Arbeitsplätze entstanden und die Steuereinnahmen fließen.

Wir sollten es uns nicht zu Eigen machen, jedes Risiko bis zur letzten Sekunde abzuwägen und unzählige Gutachter zu beschäftigen und dadurch wertvolle Chancen ungenutzt zu lassen. Zeit ist ein entscheidender Faktor. Wer auf wirtschaftlichem Gebiet agiert, muss berücksichtigen: Entscheidungen werden immer trotz einer gewissen Unsicherheit getroffen. Es gibt keine absolute Sicherheit. Wer das nicht berücksichtigt, kann Zukunft nicht gestalten.

Gehen wir mit dem nötigen Selbstbewusstsein in die Verhandlungen. Lassen wir den Brandenburger Adler als Adler und nicht als Taube über Brandenburg kreisen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Bartsch und erteile Herrn Abgeordneten Christoffers für die Fraktion der PDS das Wort.

Christoffers (PDS):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Auf der Grundlage der bisherigen Beiträge hätte ich mich mit einer Positionierung dahin gehend schwer getan, dass die Chipfabrik für Frankfurt (Oder) und nicht nur für Frankfurt (Oder) eine ganz große Chance ist und unbedingt realisiert werden muss. Ich habe ein bisschen den Eindruck, dass man den Ernst der Situation möglicherweise verkennt. Es geht doch nicht darum, dass Adler über Brandenburg fliegen oder Ähnliches.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Vielmehr stellt sich die Frage, in welcher Situation wir uns befinden. Alle neuen Bundesländer sind in einer Umbruchsituation, wobei heute zu treffende Entscheidungen dafür ausschlaggebend sein werden, mit welcher wirtschaftlichen und sozialen Substanz wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren zu rechnen haben. Aufgrund dieser Situation findet in den neuen Bundesländern auch eine gesellschaftliche Evaluierung statt, und zwar nicht nur über Wahlen, nicht nur über Fachgremien, sondern auch über eine zunehmende Distanz der Bevölkerung zu dem Glauben, zu der Überzeugung, zu der Motivation, dass wir im Osten eine Chance haben.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sollte man auch die Bewertung von Chancen und Risiken des Projektes Chipfabrik verstehen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, dem Emirat Dubai dafür zu danken, dass es bei dem Projekt geblieben ist, obwohl die politische Informationssituation in Brandenburg nicht immer einfach war; diese Informationspolitik war nicht vertrauensfördernd. Letztlich hat dieses dauerhafte Engagement dazu geführt, dass jetzt eine Situation entstanden ist, in der über die Umsetzung realistisch entschieden werden kann. Dafür bedanke ich mich auch als Oppositionspolitiker.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Warum reden wir schon wieder von einem Leuchtturm? Ich kenne genügend Leuchttürme in Brandenburg. Die Verknüpfung von Politik und Wirtschaft konnte ich am Beispiel des Lausitzrings erleben. Ich hoffe, dass es möglich ist, den theoretischen Streit der 70er Jahre nicht zu wiederholen, als es um die Frage ging, ob wir eine nachfrage- oder eher eine angebotsorientierte Politik brauchen. Dieser Streit ist schon lange entschieden. Wir verkörpern auch nicht die ordnungspolitische Reinheit. Das können wir uns als neues Bundesland nicht leisten. Wir müssen mit den uns zur Verfügung stehenden Instrumenten ordnungs- und strukturpolitische Entscheidungen einleiten, die es uns gestatten, Potenziale zu entwickeln. Deshalb ist die Chipfabrik kein Leuchtturm.

Das Projekt in Frankfurt (Oder) unterscheidet sich in zwei wesentlichen Punkten vom Lausitzring oder ähnlich gelagerten Projekten. Zum einen geht es um die Entwicklung von Technologien. Ziel ist die Wertschöpfung aus einer Technologieforschung heraus. Auf diese Weise entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Zum anderen geht es darum, dass über die Chipfabrik regionalisierte Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wissenschaft und mittelständischen Unternehmen geschaffen werden. Mit diesem Projekt haben wir die Chance, internationale und regionale Entwicklungen gemeinsam zu realisieren. Dieser Aspekt unterscheidet das Projekt der Chipfabrik wesentlich vom Lausitzring und anderen so genannten Leuchttürmen. Deshalb sollte man mit einem solchen Begriff in diesem Zusammenhang vorsichtig umgehen, denn er impliziert eine Skepsis gegenüber Großprojekten, die in Brandenburg angebracht ist. Das hat die Vergangenheit gezeigt.

(Beifall bei der PDS)

Ich bin nicht dafür verantwortlich, welche Informationen die Landesregierung oder die sie tragenden Koalitionsparteien über ein Projekt des Landes haben. Als ich von der Kabinettsentscheidung und den eingebrachten Konditionen erfuhr, stellten sich mir sofort einige Fragen: Welche dieser Konditionen ist neu? Können Sie mir das erklären? Welche dieser Konditionen ist nicht schon seit Wochen und Monaten Gegenstand der Debatte? Fällt tatsächlich erst jetzt auf, dass bei einer Beteiligung möglicherweise vertraglich sichergestellt werden muss, dass keine Kapitalnachschusspflicht besteht bzw. eine Kapitalerhöhung nicht infrage kommt? Wenn das der Fall ist, dann wage ich die Ernsthaftigkeit der Diskussion im politischen Raum zu bezweifeln. Fällt erst jetzt auf, dass die gesellschaftsrechtliche Stellung des IHP eines der zentralen Probleme ist? Ich erinnere mich an die Sitzung der PDS-Fraktion in Frankfurt (Oder), als dies eines der Hauptthemen gewesen ist.

Ich habe mich nicht umsonst bereits im Juni letzten Jahres zu Wort gemeldet und gesagt, dass dieses Projekt aus dem laufenden Haushalt nicht zu finanzieren ist. Im Rahmen einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses haben wir auf einem Zettel die Projekte aufgeschrieben: Bonazi in Schwedt und Testring in Hennigsdorf. Es geht um Risiken, die sich aus der Entwicklung der LEG ergeben, sowie um Infrastrukturprojekte nicht nur in Potsdam. Es geht um die Entwicklung von Vorhaben im Bereich der Biotechnologie sowie um die vorhandenen Verpflichtungsermächtigungen. Unter dem Strich ergab sich eine Summe, die im Haushalt nicht eingestellt war.

Wenn sich tatsächlich erst heute im politischen Raum das Be-

wusstsein dafür auszubilden beginnt, dass man nicht das eine Projekt realisieren kann, ohne das andere zu gefährden, dann muss ich Ihnen entgegenhalten, dass Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben.

(Beifall bei der PDS)

Wenn es das Ziel ist, Ansätze zur Förderung des Mittelstandes in unserem Land umzusetzen, dann muss jedem klar sein, dass man Mittel, die sowohl für Großansiedlungen als auch im Bereich des Mittelstandes notwendig sind, nicht gegeneinander ausspielen kann. Deshalb erwarte ich vom Kabinett, dass eine klare Entscheidung gefällt wird. Wenn die Chipfabrik, bei der es nicht nur um eine indirekte Beteiligung geht, finanziert wird, dann muss auch sichergestellt werden, dass das Land Brandenburg in anderen Bereichen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik handlungsfähig bleibt. Dafür gibt es den Industrieansiedlungsparagrafen. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie in den Haushaltsberatungen zwei unserer diesbezüglichen Anträge abgelehnt haben. Ein Antrag verfolgte das Ziel, einen bestimmten Prozentsatz der GA-Mittel für den mittelständischen Ansatz sperren zu lassen. Der zweite Antrag zielte auf die Erweiterung des Industrieansiedlungsparagrafen auf begleitende Maßnahmen, die notwendig sind, um eine Industrieansiedlung zu realisieren. Dazu zählt - nebenbei bemerkt - auch die Ausbildung von Studenten.

Ich wiederhole die Frage: Welche dieser Problemstellungen ist neu? Ich hätte mir vor Wochen eine Entscheidung gewünscht. Sie lag auf der Hand und hätte darin bestehen müssen, der ILB einen Verhandlungsauftrag zu erteilen. Ich bin froh, dass die Entscheidung nun gefallen ist.

Ebenso begrüße ich es, dass es gelungen ist, die am Projekt beteiligten Partner bei der Stange zu halten. Zumindest in Europa gibt es kein Projekt, bei dem amerikanische, deutsche und arabische Interessengruppen zusammenarbeiten. Es hat dem Ansehen des Landes Brandenburg in der arabischen Welt nicht geschadet, dass wir versucht haben, die verschiedenen Interessengruppen zusammenzuführen mit dem Ziel, dieses Projekt ein Stück weit gemeinsam zu realisieren.

Bedeutet das alles, dass man die Risiken außer Acht lassen darf? Natürlich nicht! Natürlich gibt es ein Risiko. Bei einer indirekten Beteiligung in Höhe von 35 Millionen Euro kann der Fall eintreten, dass es schief geht. Die Situation auf dem Weltmarkt, zum Beispiel die im asiatischen Raum, kann nicht für einen Zeitraum von 20 Jahren prognostiziert werden. Das funktionierte nicht einmal in der zentral verwalteten Wirtschaft; dort wurde es "Plankorrektur" genannt.

Der Wirtschaftsminister wies schon darauf hin, dass Experten außerhalb der Politik und verschiedenste Institutionen Gutachten erstellt haben, die ein positives Urteil über die Machbarkeit und die Marktchancen implizieren. Zudem engagiert sich die Europäische Investitionsbank. Wer sich mit der Verfahrensweise dieser Bank beschäftigt, der weiß, dass sie vor der Absegnung eines Engagements eine eingehende Prüfung des Projektes in Größenordnungen vornimmt, von der wir im Land Brandenburg nur träumen können. Das sind Sicherheiten.

Die Risiken habe ich schon benannt. Jetzt ist eine Abwägung zu treffen. Sollen die Chancen wahrgenommen werden, ohne die

Risiken völlig außer Acht zu lassen, oder sollen wir das alles bleiben lassen? Bei diesem Projekt sollten wir die Chancen wahrnehmen.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf zwei Problemkreise aufmerksam machen. Bei diesem Vorhaben haben wir uns zeitweise so verhalten, als ob wir einen Dorfteich auf dem Dorfanger öffentlich versteigern. Wenn man zulässt, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, bei diesem Projekt handele es sich nur um das Vorhaben eines Hauses, dann hat man die Komplexität dieses Ansiedlungsbegehrens nicht verstanden.

(Beifall bei der PDS)

Entweder steht die Landesregierung als Ganzes hinter dem Projekt - und das auch öffentlich - oder es wird schwierig, so etwas im Rahmen von internationalen Verhandlungen durchzuhalten.

Die Informationspolitik kann nur als katastrophal bezeichnet werden. Ich entschied mich, mit meiner eindeutigen Stellungnahme zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit zu gehen, als in den Medien aus einem Protokoll vom November letzten Jahres eine Einschätzung veröffentlicht worden ist. Das war ein Zeitpunkt, zu dem die Verhandlungen mehr als schwierig waren und alles auf der Kippe stand. Wer so agiert, der handelt verantwortungslos. Einschätzungen, die ein halbes Jahr alt sind, haben mit der aktuellen Situation nichts zu tun. Wenn Kabinettsvorlagen an die Presse gehen, bevor das Kabinett sie zur Kenntnis genommen hat, dann beglückwünsche ich die Presse zu ihren Informationsquellen. Die Ernsthaftigkeit des Interesses an diesem Projekt wird damit jedoch nicht unter Beweis gestellt.

Wenn ständig Zweifel geäußert und auch noch fokussiert in die Öffentlichkeit getragen werden, dass beihilferechtliche Probleme nicht berücksichtigt würden, dann schadet das dem Projekt. Das ist doch ein normaler Sachverhalt. Man spricht mit der Europäischen Kommission und befindet sich in einem Pränotifizierungsverfahren. Es war bekannt, dass beihilferechtliche Probleme nicht ausgeräumt worden sind, aber beachtet werden, wenn ich von einem Pränotifizierungsverfahren zu einem Notifizierungsverfahren übergehe.

Meine Damen und Herren, ich hätte mir diese Entscheidung vier Wochen früher gewünscht. Sie ist erst jetzt getroffen worden. Ich hoffe sehr, dass die ILB auf der Grundlage vorhandener Ergebnisse schnell zur Vertragsausgestaltung kommen kann. Ich hoffe auf Chancen nicht nur für Frankfurt (Oder); denn mit diesem technologie- und strukturpolitischen Projekt ist auch eine für Ostdeutschland insgesamt sehr interessante Entwicklung verbunden. Wir sollten schnell zur Umsetzung kommen, um den erwähnten Vorsprung in technologischer wie in zeitlicher Hinsicht tatsächlich nutzen zu können. - In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Christoffers.

Damit eröffne ich die zweite Runde der Diskussion. Ich gebe Herrn Abgeordneten Bischoff von der Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön.

Bischoff (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Ralf Christoffers, schon an dem Beifall konnte man erkennen, dass die Rednerinnen und Redner aller Fraktionen ein Ziel eint: Die IHP-Spitzentechnologie made in Brandenburg soll hier in Frankfurt (Oder) und nicht irgendwo anders Arbeitsplätze im Technologiebereich schaffen. Nach öffentlichen Informationen liegen inzwischen 4 000 Bewerbungen auf dem Tisch. Voraussetzung für den Bau und für den Produktionsstart im III. Quartal 2003 in Frankfurt (Oder) ist allerdings der so genannte Financial Close. Das ist kein Zauberwort und kein Taschenspielertrick, sondern bedeutet das tatsächliche Absichern der Gesamtfinanzierung. Chancen für Technologiearbeitsplätze und Risiken für den Landeshaushalt liegen aber auch hier sehr dicht beieinander. Es gilt: Keine Chance ohne Risiko.

Seit 1960 beträgt das jährliche Wachstum auf dem Chipmarkt rund 16 %. Nur 30 % aller Chips, die in Europa verkauft und eingebaut werden, werden hier produziert. Warum eigentlich?

Abschließend ist anzumerken, dass die aktuelle Preisentwicklung das Projekt inzwischen um rund 200 Millionen US-Dollar billiger macht. Das Kabinett hat klare und sehr eindeutige Konditionen für den Verhandlungsauftrag an die ILB beschlossen, um einerseits bestehende Chancen zu nutzen und andererseits bestehende Risiken, die niemand verschweigen will, so gut es geht für den Landesetat einzugrenzen. Das ist kein Freifahrticket, sondern ein engmaschiges Sicherheitsnetz.

Im Hinblick auf die künftige GA-Förderung sage ich, dass das Land Brandenburg Prioritäten setzen muss. Eine zusätzliche Verschuldung - den Beiträgen meiner Vorredner habe ich nicht entnehmen können, was man sonst machen könnte - ist nicht der richtige Weg.

Der Weg für die Verhandlungen über die vollständige Absicherung der Gesamtfinanzierung ist geebnet. Vor vielen Jahren - in der Wendezeit - hat mir ein alter Gewerkschaftskollege einmal gesagt: Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat bereits verloren. Wir wünschen dem Vorhaben einen erfolgreichen Verlauf. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Bischoff. - Ich gebe das Wort an die Fraktion der PDS, Herrn Abgeordneten Vietze.

Vietze (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angekündigt war eine Berichterstattung des Ministers im Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Koalitionsabgeordnete verhindern diese Berichterstattung. Die PDS nutzt die Möglichkeit, dieses Thema, das sie für wichtig erachtet, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen. Welche Chance haben wir denn, dass eines unserer Themen auf die Tagesordnung kommt, wenn die Mehrheit wie im Ausschuss so auch im Parlament darüber entscheidet, worüber verhandelt wird und worüber nicht? Dies liegt im Ermessen der Mehrheit und die Minderheit hat dieses demokratische Recht der Mehrheit zu akzeptieren. An dieser Stelle äußere

re ich den Wunsch, dass Sie das demokratische Recht der Minderheit akzeptieren. Wir haben eine Sondersitzung beantragt. Daraufhin gab es einen Vorschlag des Präsidenten, für den ich ihm durchaus dankbar bin. Er besagte, dass dieses Thema im Laufe der 52. Sitzung zu einem Zeitpunkt, zu dem auch die Öffentlichkeit teilnehmen kann, und nicht am Schluss des heutigen Tages behandelt wird. Auf diese Weise ist es gelungen, dass ein Antrag von 21 Abgeordneten behandelt wird. Der Antrag ist zu begründen, die Regierung hat zu sprechen und eine Aussprache muss erfolgen. Insofern zeigt sich, dass die Überlegungen anderer, die das Wort "schlicht" häufig im Munde führen, manchmal zu schlicht sind. Ich habe mit Knallfröschen nichts am Hut. Man sollte viel souveräner mit einem solchen Thema umgehen;

(Beifall bei der PDS)

denn es ist viel zu gewichtig, als dass man es auf einem solchen Niveau erörtern sollte.

Ein Teil der Kollegen war gestern Abend auf der parteienübergreifenden Veranstaltung in Frankfurt (Oder). Das war wichtig, da dort alle erlebt haben, dass die Menschen dieser Stadt diese Chipfabrik wollen. Für die 17 000 Menschen, die diese Stadt bereits verlassen haben, kommt sie zu spät. Die Menschen, die heute dort leben, haben Erwartungen an die Politik. Niemand, der dort war, verweigert sich dem Standort Frankfurt mit seiner Geschichte und seinen gegenwärtigen Problemen. Jeder Fünfte dort ist arbeitslos. Stellen Sie sich einmal vor, welch eine komplizierte Situation wir hätten, wenn die 17 000 Menschen, die diese Stadt verlassen haben, dort auch noch lebten!

Nun gibt es eine Chance, die man nutzen sollte. Dafür bin ich sehr. Gleichwohl sage ich: Eine Chance zu nutzen bedeutet auch, die Konsequenzen sicherzustellen. Die Entscheidungen, die getroffen werden, dürfen nicht darauf hinauslaufen, dass nur Geld für die Bodenplatte, den Rohbau und die jetzt billiger werdende Ausstattung eingesetzt wird. Im Hinblick auf die dann entstehenden Arbeitsplätze muss es auch eine Garantie dafür geben, dass das, was dort produziert wird, auf dem Weltmarkt absatzfähig ist. Anderenfalls hätten wir zwar 1 500 Arbeitsplätze für 1,5 Milliarden Dollar geschaffen, anschließend erfolgte aber eine Betriebsbesetzung durch eine neue Belegschaft.

Vor diesem Hintergrund haben wir nach der Risikobewertung gefragt. Herr Fürniß, ich bitte Sie, einmal über Folgendes nachzudenken: Sie haben in der Beratung im April/Mai vergangenen Jahres darüber gesprochen, welchen großen Vorzug das Verfahren mit Communicant habe, weil dieses Unternehmen nicht einfach nur Chips herstelle, sondern für eine Veredelung Sorge. Damit stehe dieses Unternehmen nicht in Konkurrenz zu Infineon und anderen Unternehmen. Vielmehr würden diese auf dem Weltmarkt wirkenden Unternehmen Kunden und kaufen sich in die Produktion ein, indem sie Anteile zur Sicherung des Eigenkapitals erwürben. Zumindest waren im April des vergangenen Jahres schon 70 % verabredet und bis Juni sollten die weiteren 30 % übertragen werden. Danach gab es im Sommer, im Herbst und im Winter Erklärungen. Nun müssen wir die Frage stellen, welche Sicherheiten es für das Eigenkapital gibt.

Am 8. Februar brachten Sie in das Kabinett die entscheidende Prämisse ein, Communicant gehe davon aus, dass noch Eigenkapital in Höhe von 540 Millionen notwendig sei. Heute sagen

Sie, mit der indirekten Beteiligung in Höhe von 325 Millionen hätten wir es geschafft. Ich weiß nicht, ob sich eine Reduzierung der Investitionen von 1,5 Milliarden auf 1,3 Milliarden nur auf Eigenkapital als Einsparung auswirkt. Die Förderquote in der EU und die Bereitstellung von Bundesmitteln bemessen sich doch immer an der Gesamtinvestition.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Vietze, auch ich weiß das nicht. Aber ich weiß, dass Ihre Redezeit zu Ende ist.

(Zurufe von der CDU)

Vietze (PDS):

Ich würde gern einmal darüber reden - vielleicht auch mit Ihnen, Herr Homeyer -, dass die Regierung, die Finanzministerin oder der Wirtschaftsminister, die folgenden Fragen beantwortet: Erstens: Wie wird das Risiko bewertet? Zweitens: Wo ist das Finanzkonzept, das seit einem Jahr versprochen wird? Wie belastbar ist dieses Zahlenmaterial? Damit hätten wir auch eine Entscheidungsgrundlage für dieses Parlament.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Vietze, ich kann nicht zulassen, dass Sie die Redezeit so weit überziehen. Ich bitte Sie, nun wirklich zum Schluss zu kommen.

(Schippel [SPD]: Die Frage hat ja Ihr Parteichef schon beantwortet!)

Vietze (PDS):

Herr Schippel, ich gehe davon aus, dass die Beantwortung von Fragen keineswegs Aufgabe unseres wirtschaftspolitischen Sprechers ist. Herr Christoffers hatte hier immer eine konstruktive Haltung. Aber es wäre für dieses Parlament bedeutsamer, wenn sich die Regierung und die Mehrheitsfraktionen dazu erklärten. Dann erst bestünde die Chance, dass das im Lande umgesetzt wird. Wenn Herr Christoffers eine solche Anregung gegeben hat und Sie das unterstützen, dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie die Variante hier einbringen, der wir dann auch zustimmen können. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Vietze. - Das Wort geht jetzt an die Fraktion der CDU. Herr Abgeordneter Homeyer, bitte.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir behandeln heute das Thema "Investitionsvorhaben Chipfabrik Frankfurt (Oder)" deshalb, weil sich die PDS-Fraktion am vergangenen Donnerstag im Finanzausschuss nicht durchsetzen konnte mit der Forderung, dass die Landesregierung über den Stand der Investition Chipfabrik berichtet. Dass sie nicht berichtete, hatte einen einfachen Grund: Das Kabinett hatte noch

nicht entschieden. Das möchte ich in Erinnerung rufen. - Deshalb also wurde dieses Thema im Ausschuss für Haushalt und Finanzen völlig zu Recht von der Tagesordnung abgesetzt.

(Zurufe von der PDS)

So ist das gewesen.

Wir behandeln das jetzt - das ist legitim, das sieht die Geschäftsordnung vor und darüber haben wir uns geeinigt - nicht im Rahmen einer Sondersitzung des Landtags, sondern als ganz normalen Tagesordnungspunkt, Herr Kollege Vietze. Darüber debattieren wir jetzt. Jetzt haben wir auch etwas zu debattieren, weil das Kabinett gestern Abend entschieden hat, und zwar positiv, und weil wir der Überzeugung sind, dass wir mit dieser gestrigen Entscheidung mit dem Projekt "Chipfabrik Frankfurt (Oder)" ein Stück weiter gekommen sind.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Homeyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Homeyer (CDU):

Ja.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Vietze.

Vietze (PDS):

Herr Homeyer, können Sie mir darin zustimmen, dass im Ausschuss für Haushalt und Finanzen, in dem ich Mitglied bin, auf der Tagesordnung ein Bericht des Ministers stand, und zwar auf dessen Wunsch und nicht etwa zu der am gestrigen Tage getroffenen Entscheidung, ob die Landesinvestbank einen Auftrag zur Prüfung erhält, sondern zu dem Umgang mit der Chipfabrik, wozu es ein Schreiben der Ausschussvorsitzenden mit fünf Ihnen bekannten Sachverhalten gab, die auch Gegenstand des Antrags der 21 Abgeordneten sind, der jetzt zur Behandlung ansteht?

Homeyer (CDU):

Herr Kollege Vietze, das mag ja sein, aber entscheidend ist doch Folgendes: Es geht hierbei nicht um irgendein Infrastrukturprojekt, sondern um eines der wichtigsten Zukunftsprojekte für dieses Land, mit dem Hoffnungen in der Region und im ganzen Lande verbunden sind.

(Vietze [PDS]: Richtig!)

Sie werden mir sicherlich Recht geben, dass die Landesregierung im Falle einer entsprechenden Forderung vonseiten der Opposition nur dann ehrlicherweise einen Bericht geben kann, wenn sie in der Sache entschieden hat. Was macht es für einen Sinn, wenn die Landesregierung berichtet, obwohl sich das Kabinett noch nicht geeinigt hat? Deshalb war die Entscheidung, diesen Punkt in der letzten Woche von der Tagesordnung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen abzusetzen, völlig richtig. Wir diskutieren ja jetzt hier,

(Beifall bei CDU und SPD)

und zwar auf der Grundlage einer Kabinettsentscheidung. Nun können Sie selbstverständlich auch Ihre Fragen stellen. Ob diese Fragen sinnvoll sind oder nicht, ist dabei eine andere Frage.

Herr Vietze, ich will Ihnen gar nicht das Recht absprechen, eine Sondersitzung des Landtags zu beantragen - wir haben uns ja auch darauf geeinigt, dies im Rahmen der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung zu behandeln -, aber das Ganze muss auch Substanz haben. Ich kann verstehen, dass es der PDS nicht gefallen hat, dass sie im Anschluss an die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen die angekündigte Pressekonferenz nicht mehr abhalten konnte. Aber ich möchte noch einmal betonen, dass wir mit dem zur Diskussion stehenden Projekt seriös umgehen sollten.

(Zurufe von der PDS)

Dazu bedarf es Informationen und Entscheidungen. Diese liegen jetzt vor.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Homeyer, der Abgeordnete Hammer hat noch eine Zwischenfrage angemeldet. Wollen Sie auch diese beantworten?

Homeyer (CDU):

Ja.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Herr Hammer.

Hammer (PDS):

Herr Kollege Homeyer, stimmen Sie mir zu, dass es einen Zusammenhang geben könnte zwischen den Aktivitäten der Frankfurterinnen und Frankfurter einerseits und der gestrigen Entscheidung andererseits? Mit anderen Worten: Haben die Frankfurterinnen und Frankfurter Entscheidungshilfe geleistet?

Homeyer (CDU):

Die gestrige Entscheidung der Landesregierung für die Chipfabrik stand an, und zwar nicht nur deshalb, weil Frankfurterinnen und Frankfurter dafür geworben haben, wobei dies in der Region auch andere getan haben. Es ist ja gut gewesen, dass wir uns alle um eine Entscheidung bemüht haben. Deshalb kann ich Ihnen nicht absprechen, dass das in der Tat so ist.

Ich möchte Ihnen noch einmal Folgendes deutlich machen: Wir alle sind davon ausgegangen, dass dieses Projekt schneller über die Bühne geht. Vielleicht hatten wir auch alle ein Stück weit Illusionen dahin gehend gehabt, dass ein solches Zukunftsprojekt etwas schneller zu realisieren sein würde. Aber, meine Damen und Herren - daran möchte ich erinnern -, hierbei handelt es sich nicht um irgendein Zukunftsprojekt, sondern um ein solches, das von großer Bedeutung nicht nur für Brandenburg, sondern für alle neuen Bundesländer ist.

Was wir mit dieser Infrastrukturmaßnahme tun, ist von so herausgehobener Bedeutung, dass es seinesgleichen in Deutsch-

land und auch in Europa sucht. Deshalb bin ich der Meinung, dass auch Geduld und Professionalität im Umgang mit Informationen angezeigt sind. Wer hat denn vor dem 11. September gewusst, dass ein solcher Terroranschlag verübt werden würde? Wer hat denn gewusst, dass das dazu führt, dass die Märkte für lange Zeit zusammenbrechen? Das hat doch nichts damit zu tun, dass die Landesregierung hier nicht professionell gearbeitet hätte; vielmehr spiegelt sich hier ein globaler Trend wider, der sicherheitspolitisch begründet ist.

(Zurufe von der PDS)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und auch die Koalitionsfraktionen wissen, dass es sich bei diesem Projekt um weit mehr als um eine Großinvestition handelt. Dieses ursprünglich auf 3,1 Milliarden DM kalkulierte Projekt wird wesentliche Struktureffekte auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Brandenburg, vor allem aber auch in der Region Ostbrandenburg insgesamt haben. Bei voller Auslastung der Fabrik werden 1 500 Menschen Arbeit finden. Diese Arbeitsplätze werden wettbewerbsfähig sein. Genau solche Arbeitsplätze benötigt die Region dringend, ganz abgesehen davon, welches Beschäftigungspotenzial durch indirekt geschaffene Arbeitsplätze noch entstehen wird.

Meine Damen und Herren - das darf ich als Abgeordneter dieser Region sagen -, die Menschen setzen große Hoffnungen in diese Investition, und zwar zu Recht. Die Aufregungen, die in den Medien zeitweise Niederschlag fanden, in denen es hieß, dass sich die Menschen zu wenig in die Verhandlungen einbezogen gefunden hätten, wobei Frau Dr. Schröder durch öffentliche Äußerungen sowie durch Anfragen das Projekt insgesamt in Abrede gestellt hat, finden in der Region nur wenig Widerhall.

(Beifall bei der CDU)

In der Region erwartet man zu Recht, dass sich die Landesregierung für dieses Projekt entsprechend einsetzt, und das tut unsere Landesregierung auch. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Region erwartet auch von ihren Parlamentariern Unterstützung. Diese Unterstützung werden wir geben, und zwar mit oder ohne Teile der PDS-Fraktion. Wenn Sie in der Region einmal Gespräche führen, dann werden Sie feststellen, welche Hoffnungen es dort gibt.

(Zurufe von der PDS)

Der Pessimismus, der zum Teil in der Medienberichterstattung anzutreffen ist, spiegelt sich nicht in dieser Stimmung wider. Die hohe Arbeitslosigkeit in der Region muss nachhaltig bekämpft werden. Die Menschen wissen, dass die Chipfabrik ein wesentlicher Baustein für eine positive Entwicklung sein kann und wird.

Meine Damen und Herren, wir werden in den Klagechor nicht einstimmen, sondern uns gemeinsam mit der Landesregierung für das Projekt Chipfabrik weiterhin einsetzen, damit es zu einem Erfolg wird. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Homeyer. - Wir sind damit am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 7. Ich kann feststellen, dass Sie die Berichterstattung der Landesregierung zur Kenntnis genommen haben, und schließe den Tagesordnungspunkt 7.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Entwicklungstendenzen bei der Umsetzung des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg im kommunalen Raum - lokale Netzwerke und Initiativen

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 3/3779

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung. Herr Minister Reiche hat das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Seit dem Kabinettsbeschluss vom Juni 1998 - das war vor fast vier Jahren - hat es zwei Zwischenberichte zur Umsetzung des Handlungskonzepts der Landesregierung "Gegen Gewalt, Rechts extremismus und Fremdenfeindlichkeit - für ein Tolerantes Brandenburg" gegeben, und zwar den ersten im Sommer 1999 und den zweiten im Sommer 2001. Auch zukünftig wird es jedes Jahr im Juni einen solchen umfassenden Bericht aller Ressorts der Landesregierung über ihre jeweiligen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Handlungskonzept geben.

Der Landtagsbeschluss vom September 2000 sieht eine halbjährliche Befassung mit dem Thema "Toleranz in Brandenburg" vor. Deshalb wird zusätzlich jährlich im Dezember ein Bericht zu einem ausgewählten Thema, das bei der Umsetzung des Handlungskonzepts wichtig ist, vorgelegt werden. Der Ihnen heute vorliegende dritte Bericht der Landesregierung ist der erste, der sich speziell nur mit einem einzigen Thema beschäftigt, nämlich mit den lokalen Netzwerken und den verschiedenen Initiativen.

Ich bin froh, Ihnen sagen zu können, dass die Studie von Herrn Dr. Sturzbecher von der Universität Potsdam eindrücklich belegt hat, dass sich unser gemeinsames Engagement mit der Gesellschaft, mit den Verantwortlichen in den Kommunen vor Ort lohnt und dass es auch erste Erfolge zeigt. Wenn die Zahl derjenigen, die rechtsextreme Äußerungen ganz konsequent ablehnen, von 45 % auf mittlerweile weit über 55 % gestiegen ist, ist das ein Ausdruck dafür, dass sich die Haltung und die Konsequenz der Menschen, die bereit sind, dort, wo sie stehen und leben, etwas dagegen zu tun, entsprechend verändert hat. Dies ist ein Ausdruck des gemeinsamen Erfolges der Anstrengungen aller im Rahmen des Handlungskonzeptes "Tolerantes Brandenburg".

Das Handlungskonzept von 1998 sieht als vordringliche Aufgabe vor, dass eine moderne Zivilgesellschaft insbesondere lokale demokratische Strukturen und eine entsprechende kommunale Öffentlichkeit benötigt. Die Landesregierung, so ist

damals gesagt worden, wird die Entwicklung dieser Strukturen weiterhin unterstützen und begleiten. In besonderer Weise hervorgerufen hat sich damals unser Justizminister Hans Otto Brüutigam, der gerade zu diesem Tagesordnungspunkt wieder einmal dieses Hohe Haus besucht.

Es war auch darauf hingewiesen worden, dass Gesetze und staatliches Handeln allein nicht ausreichen, Orientierungen und Erscheinungen zu begegnen, die einer demokratischen Gesellschaft schaden. In der gegenwärtigen Phase der Umsetzung des Handlungskonzeptes soll nun die Frage gestellt werden, wie weit es bisher gelungen ist, im kommunalen Bereich, also vor Ort, wo die Menschen leben, eine breitere Aktivierung der Zivilgesellschaft zu erreichen.

Wir wollten mit diesem Bericht einen ersten Überblick darüber geben, welches Engagement es vor Ort gibt. Ich bin dem Präsidenten des Landtages Brandenburg und auch seinem Stellvertreter, Herrn Kollegen Habermann, außerordentlich dankbar dafür, dass sie es geschafft haben, gerade auch zu diesem Zwischenbericht die mehr als 40 verschiedenen kommunalen Initiativen in einer breiten und eindrucklichen Ausstellung hier im Landtag vorzustellen. Die Eröffnung der Ausstellung, Herr Präsident, war ein gutes Zeugnis dafür, dass es uns in den letzten Jahren gelungen ist, mit den Kommunen vor Ort wirklich einen Aufbruch zu organisieren.

Für diesen Bericht sind nun lokale Netzwerke und Initiativen ausgewählt worden, die eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit spielen und - so war unsere Voraussetzung - die länger Bestand haben werden. Für die Auswahl war entscheidend, ob sich die Initiativen bzw. die Netzwerke gegen gewalttätige, rechtsextreme und fremdenfeindliche Tendenzen einsetzen, ob sie breitere Teile der Bevölkerung auch wirklich einzubeziehen vermögen, ob sie ihre Mitglieder und die lokale Öffentlichkeit informieren und aktivieren, ob sie fortbilden, ob sie beraten und unterstützen und - auch das war uns wichtig - ob sie die Öffentlichkeitsarbeit zu diesen Fragen zu ihrem eigenen Thema machen.

Der Ihnen vorliegende Bericht zeigt, dass die Botschaft des Handlungskonzeptes in der Gesellschaft vor Ort, in den Orten unseres Landes, angekommen ist. Es gibt heute mehr regionale und örtliche Initiativen und Netzwerke. Das ist ein Hinweis darauf, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als Bedrohung des demokratischen Gemeinwesens ernst genommen werden und sich zunehmend gesellschaftliche Gegenwehr formiert.

Besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die breite Beteiligung ganz unterschiedlicher Ebenen der Gesellschaft: Kommunalpolitiker, Verwaltung, Polizei, Kirchen, Gewerkschaften und Jugendeinrichtungen, aber auch und vor allem immer wieder die Schulen und die Hochschulen. Es gibt eine gute und stabile Zusammenarbeit insbesondere mit der Justiz, mit den Verbänden, den Vereinen, den freien Trägern, den mobilen Beratungsteams, der Ausländerbeauftragten und den Ausländerbeauftragten vor Ort, aber auch mit dem Beratungsnetzwerk gegen Gewalt an Schulen und vor allem mit den Regionalen Arbeitsstellen für Ausländer, die RAAs, die in diesem Jahr mit ihren zehn Stellen das zehnjährige Jubiläum feiern. Wir werden es im Mai dieses Jahres entsprechend würdig begehen.

Auch das Staatsorchester des Landes Brandenburg beteiligt sich an der Plattform gegen Rechts und die örtliche Wirtschaft leistet zunehmend dem Beispiel von EKO Folge. Die Vertreter der Rathenower Wirtschaft, die VEAG in Peitz und Betriebe in Frankfurt (Oder) begeben sich mit hinein in diese kommunalen Netzwerke.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Zahl der Kommunalpolitiker, die die lokalen Netzwerke unterstützt, wird größer. Auch die Zahl der Kommunalpolitiker, die sich selbst an die Spitze von Netzwerken stellen, wird größer. Gewerkschaften, Parteien, die Polizei oder der Sport bringen sich in diese lokalen Initiativen ein.

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle auch mit Dankbarkeit die Rolle der evangelischen Kirche; denn sie ist durch die Mitarbeiter vor Ort Organisator einer beachtlichen Zahl von Initiativen, die sich seit den 80er Jahren bzw. in den letzten Monaten zusammengefunden haben.

Neben den zahlreichen lokalen Initiativen und Netzwerken ist auch - darüber bin ich froh - ein beachtliches Netzwerk von Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt entstanden. Ich habe vor mehreren Monaten in einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten angeregt, dass wir die Bürgermeister vor Ort bitten, solche Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in ihren Kommunen zu benennen. Seit dem daraufhin ergangenen gemeinsamen Schreiben des Ministerpräsidenten, des Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes, des Aktionsbündnisses und des Landespräventionsrates, des Landkreistages und des Innenministers an die Bürgermeister und Amtsdirektoren gibt es mittlerweile 150 benannte Koordinatoren, die sich im örtlichen und im regionalen Bereich für die Vernetzung der Bemühungen für ein tolerantes Brandenburg einsetzen. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Auseinandersetzungen mit Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, Fragen der Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen und die Zusammenarbeit mit den örtlichen Gremien der Kriminalitätsprävention.

Das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" mit seinen einzelnen Bestandteilen hat sich also als eine wichtige Grundlage für die kommunalen Aktivitäten gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bewährt. Es liefert den Kräften vor Ort nicht nur den politischen Hintergrund, sondern hat mit der Einrichtung von Beratungs- und Unterstützungssystemen auch Kapazitäten geschaffen, die von den Kommunen genutzt werden, wie das "Mobile Beratungssystem Tolerantes Brandenburg" und das Beratungsnetzwerk gegen Gewalt an Schulen. Auch das Aktionsbündnis hat von Anfang an die Bemühungen gefördert, wo nötig gebündelt, und eine Mobilisierung der demokratischen Öffentlichkeit unterstützt. Seit Gründung des Landespräventionsrates gibt es in Brandenburg nun noch eine weitere Kraft, die sich in ihrer Form wirksam für Prävention einsetzt.

Im kommunalen Raum gilt, was für das Handlungskonzept insgesamt zu sagen ist: Veränderung von Überzeugungen muss ein langfristiger Arbeitsschwerpunkt aller Verantwortungsträger und aller Initiativen sein. Kurzfristige, quantitativ messbare oder ein für allemal festschreibbare Erfolge wird es nicht geben; denn unser Ziel ist ja, dass etwas nicht mehr stattfindet. Etwas, was nicht mehr stattfindet, weil wir uns gemeinsam engagiert

haben, zu messen, ist natürlich - Sie sehen das sofort - kaum möglich.

Aber dass die Zahl solcher fremdenfeindlichen Taten, solcher fremdenfeindlichen Äußerungen zum Glück an manchen Stellen stagniert, an vielen Stellen zurückgeht, das ist, denke ich, ein guter Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit. Deshalb werden die Konzepte gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, für Weltoffenheit und Toleranz im kommunalen Raum weiter der Schwerpunkt bei der Umsetzung des Handlungskonzepts bleiben.

Für die nächste Zeit möchte ich anregen, dass noch mehr kommunale Verantwortungsträger die Initiative ergreifen und sich ganz persönlich dafür einsetzen, dass in ihrer Region, in ihrem Ort der Einsatz gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Allgemeingut wird, dass sich jeder einbringt, dass an keiner Stelle des Landes Brandenburg der Artikel 1 des Grundgesetzes missachtet wird.

Mir scheint auch, dass es im Bereich der Wirtschaft noch Reserven dafür gibt, sich mit spezifischen Maßnahmen in das Engagement für Toleranz und Weltoffenheit vor Ort einzubringen. Ich habe die Hoffnung, dass dieser erste Überblick zu lokalen Initiativen und Netzwerken mit der Vielfalt ganz verschiedener Herangehensweisen die bestärkt, die schon in Initiativen mitarbeiten, denen Mut macht, die in einer Region leben, in der es noch keine solche selbstverständlichen Aktivitäten für die Verbesserung des sozialen Klimas in Brandenburg gibt, und vielleicht auch denen in der Wirtschaft Mut macht, die bisher an dieser Stelle noch gezögert haben, sich ganz deutlich und sichtbar auch in die regionalen, die kommunalen Aktivitäten vor Ort einzubringen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich empfehle diesen Bericht nicht nur Ihrer intensiven Lektüre, sondern bitte Sie auch, sich wie bisher so auch in Zukunft vor Ort in Ihren Wahlkreisen mit einzubringen, damit das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" an allen Stellen in unserem Land umgesetzt wird und dass es Gegenstand aller unserer Bemühungen bleibt. Vielen Dank für Ihr bisheriges Engagement.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die PDS-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Kaiser-Nicht.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Bericht der Landesregierung zu Entwicklungstendenzen bei der Umsetzung des Handlungskonzepts "Tolerantes Brandenburg" in den Kommunen stellen wir Öffentlichkeit zu diesem Thema her und - das ist sicherlich Konsens in den drei großen Fraktionen des Hauses - bringen unsere Akzeptanz und unseren Respekt für die umfangreich geleistete haupt- und ehrenamtliche Arbeit zum Ausdruck. Die Zivilcourage und das ideenreiche Engagement der Aktivistinnen und Aktivisten in den Netzwerken und den Aktionsbündnissen vor Ort ermutigen; sie sind das lebendige tolerante Brandenburg.

(Gelächter bei der DVU)

Wenn es uns im Landtag gelingt, anhand der vorliegenden Bilanz und der Schlussfolgerungen die Debatte zu notwendigen und angemessenen politischen Rahmenbedingungen weiter zu führen, erkennen wir die Verantwortung des Landes an und unterstützen so auch die Aktivitäten in den Kommunen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Alle Gelegenheiten, sich im Plenum des Landtages mit diesem Thema zu befassen, sind insofern zu begrüßen. Wir unterstreichen: Rassismus, Ausgrenzung, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt werden im Land Brandenburg nicht geduldet, sondern konsequent verfolgt und aufgeklärt.

(Beifall bei der PDS)

Ausländerfeindliche Ressentiments, rassistische Auffassungen an Stammtischen oder in Nadelstreifen haben nur eine Chance, wo Aufklärung keine Chance bekommt. Nicht zuletzt deshalb sind präventive Maßnahmen unverändert notwendig, brauchen wir Qualifikation, Vernetzung und materielle wie personelle Absicherung genauso wie die Strafverfolgung. Das wird nicht zuletzt durch die kürzlich bekannt gemachten Zahlen zur Extremismusbekämpfung unterstrichen, die der Innenminister mit der Bilanz für das vergangene Jahr näher aufgezeigt hat. Es ist bekannt, dass eine Vergleichbarkeit dieser Statistik mit der des Vorjahres aufgrund der veränderten Zählweise nur schwer möglich ist.

Ich habe einerseits die Bewertung des Innenministers zur Kenntnis genommen, dass die politisch motivierte Gewaltkriminalität zahlenmäßig auf dem Niveau des Vorjahres geblieben ist. Andererseits wurde durch ihn aus einem Abwärtstrend in der zweiten Hälfte vergangenen Jahres eine positive Entwicklung abgeleitet. Bei aller verständlichen Erleichterung darüber, dass die Zahl der Gewaltdelikte nicht mehr zunimmt, lassen Sie uns bitte die Betonung auf den ersten Teil der Einschätzung legen, der da besagt: Es gibt keinen Grund zur Entwarnung. 86 rechtsextremistische Gewaltdelikte, von denen 77 gegen Personen gerichtet und 49 fremdenfeindlich waren, geben nach wie vor Anlass zu größter Sorge. Ich warne auch davor, die so genannten Propagandadelikte, die selbstverständlich immer im konkreten Zusammenhang mit dem Hergang und den Umständen der Tat gesehen werden müssen, zu relativieren.

Umso wichtiger ist es eben, die Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nur auf Polizei und Justiz zu konzentrieren, sondern ein möglichst fundiertes, breit angelegtes Vorgehen zu sichern, wo Menschen im Alltag miteinander leben. Hierauf zielt ja das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg".

Die Landesregierung bewertet ihren Bericht zu den kommunalen Aktivitäten als eine Information und begründet das mit der Eigenständigkeit kommunaler Selbstverwaltung. Damit wird natürlich die Frage aufgeworfen, inwieweit das Land Motor einer aktuellen Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sein kann und sein will, ohne in kommunale Selbstverwaltung einzugreifen.

Ich halte ein Betonen von Schwellen und Grenzen hier nicht für angebracht. Aus eigener Erfahrung im Netzwerk Märkisch-Oderland sowie in Strausberg - beide sind ja Bestandteil des

Berichts - lässt sich sagen, dass die Kommunen dankbar sind für jede Unterstützung des Landes - auch auf diesem Gebiet.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, "Tolerantes Brandenburg" ist ein Landesprogramm, mit dem Brandenburg wichtige Akzente im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit setzt.

(Fortwährende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Aufgabe des Landes ist es dabei vor allem, kommunale Initiativen zu koordinieren und den Erfahrungsaustausch möglichst intensiv zu gestalten, um das Programm auf immer breitere Grundlagen zu stellen.

Der Bericht zeigt, dass sich seit 1998 hier eine beachtliche Entwicklung vollzogen hat. Was sich hier sowohl durch bürgerschaftliches Engagement als auch durch Initiative von kommunalen Verwaltungen und Vertretungen entwickelt hat, ist in der Breite und Vielfalt beeindruckend. Es handelt sich im Bericht jedoch leider nur um eine Aneinanderreihung von kommunalen Aktivitäten, vor allem unter quantitativen Gesichtspunkten. Hier fehlen meiner Fraktion die stärkere Wertung und die inhaltliche Verknüpfung. Erst dadurch würde sichtbar, ob und wie sich die Netzwerke und Aktionsbündnisse stabil entwickeln und wo es sich vielleicht doch eher um ein formales Vorgehen handelt. Ansätze für solch formales Vorgehen, mit dem man vielleicht einfach nur einer Verordnung folgt oder ein Rundschreiben abhakt, können mitunter vermutet werden.

Ich bin zum Beispiel der Auffassung, dass interne Ziele wenig bringen, sondern viel Öffentlichkeit hergestellt werden muss, Multiplikatoren zusammengeführt und regelmäßig unterstützt werden müssen. Dabei bleibt noch vieles zu tun. Das ist eine Aufgabe für die Verantwortungsträger in den Kommunen - da schließe ich die Kommunalvertreter und die Gliederungen meiner Partei ausdrücklich mit ein -, aber es ist eben auch eine Aufgabe der Landesregierung.

In diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage, wie die Aktivitäten der Landesregierung bei der Bekämpfung von Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit koordiniert werden. Wie wird das Zusammenspiel des Aktionsbündnisses mit dem Landespräventionsrat herbeigeführt? Wie ist der Stand der Überlegungen um die Einsetzung einer Extremismusbeauftragten der Landesregierung, die genau diese Koordinierungsfunktion wahrnehmen könnte? Unser Unverständnis angesichts der unschönen Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU um die Schaffung und Besetzung einer solchen Stelle wird Ihnen nicht entgangen sein. Sie sind doch inzwischen sicherlich auch zu der Auffassung gekommen, dass diese Diskussion, die sich mit der Person der Polizeipräsidentin von Eberswalde verband, dem Anspruch der zu bewältigenden Aufgabe nicht gerecht wurde.

(Beifall bei der PDS)

Eifersüchteleien zwischen dem CDU-besetzten Innenministerium und dem Bildungsministerium waren dabei nicht zu übersehen, sind doch aber hier mehr als unangebracht.

Meine Damen und Herren, aus dem Bericht geht hervor, dass es eine unterschiedliche Verbreitung von Initiativen in den einzelnen Kreisen gibt. So sind es in Spree-Neiße vier, während es

in Potsdam-Mittelmark nur ein auf die Kreisstadt begrenztes Forum gibt. Es werden elf Kreise und drei kreisfreie Städte aufgeführt. Das bedeutet wohl, dass die anderen drei Kreise und eine kreisfreie Stadt keine entsprechenden Meldungen abgegeben haben, also wahrscheinlich auch keine solchen Initiativen vorzuweisen haben.

Ansatzweise wird im Bericht deutlich, dass die lokalen Gremien auf unterschiedlichem Niveau arbeiten. Wichtig ist der Hinweis, dass sich die Arbeitsweise der Initiativen stärker auf Kontinuität ausrichten sollte.

Ich kann die Erfahrung bestätigen, dass Enthusiasmus und hoher Kraftaufwand einzelner Aktivisten mit einem starken Verschleiß verbunden sind, der die Stabilität solcher Initiativen infrage stellt. Dieser Einsatz ist gar nicht hoch genug zu würdigen. Aber ich unterstütze ausdrücklich die Schlussfolgerung der Landesregierung, dass dauerhafte Arbeits- und Strukturformen gefunden werden müssen, wenn wir den notwendigen langen Atem auf diesem Gebiet entwickeln wollen.

Mit der Einsetzung der Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt verbindet sich die Erwartung, dass die Kräfte besser konzentriert und neue Initiativen stimuliert werden. Wenn es gegenwärtig 150 solcher Koordinatorinnen und Koordinatoren im Land gibt, ist dies ein ermutigendes Zeichen. Allerdings ist das Herangehen sehr differenziert. Ich meine, dass die Wirksamkeit eines solchen Koordinators wesentlich von seinen Einflussmöglichkeiten abhängt. Es ist schon ein erheblicher Unterschied, ob eine ABM-Kraft mit einer solchen Verantwortung betraut wird oder ob der Bürgermeister diese Aufgabe wahrnimmt.

Vielleicht trage ich Eulen nach Athen, wenn ich an ein kontraproduktives Beispiel erinnere. In einer Stadt meines Heimatkreises wurde eine anerkannte junge Sozialarbeiterin als Koordinatorin gegen Rechtsextremismus einstimmig benannt und kurz danach fiel ihre SAM-Stelle aufgrund der damals ergangenen Kürzungen der Landeszuschüsse im Jugendbereich weg. Hier wird die Crux deutlich.

Die PDS-Fraktion unterstützt die Absicht der Landesregierung, die vorhandenen Strukturen mit regionalem Bezug weiter zu vernetzen. Das ist sicherlich der richtige Weg, der zu ihrer Stabilisierung und Erweiterung beiträgt.

Es wäre interessant zu erfahren, welches Ergebnis die Folgeveranstaltungen der Regionalkonferenzen hatten, die im Herbst 2001 stattfinden sollten. Der Bericht trifft dazu ja noch keine Aussage.

Ich gehe davon aus, dass alle Initiativen im Land, die dem Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" vor Ort das Gesicht geben, diesen Bericht erhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Redepenning.

Frau Redepening (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste! Bereits der zweite Bericht zum Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" verweist darauf, dass sich der nunmehr dritte Bericht speziell den Entwicklungen auf der örtlichen Ebene widmen wird, um aufzuzeigen, wie die Mittel des Landes beim Bürger ankommen und ihn herausfordern, etwas für die Toleranz im Land zu tun. Jedem, der diesen Bericht liest, wird auf jeden Fall klar, dass das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" mit dem Vorzeigen-Nachmachen-Effekt greift.

Zum Ausgangspunkt für die Gründung lokaler Netzwerke wurden in allen Landkreisen Übergriffe von Rechtsextremisten, Angriffe auf Ausländer, Pöbeleien, Ankündigungen von Aufmärschen der NPD oder ähnliche Vorfälle. Meist fanden sich spontan Bürger zusammen, die etwas gegen diese Intoleranz tun wollten. Begleitet wurde dieser Prozess bereits durch das Handlungskonzept der Landesregierung.

Die meisten Initiativen gründeten sich dann um die Jahrtausendwende. So kamen allein im Kreis Barnim spontan 60 Leute zusammen. Es gründeten sich kleine Arbeitsgruppen, einen Vereinsstatus lehnte man aber ab. Diese Gruppe möchte immer für alle offen sein und wenn von den 60 Bürgern 20 Bürger aktiv als Kerngruppe arbeiten, so ist dies ein beachtlicher Erfolg. Das Interessanteste an diesem Beispiel Barnim, was auch für die meisten anderen Gemeinden gilt, ist jedoch der Mitnahmeeffekt, wodurch Netzwerke gegründet wurden. Das ist das, was wir mit dem Handlungskonzept erreichen wollten.

So schloss sich im Landkreis Barnim die Fachschule mit den Schulen, den Parteien, den lokalen Initiativen - eine wurde bereits genannt -, dem Gewerkschaftsbund, dem Kirchenkreis und dem DRK zusammen. Es zeigt sich, dass alle an einem Strang ziehen und so die Möglichkeit haben, Menschen aus allen Lebensbereichen einzubeziehen, so unterschiedlich ihre Herkunft auch sein mag. Man macht sich immer wieder gegenseitig Mut, teilt Informationen und ist in der Lage, bei Veranstaltungen einen großen Zuhörerkerkreis zu erreichen.

Dieses Modell der übergreifenden Zusammenarbeit zeigt bereits der zweite Bericht. So entwarfen zum Beispiel die einzelnen Ministerien - das Bildungsministerium, das Wissenschaftsministerium, das Innenministerium und das Justizministerium - übergreifende Konzepte, Handlungsstrategien und Öffentlichkeitskampagnen und setzten diese um.

Ähnlich gestaltet sich die Bildung von Netzwerken in den anderen Kreisen. Immer wieder werden vor allem Kinder und Jugendliche in die Aufklärung und Diskussion einbezogen bzw. übernehmen selbst Patenschaften oder bereiten Veranstaltungen mit vor.

Im Kreis Dahme-Spreewald konnte das Bundesprogramm XENOS, worauf unser Bildungsminister hier bereits mehrmals hinwies, Anwendung finden. Im Elbe-Elster-Kreis sind neben den Bürgern auch der RAA und mobile Beratungsteams aktiv, um flächendeckend wirken zu können. Immer wieder wird auch in den Kreisen Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oder-Spree, Spree-Neiße, Teltow-Fläming oder in den Städten Cottbus und Frankfurt (Oder) die Vernetzung der Bürger mit der Verwaltung, den Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, mit der

Polizei, den ansässigen Wirtschaftsunternehmen und den ausländischen Mitbürgern deutlich. Nicht nur Toleranz wird gefordert und Veranstaltungen werden organisiert, sondern es werden auch Partnerschaften über Aussiedlerheime geschlossen, um die Aussiedler in den Prozess des Sich-hier-Wohlfühlens und gegenseitigen Kennenlernens einzubeziehen. Das Gleiche trifft auch auf Asylbewerber zu. Ihnen wird die Möglichkeit einer erleichterten Sprachaneignung geboten sowie die Kontaktscheu und die Angst, sich auf der Straße zu bewegen, genommen.

Es ist natürlich traurig, dass erst durch Überfälle und Todesfälle all diese Leute, die heute diese Projekte begleiten und zum Teil als Koordinatoren gegen Ausländerfeindlichkeit auf Landesebene wirken, sich trafen und mithilfe des Landes und Bundes für Toleranz im Land einsetzten.

Doch nichtsdestotrotz: Aufgabe der Koordinatoren wird es in erster Linie sein, mit unserer Hilfe die begonnenen Aktionen am Laufen zu erhalten, sie weiter zu verbreiten und flächendeckend zu wirken.

Ich möchte Ihnen noch eine vor kurzem gegründete Initiative aus Wittstock nennen. Im Dezember des vergangenen Jahres fand gemeinsam mit Bischof Huber und dem Ministerpräsidenten Manfred Stolpe unter großer Beteiligung der Bürger Wittstocks eine Demonstration "Wittstock gegen Rechts" statt. Viele Bürger brachten zum Ausdruck, dass der öffentliche Raum in Wittstock den aufrichtigen Bürgern und seinen Gästen und nicht dem braunen Mob gehört. Viele sahen auch, dass sie mit ihrer Meinung gegen Gewalt und Intoleranz nicht allein stehen. Für mich ist besonders wichtig, Gesicht zu zeigen. Ich wünsche von hier aus den Initiatoren, besonders Herrn Pfarrer Lohmann, Kraft und Mut für die Initiative. Auch ich werde mich weiterhin aktiv dort beteiligen. Das Gleiche erwarte ich von allen anderen. - Ich danke.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Schuldt.

Ich darf, bevor der Redner am Pult ist, Gäste aus dem Einstein-Gymnasium in Angermünde herzlich begrüßen, die heute an unserer Plenarsitzung teilnehmen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Toleranz ist notwendig und gehört zu den wichtigsten preußischen Tugenden. Aber wann soll damit endlich begonnen werden? Doch nicht etwa mit diesem Konzept? In dem Konzept ist fortwährend von Vereinen, Organisationen, Verbänden, Kommunalpolitikern, Einzelpersonen, öffentlichen Körperschaften, mobilen Beratungsdiensten, Funktions- und Verwaltungsträgern, lokalen Bündnissen, Plattformen, Arbeitskreisen, Runden Tischen und Aktionsbündnissen die Rede. Wer hinter diesen toll klingenden Namen steckt, wird in der Regel verschwiegen. Es scheint, als würden Namen nur zu dem Zweck erfunden, gegen-

über der Landesregierung kundzutun, dass im kommunalen Bereich Aktivitäten entfaltet werden.

Warum nennt die Landesregierung nicht Ross und Reiter? Wer steckt hinter den verschiedenen Netzwerken? Wer ist Vorsitzender des jeweiligen Vereins? Wie viele Mitglieder hat die genannte Organisation? Wo haben die so genannten lokalen Bündnisse ihren Sitz? Wie werden die so genannten Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen, Foren oder sonstigen Vereine finanziert?

Man sucht in dem Bericht der Landesregierung vergeblich nach irgendwelchen Anschriften. Man schildert Veranstaltungen vor Ort, muss aber gleichzeitig eingestehen, dass der Besuch nur mäßig ist.

Die Landesregierung hat einen Popanz aufgebaut. Frei nach Karl Marx möchte ich sagen: Ein Gespenst geht um im Land Brandenburg, das Gespenst der Intoleranz und der Ausländerfeindlichkeit. Nur fürchtet sich heute kein Bürger unseres Landes mehr vor Gespenstern.

Die Landesregierung musste zum Beispiel aufgrund von Anfragen unserer Fraktion zum einen einräumen, dass es im Land Brandenburg keine so genannten ausländerfreien oder nationalbefreiten Zonen gibt. Zum anderen hat uns die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Asylbewerberunterkunft in Rathenow bestätigt, dass 57 Asylbewerber als Tatverdächtige ermittelt wurden. Das sind etwa 25 % der dort aufgenommenen Ausländer. Auch die polizeilichen Kriminalstatistiken des Landes weisen seit Jahren einen Ausländeranteil unter den Tatverdächtigen zwischen 20 bis 25 % aus.

Wie der Antwort der Landesregierung vom 20.06.2000 auf eine Kleine Anfrage zu entnehmen ist, wurden von den 14 registrierten Straftaten gegen Asylbewerber in Rathenow acht den Asylbewerbern selbst zugerechnet. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die meisten Straftaten gegen Ausländer von Ausländern verübt wurden. Offenbar haben alle Netzwerke, die im Rahmen des Aktionsbündnisses "Tolerantes Brandenburg" tätig werden sollten, versagt.

Deutsche wie Ausländer werden ständig Opfer schwerer Straftaten. Hier versagen die lokalen Netzwerke vollends. Warum erwähnt der Bericht der Landesregierung nichts über Drogenhandel, Geldwäsche, Schleuserkriminalität, Subventionsbetrug, Korruption, Menschenhandel, Prostitution, Betrug und Bestechung, Schmiergelder, Produktpiraterie, Bandendiebstahl, organisierte Kriminalität, Heroinmafia oder die Gewalt in den Medien einschließlich Internet?

(Zuruf der Abgeordneten Frau Redepenning [SPD])

Herr Minister Ziel, ich möchte Sie insbesondere an die so genannte Heldin von Potsdam erinnern. Sie, Herr Minister, waren doch damals über einen so schlimmen neonazistischen Überfall zu Tränen gerührt. Während sich das Krankenzimmer der "Heldin" mit Blumenbergen füllte und Massenmedien täglich hochdramatische Neuigkeiten aus dem Leben der "tapferen Frau" enthüllten, kam man ihr auf die Schliche. Sie hatte den so genannten rechtsextremistischen Überfall nämlich frei erfunden. Alles war Lüge und Schwindel und Sie, Herr Ziel, standen als Blamierter da.

Ich will nicht verhehlen, dass es Verrückte und Wahnsinnstäter

im Lande gibt, die ausländerfeindliche Straftaten verüben. Aber Sie, Herr Minister Reiche, bauen ein Schreckgespenst auf, das immer neue Nachahmungstäter heraufbeschwört. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU - Unruhe bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Hartfelder.

Frau Hartfelder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach diesem Beitrag fällt es mir schwer, mit meiner Rede zu beginnen. Ich habe in den letzten zehn Minuten hin und her überlegt, was ich tun sollte: darauf reagieren oder nicht? Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, dass ich nicht darauf reagiere.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Der Bericht der Landesregierung ist Anlass zur Hoffnung. Die meisten von uns haben in den letzten Jahren an unterschiedlichen Initiativen teilgenommen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass wir uns ein gewaltfreies, tolerantes und weltoffenes Brandenburg nicht nur wünschen, sondern auch bereit sind, dafür einzutreten.

Allen Initiativen und Netzwerken, allen, die sich dieser Sache verschrieben haben, sei an dieser Stelle noch einmal doppelt gedankt.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Stellvertretend für viele könnte man einzelne Personen nennen, die uns allen eigentlich bekannt sind. Ich möchte das an der Stelle nicht tun, um die Leistungen derjenigen, der vielen Menschen vor Ort - in den Gemeinden, Kreisen und Städten - nicht zu schmälern, sondern besonders zu würdigen.

Die polizeiliche Kriminalstatistik, aber auch Studien - Herr Minister Reiche sprach von der Studie von Herrn Prof. Sturzbecher zur Jugenddelinquenz - zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind. Die punktuellen Erfolge im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit machen uns Mut, diesen Weg weiter zu beschreiten.

Bemerkenswert finde ich das Konzept, das auf zwei Säulen ruht: auf der Beratung durch mobile Teams und den Anregungen und Förderungen von verschiedenen Initiativen.

Richtig erscheint auch die Bildung von lokalen sowie überregionalen Netzwerken zur Koordinierung von Einzelinitiativen und Maßnahmen. Richtig ist nach meinem Verständnis auch ein permanenter Erfahrungsaustausch.

Dankbar habe ich dem Bericht entnehmen können und vor Ort erfahren, dass sich eine Vielzahl gesellschaftlicher Kräfte und Privatpersonen am Kampf gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit beteiligt. Vor allen Dingen bringen sich immer mehr Jugendliche ein.

Natürlich, Frau Kaiser-Nicht, könnte man den Bericht anders schreiben; jeden Bericht kann man auf vielfältige Art und Weise schreiben. Aber mein Eindruck vor Ort ist, dass nicht Formalismus Aktionen und die Frage der Toleranz in Brandenburg prägen, sondern dass es eher Nachdenken und auch Spontaneität sind, die da eine Rolle spielen.

Gut ist, dass die Initiativen vor Ort immer weniger einem negativen Anlass folgen, also auf Fremdenfeindlichkeit reagieren, sondern dass es immer mehr offensive Initiativen gibt, die konkrete Prävention darstellen. Jede einzelne Initiative beweist wachsende Souveränität gegenüber den wachsenden Problemen und ist ein Zeichen für das Reifen von Zivilcourage.

Der Ausblick im Bericht ist mir allerdings zu kurz gegriffen. Beschreibt der Bericht, dass es noch nicht gelingt, die Bevölkerung in Größenordnungen einzubinden, so muss dies meines Erachtens als Ziel formuliert werden.

Als Ziel formuliert der Bericht die Notwendigkeit, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens noch mehr in den Kampf gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit einzubinden. Natürlich ist dies vor Ort schon Realität.

Zukünftig wird es notwendig sein, nicht nur einen gesellschaftlichen Konsens gegen Rechtsextremismus zu finden, sondern jede Art von Extremismus, Terrorismus und Gewalt zu ächten.

Natürlich weiß ich, dass das Problem des Rechtsextremismus ein besonderes ist. Aber darüber darf keine andere Form des Extremismus oder Terrorismus unterschätzt oder gar vergessen werden. In der Folge besonderer Polarisierungen entwickeln sich schneller auch Gegenrichtungen oder andere Extreme von Gewalt, die unter solchen Umständen womöglich nicht die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Diese erweiterte Sicht auf Gewalt wäre für mich auch ein Beweis von Glaubwürdigkeit.

Unsere Gesellschaft, unsere Demokratie muss jede Art von Gewalt ächten; denn der Grundsatz, die Würde des Menschen ist unantastbar, darf nicht relativiert werden. Dies gilt für alle in gleicher Weise. Das heißt natürlich im Umkehrschluss: Jede Form von Gewalt und Brutalität ist zu verurteilen und zu ahnden.

Jungen Menschen, die sich aus den verschiedensten Gründen verirrt haben, müssen wir die Chance zur Umkehr geben; wir müssen versuchen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Nichts ist schlimmer als Sprachlosigkeit. Es ist besser, im Dialog mittels Analyse der Ursachen zu Veränderungen zu kommen. Junge Menschen, deren Werte und Normen noch nicht stabil sind, sind leicht zu verführen, gehen Ideologien oder Idolen schnell auf den Leim, wenn ihnen Bindungen, die ihnen sonst im Leben fehlen, geboten werden. Wichtig ist also, junge Leute aus Bindungen herauszubrechen, die Gewaltbereitschaft, Intoleranz und Nichtachtung der Menschenwürde beinhalten oder gar zum Kult erheben.

Nicht nur die großen Aktionen sind es also, die Erfolge versprechen, sondern auch die Hinwendung zu jungen Menschen, ihren Problemen und Vorstellungen, ist nötig. - Danke.

(Beifall bei CDU und SPD sowie vereinzelt bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Damit sind wir am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache. Damit ist der Bericht der Landesregierung in der Drucksache 3/3779 zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Marktchancen BBI

Große Anfrage 34
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/3370

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 3/3786

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der die Frage stellenden Fraktion. Frau Abgeordnete Tack, bitte sehr.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu der Großen Anfrage der PDS-Fraktion "Marktchancen BBI" gibt es eigentlich nur ein Fazit und das heißt: Deutschland braucht kein drittes Luftdrehkreuz. Einige Punkte in Ergänzung dessen, was wir heute Morgen anlässlich der Aktuellen Stunde diskutiert haben, und hierbei ausdrücklich noch einmal schwerpunktmäßig auf Prognosen und Chancen zum Flughafen eingehend:

Erstens: Die in den Planfeststellungsunterlagen enthaltenen Bedarfsprognosen für das BBI-Projekt sind veraltet und überholt. Die Einwohnerzahl von etwa 6 Millionen Menschen in Berlin-Brandenburg und das seit Jahren extrem schlechte Wirtschaftswachstum in dieser Region führen auch unter Berücksichtigung der intensiven Bemühungen der BBF um die Erschließung eines Marktes in Osteuropa in absehbarer Zeit nicht zu dem erforderlichen Geschäftsreise- und Privatverkehr für ein drittes Luftdrehkreuz am Standort Schönefeld.

Die Aussage der Landesregierung, dass am Standort Schönefeld die Entwicklung eines Luftdrehkreuzes möglich sei,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

ist daher unseres Erachtens schlichtweg falsch.

Zweitens: Die Tatsache, dass in Deutschland in diesem und im nächsten Jahrzehnt kein drittes Luftdrehkreuz benötigt wird, ist in den BBI-Prognosedaten bis zum Jahr 2020 nicht berücksichtigt. Keine seriöse Prognose kann vorhersehen, meine Damen und Herren, was in 10, 15 oder gar 20 Jahren sein wird; relativ verlässliche Daten lassen sich für die nächsten 5 Jahre ermitteln. Es liegen uns hierzu die neuesten Zahlen vom 28. Januar dieses Jahres vor.

Realistische Prognosen rechnen danach für die Region Brandenburg-Berlin bis zum Jahr 2007, das bisher immer der

anvisierte Eröffnungs- und Inbetriebnahmetermine für den Flughafen war, mit einem Passagieraufkommen zwischen 13,6 Millionen Passagieren pro Jahr - damit rechnet die Lufthansa Consulting - und 17,3 Millionen Passagieren pro Jahr - so rechnet die Deutsche Lufthansa. Dazwischen liegen die Zahlen der Bewerber IVG und Hochtief von 14,4 Millionen und der BBF selbst von 15,8 Millionen Passagieren pro Jahr. Das heißt, für das Jahr 2007 sind diese Zahlen - bei einem gegenwärtigen Aufkommen von circa 12,6 Millionen Passagieren pro Jahr an allen drei Flughäfen in Berlin und Schönefeld - prognostiziert. Wenn man sich diese Zahlen ansieht, heißt das: Auch die Prognosen der BBF und des Bewerberkonsortiums liegen deutlich unter den inzwischen hoffnungslos veralteten BBI-Prognosezahlen aus dem Antragsverfahren.

Drittens: Die im BBI-Planfeststellungsantrag enthaltenen Passagierzahlen müssen schon für dieses Jahrzehnt - und erst recht für die nächsten Jahrzehnte - kräftig nach unten korrigiert werden, einfach deshalb, weil sie überzogen sind. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die zwangsläufige Verlagerung von Kurzstreckenflugverkehr auf die Schiene durch verbesserte Bahnverbindungen für einen Bereich bis zu 400 km, insbesondere auch nach Fertigstellung/Inbetriebnahme des Lehrter Bahnhofs in Berlin.

Die Aussage der Landesregierung in der Antwort auf Frage 11, dass eine weitestgehende Substitution von Flugverkehr durch Schienenverkehr in den Verkehrsprognosen zum Planfeststellungsantrag bereits berücksichtigt sei, kann so nicht stimmen, sonst wären die Prognosezahlen für die Zeit nach 2007 deutlich niedriger ausgefallen.

Ein vierter Punkt:

“Voraussetzung für die Entwicklung eines Luftdrehkreuzes ist das Vorhandensein der erforderlichen Infrastruktur und der passenden Rahmenbedingungen”,

sagt uns die Landesregierung in der Antwort auf die Frage 12. Beide Voraussetzungen, meine Damen und Herren, fehlen in der Region Berlin-Brandenburg. Deshalb liegen der BBF, zum Beispiel vonseiten der Deutschen Lufthansa, auch keine Zusagen für eine Unterstützung des BBI-Projektes als drittem deutschen Luftdrehkreuz vor. In aktuell gültigen Eckpunkten der Deutschen Lufthansa zum Thema “Hauptstadtflughafen BBI” heißt es dazu ganz nüchtern und sachlich:

“Die Deutsche Lufthansa unterstützt den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld zu einem leistungs- und wettbewerbsfähigen Hauptstadtflughafen.”

Ich denke, das ist ein Nenner, auf den man sich einigen kann.

Ein fünfter Punkt: Noch etwas ganz Entscheidendes ist in den BBI-Prognosen der Landesregierung nicht berücksichtigt, nämlich die Tatsache der Neustrukturierung des Luftverkehrsmarktes nach dem 11. September - und das international und auf die Situation in Europa bezogen.

An dieser Stelle will ich bemerken, weil diese Frage auch heute Morgen in der Debatte eine Rolle spielte: Es gibt nicht erst seit dem 11. September eine Krise in der internationalen Luftfahrt, sondern auch vor dem 11. September wurden bereits Kapazitäten

und Personal mangels Nachfrage abgebaut. Natürlich gab es im Zusammenhang mit dem Terroranschlag vom 11. September einen gravierenden Einbruch der Prognosezahlen.

Die Neustrukturierung des Luftverkehrsmarktes nach dem 11. September bringt Folgendes mit sich: Alle neuen Analysen dazu gehen davon aus, dass es in Europa eine weitere Konzentration des Luftverkehrs auf drei Ebenen geben wird. Zum einen wird es große Netzwerke geben, die global operieren, zum Zweiten wird es regionale Anbieter geben, die Nischen und einzelne Märkte bedienen, und drittens wird es Airlines geben, die auf nachfragestarken Strecken zwischen sekundären Airports mit geringen Gebühren fliegen. Das zeichnet sich als Neustrukturierung des europäischen Luftverkehrsmarktes ab.

All das wird zu einer Effektivierung und Intensivierung der vorhandenen Standorte und Strecken führen, meine Damen und Herren, und nicht zu einer weiteren grenzenlosen Expansion des Luftverkehrs. Einen Trend zum extensiven Ausbau von Hub-Systemen in Deutschland, wie von der Landesregierung in der Antwort auf Frage 15 unterstellt, gibt es vor diesem Hintergrund nicht. Der Traum vom internationalen Luftdrehkreuz Berlin-Brandenburg, meine Damen und Herren, ist im Zusammenhang mit der nüchternen Analyse der Fakten und den Prognosedaten wirklich ausgeträumt.

Ein sechster Punkt: Die Arbeitsplatzprognosen für den Flughafen Berlin Brandenburg International sind überzogen und ich verweise in diesem Zusammenhang auf unsere Debatte heute Morgen in der Aktuellen Stunde. Ich will mir das vorzutragen sparen, das kann jeder nachlesen. Zudem antwortet die Landesregierung auf unsere Fragen zu der Notwendigkeit eines Luftdrehkreuzes am Standort Schönefeld sehr widersprüchlich. Ich verweise auf Widersprüche in den Antworten auf die Fragen 3, 4, 12 und 16 und komme in diesem Zusammenhang zu dem Fazit, das lautet: Für ein drittes deutsches Luftdrehkreuz am Standort Schönefeld gibt es keinen Bedarf und ein drittes Luftdrehkreuz am Standort Schönefeld hat keine Marktchancen.

Die neuesten Passagierprognosen sind demzufolge sachlich und nüchtern und bieten erneut die Gelegenheit, zum BBI-Projekt zu fragen: Was für einen Flughafen brauchen wir eigentlich in der Region und was können wir uns überhaupt finanziell leisten? Die PDS fordert daher - ich wiederhole mich in diesem Zusammenhang bezüglich der Debatte von heute Morgen - eine Überarbeitung der Bedarfsbegründung für einen Single-Flughafen am Standort Schönefeld. Wir sind der Auffassung, dass das BBI-Flughafenprojekt jetzt endlich vor allem hinsichtlich der zumutbaren und vertretbaren Belastung für Menschen und Umwelt auf realistische Füße gestellt werden muss. Wir verlangen deshalb die Rückführung dieses Projektes auf das erforderliche Maß. In diesem Zusammenhang wiederhole ich unsere Forderung nach dem rechtssicheren Abbruch des laufenden BBI-Vergabeverfahrens. - Ich bedanke mich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an Herrn Dellmann. Er spricht für die SPD-Fraktion.

Dellmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir als SPD-Fraktion wollen diesen Flughafen; wir wollen das Projekt BBI für die Region Berlin-Brandenburg realisieren. Wir fühlen uns in diesem Anliegen durch die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der PDS zu den Marktchancen des BBI bestätigt.

Lassen Sie mich einleitend und ergänzend zu den Ausführungen der Landesregierung zu den Chancen des BBI nur kurz die aktuelle Einschätzung des Luftverkehrsexperten Dr. Rainer Hopf vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zitieren; manchmal ist es auch schön, aus dem "ND" zitieren zu können, hier vom 15.02.:

"Ein Großflughafen BBI würde sich rechnen, vorausgesetzt, die bisherigen innerstädtischen Flughäfen Tegel und Tempelhof werden, wenn der neue Airport fertig ist, geschlossen. Mit Tegel, Tempelhof und Schönefeld zusammen verzeichnete Berlin in den 90er Jahren ein durchschnittliches Wachstum des Flugverkehrs von 6 %, ohne ein Drehkreuz zu sein. Frankfurt am Main erreichte 6,5 %, die Bundesrepublik Deutschland insgesamt 5 %."

Meine Damen und Herren, auch dieser anerkannte Experte hält es also für vernünftig, den BBI auf die vom Vorhabenträger geplante begrenzte Kapazität auszulegen. Frau Tack hat von Prognosen gesprochen. Ich glaube, dass es hierzu durchaus differierende Auffassungen zwischen einigen Vertretern der PDS hier in Brandenburg und den regierenden Parteien in Brandenburg einerseits und in Berlin andererseits gibt. Frau Tack, ich darf Ihre in Berlin mitregierende Kollegin Frau Matuschek zitieren:

"Die Prognose der Deutschen Anstalt für Luft- und Raumfahrt in Köln geht von maximal 19 Millionen Passagieren pro Jahr für die Region Berlin-Brandenburg im Jahr 2010 aus."

Prognosen sind nie vollkommen sicher, aber sie müssen für die sachgerechte Planung solcher Großvorhaben angestellt werden.

(Zuruf von der PDS: Das stimmt!)

Frau Tack, wie verhält es sich dagegen mit der Fähigkeit zur Prognose von Teilen der brandenburgischen PDS? Ich darf aus einer Rede zitieren, die Sie am 19. Januar 1995 vor dem Landtag hielten. Dort heißt es wörtlich, Frau Tack:

"Der letzte Versuch, ein Luftdrehkreuz in das ... europäische Netz zu installieren, ist mit dem Münchener Flughafen so richtig missglückt. Ein weiteres in der Region Berlin-Brandenburg hat ... unserer Meinung nach keine Chance."

Liebe Frau Tack, ein solches Scheitern wie in München wünschen wir uns für unsere Region.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und CDU)

Das Luftdrehkreuz München erreicht trotz Ihrer Kassandraruhe bei den vor acht Jahren in Betrieb genommenen zwei Start- und

Landebahnen bereits jetzt und damit mittelfristig die Sättigungsgrenze. Was bilden Sie sich eigentlich auf Ihre Einschätzungen ein?

Einige Bemerkungen zu den Belastungen durch Lärm und Schadstoffe, die in dem Bericht der Landesregierung erwähnt werden. Ich betone, dass aus Gründen des Umweltschutzes und des Schutzes der Bevölkerung, also aus Sicherheitsgründen, die Innenstadt-Flughäfen geschlossen werden müssen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter Dellmann, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dellmann (SPD):

Gern.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Tack, bitte.

Frau Tack (PDS):

Herr Dellmann, Sie haben richtig zitiert. Erinnern Sie sich daran, dass 1995 in München eine sehr kritische Situation bestand und der Flughafen damals nur zu 30 % ausgelastet war? Ich stelle diese Frage, weil Sie aus einer Rede von 1995 zitiert haben.

(Zurufe von SPD und CDU)

Dellmann (SPD):

Frau Tack, Ihnen ist sicherlich bekannt, dass Infrastruktureinrichtungen nie von vornherein zu 100 % ausgelastet werden, sondern es sehr wohl richtig ist, sie mit Blick auf einen nüchtern und realistisch eingeschätzten Zuwachs zu planen. Das ist in München geschehen. Die Region stand anschließend hinter dem Standort. Genau das erwarte ich auch im Hinblick auf unseren neuen Flughafen.

Ich komme zurück auf das Stichwort Sicherheit. Die Innenstadt-Flughäfen müssen und sollten geschlossen werden. Das entspricht doch auch Ihrer Sicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS. Ich zitiere noch einmal, diesmal aus dem "Uckermark-Kurier" vom 31.01. dieses Jahres:

"Unbedingt erforderlich aus wirtschaftlicher Sicht und aus Gründen der Sicherheit der Bevölkerung ist die Schaffung eines Single-Flughafens in der Region."

Genau so ist es. Gerade daher begrüßen wir die klare Aussage in der Antwort der Landesregierung, dass für den Standort Schönefeld eine umfassende Lärmvorsorge und ein umfassender Lärmschutz gesichert werden müssen. Schon jetzt werden in den Planungen des BBI die erst noch zu erwartenden Grenzwerte eines künftigen Fluglärmsgesetzes erfüllt. Das liegt im Interesse der Bürger des Landes und ist vorausschauend und sehr sinnvoll.

Die PDS ist in der Berliner Koalitionsvereinbarung ebenfalls

auf die Frage der Minimierung eingegangen. Es stellt sich jedoch die Frage: Was wollen Teile der PDS wirklich? Ich darf Ihren ehemaligen Kollegen Ludwig zur Berliner Koalitionsvereinbarung zitieren:

“Die Forderung nach der gerechten Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange, um den bestmöglichen Schutz aller Anwohner zu garantieren, führt zu einer weiteren Verteuerung des Vorhabens. Insofern sehe ich”

- also Herr Ludwig -

“in der Vereinbarung wichtige Ansätze, einen BBI in Schönefeld aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen auszuschließen.”

Ihr öffentlicher Eiertanz nach Abschluss der Berliner Koalitionsvereinbarung verzerrt Ihren bislang unklaren Standpunkt zur Kenntlichkeit, meine Damen und Herren von der PDS.

(Zurufe von der PDS)

Ich muss sagen, das ist schon ein derbes Stück. Die Wahrnehmung der Sorgen der Menschen durch die BBF-Gesellschafter und die Landesregierung, die Installation von Schutzanlagen etc. interessieren einige von Ihnen offensichtlich nur unter einem Gesichtspunkt, nämlich unter dem Aspekt, dass sich dadurch das Vorhaben für die öffentliche Hand verteuert.

Als wäre das nicht schon zynisch genug, beklagen dieselben Politiker anschließend - das scheint zumindest vorläufig der Gipfel zu sein - die hohen Kosten. Aber dann, liebe Frau Tack, setzen Sie persönlich noch eins drauf und sagen öffentlich, nachzulesen im “ND” vom 03.12.2001:

(Zurufe von der PDS)

“In den nächsten zehn Jahren wird Tegel zweifellos der Top-Airport der Bundeshauptstadt sein.”

Nein, Frau Tack, genau das wollen wir vermeiden. Aber Ihre Verweigerungshaltung würde den Status quo mit den innerstädtischen Flughäfen zementieren. Ich finde es bemerkenswert, dass Sie dies nun offen eingeräumt haben.

Einige Anmerkungen zum Schienenkonzept und zur Drehkreuzperspektive: Das Schienenkonzept wird in der Antwort der Landesregierung transparent dargestellt. Es überzeugt, weil der Flughafen in das gesamte Netz eingebunden werden soll. Er bekommt Anbindungen in alle Himmelsrichtungen; eigentlich müsste man sagen, in alle Schienenrichtungen.

Auf die Drehkreuzperspektive ist auch Frau Tack sehr intensiv eingegangen. Interkontinentalverbindungen, die der Region heute fehlen, wird es nur geben, wenn der Umsteigeverkehr auf einen Standort konzentriert wird. Daraus, aber auch nur daraus kann sich ein Drehkreuz entwickeln.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

Wir sind uns einig, dass sich nach den vorliegenden Prognosen kurz- bzw. mittelfristig kein maßgebliches Drehkreuz entwickeln wird. Wesentlich aber ist, was im Rahmen der Drehkreuz-

debatte zu oft und gerade von Ihnen unterschlagen wird: Der BBI ist nach der prognostizierten Entwicklung des Originäraufkommens auch ohne eine ausgeprägte Drehkreuzfunktion wirtschaftlich zu betreiben. Ob und wann in Schönefeld dann tatsächlich ein Drehkreuz entsteht, hängt von zwei Faktoren ab: erstens vom Ergebnis des Planfeststellungsverfahrens und möglicher Auflagen zum Nachtflug und zweitens von der Entwicklung der Passagierzahlen. Ich füge hinzu: Selbstverständlich entscheidet letztendlich der Kunde.

Aktuell nehmen wir die Bemühungen der Landesregierung wohlwollend zur Kenntnis, die Auslastung des Flughafens Schönefeld deutlich zu verbessern. Vielleicht kann die von Rynair aktuell erwogene Nutzung des Flughafens Schönefeld die Situation im Hinblick auf die Auslastung entscheidend verbessern.

Abschließend möchte ich zu der hinsichtlich dieses Projektes immer wieder aufkommenden Untergangsstimmung kurz Folgendes bemerken: Wie oft wurde in der Presse schon der Absturz oder der Sturzflug des BBI beschworen? Aber ein Verfahren dieser Art und Größenordnung hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Bedenken Sie noch einmal die Ausgangssituation: ein teilungsbedingt wahrlich nicht optimales Flughafensystem, ein Unternehmen mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen, die auch durch dieses 3-Flughäfen-System entstanden sind, und drei Gesellschafter mit völlig unterschiedlichen Interessen.

Beim Flughafen Leipzig dauerte allein der Ausbau 10 Jahre. Erst Anfang 2000 war die neue Piste fertig. Insgesamt 18 Jahre dauerte das reine Errichtungsvorhaben zum Flughafen München. So schlecht stehen Berlin und Brandenburg also nicht da.

Wir als Koalitionsfraktionen sind uns über das Ziel der Schaffung des Flughafens BBI einig. Über den Weg gilt es sich in der aktuellen Diskussion noch zu verständigen. Das ist auch in der heutigen Aktuellen Stunde deutlich gemacht worden.

Lassen Sie mich deshalb abschließend erneut betonen: Für die SPD-Fraktion bleibt der Flughafen Berlin-Schönefeld in Berlin und Brandenburg das Schlüsselprojekt unserer Landespolitik. - Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die DVU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Schuldt.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir schwer, diesen Beitrag jetzt zu halten, denn ich habe soeben erfahren, dass drei dänische und zwei deutsche Soldaten in Afghanistan ums Leben gekommen sind.

In meinem Redebeitrag knüpfte ich dort an, wo ich in der Aktuellen Stunde heute Morgen geendet habe: bei der PDS-Fraktion und ihren Widersprüchen zwischen sozialistischer Weltansicht und Wirklichkeit.

Frau Tack, wir wissen es mittlerweile alle: Sie sind gegen den

Flughafen BBI in Schönefeld, und zwar in jeder Hinsicht, als Luftdrehkreuz, als internationaler Großflughafen, als regionaler Flughafen mit internationaler Anbindung - ganz egal, Frau Tack, Sie sind dagegen, gemäß dem tackschen Sozialismus "Es lebe die Provinz - zurück zu Mutter Natur!"

Damit wollen Sie die Probleme unseres Landes lösen? Die hohe Arbeitslosigkeit? Die Strukturschwächen? Das hohe Haushaltsdefizit? Ihr soeben dargestelltes wirkliches Ansinnen entnehme ich schon dem "Vorspann" zu Ihrer Großen Anfrage. Dort beziehen Sie sich auf ein von der Landesregierung Sachsen-Anhalts in Auftrag gegebenes Gutachten der Unternehmensberatung Roland Berger. Dem ist hinzuzufügen: Im Land Sachsen-Anhalt laufen gleichzeitig Bestrebungen der dortigen Landesregierung, bei Stendal einen größeren Flughafen zu errichten. Und: Dieser Standort wurde als Alternative zum Standort Schönefeld bei uns in Brandenburg ins Spiel gebracht.

Also, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, merken Sie was? Das Land Sachsen-Anhalt will selbst einen Großflughafen mit Hauptstadtanbindung. Da stört das BBI-Projekt in Schönefeld! Es besteht hier ein Konkurrenzverhältnis zwischen unserem Land Brandenburg und dem Land Sachsen-Anhalt. Schon vor diesem Hintergrund dürfte das Gutachten der Unternehmensberatung Roland Berger mit Vorsicht zu genießen sein, denn wir als Land Brandenburg sind nicht dessen Auftraggeber. Auch die Zeiten der konkurrenzlosen sozialistischen Planwirtschaft sind vorbei - willkommen in der Marktwirtschaft!

Für die Antwort der Landesregierung können wir uns als DVU-Fraktion an dieser Stelle nur bedanken. Die Zahlenprognosen in den Antworten zu den Fragen 1 und 19 mögen ja vielleicht zeitlichen Verschiebungen unterliegen. Die voraussichtlichen Entwicklungen werden aber durch die in den Antworten zu den Fragen 5 und 23 wiedergegebenen realen Zahlen und Verweise auf Steigerungen in der Vergangenheit gestützt. Alle uns vorliegenden Äußerungen, jedenfalls der Wirtschaft unseres Landes, sprechen ebenfalls dafür. Die Lufthansa als Fluggesellschaft meldete bereits im vergangenen Jahr Bedarf an. - Dies als Ergänzung zur Antwort auf die Frage 15.

Hinzu treten die Erfahrungen mit der Entwicklung vergleichbarer Großflughäfen. Ich nenne hier nur München und Schiphol bei Amsterdam als Beispiel.

Verstärkt wird dies alles schließlich durch die Hauptstadtnähe des BBI in Schönefeld. Bekanntlich ist Berlin die Hauptstadt des bevölkerungsreichsten Landes inmitten Europas. Den aus diesem unmittelbaren räumlichen Näheverhältnis resultierenden Standortvorteil des BBI als Hauptstadtflughafen wird letztlich kein Konkurrenzstandort wettmachen: München nicht, Frankfurt nicht und Leipzig erst recht nicht.

Eine andere Prognose rechtfertigt sich auch nicht aus den Ereignissen am und nach dem 11. September 2001. Die infolge dieser Ereignisse zu verzeichnenden Einbrüche bei den Flugpassagierzahlen werden nicht von Dauer sein.

Meine Damen und Herren! Keine noch so große Katastrophe konnte jemals den Fortschritt der Menschheit aufhalten - auch die PDS wird das nicht können! Und das gibt mir Anlass zu Optimismus. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Dr. Ehler.

Dr. Ehler (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich kurz fassen, denn wir haben schon heute Vormittag die Klängen gekreuzt. Ich meine, die grundsätzlichen Positionen sind ausgetauscht.

Ich möchte nur noch eine Anmerkung hinzufügen, Frau Tack: Es ist das Privileg und die Aufgabe der Opposition, solche Zahlen abzufordern. Auch die Diskussion über diese Zahlen, wie Sie es getan haben, ist ohne Frage ein substanzieller Beitrag in Richtung Flughafen.

Heute Vormittag haben Sie jedoch einen eher als obskur zu bezeichnenden Autor zitiert. Die Aussage, die Sie daran anknüpften, halte ich für außerordentlich problematisch und sie wirft die Frage auf: Haben Sie nur an Zahlen Interesse, die gegen das Projekt sprechen, oder geht es um eine differenzierte Argumentation?

Sie behaupteten, die Arbeitslosigkeit in Regionen im näheren Umkreis des Flughafens würde eher steigen. Je weiter man sich von dem Flughafen wegbewegt, desto besser stelle sich die Beschäftigungssituation dar. Diese Behauptung ist vollkommen absurd angesichts der Tatsache, dass beispielsweise die Kommune Freising - sie befindet sich in unmittelbarer Nähe des Münchener Flughafens - die mit Abstand niedrigste Arbeitslosenquote in Bayern aufweist. Wahrscheinlich ist Freising, abgesehen von Singen, sogar deutschlandweit die Kommune mit der geringsten Arbeitslosigkeit. Es steht außer Zweifel, dass dies ein unmittelbarer Effekt des Großflughafens München ist. Deshalb ist für mich völlig unverständlich, wie man solche Zahlen in die Welt setzen kann.

(Beifall bei der CDU)

Die Antwort der Landesregierung hat einige wichtige Fragen geklärt. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass dies eine Entwicklung im Fluss ist. Die Folgen von Ereignissen, wie sie zum Beispiel am 11. September stattfanden, können kurzfristig und sogar mittelfristig einen Markt verändern. Es ist durchaus zuzugestehen, dass es kein grenzenloses Wachstum gibt. Bei Betrachtung der Entwicklung des Fluggastaufkommens im Zeitraum der nächsten 30 Jahre ist zu konstatieren, dass dieser Markt nicht ausgereizt ist. Es hat in den vergangenen 30 Jahren immer wieder Stagnationen gegeben. Nach spätestens zwei Jahren begann jedoch eine Aufwärtsentwicklung, die teilweise sogar exponentiell verlief. Ich rate also zur Vorsicht beim Umgang mit diesen Zahlen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Landesregierung. Herr Minister Fürniß, bitte.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der heutigen Diskussion gibt es in der Tat nicht mehr viel hinzuzufügen. Deshalb folgen von meiner Seite nur noch wenige Anmerkungen.

Es wird in Schönefeld keinen Großflughafen geben. Wir wollen einen leistungsfähigen Flughafen, der aber in jedem Fall ein Drehkreuz sein muss. Anderenfalls wäre eine Investition in dieser Größenordnung nicht gerechtfertigt.

Frau Tack, ein solches Drehkreuz ist nötig und möglich. Herr Dellmann hat über München bereits gesprochen. Die Lufthansa wartete acht Jahre bis zu einem Engagement in München. Diese acht Jahre waren eine Durststrecke und nur schwierig durchzuhalten. Wenn wir den Flughafen nicht zu einem Drehkreuz ausbauen können, dann sollten wir unsere Pläne noch einmal auf den Prüfstand stellen.

Eines sollten wir berücksichtigen: Sowohl in Frankfurt am Main als auch in Amsterdam, den beiden großen zentralen Flughäfen in Europa, stoßen die Kapazitäten an ihre Grenzen. Sowohl für Passagiere als auch für Cargo werden schon heute Alternativen gesucht, um die Ströme richtig umlenken zu können. Das gilt insbesondere für die aus Asien ankommenden Passagiere und das große Cargo-Aufkommen aus diesem Bereich.

Deswegen ist es auch in Zukunft notwendig und richtig, auf ein Drehkreuz zu setzen, in den Dimensionen, die wir verkraften können, mit zwei Start- und Landebahnen und einem Passagiervolumen, das unserer Region angemessen ist.

Alles andere steht in der Antwort der Landesregierung. Ergebnis: Kein Großflughafen, aber ein leistungsfähiges Drehkreuz. Dafür arbeiten wir.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Möchten Sie, Frau Tack, für die PDS-Fraktion zu abschließenden Bemerkungen noch einmal das Wort nehmen? - Das ist nicht der Fall.

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 34, Drucksache 3/3786, ist zur Kenntnis genommen worden. Ich schließe Tagesordnungspunkt 9.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 10:**

Förderung der Verantwortung bei der Nutzung des Internets in Schule und Jugendhilfe

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 3/3306

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Sport

Drucksache 3/3896

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Große. Sie spricht für die PDS-Fraktion.

Frau Große (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, Maßnahmen zur Gewährleistung eines effektiven Jugendschutzes bei der Nutzung des Internets in Schule und Jugendhilfe zu intensivieren. Schon laufende Maßnahmen sollen also intensiviert werden, Initiativen sollen koordiniert werden und über die Umsetzung der Maßnahmen soll berichtet werden. So lautet die Intention der Antragsteller, gegen die von unserer Seite nichts einzuwenden ist.

Ansonsten wird die Landesregierung gebeten, zu begleiten, sich einzusetzen, zu prüfen, anzuregen, zu konzentrieren, zu ermöglichen, zu begrenzen und zu vermeiden. Das ganze Bitten, Begleiten, Einsetzen, Prüfen usw. wird aber, wie der Haushaltsausschuss in seiner 54. Sitzung abschließend feststellte und weswegen er dem Antrag auch zugestimmt hat, keine zusätzlichen Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben. Fehlende SAM-Stellen im Bereich der Jugendarbeit, unzureichende Stundenzuweisungen für die pädagogisch-organisatorische Netzwerkkoordination und keine finanzielle Unterstützung der im Antrag geforderten Erweiterung der Beratungs- und Qualifizierungsangebote rücken den Antrag in die Kategorie der Willensbekundungen. Auch das ist schließlich nicht verwerflich. Wenn es aber trotz Medieninitiative inzwischen sogar gegenläufige Tendenzen gibt - ich denke hier an den Wegfall der Pflichtbindung des Faches Informatik in der Jahrgangsstufe 11; so sieht es zumindest die gerade beschlossene gymnasiale Oberstufenverordnung vor -, fragen wir uns schon, wie ernst das alles gemeint ist.

Zur zweifelhaften Wirksamkeit von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen und der Installierung immer perfekterer Filtersysteme haben wir uns schon bei der vorangegangenen Debatte deutlich kritisch geäußert.

Der Antrag ist, wie zu erwarten gewesen ist, von keinem der Ausschüsse, die sich mit ihm befasst haben, qualifiziert worden. Die Ebenen von den Beteiligten bis hin zur staatlichen Aufsicht sind auch wegen der in der Begründung zum Antrag genannten Globalität, Komplexität und Vielschichtigkeit kaum zu fassen oder abzugrenzen. Jugendmedienschutz wird immer nur ein Puzzleteilchen zur Verhinderung - hier zitiere ich Herrn Minister Reiche - "des Raubbaus an den Seelen der Kinder" sein können.

Jugendmedienschutz bedarf natürlich unserer Aufmerksamkeit. Die Sensibilisierung der Abgeordneten für dieses Thema hat der Antrag möglicherweise bewirkt. Wenn dem nun aber nicht auch Taten in Form finanziell unteretzter und vertraglich gebundener Maßnahmen folgen, wir also weiterhin nur bitten und anregen, wird der Antrag folgenlos bleiben. Schaden wird er allerdings auch nicht. Die Fraktion der PDS wird sich daher mehrheitlich der Stimme enthalten und bei der nächsten Haushaltsdebatte an einige der erhobenen Forderungen und Bitten erinnern. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Abgeordnete Siebke. Sie spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Siebke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Große hat bereits darauf hingewiesen, dass dieser Antrag in den Ausschussberatungen unverändert geblieben ist. Ich teile auch ihre Ansicht, dass in diesem Antrag viele Willensbekundungen formuliert worden sind. Allerdings geht dies an manchen Stellen auch gar nicht anders, wenn ich etwa an die freiwillige Selbstkontrolle und die Zusammenarbeit denke, die hier gefordert werden. Hier handelt es sich um notwendige Bitten; dass im Rahmen der freiwilligen Selbstkontrolle vonseiten der Medienanbieter durchaus einiges getan werden kann, hat eine Anhörung in der SPD-Fraktion gezeigt.

Zur Verbesserung der staatlichen Aufsicht: Wenn wir das Internet als Unterrichtsmittel an Schulen benutzen, hat der Staat die Verantwortung, sich um dieses Thema zu kümmern. Dass dies nicht ohne finanzielle Mittel geht, ist richtig. Dieses Thema spielt im Übrigen nicht nur in Brandenburg, sondern bundesweit eine Rolle.

Das Sinnvollste und am meisten Erfolg Versprechende ist, die Medienkompetenz aller Beteiligten, also der Lehrer, Schüler und Eltern, zu erhöhen. Nur dann, wenn ich ein Medium einschätzen und bewerten kann, kann ich auch selbst daraus Schlussfolgerungen ziehen und entsprechend mit ihm umgehen. In diesem Sinne halte ich es für notwendig, einen solchen Antrag zu verabschieden. Daher bin ich froh, dass er heute mehrheitlich hier angenommen wird. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man einen Antrag zum Internet stellt, dann sollte man vorher Informationen darüber einholen, was das Internet überhaupt ist. Das haben die Antragsteller mit Sicherheit nicht getan und das hat auch die Mehrheit der Mitglieder der zuständigen Ausschüsse versäumt. Anderenfalls wäre ihnen aufgefallen, dass etliche der in diesem Antrag enthaltenen Forderungen der Grundstruktur des Internets widersprechen. Sie sind aufgrund dieser Struktur von vornherein zum Scheitern verurteilt. Außerdem gibt es im Netz bereits heute zusätzliche Hinweise und Programme, mit denen die im Antrag genannten Filter umgangen und durchbrochen werden können. Auch die geforderten Maßnahmen zur Förderung der freiwilligen Selbstkontrolle - eine nette Umschreibung für erzwungene Selbstzensur - sind im Netz vorhanden. Aber vermutlich war es den Koalitionsfraktionen wichtig, auch einmal einen Antrag im Plenum einzubringen, egal, ob er sich umsetzen lässt oder nicht.

Meine Damen und Herren, wer sich nur ein wenig mit dem

Internet - genauer gesagt: mit dem World Wide Web - auskennt, der weiß, wie er an die Informationen herankommt, die er benötigt. Wenn er kein Duckmäuser ist, wird ihn die Tatsache, dass ihm manche Informationen vorenthalten werden, anspornen, gerade diese Informationen zu finden.

Was die geforderte Medienkompetenz anbelangt, so frage ich Sie, ob Sie allen Ernstes glauben, dass ein elf-, zwölfjähriger Schüler, der vor dem Monitor sitzt, schamvoll die Augen schließt, wenn sich vor seinen Augen eine pornographische Seite aufbaut. Ein bisschen mehr Realitätssinn hätte ich den Antragstellern schon zugetraut. Wäre es nicht sinnvoller, den im Kinder- und Jugendbereich Tätigen beizubringen, wie sie sich und andere vor den echten Gefahren schützen können, die es im Netz gibt: vor Viren, Trojanern oder vor der derzeit in Deutschland grassierenden Geldschneiderei mit Internetzugängen über getarnte 0190er Nummern? Davor sollten die Brandenburger und ihre Kinder geschützt werden.

Meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, Sie sprechen sich in diesem Antrag auch für einheitliche europäische und sogar internationale Jugendstandards aus. Das klingt ja toll. Haben Sie sich aber überhaupt darüber informiert, wie viele Zigtausend deutsche Seiten im Netz plötzlich illegal wären, wenn bei uns italienische oder schwedische Jugendschutzbestimmungen gelten würden? Ich spreche von Inhalten, die derzeit völlig legal und von Jugendschützern völlig unbeanstandet im Netz stehen und die dann schlagartig gelöscht werden müssten, einmal abgesehen von der schieren Unmöglichkeit, aus den sehr unterschiedlichen historischen Erfahrungen und moralischen Vorstellungen einheitliche europäische Standards zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, tagtäglich sind unsere Kinder und Jugendlichen dem Medienterror durch Funk, Fernsehen und Presse ausgesetzt. Hier muss der Jugendschutz erst einmal ansetzen. Unsere Fraktion hat diesbezüglich hier im Plenum einen Antrag eingebracht, den Sie jedoch mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt haben. Herr Klein sagte damals:

“Die Aufforderung eines Parlamentes an die Medien, bestimmte Formen der Darstellungsweisen zu unterlassen, gerät allerdings in die Nähe eines Eingriffs in die verfassungsmäßig geschützte Pressefreiheit und in die Freiheit der Berichterstattung. Diese sind uns in der Demokratie ein hohes Gut.”

Das war vor wenigen Monaten. Heute möchte die SPD das Internet im weitesten Sinne zensieren. Aus rein technischen Gründen wird das auf weit absehbare Zeit aber gar nicht möglich sein. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Senftleben.

Senftleben (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie schon gesagt worden ist, haben wir den Antrag vor wenigen

Wochen hier im Landtag behandelt und ihn dann in den Ausschüssen weiter beraten. Ohne Veränderung liegt der Antrag uns heute wieder vor.

Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf zwei Bereiche konzentrieren. Zunächst zum Staatsvertrag zum Jugendmedienschutz. Dazu gibt es einen zwischen Bund und Ländern abgestimmten Entwurf, mit dem das Ziel verfolgt wird, grundlegend verschärfte Jugendschutzbestimmungen einzuführen. Da gibt es einen Vorschlag dahin gehend, für Sendungen mit jugendgefährdendem Inhalt eine Sendezeit ausschließlich zwischen 23 Uhr und 6 Uhr festzulegen. Ich halte diesen Vorschlag für unsinnig. Sinnvoll dagegen ist der Vorschlag, eine Kommission für Jugendmedienschutz einzurichten. Dabei muss man aber bedenken, dass Anbieter mit mehr als 50 Mitarbeitern bzw. bei mehr als 10 Millionen Besuchern pro Monat auf ihrer Website einen Jugendschutzbeauftragten haben sollen. Damit würde die Wirtschaft in diesem Bereich gegängelt.

In dem Staatsvertrag ist bereits angedacht, den Jugendschutz in den Ländern zu vereinheitlichen, um damit auf die Gefahren des Internets besser reagieren zu können. Dabei müssen wir uns aber vor Augen führen, dass nationale Alleingänge hierbei nicht sachdienlich sind. In diesem Zusammenhang möchte ich an eine Veröffentlichung der Ministerien für Jugend sowie der Justiz und für Europaangelegenheiten aus dem letzten Jahr erinnern, in der darüber informiert wird, dass eine Europaratskonvention gegen Internetkriminalität unterzeichnet worden ist. Das ist die so genannte Budapester Konvention, die als erstes internationales Vertragswerk Straftaten definiert, die mithilfe des Internets begangen werden können. Bekanntlich haben wir im Lande Brandenburg bei der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Cottbus eine Abteilung geschaffen, die dazu in der Lage ist, die Kriminalität im Internet zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU)

In meinem zweiten Punkt geht es um die Verantwortung der Eltern. Die Eltern sind im Umgang mit dem Internet relativ unerfahren. Deshalb ist es für sie schwierig, den Kindern einen vernünftigen Umgang mit dem Internet zu vermitteln.

Wir müssen also die Medienkompetenz der Eltern stärker in den Vordergrund rücken. Das kann der Staat nicht leisten; vielmehr geht es um die Frage, wie weit Eltern durch Eigeninitiative dazu beitragen können, dass ihre Medienkompetenz gestärkt wird.

Einen Schutz, der technisch absolut sicher ist, wird es in diesem Bereich nicht geben, sondern hier kann es nur um Lösungen gehen, durch die jeweils ein einzelner Teilbereich abgesichert wird. Einen grundlegenden Schutz gegen die Gefahren für Jugendliche wird es nicht geben.

Das Ziel des Antrags der großen Koalition ist es, auf eine verantwortungsbewusste Nutzung des Internets hinzuwirken und vor allem unsere Kinder und Jugendlichen im Lande Brandenburg zu kompetenten Mediennutzern zu machen. Dabei dürfen wir die Chancen, die uns die neuen Medien bieten, aber nicht durch eine Vielzahl von Beeinflussungen gesetzlicher Art einschränken. Totale Kontrolle ist nicht möglich und auch nicht wünschenswert. Wir müssen hier geeignete Wege finden. Der Antrag der großen Koalition stellt einen ersten Schritt dar. Sicherlich werden weitere Schritte folgen müssen. Die Koalition

wird sich in diesem Bereich weiterhin engagieren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Landesregierung. Herr Minister Reiche, bitte.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Fachleute und Umfragen sagen, dass Jugendliche aus den neuen Bundesländern medienorientierter sind, mehr Fernsehen und Video konsumieren, mehr lesen, allerdings etwas weniger im Internet surfen. Im Gegensatz zu den Jugendlichen in den alten Bundesländern, die viel über die Qualität der Medien diskutieren, nehmen sie sie als etwas Vorhandenes auf und problematisieren sie nicht.

Gerade weil das Internet ein für die Gesellschaft so wichtiges Medium ist, ist es mir wichtig, dass wir nicht einfach nur zum Abschaltknopf greifen, sondern uns mit den problematischen Aspekten der Internetnutzung sachlich auseinander setzen.

Der Kinder- und Jugendmedienschutz ist ein wichtiges politisches und gesellschaftspolitisches Thema. Ich begrüße ausdrücklich, dass sich die Koalitionsfraktionen zum Jugendschutz im Internet so engagiert einbringen und eine sehr gute Diskussion dazu auch im Ausschuss geführt haben.

Der bislang noch unveröffentlichte Erfahrungsbericht der länderübergreifenden Überwachungsstelle Jugendschutz-net listet neue Gefahren auf, und zwar insbesondere so genannte file-sharing-systems. Ich bin überzeugt davon, dass die Länder mit Jugendschutz-net eine gute Sache angesteuert haben, die hilft, Kosten zu sparen, unnötige Abstimmungsvorgänge zu vermeiden und im Vorfeld staatlichen Handelns und staatlicher Sanktionen wirksam zu werden. Die gemeinsame Stelle ermöglicht eine der günstigsten Lösungen, weil sie hilft, Doppelarbeit in den Ländern zu vermeiden, Fach- und Sachkompetenz zu konzentrieren, einheitliches Verwaltungshandeln zu ermöglichen, umständliche Abstimmungsvorgänge zu vermeiden, einheitliche Entscheidungskriterien anzuwenden und den finanziellen Aufwand zu begrenzen. Auf der Grundlage einer Ländervereinbarung wird die gemeinsame Stelle Jugendschutz-net von allen Bundesländern finanziert. Wenn man ins Internet hineinhört, vernimmt man übrigens in etwa einen solchen Lärm, wie er derzeit hier im Parlament herrscht.

Ich begrüße, dass in den Bereich der Filter-Software für Schulen Bewegung gekommen ist. Zu nennen sind hier die Aktivitäten der Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Internet Content Rating Association, die einen kostenfreien Filter bereitstellen, oder das Angebot der Telekom Brandenburg, die, angeregt durch Aktivitäten meines Hauses, Schulen eine bezahlbare Sicherheitslösung anbietet, bei der eine zentrale Filter-Software zum standardmäßigen Lieferumfang gehört.

Ich bin froh, dass es inzwischen auch ein ganzes Netz an Meldestellen, Hotlines, freiwilliger Selbstkontrolle, niederschweligen Beratungsstellen, Jugend-Server, Bildungs-Server usw. gibt.

Ich könnte hier noch einiges über das sagen, was wir in der Vergangenheit auf diesem Gebiet gemacht haben. Das kann ich jetzt leider nicht zu Protokoll geben, aber Sie können es nachlesen.

Lassen Sie mich zum Abschluss, um Sie von Ihren Gesprächen nicht weiter abzulenken, nur noch sagen, dass wir weiterhin sehr hohe Investitionsmittel für m.a.u.s - Medien an unseren Schulen - zur Verfügung stellen, damit die Kommunen die Schulen nicht nur ans Netz bringen, sondern ihnen auch die Möglichkeit geben können, im Netz tätig zu sein. Insofern stehen wir in der Verantwortung.

Ich bin der Überzeugung, dass eine überwachende Kontrolle erfolgen muss. Der Jugendschutz ist und bleibt eine wichtige Aufgabe. Bund und Länder haben ausdrücklich vereinbart, die Regelungen künftigen Entwicklungen anzupassen. Gemeinsame Anstrengungen auf den verschiedensten Ebenen und in den unterschiedlichsten Bereichen müssen zeigen, dass es gelingt, den Kinder- und Jugendschutz als einem Gut von Verfassungsrang auch unter diesen Herausforderungen einen angemessenen Stellenwert zukommen zu lassen und die verschiedenen Möglichkeiten des Missbrauchs zu unterbinden oder zumindest auf ein Minimum zu reduzieren. Das ist ein weiter Weg; denn mit den Möglichkeiten des Gebrauchs steigen auch die Möglichkeiten des Missbrauchs. Thomas von Aquin hat gesagt: Abusus non tollit usum - der Missbrauch hebt den Gebrauch nicht auf. Man muss dem Missbrauch wehren. Das ist unsere Aufgabe. Die Koalition stellt sich dieser Aufgabe. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte diejenigen, die ich hier gestört habe, dies zu entschuldigen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3/3896 einschließlich Anlage folgen möchte, der möge die Hand aufheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist mehrheitlich angenommen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Erhaltungs- und Nutzungskonzept für die Stiftung "Stift Neuzelle"

Antrag
des Ausschusses für Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Drucksache 3/3894

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der PDS-Fraktion. Herr Hammer, bitte.

Hammer (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Beitrag ist ganz kurz. Wir unterstützen den Antrag.

Der beste Schutz für ein Denkmal ist seine Nutzung. Bisher sind die Versuche einer Privatisierung, was Gymnasien betrifft, gescheitert. Es gibt durchaus Initiativen von der Lehrerschaft in Neuzelle, eigenständig ein Gymnasium auf die Beine zu bringen. Gleichzeitig gibt es die Idee, ein Spezialgymnasium als Zubringer für die Europa-Universität mit Sprachkompetenz und den entsprechenden Fachrichtungen, die an der Europa-Universität gelehrt werden, zu gründen. Das heißt, es gäbe die Gelegenheit, eine neue Schule aufzubauen, und das ressortübergreifend und unkonventionell. Hier könnten also zwei Ministerien zusammenarbeiten. Auch die Abgeordneten der Region könnten sich vielleicht an solchen Projekten beteiligen, um die Kommunikation herzustellen und die Idee auf den Weg zu bringen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Wegen der nicht namentlichen Nennung der Antragsteller ist mir ein Lapsus unterlaufen. Ich frage deshalb nachträglich: Gibt es vonseiten des Ausschusses jemanden, der zu dem Antrag reden möchte? - Frau Vorsitzende, bitte sehr.

Frau Müller (Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Land Brandenburg verfügt mit dem ehemaligen Zisterzienserklöster Neuzelle über eine der wenigen unzerstörten Klosteranlagen in Deutschland und Europa und damit gleichzeitig über das größte Barockdenkmal Nord- und Ostdeutschlands. Es wurde Ende des 13. Jahrhunderts in der Niederlausitz gegründet und stand zunächst in böhmischer und sächsischer Herrschaft. 1817 wurde das Kloster säkularisiert und die Besitztümer wurden in ein preußisch-staatliches Stift Neuzelle überführt. Nach der Wende ging die Klosteranlage in brandenburgischen Besitz über. 1996 wurde das "Stift Neuzelle" als öffentlich-rechtliche Stiftung des Landes Brandenburg gegründet.

Laut Stiftungsgesetz soll das Stift Neuzelle zweierlei Zwecke verfolgen: Erstens soll die denkmalgeschützte Klosteranlage wieder hergestellt und erhalten sowie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und zweitens sollen die kulturelle Tradition und das historische Erbe bewahrt werden, indem Einrichtungen und Veranstaltungen unterhalten und gefördert werden, die der Kultur, Wissenschaft und Bildung dienen.

Gegenwärtig finanziert sich die Stiftung vor allem aus Pachten und Mieten und fristet ihr Dasein mit einem karg bemessenen Verwaltungshaushalt. Der finanzielle Rahmen lässt kaum Spielraum für Sanierung und Investitionen, beispielsweise für dringend benötigte Brandschutzeinrichtungen. Bisher größte und sicherste Einnahmequelle der Stiftung sind die Mieteinnahmen für das deutsch-polnische Gymnasium.

Seit geraumer Zeit ist deutlich geworden, dass sinkende Schülerzahlen den Schulbetrieb infrage stellen. Die Schulentwicklungsplanung muss aktualisiert werden, weil die jetzige Dichte an Gymnasien im Landkreis Oder-Spree nicht zu halten sein wird. Der Weiterbestand des Gymnasiums Neuzelle stellt deshalb eine besondere Herausforderung dar, aber auch deshalb, weil hier polnische Schülerinnen und Schüler ein deutsches

Abitur ablegen können. Gegenwärtig ist noch nicht sicher, ob die Anmeldungen ausreichen, um in diesem Jahr erneut zwei 7. Klassen einrichten zu können.

Um die Finanzierungsgrundlage des Stiftes zu erhalten, verhandelt die Landesregierung seit Jahren mit dem Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands und den Rahnschulen; denn eine Schule in privater Trägerschaft erschien als die geeignetste Lösung für die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs im Stift, wie bereits von meinem Vorredner gesagt wurde.

Viele Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Einziger verbliebener Verhandlungspartner sind die Rahnschulen. Wie der Geschäftsführer der Stiftung, Herr Ederer, mir kürzlich im Gespräch mitteilte, müssten rund 12 Millionen Euro in die Schule mit Internat investiert werden. Gleichzeitig seien aber etwa 600 Schüler für einen wirtschaftlichen Betrieb notwendig. Ein erschwingliches Schulgeld, das auch die Eltern polnischer Schülerinnen und Schüler aufbringen können, ist ebenfalls Voraussetzung für den künftigen Schulbetrieb. Dies macht deutlich, wie hoch das Risiko für den Investor ist und weshalb noch kein Ergebnis erreicht wurde.

Zwar wäre die Nutzung des Gebäudes zu anderen als schulischen Zwecken auch möglich, doch die Kosten des Umbaus wären unverhältnismäßig hoch, da das Gebäude im 19. Jahrhundert eigens für schulische Zwecke hergerichtet wurde. Es ist auch eine Zeitfrage.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wie sich die Geduld und das beharrliche Hoffen der Abgeordneten hier erklären. So viel zur Vorgeschichte.

In der Zwischenzeit ist seitens der Abgeordneten Bewegung in die Angelegenheit gebracht worden. Es gab mehrere Fragen im Landtag und auch zwei Befassungen im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Die Abgeordneten im Ausschuss waren sich einig, dass die Stiftung vom Land gewünscht war und ist und ihr Bestand dauerhaft gesichert werden muss. Sie sind sich deshalb einig darüber, dass es dabei nicht zielführend ist, wenn zwei Ressorts, nämlich das Bildungsministerium, weil es für Schulen zuständig ist, und das Kulturministerium, weil die Stiftung in seinen Zuständigkeitsbereich fällt, sich in Hilfskonstruktionen üben und dabei vielleicht den Anschein erwecken, sich ihrer Verantwortung für die Stiftung entziehen zu wollen, weil es eben dabei zu keinem Ergebnis kommen kann.

Es ist notwendig, dass die Landesregierung deshalb insgesamt konzeptionelle Vorstellungen zur dauerhaften Erhaltung der Stiftung "Stift Neuzelle" entwickelt. Die SPD-Fraktion geht dabei so weit, dass sie nicht ausschließlich am Schulbetrieb festhalten will, sondern auch Alternativen bedacht haben möchte, die eine multifunktionale Nutzung über das ganze Jahr gewährleisten, zum Beispiel Weiterbildungseinrichtungen, Berufsakademien, Fremdenverkehrseinrichtungen oder Ähnliches. Klar ist uns auch, dass ein Nutzungskonzept angemessene Zeit zur Umsetzung benötigt. Deshalb muss unter Umständen in einer Übergangsphase die finanzielle Sicherstellung durch das Land gewährleistet werden und gegebenenfalls eine kontinuierliche fachliche Beratung bei der Umsetzung des Konzepts durch das zuständige Ministerium erfolgen.

Die Stiftung selbst ist bemüht, finanziell dauerhaft auf eigenen

Beinen zu stehen. Sie beabsichtigt den Kauf von größeren Waldflächen, deren Bewirtschaftung sie künftig finanziell besser stellen wird.

Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Müller. - Ich gebe das Wort an die Fraktion der DVU, an Herrn Abgeordneten Firneburg.

Firneburg (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, vor über 700 Jahren wurde das Kloster des Zisterzienserordens in Neuzelle gegründet. Es ist heute das einzige vollständig erhaltene Kloster seiner Art im Land Brandenburg und eine der wenigen unzerstört erhaltenen Klosteranlagen deutschland- und europaweit. Es ist, landschaftlich attraktiv eingebettet, in den Ausläufern des Schlaubetals und der Diehloher Höhen gelegen, welche in Neuzelle in die Oderwiesen übergehen.

Im Jahre 1268 stiftete der sächsische Markgraf Heinrich der Erlauchte das Kloster Neuzelle, welches eine große Bedeutung in der Besiedlungsgeschichte der Niederlausitz erlangen sollte. 1817 wurde das Kloster der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und die Besitztümer wurden in ein preußisch-staatliches Stift Neuzelle überführt, welches noch bis 1955 weiter bestand. Zu diesem Zeitpunkt wurde das Stift Neuzelle dann durch den Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder) aufgelöst.

Erst nach der Wende, im Jahre 1990, setzte sich eine Kreistagsinitiative für die Wiederbelebung ein, die 1996 zu der Gründung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung "Stift Neuzelle" des Landes Brandenburg führte. Diese Stiftung nahm 1997 ihre Arbeit auf und hat die Aufgabe, die ehemalige Klosteranlage wieder herzustellen, sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sowie Wissenschaft, Kultur und Bildung zu fördern.

Es geht aber nicht nur um die Sicherung eines Kulturdenkmals und um die architektonische Bedeutung des Klosterensembles. Das Kloster bietet Chancen für viele Lebensbereiche. Hier wird die Geschichte lebendig gemacht und die Gegenwart belebt. Kulturveranstaltungen, also Konzerte, Ausstellungen und vieles mehr, ziehen Besucher an. Kulturelle Höhepunkte, die in Neuzelle in gewisser Regelmäßigkeit stattfinden, sind unter anderem Ausstellungen im Kreuzgangbereich, Klosterkonzerte, die bereits auf eine mehrjährige Tradition verweisen können, der "Lausitzer Opersommer" und weitere Veranstaltungen. Diese sollen dazu beitragen, die ehemalige Klosteranlage zu beleben und damit auch Mittel frei zu machen, mit denen die notwendigen Restaurierungen wesentlich erleichtert werden könnten.

Durch Investitionen und Maßnahmen zur Förderung des Tourismus möchte die Stiftung "Stift Neuzelle" auch zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region beitragen sowie Impulse für den Aufbau und die Erweiterung neuer Erwerbszweige geben.

(Unruhe im Saal - Glocke des Präsidenten)

Jede Veranstaltung erfordert Serviceleistungen, die durchaus

vom örtlichen Gewerbe erbracht werden können. Mittel zur Bewältigung ihrer Aufgaben und zur Finanzierung ihrer Ausgaben erwirtschaftet die Stiftung aus Liegenschaften des 1955 aufgelösten Stifts Neuzelle. Zur baulichen Wiederherstellung und Sanierung der Klosteranlage stellt das Land Brandenburg Baumittel zur Verfügung. Weitere Baumaßnahmen werden aus den Förderprogrammen finanziert.

Aber ist das für ein solches historisches, kulturelles und architektonisches Kleinod genug? Ein sehr wichtiger Punkt zum Erhalt dieses Barockensembles für die Kulturlandschaft unseres Landes - darin sind wir uns sicherlich alle einig - ist eine tragfähige Nutzungskonzeption für die in der Klosteranlage zur Verfügung stehenden Räume.

Unsere DVU-Fraktion stimmt deshalb dem Antrag zu. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Firneburg und erteile der Fraktion der CDU, Herrn Abgeordneten Dr. Niekisch, das Wort.

Dr. Niekisch (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Thema "Neuzelle" kann man das Thema "Preußen" leitmotivisch vorwegnehmen, das wir nachher besprechen werden.

Im Jahre 1817, nach dem Wiener Kongress, wurde eines der bedeutendsten barocken Kulturdenkmale in Mitteleuropa vom Land übernommen. Es gehört seitdem zu Preußen bzw. zu Brandenburg. Es ist so herausragend, dass heute nach dem Dom in Brandenburg (Havel) in Neuzelle das meiste an Fördermitteln und an Baumaßnahmen umgesetzt wurde. Also, wir wissen, wovon wir sprechen. Brandenburg (Havel) und Neuzelle sind zwei große kulturelle Spitzenpositionen im Land Brandenburg.

(Unruhe im Saal - Glocke des Präsidenten)

Es geht in diesem Antrag aber speziell um die Nutzung, um die Zukunft, um die Erhaltung dieses Ensembles. In dem großen Karree an der Klosterkirche gibt es ein Gymnasium mit etwa 5 000 m² Nutzfläche. Wenn Sie diese Quadratmeterzahlen hören, wissen Sie, dass man es nicht anders nutzen kann, weder als Begegnungsstätte noch als Hotel. Es gibt dort keinen anderen Bedarf und auch keine Möglichkeit. Angesichts der großen Probleme in der Region mit Schloss Groß Rietz, dem Schloss Lieberose oder auch angesichts der Probleme der Auslastung der Begegnungsstätte in Ratzdorf ist klar, dass eine andere Nutzung dort nicht möglich sein wird. Bei zurückgehenden Schülerzahlen gibt es auch bezüglich der weiterführenden Schulen Konkurrenzsituationen zu den Schulen in Guben und in Eisenhüttenstadt, Frau Kollegin Siebke und Frau Kollegin Müller. Das sehe ich durchaus; aber ich meine, Konkurrenz belebt das Geschäft.

Gerade an dieser Stelle eine Schule mit der Ausrichtung als deutsch-polnisches Gymnasium, das ist eine hervorragende Sache, zumal polnische Eltern, anders als deutsche Eltern, großen Wert darauf legen, dass die Kinder in eine Schule mit einem

schönen Rahmen und mit kirchlicher Nutzung und kirchlicher Atmosphäre in der Nähe gehen. Deswegen sollten wir alles versuchen, um das Gymnasium und eine schulische Nutzung dort am Ort zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Ich war mehrfach dort und habe mit dem Geschäftsführer gesprochen, der gerade diesen Punkt, die Attraktivität für polnische Eltern, deutlich hervorgehoben hat. Aber dieses Vorhaben ist noch nicht in dem Topf, in dem es kocht. Außerdem ist das Internat in Eisenhüttenstadt nicht gut untergebracht. Dort gibt es die hervorragende Option, das Haus E, die Seitengebäude zu Internaten auszubauen. Dort sollten wir das Geld hineinstecken, dort ist das sinnvoll.

Meine Damen und Herren, das Klosterstift hat eine wirtschaftliche Grundlage, die schmal, aber gerade ausreichend ist. Allerdings kann man dort aus eigener Kraft nicht wirtschaften, ausbauen und sanieren. Ein Viertel des Etats wird durch die Miete eingespielt, die von der Schule an das Stift gezahlt wird.

Es gibt vier bis sechs Optionen, wie wir diese Schule sichern können, zum Beispiel als Landesschule. Es gibt Vorbilder, in Sachsen-Anhalt "Schulpforta" oder in Sachsen "Sankt Afra" in Meißen mit der Ausrichtung Hochbegabtenförderung. Ich weiß, dass das schwierig ist, dass sich das Land in Cottbus aus dem Gymnasium zurückziehen will. Es gibt mit einer leisen Hoffnung immer noch die Option christliches Jugenddorfwerk. Wir könnten ein Konsortium aus Landkreis, Stiftung, Land und dem Amt Neuzelle bilden. Die Rahnschulen sind schon genannt worden, deren finanzielle Kraft womöglich nicht stark genug ist. Die Rahnschulen unterhalten aber zwei Schulen in Polen und verfügen daher über große schulinhaltliche Kompetenz.

Wir haben aber auch noch eine andere Option, nämlich Leerstand, meine Damen und Herren. Der Bauminister Meyer weiß, was Leerstand bedeutet. Leerstand ist sehr, sehr teuer. Da wir hier in preußischen Landen leben, sollten wir uns Leerstand an diesem herausgehobenen Ort der Kultur nicht leisten.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, vor allen Dingen Frau Ministerin Wanka und Herr Minister Reiche, ich möchte an Sie appellieren, das Klosterstift Neuzelle erst einmal von der kulturellen Seite zu sehen. Es ist eine Frage der Schulträgerschaft und in zweiter Linie auch eine Frage der schulinhaltlichen Gestaltung, also die Frage, welcher Schultyp dort vor Ort vorhanden sein sollte. Ich meine, es lohnt sich. Die Konkurrenz zu anderen Schulen in Fürstenwalde ist nicht so stark, als dass dort nicht ein Gymnasium Platz hätte. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Unsere Grenzlandsituation könnte dort ein ganz wichtiges Entwicklungsstandbein darstellen, vor allem für die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dr. Niekisch und erteile das Wort der Landesregierung, Frau Ministerin Wanka.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Neuzelle - wir haben es mehrfach gehört - nimmt als einzigartiges barockes Ensemble eine Sonderstellung ein und ist ein Kleinod für das Land Brandenburg. Aus diesem Grunde hat man 1996 die Stiftung "Stift Neuzelle" gegründet: um eine dieser Bedeutung angemessene Entwicklung zu ermöglichen. Die kulturelle Tradition und das historische Erbe verpflichten dazu, dass der Zweck der Stiftung im Prinzip kulturelle, wissenschaftliche und Bildungsveranstaltungen sind.

Das Stiftungsvermögen umfasst über 1 000 ha. Dazu gehören die Klosteranlage, Waldflächen, landwirtschaftliche Nutzflächen und Gewässer. Wir streben weitere Vermögenszuweisungen in Größenordnungen von bis zu 10 000 ha Waldfläche an. Die Waldbewirtschaftung hat sich sehr erfolgreich entwickelt.

Zu dem, was Sie, Frau Müller, sagten, was die Zusammenarbeit der verschiedenen Ministerien betrifft: Es ist ausgehend vom MWFK in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium, dem Bauministerium und dem Landwirtschaftsministerium in einer sehr großzügigen Art und Weise, auch mit Bundesmitteln, über entsprechende Förderprogramme unwahrscheinlich viel an Fördermitteln und Investitionen in dieses Kloster geflossen. Nach dieser Anschubfinanzierung ist es der Stiftung gelungen, den Haushalt ausschließlich aus eigenen Einnahmen zu finanzieren. Außerhalb des Haushalts der Stiftung stellt das Land alle Mittel für Investitionen und Gelder für den Kulturhaushalt zur Verfügung. Langfristig kann die Stiftung aber nur funktionieren, wenn entsprechende Mieteinnahmen vorhanden sind, die wir bis jetzt durch die Schulnutzung hatten.

Klassisch fand in Neuzelle Priesterausbildung statt. Das heißt, das gesamte Areal und die Räumlichkeiten sind auf Schulausbildung und Internatsnutzung ausgerichtet. Die Bausummen, die wir brauchen, um dies wieder herzustellen, belaufen sich auf mehr als 20 Millionen Euro. Wenn man eine andere Art der Nutzung präferiert, werden die Summen noch erheblich höher. Außerdem ist dieses Objekt für die Schulnutzung besonders geeignet. Dazu kommt, dass sich durch den Denkmalschutz verschiedene Arten der Nutzung von vornherein verbieten.

Es besteht die Illusion, dieses Klosterstift ausschließlich als kulturelle Einrichtung zu fördern. Das ist nicht möglich. Wir können es also nicht institutionell fördern. Kultureinrichtungen dieser Art mit überregionaler Wirkung und Ausstrahlung bedürfen ständiger Zuschüsse, was nicht möglich ist. Außerdem findet die Art der kulturellen Nutzung auf einem sehr hohen Niveau schon jetzt mit entsprechender Stützung statt. Es gibt dort Ausstellungen, Opern, Konzerte. Nach der Restaurierung des Kreuzganges wird das noch intensiviert werden.

Das heißt, wir brauchen unbedingt eine Schulnutzung. Welche Art der Schulnutzung das sein wird, ist nicht entschieden.

Es könnte Hochbegabtenförderung sein - Eliteschule für Berlin war ein Konzept -, es kann eine öffentliche Schule sein, es können irgendwelche Hilfskonstrukte sein, es kann eine Berufsschulausbildung sein oder auch etwas anderes. Aber eine Intention in Richtung Schule ist notwendig.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das MBJS ist dabei federführend und meint, dass wir bis zum Sommer ein tragfähiges Konzept für eine Schulnutzung haben werden. Dann wäre der Bestand von Neuzelle gesichert. Anderenfalls wird es sehr, sehr schwierig werden. Ich denke aber, dass der Antrag des Ausschusses mit Berichtspflichten und entsprechenden Auflagen für das gesamte Vorhaben günstig ist, Frau Müller. - Danke schön.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Ministerin Wanka. - Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Ich rufe den Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur in der Drucksache 3/3894 zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 11 und rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Gemeinsames Land Preußen

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3912

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und erteile der einreichenden Fraktion das Wort. Herr Abgeordneter Schuldt, bitte schön.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum nicht Preußen? Der Name Preußen ist mehr als ein Symbol. Preußen ist eine Staatsphilosophie, von der wir heute noch lernen können.

189/90 war es höchste Zeit, dass die Zerreißung Deutschlands an Elbe und Werra und quer durch Berlin endlich überwunden wurde. Diese Teilung war vom Hass der Siegermächte nach einem furchtbaren Weltkrieg diktiert.

Jetzt aber ist es wirklich allerhöchste Zeit, ein weiteres hasserfülltes Diktat der Nachkriegszeit auf dem geschichtlichen Abfallhaufen zu entsorgen, nämlich die im so genannten Alliierten-Kontrollratsgesetz vom 25. Februar 1947, also von vor ziemlich genau fünfzehn Jahren, verfügte Tilgung Preußens.

Die vor über einem halben Jahrhundert für dieses Diktat angeführte Begründung, dass Preußen sozusagen das Nest eines gefährlichen Militarismus sei, war geschichtsblinder Unsinn. Diese Vergewaltigung der Wahrheit ist, wenn überhaupt, nur aus der damaligen Verwirrung der Geister nach einem entsetzlichen Völkerringen zu begreifen und muss jetzt realistischer Beurteilung weichen.

Wenn jener Teil Preußens, der 1945 Deutschland nicht entrissen wurde, also Brandenburg diesseits der Oder mit Berlin, der Hauptstadt Preußens über Jahrhunderte, endlich wieder Preußen heißt, dann ist dies ein Akt der historischen Wiedergutmachung für Unrecht, das dem Ansehen des Preußentums zugefügt worden ist mit seinen ewig gültigen Werten deutscher Treue und Redlichkeit, der Duldsamkeit und Friedensliebe.

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Schuldt?

Schuldt (DVU):

Nein, ich bin gerade im Redefluss. - Gerade in der Zeit des allgemeinen Werteverfalls sind Erinnerungen an Toleranz, Gemeinsinn, Pflichterfüllung und Sparsamkeit unverzichtbar. Die preußische Sparsamkeit hätte einen nahezu bankrotten Staat, Frau Ministerin Ziegler, längst in ein saniertes Staatswesen verwandelt.

Herr Minister Ziel hat dem Land einen guten Dienst erwiesen, indem er eine Forderung der Deutschen Volksunion übernommen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD] - Gelächter bei SPD und CDU)

Die Preußen wollen den Namen "Preußen" wieder stolz und aufrecht tragen.

(Beifall bei der DVU - Gelächter bei SPD und CDU)

Herr Minister Reiche, die Bildungsmisere, die in der katastrophalen PISA-Studie deutlich wird, wäre Friedrich II. bzw. dem Großen nicht passiert.

(Beifall bei der DVU - Zurufe von SPD und CDU)

Dieser herausragende Staatsmann überzog Preußen mit einem flächendeckenden Schulnetz. Das preußische Bildungssystem war einsame Spitze in der ganzen Welt.

(Beifall bei der DVU - Heiterkeit und Zurufe)

Herr Minister Ziel, Sie haben richtig erkannt: Preußen war wesentlich bestimmt durch Namen wie Stein und Hardenberg, die Gebrüder Humboldt, Leibniz, Kant, Hegel, Fichte und vor allem durch einen König, der sich selbst als erster Diener seines Staates verstand.

(Beifall bei der DVU - Zurufe und Unruhe bei SPD, CDU und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Schuldt?

Schuldt (DVU):

Nein.

Vizepräsident Habermann:

Danke.

Schuldt (DVU):

Das Preußenjahr 2001, 300 Jahre nach der Krönung des ersten preußischen Königs, war ein großer Erfolg für Lernbereitschaft und Urteilsvermögen.

(Zurufe von der PDS)

Ich kann Sie nur beglückwünschen, Herr Ziel, dass Sie den Namen "Preußen" wieder zu einem Staatsbegriff machen. Dieses bedarf einer gehörigen Portion Courage.

(Beifall bei der DVU - Gelächter und Zurufe bei SPD, CDU und PDS)

Herr Ministerpräsident, auch Sie haben sich gerade im vergangenen Jahr des Öfteren dergestalt geäußert, dass Sie sich als Preuße fühlen. Stehen Sie jetzt einfach zu Ihrem Wort!

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD] - Weitere Zurufe von SPD, CDU und PDS)

Der Name "Preußen" ist kein verspäteter Karnevalsscherz, sondern ein Programm für die Zukunft der beiden Bundesländer Brandenburg und Berlin nach einer Fusion.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

- Ich habe Sie nicht verstanden, aber es wird wohl auch nichts Vernünftiges gewesen sein.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

Es mag ja sein, dass manche rote Socke, die nach 1989 mehrfach den Hals gewendet hat - schreien Sie nicht so, Herr Klein -,

(Beifall bei der DVU)

befürchtet, dass die Hohenzollern wieder ins Neue Palais zurückkehren.

(Gelächter und Unruhe)

Die Wendehälse mögen sich daran erinnern, dass unter Honecker das große Reiterdenkmal in Berlin wieder aufgestellt wurde. Die NVA marschierte im preußischen Stehschritt. Das müsste doch die Herzen von Altgenossen wie Ihnen, Herr Vietze, und Kollegen Bisky höher schlagen lassen.

(Beifall bei der DVU - Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS] - Weitere Zurufe und Gelächter bei SPD, CDU und PDS)

Was sind Berlin und Brandenburg heute? - Zwei Hungerleider!

Die DVU steht für ein neues, modernes Preußen, für ein Preußen der Toleranz mit Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Anständigkeit, Friedfertigkeit und Patriotismus, für ein Land, in dem jeder nach seiner Fassung selig werden kann, in dem aber die Deutschen auch ihre Identität und Kultur bewahren können.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Schuldt, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Gelächter und Beifall bei SPD, CDU und PDS sowie Zurufe)

- Entschuldigung, Sie haben ja zehn Minuten Redezeit.

Schuldt (DVU):

In den Reigen der touristischen Länder wie Bayern und Sachsen würde sich Preußen wunderbar eingliedern. Besucher werden wie im Preußenjahr unsere Schlösser und Parks, geschichtlichen Gebäude und Städte besuchen. Sie werden in das aus der Geschichte bekannte Land Preußen fahren, um hier zu übernachten und Geld auszugeben. Auf die Vorteile für die Wirtschaft komme ich später zu sprechen.

(Unruhe bei SPD, CDU und PDS)

Herr Minister Ziel, Sie haben hier eine wichtige Diskussion angestoßen und Sie haben damit eine Forderung der DVU zu einem langfristigen Thema gemacht.

(Beifall bei der DVU - Gelächter bei SPD, CDU und PDS)

Sollte es zur Gründung eines Landes Preußen kommen, beantrage ich die Ehrenmitgliedschaft in der DVU für Sie.

(Beifall bei der DVU - Gelächter und Zurufe von SPD, CDU und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Für die Koalitionsfraktionen spricht der Abgeordnete Klein.

(Schippel [SPD]: Das kannst du nicht toppen! - Klein [SPD]: Das ist wahrscheinlich nicht zu toppen!)

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war eine Rede, die mich an Zeiten erinnert, die vor etwa drei Wochen vorübergegangen sind. Aschermittwoch ist längst vorbei. Herr Schuldt, ich gebe zu, dass es sicherlich Ihre beste Rede hier war, es war aber leider nur eine Büttenrede.

(Beifall bei SPD und CDU)

Da aber der Name "Preußen" mit einer Idee, die von diesem Landtag ja auch einmal getragen worden ist, verbunden ist, tut es mir wirklich Leid, dass ich mich auf dieses Niveau nicht herabgeben kann.

Aber wie es der Zufall will, die zugegebenermaßen bedeutende Zeitung in der Region, in der ich zu Hause bin, nämlich der "Ruppiner Anzeiger", schreibt - natürlich in Person des bedeutenden Journalisten Rainer Düsterhöff - unter dem Titel "Aus 16 mach' 8", Untertitel "Preußenfan Erhard Boedeker will Zahl der Bundesländer reduzieren":

"Der Wustrauer Museumsbetreiber Erhard Boedeker ist

mit Vorschlägen zu einer deutschlandweiten Gebietsreform an die Öffentlichkeit getreten. Boedeker fordert, die Anzahl der Bundesländer von derzeit 16 auf 8 zu halbieren."

Damit könne der Verwaltungsaufwand um 20 % gesenkt werden. Das brächte jährliche Einsparungen in Höhe von 82 Milliarden Euro - was ich jetzt nicht überprüfe. Dann wieder Zitat von Herrn Boedeker:

"Wir befinden uns in einer grauenhaften Situation, aber niemand spricht darüber."

Ich sage: Da irrt Herr Boedeker; denn wir sprechen sehr wohl darüber, und zwar nicht deshalb, weil Herr Schuldt hier seine Büttenrede hielt, sondern deshalb, weil sich dieser Landtag, dieses Hohe Haus, wie in den Jahren zuvor - ich erinnere an 1994, 1995 und 1996 - ernsthaft damit beschäftigt hat, diese beiden Ländern zu vereinigen, weil dies für den Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland von großem Vorteil gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Wir sind uns auch darüber im Klaren, dass die Vereinigung dieser beiden Länder ein Beispiel dafür gewesen wäre, dem andere Länder - vielleicht nicht willig, aber der Vernunft gehorchend - gefolgt wären. Das Vorhaben ist leider misslungen. Wie wir alle wissen, hat uns die Brandenburger Bevölkerung seinerzeit eine Absage erteilt - allerdings nicht deshalb, weil wir nicht den richtigen Namen für dieses Land gefunden hätten, sondern aus ganz anderen Gründen, die ich nicht im Einzelnen aufzähle, weil sie allen, die hier sitzen und die Sache ernsthaft betrachten, ohnehin geläufig sind.

Dass der Sozialminister dieses Landes den Namen "Preußen" ins Gespräch gebracht hat, hat einen gewaltigen Effekt. Wir beschäftigen uns - so wie es sich Herr Boedeker aus Wustrau, der offensichtlich Preußenfan ist, gewünscht hat - allerdings nicht damit, welchen Namen dieses Land tragen soll, sondern damit, wie wir diese beiden Länder zu einer Region vereinigen und zu einem starken Land in der Bundesrepublik Deutschland machen und damit eine Reform des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland erreichen können.

Ich komme zum Schluss: Der Name dieses gemeinsamen Landes ist von untergeordneter Bedeutung. Niemand wird seine Entscheidung über eine Vereinigung davon abhängig machen, wie dieses Land heißen soll. "Preußen" wäre vielleicht geeignet; ich wage es nicht zu sagen.

Ich denke, wir werden den Antrag der DVU heute ablehnen. Vielleicht wäre "Schlaraffenland" ein Name, den wir uns ausuchen könnten. - Nun habe ich mich zum Schluss doch noch ein wenig auf das Niveau von Herrn Schuldt gegeben. - Vielen Dank.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Klein, Sie hätten noch eine Chance, wenn Sie eine Frage beantworteten, die während Ihres letzten Satzes angemeldet worden ist. - Herr Dr. Niekisch, bitte.

Dr. Niekisch (CDU):

Herr Kollege Klein, ich stelle Ihnen eine Frage, die ich eigentlich Herrn Schuldt stellen wollte.

(Unmut bei der SPD - Klein [SPD]: Das qualifiziert mich ab!)

“Preußen” ist ein großer Name und hatte bis 1871 sogar eine “nationale Sendung”. Aber nach alledem, was im 20. Jahrhundert geschehen ist, erhebt sich schon die Frage: Sind Berlin und Brandenburg nicht ein wenig zu klein für diesen großen Namen und diese Tradition?

Klein (SPD):

Herr Niekisch, Sie haben ja gehört, dass ich sagte: Die Vereinigung dieser beiden Länder wäre ein Signal gewesen. Die Überlegungen bezüglich der Frage, wie die neue Form des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland aussehen könnte, müssten dann natürlich diejenigen anstellen, die dafür die Verantwortung zu tragen haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Klein, und gebe das Wort an die Fraktion der PDS. Bitte, Herr Abgeordneter Vietze.

Vietze (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit der “Morgenpost” beginnen, die eine ganze Seite zu dem Thema “Ich bin ein Preuße oder kein Preuße und ich will ein Preuße sein oder kein Preuße sein” enthält. - Ich finde es zumindest bemerkenswert, dass diese Seite der DVU nicht verborgen geblieben ist; denn sie hat aus dem Text einen Antrag erstellt, der einen gewissen Unterhaltungswert hat, Herr Schuldt. Es gab also einen Initiator für die Debatte.

Ich meine allerdings: Wir hatten im letzten Jahr das Jubiläum “300 Jahre Preußen”. Ich möchte zumindest anerkennend sagen, dass dieses Jahr deshalb so erfolgreich war, weil Sie darauf verzichteten, in dem Zusammenhang einen solchen Antrag einzubringen. Deshalb war das Jubiläum “300 Jahre Preußen” tolerant, weltoffen und - wie ich finde - inhaltlich viel souveräner, kulturvoller und - ich kann mich noch steigern - auch politisch übergreifend, solider. Ich finde, wir sollten es dabei belassen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen zu sagen, dass das, was Sie zu Beginn Ihres Beitrages sagten, eines besonders deutlich macht: Auf Ihre Ratschläge haben wir in diesem Parlament noch gewartet. Denn wenn im Hinterkopf des Antragstellers Preußen in seinen historischen Grenzen herumspukt, dann ist das nicht nur eine Verunsicherung für unsere östlichen Nachbarn. Auch manch einer im Westen würde dann Sorgen und Probleme bekommen.

Vielleicht nehmen Sie einmal - weil Sie so emotional auf die Preußen, die so stolz sind, abgehoben haben - einen Preußen

zur Kenntnis, der sich dem Lande Preußen in dieser Situation möglicherweise stärker verpflichtet fühlt als Sie. Ich beziehe mich auf ein Zitat von Franz Friedrich Prinz von Preußen, der sagte:

“Man kann nicht aus einer Laune heraus Berlin-Brandenburg auf ‘Preußen’ umtaufen. Zum einen hatte Preußen eine viel größere Dimension. Zum anderen würde die Umbenennung den uralten Namen ‘Brandenburg’ verdrängen, aus dem sich der preußische Staat entwickelt hat.”

Seien wir doch stolz auf das Urland, also auf Brandenburg! Ich finde, damit kann jeder Preuße leben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei PDS, SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Vietze. - Die Landesregierung nimmt ihr Rederecht nicht wahr.

(Allgemeines Bedauern)

Ich gebe das Wort noch einmal dem Abgeordneten Schuldt. Bitte sehr.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Kommunisten der ehemaligen DDR war immer daran gelegen, eine patriotische Haltung der Bevölkerung zu ihrem Heimatland herzustellen. Warum machen es die heutigen PDS-Genossen nicht genauso? Wir wollen uns nicht irremachen lassen von ewiggestrigen Preußenhassern in Deutschland.

Herr Klein, Herr Vietze, Ihnen sei empfohlen, Ihr Gehirn wegen unterlassener Hilfeleistung zu verklagen.

(Gelächter und Unmut bei SPD und PDS)

Fair urteilenden Ausländern in Ost und West war und ist bewusst: Preußen war von allen europäischen Mächten am friedfertigsten; es hat die wenigsten Kriege geführt. Es waren anerkannte US-amerikanische Historiker und Kriegsforscher wie die Professoren Wright und Sorokin, die das unwiderlegbar nachwiesen.

Was geschichtskundige Russen betrifft: Sie wissen um die heldenhafte Waffenbrüderschaft mit den Preußen - nicht zu DDR-Zeiten, sondern von 1813 bis 1815. Es war ein gemeinsamer Befreiungskrieg zur Abschüttelung des napoleonischen Jochs, das beide Länder, ja ganz Europa in die Sklaverei zu drücken drohte. Andererseits war Preußen jahrhundertlang einer der Motoren des Wirtschaftslebens und von Handel und Wandel in Kontinentaleuropa.

Preußische Kolonisten zogen unter der Regentschaft der preußischen Generalstochter aus Zerbst und russischen Regentin Katharina der Großen ebenso nach Russland, wie Kaufleute und Techniker aus den Niederlanden und Flandern oder französische Hugonotten das Leben Preußens bereicherten.

Der Merkantilismus und die damit einhergehende Entwicklung des Manufakturwesens als Vorstufe der Industrialisierung im 18. Jahrhundert wurden in Preußen enorm vorangetrieben. Der enorme wirtschaftlich-technische und soziale Aufschwung des Deutschen Bundes und des Deutschen Reiches ab 1871 wäre ohne den Motor Preußen so nicht möglich gewesen.

Wenn wir an diese Traditionen anknüpfen und vor allem wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Errungenschaften rasch weiterentwickeln, dann kann auch heute wieder ein unter dem Namen Preußen vereinigtes Bundesland Berlin-Brandenburg zu einem Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und zu einem - wie von Ihnen, Herr Minister Dr. Fürniß, gewünscht - wirklichen Silicon Valley auf märkischem Boden werden. Dazu bedarf es allerdings ebenso wie im Bereich des Tourismus nicht nur einer Zukunftsagentur, sondern vor allem einer für Investoren berechenbaren Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die sich an preußischen Tugenden wie Sparsamkeit, Fleiß, harter Arbeit und einem auf höchstem Niveau angesiedelten Bildungs- und Wissenschaftssystem orientieren.

Übrigens hat sich nach 1945 niemand mehr für die Ehrenrettung Preußens und dessen Wiederbelebung eingesetzt als der 1980 verstorbene Prof. Hans-Joachim Schoeps. Als seinen größten Wunsch nannte er es, im Zeichen Preußens wieder durch Potsdams Straßen gehen oder auf der Marienburg stehen zu können. Zumindest den ersten Teil des Vermächtnisses des großen deutsch-jüdischen Philosophen und Patrioten alsbald zu erfüllen sollten wir uns jetzt und hier anschicken.

Stimmen Sie unserem DVU-Antrag zu und rufen Sie mit mir zusammen: Es lebe Preußen!

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der DVU hat zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt.

(Lachen bei SPD und PDS)

Sie kennen das Procedere. Ich möchte Sie nur noch einmal bitten, so laut zu sprechen, dass die Schriftführer hier oben Ihr Abstimmungsvotum deutlich hören können.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es hier einen Abgeordneten, der keine Gelegenheit hatte, seine Stimme abzugeben? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte Sie um etwas Geduld.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Antrag in der Drucksache 3/3912 bekannt:

Für diesen Antrag stimmten 5 Abgeordnete, 59 Abgeordnete

waren gegen diesen Antrag. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 3507)

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 12 und rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Bundesratsinitiative für eine verbesserte Arbeitsvermittlung

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3913

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der Fraktion der DVU. Frau Abgeordnete Fechner, Sie haben das Wort.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 1 Milliarde Euro könnte eingespart werden, wenn die durchschnittliche Arbeitslosigkeit auch nur um eine Woche verringert werden könnte, und das ist eine Angelegenheit der Vermittlung der vorhandenen freien Stellen an die überreichlich vorhandenen Arbeitsuchenden.

Der Skandal der letzten Wochen um die statistischen Mausechelen in der Bundesanstalt für Arbeit hat das Problem der Arbeitsvermittlung wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Unsere Bundesregierung, an deren Spitze noch der Mann mit der ruhigen Hand steht, hat hektische Betriebsamkeit entwickelt und kurz nach Einbringung unseres Antrages ebenfalls Maßnahmen angekündigt. Doch dazu komme ich noch.

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass die Möglichkeiten der privaten Arbeitsvermittler in Deutschland erheblich ausgeweitet werden. Wir wollen sie der Knute der Bundesanstalt für Arbeit entziehen, die bisher den Daumen auf der Zulassung privater Konkurrenten hat, und wir wollen, dass diese privaten Arbeitsvermittler stärker durch öffentliche Gelder gefördert werden, die derzeit noch in die Nürnberger Bundesanstalt gepumpt werden. Deswegen hat die DVU-Fraktion diesen Antrag eingebracht, durch den mithilfe einer Bundesratsinitiative entsprechende Änderungen in der Arbeitsvermittlerverordnung erreicht werden sollen.

Meine Damen und Herren, eine Verbesserung der Arbeitsvermittlung ändert natürlich nichts am Grundproblem, nämlich an der Tatsache, dass es hier in Deutschland zu wenige Arbeitsplätze gibt.

Das ist eine Angelegenheit der Wirtschaft, aber auch der Politik, die für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verantwortlich ist. Daran kann auch eine effektivere Arbeitsvermittlung nicht viel ändern. Sie kann aber dazu beitragen, dass die wenigen freien Stellen schnellstmöglich besetzt werden.

Meine Damen und Herren, den größten Teil der Arbeitsvermittlung in Deutschland erledigen die fast 90 000 Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung. Ohne die Arbeit dieser Menschen sähe es -

gefälschte Statistiken hin und her - in Deutschland und gerade in Brandenburg noch düsterer aus.

Die bisher von Herrn Jagoda geführte Verwaltung beschäftigte sich in den letzten Jahren mehr und mehr mit sich selbst. Der riesige ineffektive Wasserkopf der Bundesanstalt für Arbeit konnte gravierende Missstände über Jahre unter der Decke halten. Keine ruhige Hand wird ausreichend sein, um tief greifende Verbesserungen zu erreichen. Man kann aber diesen Koloss entlasten, indem man die private Konkurrenz seiner Fuchtel entzieht. Wir sehen in Verbesserungen der Möglichkeiten für private Arbeitsvermittler einen wesentlichen Punkt bei der Reform der Arbeitsvermittlung insgesamt.

Natürlich gibt es auch Stimmen, die nicht sehr viel von privater Arbeitsvermittlung halten. So kam beispielsweise von Herrn Norbert Blüm, der 16 Jahre als Minister für die Arbeitsverwaltung verantwortlich war, einiges an Kritik. Diese wurde natürlich von Freunden der Planwirtschaft und der Verstaatlichung umgehend aufgegriffen. So wird unter anderem beklagt, die privaten Arbeitsvermittler griffen sich nur die Rosinen heraus und überließen den Arbeitsämtern die schwierigen Fälle.

Solange es nur so wenige Private in diesem Bereich gibt, suchen sie sich natürlich nur die lukrativen Fälle heraus. Das ist ganz natürlich. Doch eines ist Fakt: Die Privaten sind allgemein besser motiviert und investieren mehr Zeit und Energie in jeden einzelnen Arbeitssuchenden, als es öffentlichen Arbeitsvermittlern je möglich gewesen wäre.

In etlichen Ländern, darunter auch die Niederlande und Australien, arbeitet man schon seit Jahren sehr erfolgreich mit privaten Arbeitsvermittlern und hat sehr viele positive Erfahrungen machen können. In Australien hat der staatliche Vermittler nur noch einen Marktanteil von 8 %. Den Rest des Marktes teilen sich gemeinnützige und kommerzielle Agenturen. Das australische Arbeitsministerium ist mit dem seit 1998 praktizierten System zufrieden. Die Zahl der registrierten offenen Stellen verdreifachte sich schon im ersten Jahr der Marktöffnung; die Zahl der Vermittlungen kletterte um das Zweieinhalbfache. Das sind Fakten, die auch den Kritikern zu denken geben müssten.

Die Nürnberger Anstalt darf keinen Einfluss mehr auf die Zulassung privater Arbeitsvermittler haben. Solange die Bundesanstalt für Arbeit darüber bestimmt, wer ihr Konkurrenz machen darf, kann sich die Zahl der von Privaten vermittelten Arbeitslosen natürlich nicht nennenswert vergrößern. Diese Bestimmung muss fallen.

Des Weiteren fordern wir in unserem Antrag eine verstärkte öffentliche Förderung privater Arbeitsvermittlungsunternehmen. Sorgen Sie dafür, dass die Milliarden, die eigentlich für die Förderung der Arbeit ausgegeben werden sollen, nicht mehr nur in der Verwaltung der Arbeitslosigkeit versickern. Wenn Private besser arbeiten, dann müssen sie ihren Teil von diesem gigantischen Kuchen abbekommen. Öffentliche Gelder sollen möglichst effektiv verwendet werden. Eine Förderung der privaten Arbeitsvermittlung ist sicherlich keine schlechte Investition. Wenn diese öffentliche Förderung steigt, sofern ein privates Vermittlungsinstitut beispielsweise mehr Langzeitarbeitslose vermittelt, dann werden sich die Privaten dieser Aufgabe noch intensiver widmen.

Meine Damen und Herren, die Massenarbeitslosigkeit ist gerade in Brandenburg das gravierendste Problem. Genau wie Sie und die meisten anderen Brandenburger haben wir es fast schon aufgegeben, darauf zu hoffen, dass von unserer Bundesregierung irgendwelche Impulse kommen, die auch nur zur Linderung dieses Problems nennenswert beitragen. Zu viele alte Zöpfe müssten abgeschnitten, zu viele eigene Fehler zugegeben, zu viele zielgerichtete und koordinierte Aktivitäten entwickelt werden. Das ist von der jetzigen Bundesregierung nicht zu erwarten.

Nutzen Sie daher als parlamentarische Vertreter der Brandenburger die Möglichkeit, auf unsere Landesregierung und auf diese wie auch auf die nächste Bundesregierung Druck auszuüben, sich des Problems endlich effektiv anzunehmen. Deshalb fordere ich Sie auf: Unterstützen Sie unseren Antrag!

Meine Damen und Herren, nachdem wir unseren Antrag konzipiert und eingereicht hatten, hat die Bundesregierung ihren Zweistufenplan für die Reform der Bundesanstalt für Arbeit vorgestellt, der den freien Zugang zur Tätigkeit als privater Arbeitsvermittler vorsieht. Der riestersche Schnellschuss zur Reform der Arbeitsvermittlung klingt hinsichtlich vieler Bereiche sehr vernünftig. Wir wünschen dem Minister viel Erfolg bei seinen Bemühungen, dies doch noch durchzusetzen. Wir halten es aber bei dieser Regierung für denkbar unwahrscheinlich, dass Herr Riester dieses Programm auch nur innerhalb der Regierungskoalition durchsetzen kann, bevor er im Herbst seinen Sessel räumen muss. Deswegen wollen wir als Fraktion der Deutschen Volksunion die Länder und den Bundesrat in die Pflicht nehmen. Dieses dringend erforderliche Reformvorhaben darf nicht als Wahlkampfte krepieren.

Wie bereits geäußert, freuen wir uns über entsprechende Absichtserklärungen der Bundesregierung, allein uns fehlt der Glaube. Haben Sie sich einmal die entsprechende Erklärung der Bundesregierung durchgelesen? Darin steht unter anderem, bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen könne der Gesetzentwurf beraten und beschlossen werden. Danach hofft Herr Riester auf die Zustimmung des Bundesrates.

In dieser Erklärung sind so viele "Wenn" enthalten, dass wir den Verdacht haben, der Herr Minister will uns bereits schonend darauf vorbereiten, dass die geplanten Änderungen nicht zum 1. April in Kraft treten werden. Doch bei diesem Vorhaben ist Eile geboten; denn, wie Ihnen bekannt sein dürfte, steigt die Zahl der Arbeitslosen stetig. Deswegen sollten wir mit dieser Bundesratsinitiative entsprechenden Druck machen.

Falls die Bundesregierung den von Herrn Riester genannten Zeitplan wirklich einhalten will, würde die Initiative des Landtages Brandenburg dabei äußerst hilfreich sein. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Fechner. - Wir sind damit am Ende der Aussprache, weil die anderen Fraktionen und auch die Landesregierung Redeverzicht angezeigt haben.

Ich komme zur Abstimmung. Die Fraktion der DVU beantragt,

den Antrag in der Drucksache 3/3913 an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem Antrag in der Drucksache 3/3913 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 13 und rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Bericht zur Umsetzung der Forstreform

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/3923

Dazu liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU in Drucksache 3/3965 vor.

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und erteile für die Fraktion der PDS der Abgeordneten Wehlan das Wort.

Frau Wehlan (PDS):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag, der hiermit zur Debatte und zur Abstimmung über die Überweisung in den zuständigen Fachausschuss ansteht, tangiert ein Thema, das neben Polizeireform und Gemeindegebietsreform zu den wichtigsten Projekten der Landesregierung zählt. Die PDS-Landtagsfraktion hat von Anbeginn an deutlich gemacht, dass auch sie für die Neustrukturierung der Landesforstverwaltung Reformbedarf sieht. In unseren Anträgen zur umsichtigen Vorbereitung der Forstreform, für ein Konzept für den Kleinprivatwald und für die zeitliche Harmonisierung der Landesforstreform mit der Reform der Naturschutzverwaltung haben wir unsere Position dazu dargelegt.

Unserer Auffassung nach sollte über ein in finanzpolitischer Hinsicht so wichtiges Strukturprojekt im Landtag diskutiert und anschließend von diesem über die Eckpunkte beschlossen werden. Das haben Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, anders gesehen. Deshalb ist durch eine Kabinettsentscheidung am 25. September 2001 das Konzept zur Forstreform gebilligt worden. Mit Ihrem Entschließungsantrag, durch den die Begleitung der Umsetzung der Forstreform durch den Landtag abgelehnt werden soll, wählen Sie nun wieder diesen Weg.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich kann nur charmant betonen: Es gibt für meine Fraktion noch andere parlamentarische Mittel, eine Berichterstattung der Landesregierung über die Umsetzung der Forstreform und eine Diskussion dazu im Landtag einzufordern.

(Beifall bei der PDS)

Dabei denke ich an eine Große Anfrage zu diesem Thema. Ver-

ehrte Kolleginnen und Kollegen, mit dem von Ihnen eingebrachten Entschließungsantrag zwingen Sie Ihrem Minister und seinen Mitarbeitern zusätzliche Arbeit auf. Die Inhalte werden dann wir bestimmen und nicht Herr BIRTHLER, wie es bei der beantragten Berichterstattung wohl eher möglich wäre. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung der öffentlichen Wahrnehmung der PDS-Oppositionsarbeit!

Gestatten Sie mir nun, auf drei grundlegende Probleme hinzuweisen, die die Notwendigkeit einer Begleitung der Forstreform durch den Landtag verdeutlichen.

Erstens: Verglichen mit der Rasanz von Wirtschaftsabläufen scheinen die Begriffe Forst und Wirtschaft kaum noch zueinander zu passen. Wenn Wirtschaft heute verlangt, dass über Milliardeninvestitionen in Wochenfristen entschieden werden muss, um einen möglichen technologischen Vorlauf mit dem Ziel kommerziellen Erfolges zu ermöglichen, dann geraten Abläufe, die sich in Jahrzehnten und mehr bemessen, leicht aus dem Blickfeld.

Der Förster beschreibt das Problem scherzhaft so: Seine größten Feinde sind der Vorgänger und der Nachfolger. Anders ausgedrückt: Eine im Bereich der Forstwirtschaft heute getroffene Entscheidung lässt sich auf Jahrzehnte nicht mehr korrigieren.

Umso wichtiger ist es, den Prozess der Forstreform zeitnah und kritisch zu begleiten. Es gilt, vermeidbare Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen, um, wenn notwendig, regulierend eingreifen zu können. Sie erinnern sich sicherlich an die vielen Abschlussberichte aus dem Forstreferat von Herrn Bothmar zur künftigen Neugestaltung der Landesforst, auch an die Gelder, die im Zusammenhang mit den wenig sinnvollen Diskussionen über eine Anstalt öffentlichen Rechts oder gar eine Aktiengesellschaft geflossen sind. Um die forstpolitische Führungsrolle der obersten Forstbehörde war es in dieser Phase A nicht zum Besten bestellt.

Zweitens: Ich sprach eingangs von den Anforderungen, die die moderne Wirtschaft an ihre Partner stellt. Auch die Holz verarbeitende Industrie ist ein prosperierender Sektor, der sich der Endlichkeit des Zugriffs auf natürliche Ressourcen durchaus bewusst ist. Holz gewinnt in vormaligen Randbereichen wie der Energieerzeugung und der unterschiedlichen Verwendung als Industrieholz zunehmend an Bedeutung, insbesondere gegenüber der klassischen Sägeholzverarbeitung. Gleichzeitig erhöht sich das Konfliktpotenzial zum Umweltschutz, und dies weltweit. Immer längere Transportwege sind ein weiterer Faktor.

Die Holzindustrie erinnert sich gern daran, dass auch die heimischen Wälder einer Nutzung harren. Der Holzabsatzfonds hat dies in einer Untersuchung über Voraussetzungen für die Mobilisierung der erforderlichen Angebotsmenge zur Belieferung eines großen Sulfatzellstoffwerkes in den neuen Bundesländern wie folgt beschrieben:

Als Hauptproblem wurden die Unsicherheiten "über das Verhalten des Privatwaldes, die unzureichend erfasste potenzielle Nachfragesituation, die Kleinstrukturierung des Waldbesitzes, der geringe Organisationsgrad und die heterogene Zusammensetzung der Eigentümer, die bisher weitgehend unbekanntes Effizienz der staatlichen Betreuungsförsterverwaltung für derartige Aufgaben" identifiziert.

Was bedeutet das im Klartext? Wir haben die Ressource. Es gibt Investoren. Aber die durch die Landespolitik bestimmten Strukturen stehen im Wege. Statt die Potenziale zu nutzen, fällt der Landesregierung nichts Besseres ein, als jahrelang über Personalabbau zu sinnieren und ihn schließlich in bisher nie da gewesenem Umfang zu betreiben.

In der vorigen Woche vernahmen wir die Meldung: Wir setzen noch eins drauf! Die hemdsärmelig novellierte Entgeltordnung verwehrt den rund 400 Forstbetriebsgemeinschaften im Land, die auf gut einem Zehntel der Landeswaldfläche unter schwierigsten strukturellen Bedingungen Tritt zu fassen versuchen, den Zugang zu Leistungen der Landesforstverwaltung. Diese Entscheidung wird getroffen, ohne dass die tatsächlich entstehenden Kosten nachgewiesen sind. Das würde erst mit der Einführung der Leistungsbereiche im Rahmen der Budgetierung und unter Zuordnung der Personalkosten geschehen können, so das Referat für Grundsatzfragen und Rechtsangelegenheiten der Abteilung Forst des MLUR in der letzten Ausgabe der "Brandenburger Forstnachrichten". Durch die drastische Erhöhung der Entgelte wird sich die Einnahmesituation des Landes nicht verbessern. Diese Preise sind durch Kleinprivatwaldbesitzer nicht zu bezahlen. Es wird auch nicht ein Wettbewerbsnachteil ausgeglichen, da ein Markt für andere Anbieter faktisch nicht besteht. Es wird einzig die Überwindung der strukturellen und finanziellen Schwierigkeiten des Kleinprivatwaldes erschwert.

Als Konsequenz ergibt sich, dass die inzwischen zu zwei Dritteln nicht genutzte Menge Holz aus 300 000 ha Wald in Brandenburg der Volkswirtschaft entzogen wird. Wenn Sie, Herr Minister Birthler, auf meine mündliche Anfrage dazu sehr allgemein gehalten antworten, Sie würden zu gegebener Zeit über kompensierende Maßnahmen konkreter berichten, so bedeutet das nach unseren bisherigen Erfahrungen wohl, dass sich in dieser Angelegenheit für lange Zeit nichts bewegen wird.

Drittens: Als weitere Probleme stellen sich der seit Jahren katastrophale Zustand der Stellenbesetzung und die Personalentwicklung innerhalb der Landesforstverwaltung dar. Die Forstreform muss so gestaltet werden, dass neue Strukturen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Chance verstanden werden können. Eignung, Befähigung und Leistung sind an die Spitze der Auswahlkriterien zu stellen. Die Beteiligung der Personalräte, insbesondere bei den massiven Veränderungen in den aufgelösten Ämtern für Forstwirtschaft, die als Außenstellen fungieren, ist zu sichern. Ich meine, die Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sich auf veränderte Arbeitsbedingungen einzustellen, ist groß.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Landesforstverwaltung erarbeitet derzeit ein Landeswaldprogramm. Ich begrüße es, dass dabei ein transparenter Prozess unter Einbindung vieler Akteure vorgesehen ist. Demnach wird jetzt mit dem eigentlich notwendigen ersten Schritt begonnen. Konsequenzen, die sich daraus für die Landespolitik ergeben, wären mit der hier beantragten Berichterstattung durch die Landesregierung vermittelbar. Schließlich würden endlich die vom Landtag beschlossene Erstellung eines Konzeptes zur effektiven Unterstützung des Kleinprivatwaldes und die beschlossene Harmonisierung der Landesforstreform mit einer Reform im Bereich der Naturschutzverwaltung den nötigen parlamentarischen Druck erfahren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Alternative, über die

Sie heute abstimmen, lautet: entweder Berichterstattung zur Umsetzung der Forstreform durch die Landesregierung im Herbst oder Diskussion über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der PDS-Fraktion zur Umsetzung der Forstreform, und das ebenfalls im Herbst im Landtag. Der von Ihnen eingebrachte Entschließungsantrag wird unserem Anliegen einer Debatte im Landtag nicht gerecht. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Wehlan. - Ich gebe das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Woidke. Er spricht für die Koalitionsfraktionen.

Dr. Woidke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Forstreform soll die Forstverwaltung modern und zukunftsorientiert organisiert werden. Ortsbezogene Aufgaben und Leistungen sollen bürgernah und dabei - speziell für die Waldbesitzer - qualitätsorientiert erbracht werden.

Am 25. September 2001 hat die Landesregierung das vorliegende Konzept zur Forstreform gebilligt. Dies geschah als Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses, an dem der Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung während der gesamten Dauer aktiv beteiligt war.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres erfolgt die konkrete Umsetzung der Forstreform. Die Zahl der Ämter für Forstwirtschaft reduziert sich, ebenso die Zahl der Oberförstereien und Reviere.

Mit Beschluss des Haushaltsplanes für die Jahre 2002/2003 hat der Landtag auch die haushalterischen Grundlagen zur Umsetzung dieses wichtigen Reformvorhabens gelegt. Ab 2002 arbeitet die Landesforstverwaltung mit Budgetierung, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Kontaktmanagement-Controlling.

Richtig ist, dass mit der Forstreform auch erhebliche Veränderungen im Personalbereich einhergehen. Bis Mitte 2002 wird es dazu ein Personalentwicklungskonzept geben, das natürlich zuvor mit allen beteiligten Seiten diskutiert wird. Die Personalentwicklung ist ein sehr sensibler Bereich und entzieht sich schon deshalb der öffentlichen Diskussion. Im Gegenteil, wir haben hier meiner Ansicht nach ein Beispiel dafür, wie wir in der gesamten Landesverwaltung künftig mit Personalreduzierung umgehen werden. Öffentliche Diskussionen in diesem Raum sind dabei wenig hilfreich.

Die Koalition hält es nicht für sinnvoll, für Oktober einen Bericht der Landesregierung zur Umsetzung der Forstreform zu verlangen. Wir wollen das bewährte Verfahren mit einer fortlaufenden Berichterstattung im Fachausschuss fortsetzen und haben einen Entschließungsantrag mit diesem Wortlaut eingebracht. Der Landtag ist seit den ersten Diskussionen zur Forstreform und seit Beginn dieses Verfahrens über den Fachausschuss an diesem Vorhaben beteiligt gewesen und wird auch bei der Umsetzung der Reform beteiligt sein. Allerdings wird der Fachausschuss wie bisher nicht für politischen Klamaus zur Verfügung stehen.

Das Verfahren der Arbeit im Fachausschuss hat sich bewährt. So lässt sich den Ausschussprotokollen der vergangenen Monate eine regelmäßige Information und Beratung zum Thema Forstwirtschaft entnehmen. In der Sitzung am 20. Februar wurde die Entgeltordnung beraten; in dieser Sitzung informierte Staatssekretär Schulze auch über die Umsetzung der Forstreform. Bereits am 13. März dieses Jahres steht das Konzept für den Klein- und Privatwald auch entsprechend einer Forderung der PDS-Fraktion auf der Tagesordnung und es wird erneut die Entgeltordnung diskutiert werden.

Die regelmäßige Beratung im Ausschuss hat gegenüber einem Bericht im Oktober den großen Vorteil, dass aktuelle Entwicklungen zeitnah beraten werden können und konstruktiv Einfluss auf diese Entwicklungen genommen werden kann. Für die konstruktive Zusammenarbeit mit den Abgeordneten auf dem wichtigen Feld der Forstreform bedanke ich mich ausdrücklich bei Minister BIRTHLER und seinem Haus.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Koalition lehnt den Antrag der PDS ab und bittet um Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dr. Woidke und gebe das Wort an die Fraktion der DVU, Herrn Abgeordneten Claus.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Wir haben heute über den Antrag der PDS-Fraktion mit dem Titel "Bericht zur Umsetzung der Forstreform" zu entscheiden, wonach die Landesregierung beauftragt werden soll, dem Landtag in seiner Sitzung im Oktober 2002 über den Stand der Umsetzung der Forstreform zu berichten. Dazu liegt uns von der CDU- und der SPD-Fraktion ein Entschließungsantrag vor, in dem unter Punkt 3 steht, dass halbjährlich über dieses Thema zu berichten ist. Die PDS-Fraktion fordert also einen Bericht nach sieben Monaten, SPD- und CDU-Fraktion fordern ihn nach sechs Monaten.

In den "Brandenburgischen Forstnachrichten", die alle Mitglieder dieses Hauses bekommen haben, konnte man auf Seite 3 einen Artikel mit der Überschrift "Grünes Licht für die Forstreform - Ohne Moos nichts los" lesen. Auf den Seiten 4 und 5 war ein weiterführender Artikel mit dem Titel "Weiterer Ablauf der Forstreform" abgedruckt, in dem jeder, den die Forstreform interessiert, nachlesen kann, wie diese Reform durchgeführt wird und wie der Zeitablauf dabei sein soll.

Meine Damen und Herren, wir von der DVU-Fraktion werden dem Antrag der PDS-Fraktion zustimmen.

(Zuruf von der PDS: Oh Gott! - Lachen bei der SPD)

- Danke schön.

"Politik ist schlimmer als saurer Regen." So jedenfalls lautete die Aussage des Landesvorsitzenden des Waldbesitzerverban-

des, Reimar von Alvensleben, bei der Vorstellung des "Alternativen Waldschadensberichtes". Brandenburgs Waldbesitzer fordern von der Landesregierung eine deutliche finanzielle Entlastung. Nirgends in Deutschland sind Gebühren und Abgaben so hoch wie in Brandenburg. Wegen der hohen Belastungen müssen pro Jahr zwischen 3 und 5 % der heute rund 100 000 Waldbesitzer ihre Flächen verschenken oder zu Spottpreisen verkaufen.

Als überholt wertet die DVU-Fraktion auch die erzwungene Beteiligung der Waldbesitzer an den Kosten für die Wasserwirtschaft in Brandenburg. In Sachsen und Thüringen gibt es diese Beteiligung längst nicht mehr. Wenn der Brandenburger Wald rote Zahlen schreibt, so ist dies im Wesentlichen politikbedingt. Ein wesentlicher Teil der Steuern und Abgaben dient immer noch dem Erhalt von Bürokratie. Auch Schäden durch Immissionen, Müll und Wildverbiss tragen zu erheblichen Verlusten bei. Der durchschnittliche Verlust in den vergangenen drei Jahren beträgt laut Bundesagrarbericht bei den in Brandenburg vorherrschenden Kiefernwäldern immerhin circa 55 Euro pro Jahr und Hektar.

Seit Januar dieses Jahres befindet sich die von der Landesregierung beschlossene Forstreform in der Umsetzungsphase. Dazu wiederhole ich, was ich in diesem Saal schon einmal gesagt habe: Kurz nach der Wende waren circa 12 000 Waldarbeiter im brandenburgischen Forst beschäftigt, heute sind es noch 3 000. Wir werden sehen, wie sich die Lage in Zukunft entwickeln wird. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Abgeordneten Claus. - Das Wort geht an die Landesregierung. Herr Minister BIRTHLER, bitte.

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung BIRTHLER:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Umsetzung der Forstreform ist auf der Grundlage der mit dem Hauptpersonalrat abgeschlossenen Dienstvereinbarung erfolgreich begonnen worden. Sie findet bei den Beschäftigten eine hohe Akzeptanz. Gerade weil die Umsetzung der Forstreform so erfolgreich verläuft, habe ich großes Interesse daran, das Parlament zeitnah und kompetent zu unterrichten und mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.

Frau Wehlan, Sie sollten sich das, was der Kollege Woidke hier gesagt hat, noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Was ist der Forstreform und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Forstämtern angemessener, eine kompetente Beratung im Ausschuss, wo wir uns auf Fachebene wirklich über die anstehenden Fragen unterhalten können, oder eine Berichterstattung in einem Landtag, der seit neun Stunden tagt und in dem nur ein Teil seiner Mitglieder an der Forstreform interessiert ist?

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Nein, wir sind alle interessiert!)

- Sie alle sind interessiert? Dann werde ich den Antrag stellen, in jeder Landtagssitzung im Rahmen eines Tagesordnungs-

punktes 0 eine Stunde lang über die Forstreform berichten zu dürfen.

(Beifall bei der PDS - Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Mir ist es mit dieser Forstreform sehr ernst. Auf diesem Gebiet stehen noch große Aufgaben vor uns allen. Deshalb halte ich eine Berichterstattung im Ausschuss für sinnvoller. Ich hätte zwar auch nichts dagegen, regelmäßig hier im Parlament Bericht zu erstatten; aber das entscheiden Sie. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Birthler. - Wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der PDS beantragt, den Antrag in der Drucksache 3/3923 an den Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz

und Raumordnung zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU, der Ihnen in der Drucksache 3/3965 vorliegt. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich angenommen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 14. Zugleich schließe ich die 52. Sitzung des Landtages Brandenburg und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

Ende der Sitzung: 18.45 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****Zum TOP 10:****Förderung der Verantwortung bei der Nutzung des Internets in Schule und Jugendhilfe**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 52. Sitzung am 6. März 2002 folgenden Beschluss gefasst:

“Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur Gewährleistung eines effektiven Jugendschutzes und zur Förderung der Verantwortung bei der Nutzung des Internets in der Schule und der Jugendhilfe zu intensivieren. Eine besondere Rolle spielt dabei die Medienoffensive der Landesregierung (m.a.u.s.) zur flächendeckenden Ausstattung der Schulen mit Zugängen zu Mediendiensten und zur Sicherung der Medienkompetenz von Schülern und Lehrkräften sowie das Engagement der Landesregierung für den Ausbau und die Entwicklung des Medienstandortes Brandenburg.

Initiativen zur Förderung und Sicherung der Medienkompetenz, der Selbstkontrolle der Betreiber und Anbieter und der staatlichen Kontrolle sollen dabei eng koordiniert zusammenwirken, um der gemeinsamen Verantwortung gerecht zu werden.

Die Landesregierung wird gebeten, über die Umsetzung der Maßnahmen im Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung zu berichten. Insbesondere sind folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Förderung und Sicherung der Medienkompetenz der Beteiligten:

- Die Medienkompetenz der Lehrkräfte und der mit Mediendiensten im Jugendbereich befassten Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, Erzieher und Mitarbeiter der Jugendämter ist durch Überprüfung und Weiterentwicklung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen der Hochschulen sowie durch geeignete, kontinuierlich aktualisierte Fortbildungsangebote unter deutlicher Einbeziehung der Fragen des Jugendschutzes zu sichern.
- Die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler und ihre Eigenverantwortung bei der Nutzung neuer Medien sind durch die Integration des Internets in den Unterricht, die Entwicklung entsprechender didaktischer Konzepte, durch Intensivierung der Medienpädagogik in allen Unterrichtsfächern und durch Angebote zur Begleitung und Beratung der Schülerinnen und Schüler zu fördern.
- Die Eltern sind über Chancen und Risiken des Internets durch begleitende Elterninformationsveranstaltungen, durch Hinweise auf Beratungsangebote für Eltern und mittels Informationsmaterialien zu informieren. Freie und öffentliche Träger, insbesondere Volkshochschulen, kommunale Medienzentren und

Weiterbildungsträger sind anzuregen, entsprechende öffentliche Informationsangebote zu unterbreiten. Geeignete Unternehmen sind in diese Initiativen einzubeziehen.

- Neue Formen und erweiterte Inhalte der Qualifizierung von Schulleitern, Lehrkräften, Schülern und Eltern in gemeinsamen schulischen Fortbildungsveranstaltungen sind anzuregen. Insbesondere sollen damit die Zusammenarbeit als Teil der Schulkultur, das Zusammenwirken bei der Erstellung von Vereinbarungen und Regeln im Umgang mit dem Internet sowie die Kontrolle ihrer Einhaltung gegebenenfalls auch unter Anwendung von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen angeregt und verstärkt werden.
- Die Rahmenlehrpläne aller Unterrichtsfächer sind unter der Zielrichtung der Vermittlung von Medienkompetenz, der Festlegung verbindlich zu erreichender medienpädagogischer Ziele und Standards und zur Unterstützung geeigneter neuer Lehr- und Lernformen weiter zu entwickeln.

2. Förderung der freiwilligen Selbstkontrolle:

- Die Landesregierung wird aufgefordert, die Entwicklung der freiwilligen Selbstkontrolle durch kritische Begleitung so zu stärken, dass bei der Profilierung Brandenburgs als Medienstandort dem Jugendschutz deutlich Rechnung getragen wird. Insbesondere wird die Landesregierung gebeten, den Dialog mit den in Brandenburg ansässigen Anbietern und Betreibern von Medien- und Telediensten aufzunehmen und gemeinsame Aktivitäten zur Verbesserung des Jugendschutzes zu initiieren.
- Die Landesregierung wird gebeten, gegebenenfalls gemeinsam mit anderen Bundesländern die Bemühungen auf Bundesebene zur Verbesserung bestehender oder Schaffung neuartiger Jugendschutzfiltersoftware, die den Anforderungen des Kinder- und Jugendschutzes hinsichtlich Benutzerfreundlichkeit, Treff- und Manipulationssicherheit genügen, zu unterstützen.

3. Verbesserung der staatlichen Aufsicht:

- Die Landesregierung wird gebeten, die Optimierung des Zusammenwirkens der zuständigen Einrichtungen (die mit der Beratung, Ermittlung, Erfassung, Bewertung, Beantragung der Indizierung, Abmahnung oder Einleitung strafrechtlicher Verfolgung jugendgefährdender Internet-Angebote bzw. Anbieter befasst sind) zu begleiten und sich für eine der Entwicklung entsprechend erforderliche und angemessene finanzielle und sächliche Ausstattung einzusetzen.
- Sofern die Verhandlungen zur Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf die Zentralstelle der Länder (siehe vierter Spiegelstrich) nicht zum Ziel führen, wird die Landesregierung gebeten, die Schaffung einer gemeinsamen Aufsichtsbehörde mit Berlin - unter Nutzung bestehender Behörden wie z. B. der gemeinsamen Landesmedienanstalt - zu prüfen.

- Die Landesregierung wird gebeten, eine Verbesserung der bestehenden gesetzlichen Regelungen hinsichtlich des Jugendschutzes im Bereich der Mediendienste zu prüfen. Die Einführung einheitlicher Jugendschutzstandards in Europa und europäische bzw. internationale Lösungen sind zum Schutz der Jugend von besonderer Bedeutung und gemeinsam mit der Bundesregierung zu unterstützen.
- Die Landesregierung wird gebeten, anzuregen und mit den anderen Landesregierungen zu prüfen, ob durch einen Staatsvertrag eine Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf die Zentralstelle der Länder 'jugendschutz.net' in Mainz möglich ist, um
 1. Doppelarbeit in den Ländern zu vermeiden,
 2. Fach- und Sachkompetenz zu konzentrieren,
 3. einheitliches Verwaltungshandeln zu ermöglichen,
 4. umständliche Abstimmungsvorgänge zu vermeiden,
 5. einheitliche Entscheidungskriterien anzuwenden,
 6. den Finanzaufwand zu begrenzen,
 und sich für eine Verbesserung der Finanzausstattung einzusetzen."

Zum TOP 11:

Erhaltungs- und Nutzungskonzept für die Stiftung "Stift Neuzelle"

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 52. Sitzung am 6. März 2002 folgenden Beschluss gefasst:

"Die Landesregierung wird aufgefordert, bis spätestens zum Sommer 2002 konzeptionelle Vorstellungen zu einer dauerhaften Erhaltung des Stifts 'Stift Neuzelle' darzustellen. Insbesondere möge erörtert werden, ob und gegebenenfalls inwieweit Nutzungsalternativen für die derzeit in der Klosteranlage zur Verfügung stehenden Räume grundsätzlich in Betracht kommen."

Zum TOP 14:

Bericht zur Umsetzung der Forstreform

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 52. Sitzung am 6. März 2002 folgende Entschließung angenommen:

"Der Landtag erkennt die bisher im Zuge der Forstreform erreichten Ergebnisse an.

Die Landesregierung wird gebeten, den eingeschlagenen Weg der Forstreform in Umsetzung der Beschlüsse des Landtages und des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung zügig fortzusetzen.

Der Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und

Raumordnung wird beauftragt, den zuständigen Fachausschuss fortlaufend, mindestens halbjährlich, über den Fortgang der Forstreform zu unterrichten."

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 12 - Gemeinsames Land Preußen - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 3/3912

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Firneburg (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Schuldt (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)
 Birthler (SPD)
 Bischoff (SPD)
 Frau Blechinger (CDU)
 Christoffers (PDS)
 Dellmann (SPD)
 Frau Dettmann (SPD)
 Dr. Ehler (CDU)
 Frau Dr. Enkelmann (PDS)
 Frau Faderl (PDS)
 Gemmel (SPD)
 Frau Gregor (SPD)
 Frau Große (PDS)
 Habermann (CDU)
 Dr. Hackel (CDU)
 Hammer (PDS)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Helm (CDU)
 Homeyer (CDU)
 Frau Kaiser-Nicht (PDS)
 Dr. Kallenbach (SPD)
 Klein (SPD)
 Kliesch (SPD)
 Kolbe (SPD)
 Frau Konzack (SPD)
 Lenz (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Meyer (SPD)
 Müller (SPD)
 Frau Müller (SPD)
 Muschalla (SPD)
 Neumann (CDU)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Nieschke (CDU)
 Frau Osten (PDS)
 Frau Redepenning (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Sarrach (PDS)
 Schippel (SPD)
 Schönbohm (CDU)
 Schöps (CDU)
 Schrey (CDU)
 Frau Schulz (CDU)
 Senfleben (CDU)
 Frau Siebke (SPD)

Dr. Sternagel (SPD)
 Dr. Stolpe (SPD)
 Frau Tack (PDS)
 Thiel (PDS)
 Vietze (PDS)
 Vogelsänger (SPD)
 Warnick (PDS)
 Frau Wehlan (PDS)
 Werner (CDU)
 Dr. Wiebke (SPD)
 Frau Wolff (PDS)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)
 Zimmermann (SPD)

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 6. März 2002

Frage 1070

Fraktion der CDU

Abgeordneter Dieter Helm

- Investitionsvorhaben Jugenddorf Gnewikow -

Im Kreis Ostprignitz-Ruppin ist der Aufbau des "Jugenddorfes Schloss Gnewikow" mit 590 Übernachtungsplätzen vorgesehen. Die Landesregierung lehnte das Vorhaben wegen der Gefahr eines ruinösen Wettbewerbs ab, obwohl deutschlandweit bzw. international steigender Bedarf besteht.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten bestehen, diese Investitionsmaßnahme in der strukturschwachen Region zu ermöglichen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß

Zugunsten des Investitionsvorhabens "Internationales Jugenddorf Gnewikow" (Neuruppin) konnte eine positive Entscheidung getroffen werden: Seitens der Landesregierung sind die förderseitigen Voraussetzungen geschaffen worden, damit der Vorhabenträger nun mit der Umsetzung beginnen kann.

Der Landesregierung ist die Bedeutung eines umfangreichen jugendtouristischen Angebots bewusst. Daher unterstützt sie entsprechende Initiativen, die auf eine Verbesserung des jugendtouristischen Angebotes im Land Brandenburg zielen. Das gilt ganz besonders für die Vielzahl der bestehenden Einrichtungen, die bisher sehr viel für diesen wichtigen Bereich im brandenburgischen Tourismus und darüber hinaus in jugendpolitischer Sicht geleistet haben. Aber auch Angebote zur Neuschaffung von Einrichtungen werden durch uns genau geprüft, vor allem, wenn sie neue Wege zur Weiterentwicklung des jugendtouristischen Angebotes aufzeigen. Das trifft auch für das Vorhaben "Internationales Jugenddorf Gnewikow" zu.

Der Vorhabenträger hat in Mecklenburg-Vorpommern in drei Einrichtungen bereits gezeigt, dass dieses Konzept am Markt erfolgreich sein kann. Die darauf aufbauende Vermarktungsstrategie lässt die Erschließung neuer, zusätzlicher deutschlandweiter Zielgruppen im Kinder-/Jugend- und Familientourismus erwarten. Damit erweitert und ergänzt dieses Projekt bestehende Angebote im Land Brandenburg.

Entscheidend ist, dass hier ein Unternehmer mit einer privaten Investition ein wirtschaftliches Risiko eingeht. Dieses wird durch die einmalige öffentliche Investitionsförderung gemildert, verbleibt aber im Hinblick auf Vermarktung und Betrieb dauerhaft und vollständig bei ihm.

Frage 1071

Fraktion der DVU

Abgeordneter Michael Claus

- Rasterfahndung in Brandenburg -

Die im Zuge der terroristischen Bedrohung nach dem 11.09.2001 bundesweit eingeführte Rasterfahndung ist inzwischen in Berlin teilweise und in einigen anderen Bundesländern fast völlig wieder eingestellt worden.

Innenminister Schönbohm erklärte vor geraumer Zeit, dass auch für Brandenburg keine latente Gefahr durch Terroristen bestehe.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position vertritt sie hinsichtlich einer möglichen Einstellung der Rasterfahndung auch in Brandenburg?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

Durch die Ermittlungen nach dem Attentat am 11. September 2001 in den USA haben wir mit Bestürzung feststellen müssen, dass dieser Anschlag unter anderem von in Deutschland (Hamburg) aufhältigen Straftätern vorbereitet wurde. Diese hatten sich über lange Zeit hinweg unauffällig und angepasst verhalten, die Tatvorbereitungen konnten daher nicht erkannt werden.

Es muss damit gerechnet werden, dass sich in der Bundesrepublik weitere derartige Straftäter unauffällig aufhalten.

Die Rasterfahndung ist ein taktisch Erfolg versprechendes, rechtsstaatlich zulässiges Mittel zur Erkennung von derartigen Personen und in Brandenburg durch ein Gericht angeordnet worden. Dessen Entscheidung ist nach wie vor gültig.

Es trifft auch nicht zu, dass im Land Brandenburg, wie in der Bundesrepublik insgesamt, eine Gefährdung nicht oder nicht mehr besteht. Die letzten bundesweiten Lageeinschätzungen, insbesondere des Bundeskriminalamtes, gehen vom Vorliegen einer gegenwärtigen Gefahr aus.

An dieser Stelle wird auf in letzter Zeit offenbar gewordene Aktivitäten von vermutlichen Terroristen im europäischen Ausland verwiesen. Erst im Februar wurden in Rom drei Verdächtige festgenommen, bei denen eine größere Menge Zyanid sowie Pläne der US-Botschaft sowie der Wasserversorgung in diesem Bereich gefunden wurden.

Die Landesregierung unternimmt alles, um auszuschließen, dass auf dem Boden unseres Landes Anschläge geplant und vorbereitet werden können, und sei es, dass andere Staaten davon betroffen wären.

Die Rasterfahndung muss daher fortgesetzt, potenzielle Schläfer müssen überprüft werden. Zum Schutz von Menschenleben sind alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen.

Frage 1072**Fraktion der PDS****Abgeordnete Kornelia Wehlan****- Entgeltordnung contra Kleinprivatwald -**

Der Landtag hatte auf seiner 13. Sitzung im April 2000 die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur effektiven Unterstützung der Entwicklung des Kleinprivatwaldes zu erarbeiten. Dies ist bis heute nicht geschehen. Dagegen leidet die inzwischen in der Umsetzung befindliche Forstreform unter der weitestgehend fehlenden Berücksichtigung notwendiger politischer Entscheidungen zur Überwindung der strukturellen Defizite des Kleinprivatwaldes.

Es ist zu befürchten, dass auch im dritten Jahr nach dem Landtagsbeschluss zum Kleinprivatwaldkonzept zwar kein Konzept vorgelegt wird, sich aber die Situation der über 100 000 Waldbesitzer weiter zuspitzt. Ausdruck dafür sind die durch die Landesregierung vorgesehene drastische Verteuerung der Entgelte für die tätige Mithilfe und die Einführung von Bearbeitungsgebühren für Fördermittelanträge mit hoher Mindestgebühr zum Nachteil der Kleinwaldbesitzer, ohne gleichzeitige Kompensation durch gezielte Förderung.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Erhöhung der Entgelte und Gebühren für die Einnahmesituation des Landes unter Beachtung der wirtschaftlichen Entwicklung der forstlichen Zusammenschlüsse?

Antwort der Landesregierung**Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler**

Es ist richtig, dass die Landesregierung aufgefordert ist, ein Konzept zur effektiven Unterstützung der Entwicklung des Kleinprivatwaldes zu erarbeiten. Nicht richtig ist, dass dies nicht geschehen würde und dass die Umsetzung der Forstreform ohne die Berücksichtigung dieser Aufgabe stattfinden würde. Im Gegenteil.

Das können Sie daran erkennen, dass mit den Maßgaben zur Umsetzung der Forstreform jetzt erstmalig die Beratungs- und Betreuungsaufgaben der Landesforstverwaltung mit klar definiertem Gewicht in die Bestimmung der Größen der Oberförstereien und Reviere eingehen.

Und wie auch von Anfang an von mir terminlich angekündigt, wird das Konzept im Rahmen der Erarbeitung des Brandenburger Waldprogramms mit den Waldbesitzern erörtert werden. Wir haben die Auflage der Kommission der EU, Förderprogramme künftig auf der Grundlage Nationaler Waldprogramme zu formulieren. Da diese Grundlage noch erarbeitet wird, kann ich die Erarbeitung des Konzepts zur effektiven Unterstützung der Entwicklung des Kleinprivatwaldes nicht vorziehen. Das heißt aber nicht, dass es keine Vorstellung gäbe; sowohl der Gesamtrahmen als auch einzelne Maßnahmen sind mit den Vertretern der Interessengruppen vorabgestimmt.

Nun zu Ihrer eigentlichen Frage: Die Entgeltordnung für tätige Mithilfe bei der Bewirtschaftung des Privat- und Körperschaftswaldes regelt die Höhe der zu zahlenden Beträge für Leistungen, die durch die Forstbediensteten für Dritte erbracht werden.

Sie ist keine Förderrichtlinie, wie oft angenommen wird. Die Entgeltordnung ist unter dem Gesichtspunkt der Kostendeckung an die Vorgaben der Landeshaushaltsordnung und des europäischen Wettbewerbsrechts angepasst worden, da gab es keinen Spielraum. Die Einnahmesituation des Landes wird sich dadurch kurzfristig nicht wesentlich verbessern, zumal eine 10-jährige Frist für die Angleichung der Entgelte vorgesehen ist.

Die Bearbeitungsgebühren für Fördermittelbescheide gelten nicht für forstwirtschaftliche Maßnahmen. Die zur Gebührenordnung entstandenen Missverständnisse werden gegenüber den Dienststellen aufgeklärt.

Die wirtschaftliche Entwicklung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse muss durch begleitende Maßnahmen forciert werden. Diese Maßnahmen werden zurzeit vorbereitet und ich berichte Ihnen zu gegebener Zeit gern konkreter.

Frage 1073**Fraktion der PDS****Abgeordnete Dr. Esther Schröder****- Neuer Vorschlag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit -**

Brandenburgs Arbeitsminister, Herr Ziel, hat vor einigen Wochen den Vorschlag für ein so genanntes Frankfurter Modell unterbreitet. Danach sollen sich zwei Jugendliche nach der Berufsausbildung einen Arbeitsplatz teilen. Ihr Lohn soll vom Arbeitsamt auf 80 % aufgestockt und die entsprechende Zeit für Qualifizierungsmaßnahmen genutzt werden.

Der Minister hat dazu Gespräche, insbesondere mit dem Landesarbeitsamt und den Kammern, angekündigt.

Ich frage die Landesregierung: Zu welchen Ergebnissen haben die Gespräche zur Umsetzung des "Frankfurter Modells" bisher geführt?

Antwort der Landesregierung**Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel**

Ich finde, wir sollten auch unkonventionelle Wege gehen, wenn Jugendliche auf diese Weise Arbeit erhalten. Mein Vorschlag zum "Frankfurter Modell" gehört dazu - wobei es mir egal ist, wie es am Ende tatsächlich heißt; denkbar wäre "Cottbuser Modell" ebenso wie "Potsdamer Modell". Allein wichtig ist: Teilzeitarbeit für Jugendliche nach der Lehre gäbe mehr jungen Leuten die Chance, in den ersten Arbeitsmarkt hineinzukommen. Es erleichtert ihnen, zunächst in einen Betrieb einzusteigen mit der Option, später vielleicht eine Vollzeitstelle zu bekommen.

Das hilft nicht nur den Jugendlichen, sondern verringert auch die Jugendarbeitslosigkeit. Das wäre auch lukrativ für jene Unternehmen, die zwar Beschäftigung schaffen wollen, aber denen - derzeit - die wirtschaftliche Kraft dafür fehlt. Insofern wäre die Einstiegsteilzeit auch ein geeignetes Instrument, die jungen Leute zu erproben und den zukünftigen Fachkräftebedarf genauer auszuloten. Dies ginge einher mit der intensiven Nutzung der freien Zeitpotenziale der Jugendlichen für die zukunftsorientierte Qualifizierung. Dies müsste ein Hauptanliegen insbesondere bei öffentlicher Förderung der Teilzeitarbeit sein.

Die von manchen befürchteten Mitnahmeeffekte könnten weitgehend eingedämmt werden, wenn Beratung und Unterstützung eng miteinander verknüpft würden: Die Beratung wäre durch das Arbeitsministerium zu leisten - wie etwa die Information der Betriebe und Jugendlichen über Einstiegsteilzeit, die Ermittlung der betriebsbezogenen Qualifikationsbedarfe oder geeigneter Weiterbildungsangebote. Die Unterstützung sollte durch die Leistungen der Arbeitsämter erfolgen; unter anderem sollte das Entgelt für einen halbtagsbeschäftigten Jugendlichen auf 80 % aufgestockt werden.

Die Förderung ist variabel: Sie ist bei Einstellung von einem teilzeitbeschäftigten Jugendlichen genauso möglich wie das Teilen einer Vollzeitstelle für zwei halbtagsbeschäftigte Jugendliche oder drei Teilzeitbeschäftigte für zwei volle Stellen. Hingegen könnte die Finanzierung der Qualifizierung in den Aufgabenbereich des Arbeitsministeriums oder der Arbeitsämter fallen.

Inzwischen haben das Landesarbeitsamt und die brandenburgischen Ämter ihre grundsätzliche Bereitschaft signalisiert. Auf Arbeitsebene sind weitere Gespräche mit meinem Haus im Gange. Ich selbst werde am Freitag vor Ort auch das thematisieren. Ich denke, die Voraussetzungen sind gegeben, um das anvisierte Projekt zur Einstiegsteilzeit noch - wie geplant - vor dem Sommer starten zu können.

Frage 1074

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kerstin Osten

- Nationaler Stabilitätspakt -

Im Rahmen der Europäischen Union wurden Regelungen getroffen, die eine weitere Verschuldung der einzelnen Länder begrenzen. Der Finanzminister Eichel plant nach der Kritik an Deutschlands zu hohen Schulden, bis 2004 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die hoch verschuldeten Bundesländer sollen zum Schuldenabbau verpflichtet werden.

Auf einer Sondersitzung des Finanzplanungsrates von Bund, Ländern und Kommunen soll jetzt über mögliche Schritte für einen nationalen Stabilitätspakt beraten werden.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Stellung bezieht sie zu den Plänen von Finanzminister Eichel?

Antwort der Landesregierung

Ministerin der Finanzen Ziegler

Der ECOFIN-Rat hat am 12. Februar das aktualisierte Stabilitätsprogramm Deutschlands geprüft und dazu einstimmig eine Erklärung zur Haushaltslage in Deutschland verabschiedet. Die Erklärung umfasst folgende Kernpunkte:

1. Bekräftigung des Bestrebens, den Referenzwert von 3 % des BIP für das gesamtstaatliche Defizit nicht zu überschreiten,
2. Überwachung der Haushaltsentwicklung auf allen staatlichen Ebenen und Nutzung aller Ermessensspielräume zur Verringerung des Defizits im Jahr 2002,

3. Erreichen eines gesamtstaatlich nahezu ausgeglichenen Haushalts (close to balance) im Jahr 2004, wozu nach Überwindung der konjunkturellen Schwäche über das Konsolidierungsprogramm hinausgehende Sparmaßnahmen erforderlich werden können.

Für die Länder ist die Verpflichtung zu einem gesamtstaatlich nahezu ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2004 besonders bedeutsam, auch weil die Bundesregierung dem Rat zugesichert hat, im Wege von Vereinbarungen alle Anstrengungen zu unternehmen, die Zusagen einzuhalten.

Die Länder haben sich bereits im vergangenen Jahr mit der Verabschiedung des Solidarpaktfortführungsgesetzes zu ihrer Verantwortung nach dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt bekannt. Mit dem neuen § 51 a des Haushaltsgrundsatzgesetzes müssen neben dem Bund auch die Länder einschließlich der Gemeinden ihrer Verantwortung zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt nachkommen. Bund und Länder werden außerdem verpflichtet, eine Rückführung der Nettoneuverschuldung mit dem Ziel ausgeglichener Haushalte anzustreben. Dieser gesetzlichen Vorgabe können sich weder Bund noch einzelne Länder entziehen.

Brandenburg unterstützt ausdrücklich das Ziel einer stabilitätsorientierten Haushalts- und Finanzpolitik. Wir haben in den vergangenen Jahren bereits beachtliche Konsolidierungsschritte vorzuweisen. Von 1995 bis 2001 sind die Ausgaben im Landeshaushalt mit 0,4 % im Jahresdurchschnitt langsamer gestiegen als die durchschnittliche Inflationsrate. Dies hat eine jahresdurchschnittliche Rückführung der Nettokreditaufnahme um rund 15 % ermöglicht. Mit dem vorgesehenen weiteren Abbau der jährlichen Nettokreditaufnahme mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2005 unterstreicht die Landesregierung ihren Anspruch zur Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung.

Bei der weiteren Rückführung der Haushaltsdefizite muss jedoch berücksichtigt werden, dass das Erreichen von ausgeglichenen Haushalten zu einem bestimmten Zeitpunkt problematisch sein kann. Die Leistungsfähigkeit der Haushalte von Bund und Ländern ist sehr unterschiedlich. Dies betrifft zum Beispiel die Vorbelastung durch den Schuldendienst oder die Höhe der Einnahmen. Außerdem besitzen vor allem die finanzschwachen Länder anders als der Bund kaum Möglichkeiten zur Verbesserung der eigenen Einnahmen.

Diese Unterschiede müssen bei der Erarbeitung eines zwischen Bund und Ländern abgestimmten Vorgehens zur Reduzierung der Haushaltsdefizite berücksichtigt werden. Für uns ist es deswegen wichtig, die Bedingungen für konkrete Beiträge der Länder zum Erreichen des Stabilitätsziels im Jahr 2004 genau zu definieren. Neben der Vermeidung zusätzlicher Ausgabelasten ist dabei auch die Stabilität unserer Einnahmen von großer Bedeutung. Eine Sanierung des Bundes auf Kosten der Länder und Kommunen muss ausgeschlossen werden.

Wie ein zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Verfahren aussehen könnte, ist derzeit noch nicht absehbar. Die Länder erwarten vom Bundesfinanzminister Vorschläge, wie die vom Bund zugesagten Stabilitätsverpflichtungen auf allen staatlichen Ebenen umgesetzt werden können. Diese Vorschläge sollen am

21. März in einer Sondersitzung des Finanzplanungsrats, in dem neben Bund und Ländern auch die kommunalen Spitzenverbände vertreten sind, erörtert werden. Welche Schlussfolgerungen sich für die Haushalte der Länder und speziell für Brandenburg konkret ergeben, kann erst auf der Grundlage der noch ausstehenden konkreten Verfahrensvorschläge bewertet werden. Einer offenen und konstruktiven Diskussion zur Umsetzung haushaltspolitischer Verpflichtungen werden wir uns nicht entziehen.

Frage 1075

Fraktion der PDS

Abgeordnete Anita Tack

- Mädchen-Zukunftstag "Girl's day" -

Initiiert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, vom DGB und der Bundesanstalt für Arbeit wurde der 25.04.2002 zum bundesweiten Mädchen-Zukunftstag "Girl's day" proklamiert. Dieser Tag soll der Berufsfindung und der Sensibilisierung von Betrieben für die Ausbildung von mehr Mädchen dienen.

Ich frage die Landesregierung: Mit welchen Artikeln und eigenen Projekten beteiligt sich das Land Brandenburg an diesem Mädchen-Zukunftstag?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Brandenburg ist natürlich dabei, wenn es um berufliche Perspektiven für junge Frauen geht. Der "Girl's day" am 25. April ist so ein Ereignis. Er soll Mädchen bei der Berufsfindung helfen und sie für neue Berufe interessieren; er soll Schulen in berufsberatenden Aktivitäten unterstützen; doch vor allem soll er Betriebe animieren, mehr für die Ausbildung von Mädchen zu tun.

In unserer Gesprächsrunde Ende Januar - gemeinsam mit MBSJ, MWFK und MW - waren sich Vertreterinnen und Vertreter von Kammern, Arbeitsämtern, Gewerkschaften, Hochschulen, Verbänden und Ausbildungsstätten darin einig, diesen Tag mit entsprechenden Aktivitäten zu begleiten. Das MASGF wird das in diesem Jahr mit der Unterstützung punktueller Aktionen tun, und zwar in der Lausitzer Region.

Mehrere Unternehmen dieser Region haben konkrete Angebote für den Aktionstag unterbreitet: unter anderem die VEAG, die LAUBAG, die Deutsche Telekom Cottbus, BASF Schwarzheide, ORB-Landesstudio Cottbus. Eine Cottbuser Schule (Theodor-Fontane-Schule) und zwei Gubener Schulen (Gesamtschule 2 und die Europa-Schule) wollen diese Angebote nutzen.

Neben diesen Aktivitäten der Landesregierung gibt es weitere auf kommunaler und regionaler Ebene. Im Kreisgebiet Prignitz sind zum Beispiel die Firma Informatik GmbH Wittenberge, regionale Bildungseinrichtungen und die Stadtverwaltung Wittenberge mit von der Partie, und es beteiligen sich auch hier mehrere Schulen. Die MädchenZukunftsWerkstatt in Teltow plant ein Angebot, bei dem Mädchen einen Tag lang am Arbeitsplatz von weiblichen Führungskräften hospitieren können.

Bei all dem geht es in diesem Jahr zunächst darum, Erfahrungen zu sammeln, sie auszuwerten und sie dann im nächsten Jahr für einen "Zukunftstag für Mädchen und Jungen" nutzbar zu machen. Das geschieht auch ganz im Sinne des Gender Mainstreaming. Der Aktionstag 2003 soll dann im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion und mit einer landesweiten Öffentlichkeitskampagne stattfinden.

Mit dem Zukunftstag wollen wir dazu beitragen, dass Mädchen und Jungen sich für Berufe interessieren, die bisher eher untypisch für sie waren. Und insbesondere wollen wir auch ihr Interesse für zukunftsreiche Berufe wecken. Zweifelsohne ist dieser Aktionstag eine gute Sache, und wir wollen und werden ihn auch in Brandenburg mit Gewinn nutzen.

Frage 1076

Fraktion der PDS

Abgeordneter Thomas Domres

- Sicherung der Gesamtschule Lenzen durch Zulassung einer Mindestklassenfrequenz von 15 Schülerinnen und Schülern -

Die Vorbereitungen auf das Schuljahr 2002/2003 werden maßgeblich davon geprägt, welche Entscheidungen für die Zulassung einer Mindestklassenfrequenz von 15 Schülerinnen und Schülern von der Landesregierung getroffen werden. Obwohl im Bericht der Regierungskommission zur Entwicklung der Schulen der Sekundarstufe I im ländlichen Raum eine solche unterstützt wird, sind mir bisher keine Aussagen zu den Bedingungen bekannt. Besonders für Lenzen, das im Ergebnis eines Staatsvertrages in das Land Brandenburg eingegliedert wurde, ist eine solche Entscheidung von grundlegender Bedeutung.

Ich frage die Landesregierung: Ist damit zu rechnen, dass sie dem Vorschlag der Wunder-Kommission folgen wird, an Gesamtschulen zwei Klassen mit einer Frequenz von 15 Schülerinnen und Schülern zu errichten?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche

Ich habe immer im Zusammenhang mit dem Problem sinkender Schülerzahlen in der Sekundarstufe I betont, dass für mich die Sicherung und Verbesserung der Qualität schulischer Bildung ganz oben steht und dass der reine Erhalt von Schulstandorten erst an zweiter Stelle folgt, wobei ich keineswegs die Bedeutung der Schule für jede Gemeinde, die eine besitzt, verkenne. Aber nur eine qualitativ hochwertige Schule sichert Chancengleichheit für junge Menschen, die im ländlichen Raum leben bzw. leben wollen. Deshalb geht Qualitätssicherung vor Standort-sicherung.

Die Wunder-Kommission hat deshalb einzügige Schulen in der Sekundarstufe I abgelehnt und auch mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern bin ich mir in dieser Frage vollkommen einig.

Die Wunder-Kommission hat seinerzeit vorgeschlagen, in Grundzentren des äußeren Entwicklungsraumes, und zwar nur dort, eine Absenkung der Mindestklassenfrequenz auf 2 x 15 zu ermöglichen. Nur darum geht es auch bei den derzeitigen Überlegungen der Landesregierung.

Lenzen ist ein Kleinzentrum, gehört also nicht zu der genannten Kategorie. An der Gesamtschule Lenzen konnten schon im laufenden Schuljahr 2001/2002 keine Klassen der Jahrgangsstufe 7 eingerichtet werden, weil sich dort nur 27 Schülerinnen und Schüler mit Erstwunsch angemeldet hatten, und das bei circa 80 Abgängern aus den Grundschulen in Lenzen und Lanz, aus denen sich die Gesamtschule speist. In den nächsten Jahren wird die Zahl der Grundschulabgänger auf circa 30 Schülerinnen und Schüler pro Schuljahr absinken. Bei gleich bleibendem Wahlverhalten würden sich gerade noch 10 bis 15 Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschule Lenzen anmelden. Bei einer solchen absehbaren Entwicklung macht es wirklich keinen Sinn, eine Schule künstlich am Leben zu halten.

Die Landesregierung hat bisher noch keine Entscheidung über eine mögliche Absenkung der Mindestklassenfrequenz in Grundzentren des äußeren Entwicklungsraumes getroffen, weil die Schülerzahlenentwicklung noch ungünstiger verlaufen wird, als von der Wunder-Kommission angenommen werden konnte.

Die Kommission ging auf der Basis des ihr zur Verfügung stehenden Datenmaterials vom Februar 1999 davon aus, dass mit der Umsetzung ihrer Empfehlung in nahezu allen Grundzentren des äußeren Entwicklungsraumes eine Schule der Sekundarstufe I erhalten werden kann. Neuere statistische Daten vom Januar 2001 zeigen jedoch, dass dieses nicht der Fall sein wird.

Selbst bei einer Absenkung der Mindestklassenfrequenz auf 2 x 15 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang kann voraussichtlich nur in circa 20 der 41 Grundzentren des äußeren Entwicklungsraumes eine Schule der Sekundarstufe I gesichert werden. Damit ist zum einen das dem Kommissionsvorschlag zugrunde liegende Prinzip der Landesentwicklungsplanung nicht mehr durchgängig aufrechtzuerhalten. Zum anderen hätte der "künstliche" Erhalt von Schulen in Grundzentren mit kleinen Klassenfrequenzen in vielen Regionen des äußeren Entwicklungsraumes Auswirkungen auf das Schulnetz in den größeren Städten. In diesen höherstufigen Zentren gäbe es dann möglicherweise keine Gesamtschule mehr. Ich glaube kaum, dass es den Eltern in den Städten vermittelbar ist, ihre Kinder in die umliegenden Kleinstschulen auf dem Lande zu schicken.

Wie Sie wissen, hängt die weitere Entwicklung in der Sekundarstufe I neben der quantitativen Dimension ganz beträchtlich davon ab, welche Schulen in welchen Orten die Eltern für ihre Kinder wählen. Wir werden deshalb das Wahlverhalten beim gerade anlaufenden Übergangsverfahren von der Grundschule in die weiterführenden Schulen analysieren und dann noch vor Ablauf dieses Schuljahres eine Entscheidung treffen.

Frage 1077

Fraktion der PDS

Abgeordneter Dr. Andreas Trunschke
- Verbeamtung von Hochschullehrern -

Der Zeitschrift "Die neue Hochschule" (Heft 6 2001/Heft 1 2002) war zu entnehmen, dass die Wissenschaftsministerin, Frau Prof. Dr. Wanka, sich vorstellen könne, "Hochschullehrer in Zukunft nicht mehr zu verbeamten, sondern im Rahmen von Einzelverträgen auf Zeit anzustellen, um eine höhere Fluktuation zwischen Hochschule und Wirtschaft zu erreichen".

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche konkreten Vorhaben plant sie, um diese Vorstellungen zu realisieren?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka

Die in Deutschland traditionelle Verbeamtung von Hochschullehrern hat neben dem unbestreitbaren Vorteil, dass Kontinuität und Langfristigkeit in Lehre und Forschung gewährleistet werden können, auch Nachteile. Vor allem in Bezug auf den notwendigen personellen Austausch mit anderen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere der Wirtschaft, bestehen an deutschen Hochschulen Defizite. Durch die derzeit überwiegend praktizierte Verbeamtung ist aufgrund der Stellensituation der Spielraum für die Hochschulen sehr gering, qualifizierte Wissenschaftler, die moderne Forschungsrichtungen repräsentieren, zu berufen. Die Flexibilität der Hochschulen ist also stark eingeschränkt, Profilanpassungen und Strukturänderungen sind schwer durchsetzbar. Deshalb werden in der wissenschaftspolitischen Diskussion immer häufiger Stimmen laut, die die verfestigten Strukturen deutscher Hochschulen beklagen und damit auch die Verbeamtung der Hochschullehrer infrage stellen.

Die Abschaffung der Verbeamtung der Hochschullehrer in einzelnen Bundesländern würde diese gegenüber den Ländern benachteiligen, die die Verbeamtung der Hochschullehrer beibehielten, denn das Gros der Berufungskandidaten strebt verständlicherweise Sicherheit im Sinne einer Verbeamtung an. Deshalb käme eine generelle Abschaffung der Verbeamtung der Hochschullehrer nur im Wege einer Verständigung der Länder und des Bundes infrage.

Das Brandenburgische Hochschulgesetz sieht neben der Verbeamtung die Berufung in ein Angestelltenverhältnis, das auch befristet sein kann, vor. Davon wird in Einzelfällen auch Gebrauch gemacht, dennoch überwiegt die Verbeamtung aufgrund der Gewinnungsinteressen der Hochschulen auch bei Neuberufungen deutlich.

Ein Vorhaben der Landesregierung im Sinne der Fragestellung gibt es demzufolge aus den oben genannten Gründen nicht.

Die Landesregierung geht jedoch davon aus, dass im Rahmen der Umsetzung der beschlossenen Studienplatzvergrößerung die Hochschulen veranlasst werden, in weit stärkerem Maße als bisher Berufungen in ein befristetes Angestelltenverhältnis ins Auge zu fassen. Dies wird immer dann der Fall sein müssen, wenn die für eine Verbeamtung oder unbefristete Berufung notwendige Planstelle bzw. Stelle nicht vorhanden ist. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser Prozess - neben anderen gegenwärtig debattierten hochschulpolitischen Reformansätzen - zu neuen Einsichten und Erfahrungen führen wird.

Frage 1078

Fraktion der PDS

Abgeordneter Thomas Domres

- Investitionsvorhaben Holzpark Wittenberge -

Der Ministerpräsident wird in der Prignitzer Regionalausgabe der "Märkischen Allgemeinen Zeitung" vom 06.02.2002 im

Hinblick auf den Holzpark Wittenberge mit folgenden Worten zitiert: "Es gibt zwei wichtige Investitionsvorhaben in Brandenburg, zum einen in Frankfurt (Oder) und zum anderen in Wittenberge."

Ungeachtet der Notwendigkeit einer industriellen Ansiedlung in Wittenberge frage ich die Landesregierung: Auf welcher Grundlage wurde diese Aussage vom Ministerpräsidenten in Wittenberge getroffen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß

Die von Ihnen zitierte Aussage des Herrn Ministerpräsidenten vom 6. Februar dieses Jahres vor der "Märkischen Allgemeinen Zeitung" bestätigt und bekräftigt das wiederholt vorgetragene Landesinteresse an der wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes Wittenberge.

Eine intakte Infrastruktur ist grundsätzlich eine der notwendigen Voraussetzungen für Industrieansiedlungen. Dies gilt somit auch und insbesondere für die Realisierung der Vorhaben in Wittenberge und Frankfurt (Oder).

Sowohl die Region um Wittenberge als auch die Region um Frankfurt (Oder) benötigen wirtschaftliche Impulse. Beide wirtschaftlichen Vorhaben sind Ausgangspunkte für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Für beide Vorhaben setzt sich die Landesregierung deshalb ein.

Frage 1079

Fraktion der PDS

Abgeordneter Frank Hammer

- Freizeitangebote am Heimatort -

Die vor kurzem vorgestellte Studie "Jugend in Ostdeutschland" stellt fest: "Der Anteil der mit den örtlichen Freizeitangeboten Unzufriedenen ist von 16 auf 21 % und derjenigen eher Unzufriedenen von 40 auf 44 % gestiegen." Insbesondere wurde deutlich, dass Mädchen stärker als Jungen mit den örtlichen Angeboten nicht zufrieden sind.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus der geschilderten Situation?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche

Die von Ihnen zitierte Aussage, dass der Anteil der mit den örtlichen Freizeitangeboten Unzufriedenen gestiegen ist und dass insbesondere Mädchen unzufrieden sind, sagt nichts über die Gründe der Unzufriedenheit aus. Es wird auch nicht unterschieden zwischen kommerziellen und nicht kommerziellen Freizeitangeboten.

Das Thema "Freizeitangebote im ländlichen Raum" war der Schwerpunkt des Jugendberichts des Landes Brandenburg im Jahr 1998. Ich möchte Sie an dieser Stelle darüber hinaus erinnern an den Forschungsbericht des Deutschen Jugendinstituts

und des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung mit dem Titel "Lebenslagen und -perspektiven junger Menschen in ländlichen Regionen des Landes Brandenburg". Teil 2.3 dieses Berichts dient der Erhellung der Freizeitsituation von jungen Menschen im ländlichen Raum. Im Bericht wird sehr deutlich formuliert, was von pauschalisierenden Aussagen zur Freizeitsituation zu halten ist. Dazu erlauben Sie mir zwei Zitate:

"Insgesamt muss bezüglich der Freizeitsituation von einer sehr ambivalenten Einschätzung der Möglichkeiten durch die Jugendlichen ausgegangen werden. Nicht selten fällt das Urteil der Jugendlichen sehr hart aus. Ein Grund hierfür ist: Nicht immer werden vorhandene Einrichtungen zwangsläufig auch genutzt bzw., andersherum gesagt: Nicht grundsätzlich werden nicht vorhandene Einrichtungen auch von den Jugendlichen vermisst. Die Diskrepanz zwischen Zufriedenheit und tatsächlichem Angebot kommt in zahlreichen Äußerungen der Jugendlichen zum Ausdruck. Teils wird ein Mangel an Vielfalt angesprochen, teils besteht kein Interesse an Vorhandenem oder das Publikum entspricht nicht den eigenen Vorstellungen." (vgl. Seite 92)

Die Forscher formulieren das Ergebnis ihrer Überlegungen zur Frage der Zufriedenheit mit Freizeitangeboten im ländlichen Raum sehr pointiert, ich zitiere:

"Zwischen den real vorhandenen Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche und ihren verbalen Einschätzungen besteht eine Diskrepanz, da sich die Urteile meist nur auf einen kleinen Ausschnitt der Wirklichkeit beziehen." (ebd. Seite 94)

Diese Erkenntnis wird den einzelnen unzufriedenen Jugendlichen nicht weiterhelfen, da sind wir uns vermutlich einig. Aber ich muss auch deutlich sagen, dass es gerade angesichts der Strukturen des ländlichen Raums weder in Brandenburg noch in anderen Regionen der Republik möglich ist, die hohen Erwartungen von Jugendlichen in Sachen Freizeitgestaltung zu erfüllen. Das gilt sowohl für kommerzielle als auch für nicht kommerzielle Angebote.

Erlauben Sie mir noch einen abschließenden Hinweis. Ich gehe davon aus, dass die Erwartungshaltung von Jugendlichen in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Ein Grund dafür ist, dass Vorbilder für eine spannende Freizeitgestaltung häufig medial vermittelt werden. Nehmen Sie das Beispiel von Skaterparks, die auch im ländlichen und kleinstädtischen Raum für Jugendliche sehr spannend sind. Die Bilder von MTV und anderen Sendern erzeugen selbstverständlich Sehnsüchte, die zum Teil gar nicht oder nicht unmittelbar in den Strukturen unseres Landes umgesetzt werden können. Jugendinitiativen brauchen da einen langen Atem und Bündnispartner, wenn sie solche Projekte realisieren wollen. Eine besondere Herausforderung sind die Wünsche und Interessen von Mädchen, denn diese werden in der Prioritätensetzung allzu häufig wenig berücksichtigt. Für die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe gehe ich davon aus, dass diese Fragen im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung thematisiert werden und auf dieser Basis ein Angebot entwickelt wird, das vielfältige Nutzungsmöglichkeiten bietet und den Bedürfnissen möglichst vieler Jugendlicher entspricht.

Frage 1081**Fraktion der PDS****Abeordneter Thomas Domres****- Zuständigkeiten im Fall der BFAV Wusterhausen -**

In Diskussionen zur Problematik des Erhaltes des Standortes Wusterhausen der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere scheinen seitens der Landesregierung ganz offensichtlich unterschiedliche, zeitweise wechselnde Verantwortlichkeiten zu bestehen, die teilweise zu sich deutlich widersprechenden Aussagen geführt haben und so den Eindruck mangelnder Kenntnis aktueller Entwicklungen bzw. mangelnder Informationsflüsse untereinander vermittelt haben. So sprach Minister Birthler im Januar 2002 vor dem Landtag davon, dass die Schließung eine sinnvolle und längst überfällige Maßnahme sei, während Ministerpräsident Stolpe bislang immer ein erhebliches Interesse der Landesregierung am Erhalt des Standortes bekundet hat.

Ich frage die Landesregierung: Welche Zuständigkeiten bestehen (und bestanden) innerhalb der Landesregierung bezüglich der Bewertung und Vertretung der fachlichen, strukturellen, sozialen und finanziellen Interessen des Landes Brandenburg am Standort Wusterhausen sowohl hinsichtlich des Erhaltes der BFAV am Standort Wusterhausen als auch hinsichtlich der von der BFAV am Standort Wusterhausen genutzten, in Landeseigentum befindlichen Liegenschaft?

Antwort der Landesregierung**Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler**

Formal gibt es für die Landesregierung keine Zuständigkeiten für die Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere. Diese ist, wie bereits der Name besagt, eine Forschungsanstalt des Bundes.

Zwischen meinem Haus und der BFAV entwickelten sich effiziente fachliche Kooperationen, die unbedingt weiterzuführen sind. In meinen Ausführungen vom 12.07.2000 und 23.01.2002 auf Anfragen von Frau Wehlan habe ich deshalb immer das Interesse des Landes Brandenburg an der wissenschaftlichen Kompetenz der BFAV und ihres Anstaltsteiles in Wusterhausen sowie den Erhalt dieses Standortes hervorgehoben.

Gleichwohl habe ich aber auch die positiven Effekte einer Konzentration von Forschung und Untersuchung der BFAV an einem Standort, auf der Insel Riems, als Optimierungspriorität des BMVEL anerkannt.

Es gibt keine vernünftigen Argumente, sich den zu erwartenden positiven Synergieeffekten bei der Umsetzung der Konzeption des BMVEL zur BFAV zu verschließen.

Im Interesse des Erhalts von Arbeitsplätzen bemüht sich die Landesregierung um Nutzungsalternativen für die Landesliegenschaft in Wusterhausen.

Die strukturellen, sozialen und finanziellen Interessen des Landes Brandenburg am Standort Wusterhausen werden jeweils durch die zukünftigen Ressorts der Landesregierung vertreten.

Frage 1082**Fraktion der PDS****Abgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann****- Ortsumfahrung der L 30/L 39 bei Neu Zittau -**

Aus dem hohen Verkehrsaufkommen in der Ortschaft Neu Zittau, bedingt unter anderem durch die Berliner Rاندlage, wurde die Notwendigkeit einer Ortsumgehung begründet.

Ich frage die Landesregierung: Welchen Stand haben die Planungen für dieses Vorhaben erreicht?

Antwort der Landesregierung**Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer**

Die Ortsumgehung der L 30/L 39 um Neu Zittau ist im derzeit geltenden Landesstraßenbedarfsplan enthalten. Am 28.02.2001 fand die Antragskonferenz zum Raumordnungsverfahren statt. Derzeit werden die Unterlagen für das Raumordnungsverfahren vorbereitet. Es ist vorgesehen, das Raumordnungsverfahren im Sommer dieses Jahres zu eröffnen. In Abhängigkeit vom Verlauf des an das Raumordnungsverfahren und den Richtlinienentwurf anschließenden Planfeststellungsverfahrens sowie der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ist ein Baubeginn nicht vor 2005 möglich. Im Februar dieses Jahres fand ein Gespräch zwischen dem planenden Straßenbauamt Frankfurt (Oder) und der Gemeinde Neu Zittau statt, in dem die möglichen Varianten für die Ortsumgehung erstmals vorgestellt wurden.

Frage 1083**Fraktion der PDS****Abgeordnete Kornelia Wehlan****- EU-Schweinehaltungsrichtlinie -**

Bis zum 01.01.2003 wird die neue EU-Schweinerichtlinie in nationales Recht umgewandelt. Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) will im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie über Mindeständerungen für den Schutz von Schweinen, zumindest bei Sauen, größtenteils nicht über die Brüsseler Beschlüsse hinausgehen, anders bei Mastschweinen - so geht es aus den Eckwerten eines Verordnungsentwurfes hervor.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Vorstellungen des BMVEL hinsichtlich der Wettbewerbschancen Brandenburger Betriebe?

Antwort der Landesregierung**Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler**

Der BMVEL-interne Verordnungsentwurf zum Tierschutz in der Schweinehaltung geht zum Teil erheblich über die Mindestanforderungen der Richtlinie 2001/88/EG des Rates vom 23.10.2001 zur Änderung der Richtlinie 91/630/EWG über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen und der Richtlinie 2001/93/EG der Kommission vom 9. November 2001 hinaus. Das bedeutet, dass mit einer Umsetzung dieses Entwurfes auch die Wettbewerbschancen für Brandenburger Betriebe innerhalb des EU-Agrarmarktes schlechter werden. Das betrifft insbesondere den höheren Bedarf an Mindestflächen bei Fer-

keln, Zuchtläufern und Mastschweinen sowie bei Bodengestaltung, Stallklima und Beleuchtung sowie die vorgesehenen Übergangsfristen.

Im Eckpunktepapier des BMVEL sind zu den eben genannten Sachverhalten widersprüchliche oder/und wettbewerbsnachteilige Positionen eingearbeitet worden, die die Landesregierung so nicht vertreten kann und wird. Einige dieser Forderungen entbehren jeglicher wissenschaftlicher und praktischer Erkenntnisse und Erfahrungen. So führt eine über den optimalen Platzbedarf hinausgehende Stallfläche für Schweine zu stärkerer Verschmutzung und höheren Geruchs- und Ammoniakimmissionen.

Ich vertrete den Standpunkt, dass grundsätzlich EU-Richtlinien in den Mitgliedsstaaten in nationales Recht im Verhältnis 1 : 1 umgesetzt werden sollten, damit im EU-Agrarmarkt einheitliche oder analoge Wettbewerbsbedingungen bestehen bleiben oder geschaffen werden, zumal die Handelsketten ohnehin internationalisiert sind.

Die brandenburgische Position schließt neben Mindestanforderungen an den Tierschutz auch diese äquivalent an den Umwelt

schutz, die Tiergesundheit, die Prozess- und Produkthygiene sowie an die Wirtschaftlichkeit dieses Produktionszweiges mit ein.

Ich möchte aber auch darauf verweisen, dass die oben genannten EU-Richtlinien im Wesentlichen unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft erarbeitet wurden, und das verpflichtet. Die Landesregierung wird ihren Einfluss in den einzelnen Beratungsgremien dahin gehend ausüben, dass grundsätzlich eine 1:1-Umsetzung zu der EU-Richtlinie 91/630/EWG in nationales Recht erfolgen sollte, wobei in bestimmten Anforderungen Diskussionsbereitschaft besteht. Ich gehe davon aus, dass wir dazu bei den neuen und einigen alten Bundesländern Unterstützung finden werden.

Korrektur des Protokolls der 50. Plenarsitzung des Landtages Brandenburg am 23. Januar 2002

Der im Protokoll der 50. Sitzung des Landtages Brandenburg am 23. Januar 2002 innerhalb TOP 1 - Fragestunde - fälschlicherweise dem Abgeordneten Dr. Sternagel (SPD) zugeordnete Zuruf "Die Kommunisten machen alles platt! Das ist doch ganz einfach!" stammt vom Abgeordneten Dr. Hackel (CDU).

